G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Gerhard Kade
Die deutsche Herausforderung

Bleicher/Fabian/Götz/Mahlein/Preiss
Schirrmacher/Spoo/Steinkühler
Zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß
und zur Gewerkschaftspolitik der CSU

Helmut Wolfgang Kahn
Strauß und der Griff nach der Atommacht

Hans Apel
Über Menschenrechte

Rainer Falk
Von Bandung nach Havanna

Hans Heinz Holz
Die Verteidigung des Elfenbeinturms

Giftgas in der Bundesrepublik. Ein Abriß

10'79

Oktober 1979 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Oktober 1979

CHRONIK DES MONATS SEPTEMBER 1979 1153

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zur „Nachrüstungs"-Debatte ..... *Wilfried v. Bredow* 1156

Andersartigkeit. Das „neue" Bild der Dritten Welt ..... *Brigitta Benzing* 1158

GLOSSE

Fernost-Geschäfte ..... *Dietrich Kittner* 1160

HAUPTAUFSÄTZE

Die deutsche Herausforderung. Zum ökonomisch-politischen Potential der Bundesrepublik an der Schwelle der 80er Jahre ..... *Gerhard Kade* 1161

Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU ..... *Bleicher/Fabian/Götz/Mahlein/Preiss/Schirrmacher/Spoo/Steinkühler* 1187

Strauß und der Griff nach der Atommacht ..... *Helmut Wolfgang Kahn* 1195

Über Menschenrechte ..... *Hans Apel* 1219

Von Bandang nach Havanna. Historische Entwicklung und aktuelle Probleme der nichtpaktgebundenen Länder ..... *Rainer Falk* 1236

Die Verteidigung des Elfenbeinturms. 30 Jahre Philosophie in der Bundesrepublik Deutschland ..... *Hans Heinz Holz* 1255

MEDIENKRITIK

Schwarzbrot mit Zuckerguß ..... *Günter Giesenfeld* 1267

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Kosten der Arbeitslosigkeit (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 1268

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

„Der Schoß ist fruchtbar noch" – Giftgas in der Bundesrepublik Deutschland 1271

Valentin Falin über Rüstungsbegrenzung in Europa und die Rolle der Bundesrepublik Deutschland – Bericht des „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 22./23. September 1979 (Wortlaut) 1279

Aufruf des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zur Großdemonstration am 14. Oktober 1979 in Bonn (Wortlaut) 1281

Bielefelder Aufruf für die Wahrung der Freiheit und Lehre gegen die Fortsetzung politischer Gesinnungsüberprüfung (Wortlaut) 1282

Zur „Nachrüstungs"-Debatte

Selten haben sich die verschiedenen Aspekte der Sicherheitspolitik zwischen Ost und West so verwirrt dargestellt wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Da gibt es auf der einen Seite den immer wieder zitierten, aber offenbar kaum jemals bewußt aufgenommenen Tatbestand einer globalen Rüstungsdynamik von wachsender Bedrohlichkeit. Zitiert haben ihn auch – und zu Recht! – die Verfasser des jüngst vorgelegten Weißbuchs 1979 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr: „Die Bundesregierung beobachtet mit großer Sorge das Anwachsen der Militärpotentiale in fast allen Teilen der Welt. Mehr als 400 Milliarden Dollar gaben die Staaten der Welt 1978 für Rüstung aus. Mehr Soldaten als je zuvor stehen unter Waffen. Die Zahl bewaffneter Konflikte hat zugenommen. Aus regionalen Krisen können sich größere Konflikte entwickeln. Die Steigerung der Rüstungsausgaben überall in der Welt hemmt den sozialen Fortschritt." Gegenüber dieser Rüstungsdynamik erscheinen die Fortschritte in den Bemühungen um Rüstungsreduzierung gering. Und selbst die geringen, in zähen Verhandlungen erreichten Fortschritte – Stichwort: SALT II – sind gefährdet; übrigens nicht wegen der Anwesenheit einer Brigade sowjetischer Soldaten auf Kuba, sondern weil einem Teil der Entscheidungselite in den USA die ganze Richtung der auf dem Prinzip „gleicher Sicherheit" beruhenden Ost-West-Sicherheitspolitik nicht paßt.

Die inner-amerikanische Debatte über SALT II, gleichzeitig global angelegt und teilweise doch arg provinziell ausgetragen, hat mindestens einen europäischen Ableger hervorgebracht. Im Zuge der Verkaufsförderung seiner Memoiren verstreut der frühere US-Außenminister Kissinger düsterste Prognosen über das militärische Kräftegleichgewicht zwischen NATO und Warschauer Pakt. Damit gibt er all jenen in Westeuropa Schützenhilfe, die eine ähnliche Totalopposition gegen die Rüstungskontrollpolitik betreiben möchten wie die Rüstungslobby im amerikanischen Senat. Mit Slogans wie „euro-strategisches Gleichgewicht wiederherstellen" wird für eine „Modernisierung" des westeuropäischen Mittelstrecken-Potentials geworben, d. h. für die Stationierung „verbesserter" Mittelstreckenraketen auf dem Boden Westeuropas. Die Befürworter solcher „Nachrüstung" in der NATO verweisen auf die neue SS-20-Rakete und den „Backfire"-Bomber der Sowjetunion. Diese seien, in den Worten des Weißbuchs 1979, „eine strategische Bedrohung für die Atlantische Allianz in Europa", sie „bedrohen strategische Ziele in Europa und sind zugleich eine Herausforderung für den politischen Zusammenhalt der Allianz". Das Problem ist dabei nur: ob der dieser Bewertung unterliegende Tatbestand wirklich zurecht als derartige „Bedrohung" gedeutet werden kann. Die sowjetische Regierung, das wird niemanden wundern, weist diese Interpretation weit zurück und signalisiert seit längerem ihre grundsätzliche Offenheit für Reduzierungspläne. Aber auch westliche Beobachter wie Graf von Baudissin (im „Vorwärts" v. 13. 9. 1979) oder Theo Sommer (in der „Zeit" v. 14. 9. 1979) melden erhebliche kritische Bedenken gegenüber der „Bedrohungs"-Vorstellung an. Sie warnen vor einem unüberlegten Nachrüstungs-Experiment, weil dadurch das Wettrüsten erneut einen kräftigen Anstoß bekommen könnte.

Auf die dieser europäischen Debatte zugrunde liegende Problematik wird bis jetzt allerdings meist nur in Halbsätzen eingegangen – oder in unerwarteten gedankli-

chen Rösselsprüngen, als die die von dem alten FAZ-Haudegen Adelbert Weinstein begeistert aufgegriffene französische Diskussion über eine deutsch-französische Nuklearstreitmacht erscheint. Denn sowohl den eine solche Idee lancierenden Altgaullisten in Frankreich als auch den amerikanischen und europäischen „Nachrüstungs"-Befürwortern geht es letztlich um Rezepte, das atlantische Dilemma, die unterschiedlichen sicherheitspolitischen Interessen der USA und Westeuropas, zu mildern. Allen Beschwörungen der „atlantischen Partnerschaft" zum Trotz spielt sich dieses Dilemma immer mehr in den Vordergrund. Für die einen bietet sich als Antwort eine festere Verkoppelung an, das sind die Verbal-Strategen. Andere lassen diese gewähren, kümmern sich aber um Zusatz-Optionen für den Fall wachsender Schwierigkeiten. Wenn diese Zusatz-Optionen darauf hinauslaufen, so etwas wie eine regionale Gleichgewichts-Situation zwischen Westeuropa und der Sowjetunion samt ihren Verbündeten herstellen zu wollen, so ist ihr Scheitern gewiß.

Und damit sind sie wieder auf die Ebene der Rüstungsreduzierung verwiesen. In der Tat ergibt eine umfassende Analyse der sicherheitspolitischen Situation Westeuropas, daß ihre problematischen Aspekte durch ein von „Nachrüsten" beschleunigtes Wettrüsten im Mittelstreckenbereich nur noch problematischer würden. Stattdessen versprechen Rüstungsreduzierungen Problementlastungen, auch unter politischen Gesichtspunkten.

Eine umfassende Analyse der gegenwärtigen sicherheitspolitischen Situation Westeuropas sucht man allerdings in der „Nachrüstungs"-Debatte vergeblich. Auch das „Weißbuch 1979", das so etwas wie eine Bilanz der Sicherheitspolitik der SPD/FDP-Koalition seit 1969 sein will, kann diesem Anspruch nicht genügen, soll es wohl auch nicht, denn schließlich handelt es sich auch um eine Werbeschrift für die Bundesregierung. Bedauerlich bleibt, daß gegenüber dem intellektuellen Showbusiness eines Kissinger und der Behäbigkeit der bundesdeutschen Herbstdebatte über die Bedrohung der NATO in Europa kritischer militärpolitischer Sachverstand sich kaum Gehör zu verschaffen vermag. Oder sollte die „Studiengruppe Militärpolitik" ein neues Anti-Weißbuch, und was damit gemeint ist, vorbereiten, nämlich die Erweiterung der Diskussion um den Gesichtspunkt friedenspolitischen Engagements?

Wilfried v. Bredow

114 *Rilling (Hg.)* Sozialismus in der DDR I. Dokumente (1945–1961)
280 S. DM 14,80

114 *Rilling (Hg.)* Sozialismus in der DDR II. Dokumente (1961–heute)
560 S. DM 14,80

146 *Axt/Deppe* Europaparlament. Krise oder Fortschritt?
220 S. DM 12,80

148 *v. Soden/Zipfel* 70 Jahre Frauenstudium. Frauen in der Wissenschaft.
196 S. DM 14,80

149 *Brokmeier/Rilling (Hg.)* Beiträge zur Sozialismusanalyse II.
293 S. DM 14,80

150 *Hund/Preiß (Hg.)* Die Unbescheidenen. Betriebsrätinnen erzählen.
134 S. DM 12,80

Andersartigkeit

Das „neue" Bild der Dritten Welt

Brauchen wir ein „neues Bild" der Dritten Welt? Für die entwicklungspolitische Strategiediskussion und die Dritte-Welt-Arbeit in der Bundesrepublik scheint das Thema „Kulturelle Andersartigkeit" einen neuen Stellenwert zu erhalten. So fand vom 31. August bis 2. September 1979 in Essen ein entwicklungspädagogischer Workshop „Die Dritte Welt in Schule und Jugendarbeit" statt, der von der „Nationalen Kommission für das Internationale Jahr des Kindes" initiiert wurde und dessen Finanzierung Organisationen wie die Deutsche UNESCO-Kommission, Brot für die Welt, Misereor, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Deutsches Komitee für UNICEF, allen voran das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) mit dem Hauptkostenanteil von 50 000 DM, übernommen hatten. In der Diskussion wurde beklagt, daß immer noch zu wenig getan würde, um das Bild der „Dritten Welt" in unserer Gesellschaft zu korrigieren, daß die Last dieser Aufgabe auf die Schultern der Lehrer gelegt würde, jedoch die bildungspolitische Situation (Lehrpläne, Rahmenrichtlinien, Finanzierung) nur individuelle Initiativen auf diesem gesellschaftlich wichtigen Gebiet zulasse. Die Klagen sind berechtigt.

Kirchliche und private Organisationen unternehmen allerdings schon seit Jahren Anstrengungen, um das eurozentrische, diskriminierende Bild über die außereuropäischen Gesellschaften verändern zu helfen. Seit geraumer Zeit setzen aber auch die Ministerien, Regierungsstellen und von der Regierung finanzierten Organisationen ihre Finanzmittel für die Aufklärungsarbeit in diesem Bereich ein: Vom 22. Juni bis 15. Juli 1979 fand in Westberlin das großangelegte Kulturfestival „Horizonte" statt, mit Schwerpunkt auf den afrikanischen Kulturen. Im März 1979 hatten das BMZ und der Arbeitskreis für Jugendliteratur in Tutzing eine Tagung für Verleger, Bibliothekare, Autoren und Literaturkritiker zum Thema „Dritte Welt im Jugendbuch" organisiert. Und nun der Essener Workshop. Zu welchem Zweck?

Auf breiter Front soll anstelle von Arroganz, paternalistischer Bevormundung, Almosenverteilung oder gar Angst vor einer zukünftigen Bedrohung durch die Dritte Welt („Neid der hungernden Massen", „Arbeitsplatzverlust durch Auslagerung" usw.) ein „neues Bild" geschaffen werden: Andersartigkeit und Respekt vor der Andersartigkeit, Vielfalt und Erhaltenswürdigkeit der Vielfalt in der Dritten Welt. „Horizonte '79" schlug genau in diese Kerbe. Man spricht viel von Kultur- und wenig von Wirtschaft. Man spricht viel von dem anderen Lebensgefühl, aber wenig von den anderen Lebensbedingungen. Man weckt Respekt vor dem anderen Denken und Fühlen, der in seiner Verspätung umschlägt in die devote Haltung vor den Offenbarungen des „Guru Maharadscha". Das vielzitierte und strapazierte „Wir müssen es lernen, zuzuhören", oder „Wir müssen uns daran gewöhnen, daß sie uns etwas zu sagen haben" fordert – in der realistischen Einschätzung, daß ein Defizit schnellstens auszugleichen ist – einen Respekt vor der fremden Kultur, der heute einfach Minimalvoraussetzung ist zur Aufrechterhaltung oder gar Ausweitung der Beziehungen der westlichen Industrieländer zu den Entwicklungsländern, die sich auf den kapitalistischen Weg eingelassen haben. Denn die Politiker dieser Entwicklungsländer fordern heute, vehementer denn je, wenigstens die Anerkennung ihrer Würde, wenn sie sich schon das Scheitern ihrer wirtschaftlichen Strategien eingestehen müssen, welche die Kluft zwischen Armen und Reichen nicht verringert, sondern vergrößert haben.

Hierzulande sucht und findet man immer, um der neuen Ideologie zur alten entwicklungspolitischen Strategie besondere Ein-

dringlichkeit zu verleihen, den afrikanischen, asiatischen oder lateinamerikanischen Intellektuellen, der auf Kongressen seiner Andersartigkeit in plastischen Worten Ausdruck verleihen darf: er erzählt von dem anderen Zeitgefühl, Familiengefühl, religiösen Gefühl; er fordert sein Recht auf Ablehnung aller Entwicklungsmodelle, die von außen kommen – mit Seitenhieben auf die dialektische Betrachtung von Geschichte; er fordert sein Recht auf Eigenständigkeit in der Formulierung dessen, was ihm im Leben erstrebenswert ist – wobei er zu verschmelzen scheint mit allen Menschen seiner fernen Heimat. Was er eigentlich fordert, über den Respekt vor seiner Andersartigkeit hinaus, sagt er nicht, denn er spricht ja nicht über Wirtschaft, sondern über Kultur.

Es gäbe unzählige andere Vertreter der Dritten Welt, die nicht nur sagen könnten, daß sie sich eine bessere Art von Entwicklung für ihr Land vorstellen, sondern wie diese Alternative aussehen könnte. Es gäbe unzählige Vertreter der Dritten Welt, die zuerst von der existentiellen Gleichartigkeit aller Menschen reden würden, bevor sie sich mit der kulturellen Andersartigkeit als einem bereichernden Beitrag ihrer Gesellschaft zur Weltkultur befassen möchten. Sie würden darauf verweisen, daß ein Hungernder mehr braucht, als gehört zu werden, und daß der Hunger ein Lebensgefühl hervorbringt, das nur für denjenigen andersartig ist, der nie hat hungern müssen. Es gäbe unzählige Vertreter der Dritten Welt, die zuerst von den gemeinsamen Merkmalen struktureller Deformationen aller kapitalistischen Gesellschaften und vom Export solcher Deformationen in die Dritte Welt reden würden, ehe sie sich anschickten, die nichtdeformierten Überreste ihrer Kultur zu preisen. Sie würden darauf verweisen, daß es auch eine Kultur der Auflehnung und der Befreiung gibt. „Schrei deinen Zorn hinaus, Kind der Freiheit!"*), in Jahrhunderte langer Ausbeutung und Erniedrigung. Müssen wir es denn wirklich heute erst mühsam „lernen", diesen Schrei zu hören? Doch die, die so viel vom Hörenlernen bei uns reden, meinen nicht diesen Schrei. Sie meinen wahrscheinlich andere Klänge, andere Rhythmen, andere Dichtung.

Dies soll kein Plädoyer sein gegen den Respekt vor der fremden Kultur. Doch die kulturrelativistische Einstellung muß ihre Ergänzung und zum Teil auch Korrektur finden in einer Solidarisierung mit den Ausgebeuteten und Unterdrückten und in einer Einstellung, die nicht nur ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Kulturen sieht, sondern bei der die Kulturen in eine Beziehung zu den unterschiedlichen wirtschaftlichen Daseinsbedingungen gebracht werden.

Das „neue" Bild der Dritten Welt, als Bild der kulturellen Vielfalt und Bereicherung, fügt sich in die entwicklungspolitische Strategie zur Verbrämung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen den westlichen Industrienationen und den Entwicklungsländern und zur Aufrechterhaltung der ungerechten Weltwirtschaftsordnung. Diese Strategie ist auch an unseren gesellschaftlichen Institutionen im entwicklungspädagogischen Bereich spürbar; darunter leiden diejenigen, die guten Willens sind, eben weniger die Andersartigkeit als die Gemeinsamkeiten der existentiellen und strukturellen Bedingungen für die Menschen in den armen und reichen Ländern der kapitalistischen Welt herauszustellen.

Brigitta Benzing

*) Titel eines Buches von James Matthews und Gladys Thomas, Übertragung des in Südafrika verbotenen Bandes „Cry Rage", Erlangen, Taschenbücher Bd. 40, 1976.

GLOSSE

Fernost-Geschäfte

Von Dietrich Kittner

„Direktor Schieber, am Apparat. Ja? Frau Kleinekorte, ich hatte Ihnen doch gesagt, daß ich nicht gestört werden will! – Oh, da haben Sie recht. Das hätte ich ja glatt vergessen. Kommt ja auch nicht alle Tage in die Firma, so ein stellvertretender Außenminister aus China, nicht? – Na, hören Sie mal, wo die jetzt hoffähig sind, die Kerle. Wo die Delegationen aus China jetzt immer den ganzen Tag beim ‚Bayernkurier' rumhängen . . . Nein, der ‚Bayernkurier' ist nicht kommunistisch geworden – im Gegenteil. Sehen Sie mal: Im Kampf gegen den Weltbolschewismus ist uns jeder Bündnispartner recht. Hamse noch nie was von Hiwis gehört? Was meinense, warum der Carter die Chinesen normalisiert hat? . . . Sie, ich gehe jede Wette ein: in zwei Jahren sind die in der NATO. The Chinese to the front! Und warum hat der Be-En-De denen denn das Uran angeboten . . . Und warum wollen die den Leopard . . .? Natürlich, der Carter hat auch noch andere Gründe gehabt. Überlegense mal: in den USA da leben so'n paar Millionen Chinesen rum . . . Die leben da einfach so rum . . . Also, wenn jetzt Peking auf die Idee kommt und ruft die auch alle heim ins Reich . . . hinterher schwimmen die ganzen Frachter vor San Franzisko rum . . . und so groß ist Niedersachsen ja nun ooch nich. Fragen Se mal Albrecht!

Nee, nee, der is nicht nur taktisch der Schwenk bei den Chinesen. Schließlich haben die ihren eigenen Konfuzius eingestampft und dafür Strauß auf chinesisch rausgebracht. Deswegen fahren die doch auch da immer hin. Nee, ist nicht mehr mit Wallfahrt nach Altötting . . . Pilgern nach Peking ist in. Den politischen Aschermittwoch ham se ja auch wieder verlegt. Von Vilshofen nach Passau. Das liegt näher an Peking. Der hat gelernt, der Strauß. Der will den Freistaat jetzt umbenennen in Volksrepublik Bayern. Sone Namensgebung verpflichtet zu gar nichts, aber man kann die Moskowiter besser bekämpfen.

Also sagen Se mal, was zieh ich denn da an? – Nee, Stresemann geht nicht, da erklärt der mich zum Verzichtpolitiker. Da glaubt der nicht mehr, daß wir für den Freiheitskampf der sudetendeutschen Landsmannschaft eintreten. – Na, was meinense, was die Brüder jetzt schon für Schwierigkeiten haben, ihre Waffenbrüderschaft mit der CIA in Angola als Hilfe im Befreiungskampf zu verkaufen? Also, was zieh ich an? – Sie, ich habs. Am besten was proletarisches. Gehn Se mal eben rüber zum Betriebsrat, da soll man einer von den Brüdern seinen Blaumann herleihen. – Nee, sind Se verrückt, nicht reinigen . . . im Gegenteil: der Chauffeur soll noch ein paar Ölflecken extra drauf machen. Is progressiver, nich? . . . Ja natürlich durchschaut der Chinese das Theater, aber was macht der denn selber . . .

Also, nun holen Se das Zeug . . . Und dann besorgen Se noch son paar Eßstäbchen . . .? . . . Woher? . . . Ach, brechen Se irgendwo vom Zaun . . . ist ja jetzt chinesische Sitte. Stecken Se mir dezent in die äußere Jackentasche . . . Ach so, dann stellen Sie noch ein Foto vom Dregger unauffällig auf den Schreibtisch . . . Oder nee, nehmse den Löwenthal, der lächelt asiatisch hintergründiger . . . Und dann legense den ‚Bayernkurier' daneben. Dann fühlt der Minister sich wie zu Hause. Das entkrampft . . .

Was? . . . Bitte? . . . Frau Kleinekorte, ich verbitte mir Ihre Tips aus dem Vorzimmer!!! . . . Ich soll vorsichtig sein beim Verhandeln? Immerhin wären das doch Kommunisten? . . . Kindchen, Sie sind naiv . . . Bitte? . . . Ja, natürlich nennen die sich kommunistische Partei. Na klar. – Aber ist Ihnen eigentlich schon mal aufgefallen, daß sich die CSU auch christlich und sozial nennt? Und hat die das schon mal gestört? . . . Na also."

Die deutsche Herausforderung

Zum ökonomisch-politischen Potential der Bundesrepublik an der Schwelle der 80er Jahre

Von Gerhard Kade

„Die deutsche Herausforderung" hat Professor Gerhard Kade sein in Kürze erscheinendes neues Buch betitelt, das die Entwicklung der Bundesrepublik vom „politischen Zwerg" (Strauß) zu ihrer heutigen wirtschaftlichen und zunehmend auch politischen Führungsrolle in eindringlicher, mit einer Fülle aussagekräftiger Fakten und Vergleichsziffern veranschaulichter Weise darlegt. Als „deutsche Herausforderung" wird vor allem in den europäischen Nachbarländern, sowohl in Ost- wie in Westeuropa, wo das gewachsene Gewicht der Bundesrepublik früher und weitaus sensibler registriert worden ist als in der bundesdeutschen Öffentlichkeit selbst, vor allem der anmaßende Griff des „wirtschaftlichen Riesen" (Strauß) Bundesrepublik nach Hegemonie und Vorherrschaft in Europa und über Europa hinaus aufgefaßt. Franz Josef Strauß hat diesen Hegemonieanspruch des bundesdeutschen Großkapitals bereits 1966 in seinem Buch „Entwurf für Europa" offen zum Programm erhoben und besorgte Reaktionen in Ost und West ausgelöst. Aber auch unter dem von der SPD im Wahlkampf 1976 geprägten, mittlerweile zurückhaltender eingesetzten Motto vom „Modell Deutschland" rufen bundesdeutsche Führungsansprüche im Ausland unerfreuliche Erinnerungen und geschärfte Sensibilität für innere Fehlentwicklungen (nur als ein international unrühmlich bekanntgewordenes Stichwort: Berufsverbote) hervor.

Daß ein Land mit dem wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potential der Bundesrepublik Märkte in allen Teilen der Welt sucht und dementsprechend als aktiver Faktor in den internationalen Beziehungen in Erscheinung tritt, versteht sich von selbst. Die Frage ist, auf welche politische Waagschale das außerordentliche Gewicht der Bundesrepublik gebracht wird, ob es genutzt wird als ein Faktor der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit in Europa und über Europa hinaus, als ein positiver Faktor im weltweiten Ringen um Überwindung der Unterentwicklung, des Hungers und des Rüstungswettlaufs — oder ob die Rechtsentwicklung der vergangenen Jahre sich fortsetzt, verstärkt und mit dem Machtanspruch der hinter F. J. Strauß stehenden Kräfte umschlägt in eine neue Qualität, mit unabsehbaren Folgen für die innere und äußere Entwicklung unseres Landes, aber angesichts seines ökonomisch-politischen Potentials eben auch für die Entwicklungsrichtung der europäischen und der internationalen Politik. Das nachstehend als Vorabdruck

aus dem Ende Oktober im Pahl-Rugenstein Verlag erscheinenden Buch Gerhard Kades veröffentlichte Kapitel (im Buch betitelt: „Im Rang einer Weltmacht") läßt deutlich werden, um welche Dimensionen es bei der Auseinandersetzung um den künftigen Weg der Bundesrepublik an der Schwelle der 80er Jahre geht. D. Red.

Die Bundesrepublik verfügt heute über das mit Abstand höchste industrielle Produktionsvolumen im westlichen Europa. Ihre ökonomische und finanzpolitische Stärke wird von keinem anderen westeuropäischen Land erreicht. Entsprechend leichter kann sie ihre Interessen gegenüber anderen westeuropäischen Staaten zur Geltung bringen und in wesentlichen Bereichen auch erfolgreich durchsetzen. Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das schon vor einigen Jahren hervorgehoben: „Wir haben einen erheblichen Einfluß auf die wirtschaftspolitischen, geldpolitischen, währungspolitischen Entscheidungen . . . und wir bemühen uns, ihn in der richtigen Richtung auszunutzen."[1])

Die „richtige Richtung" wird allerdings maßgeblich vorgegeben von den in der bundesdeutschen Wirtschaft dominierenden Kräften der Großindustrie und des Bankkapitals. Ihre Macht basiert vor allem auf einer leistungsfähigen Industrie, die sowohl vom Gesamtvolumen der Produktion her als auch in entscheidenden Produktionsbereichen den EG-Partnern überlegen ist. Ein Vergleich ergibt, daß die Bundesrepublik im Jahre 1975 auf 7,9% des westlichen Industrie-Produktionsvolumens kam, während Frankreichs Industrie nur Werte von 5,1%, die Großbritanniens 5,4% und die Italiens lediglich 3,3% erreichten. Auch innerhalb der EG hält die Bundesrepublik den größten Anteil an der Industrieproduktion. Im Jahre 1975 stellte sie 32,4%, während Frankreich auf 20,9%, Großbritannien auf 22,1% und Italien auf nur 13,5% kommen.

Diese Situation wird auch durch die Tatsache nicht verändert, daß heute wie morgen von einer erheblichen Verminderung des mittelfristigen Wirtschaftswachstums in allen kapitalistischen Ländern und einem nur allmählichen Erreichen des Vorkrisenstandes ausgegangen werden muß. Die Entwicklung in den 70er Jahren weist diesen Trend aus:

Tabelle 1
Industrieproduktion (1970 = 100)

	Vorkrisen-höchststand	*1975*	*1976*	*1977*	*Steigerung 1976/77 in %*
USA	*122,2*	*109,3*	*120,4*	*127,2*	*5,7*
Japan	*131,9*	*110,4*	*125,4*	*130,9*	*4,4*
BRD	*116,3*	*105,0*	*112,7*	*116,5*	*3,4*
Frankreich	*126,0*	*114,0*	*124,0*	*125,5*	*1,2*
Großbritannien	*111,0*	*103,0*	*104,0*	*106,0*	*1,7*
Italien	*124,7*	*108,0*	*121,1*	*122,5*	*1,1*

1) Helmut Schmidt: Kontinuität und Konzentration, Bonn-Bad Godesberg, S. 258.

Tabelle 2
Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten der Industrieproduktion

	1950–1960	*1960–1970*	*1970–1977*
USA	*3,9*	*4,8*	*3,5*
Japan	*17,2*	*14,0*	*3,9*
BRD	*9,7*	*5,6*	*2,2*
Frankreich	*6,3*	*5,8*	*3,3*
Großbritannien	*5,2*	*2,7*	*0,8*
Italien	*8,8*	*7,0*	*2,9*

Quelle: Main Economic Indicators / OECD / Paris lfd.

Die hier ausgewiesene Tendenz hebt allerdings nicht auf, daß die Bundesrepublik ihre führende Position auch in der Krise behaupten konnte, die alle Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft betroffen hat. Auf Kosten der anderen ist es der bundesdeutschen Wirtschaft sogar möglich gewesen, beträchtlich zu profitieren, vor allem durch eine beispiellose Exportoffensive. Die Rekordüberschüsse der Bundesrepublik von 33 Mrd. DM im Jahre 1973 und 50,8 Mrd. DM im Jahre 1974 – prozentuale Steigerungsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr von 62,6 und 53,9% – führten zu akuten Handels- und Währungsschwierigkeiten der EG-Partner. Obwohl es unmöglich war, den Exporterfolg 1975 im gleichen Umfang zu wiederholen, gelang es der Bundesrepublik, auch im Jahre 1976 den Außenhandel mit einem Exportüberschuß von 37,2 Mrd. DM zu einem stützenden Pfeiler ihrer Konjunkturpolitik zu machen. Die Bundesrepublik Deutschland erreichte bereits im ersten Halbjahr 1976 ein Exportvolumen von 48 Mrd. Dollar, d. h. es war größer als der Export Frankreichs (29 Mrd. Dollar) und Italiens (16,9 Mrd. Dollar) zusammen. Im Jahre 1977 erzielte die Bundesrepublik einen Überschuß von 38,4 Mrd. DM. Im Jahr 1978 stieg er gar auf 40,7 Mrd. DM. Und das im Gegensatz zu fast allen anderen geschwächten Partnern, deren Währungskurven großen Schwankungen unterliegen, die ihre Währung abwerten und sich teilweise mit Importrestriktionen gegen die Bonner Wirtschaftsoffensive wehren mußten.

Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik war im Jahre 1976 mit 451 Mrd. Dollar genauso groß wie das Bruttosozialprodukt Englands, Italiens und der Niederlande zusammen. Die Bundesrepublik hält mit einem Bruttoinlandsprodukt von 634,4 Mrd. US-Dollar 1978 die absolute Spitze in der EG. Dagegen erreichten Frankreich 476,7, Großbritannien 307,1 und Italien 236,0 Mrd. US-Dollar[2]).

Die ökonomische Kraft der Bundesrepublik wird unmittelbar und direkt genutzt, den EG-Partnern Forderungen zu präsentieren und Auflagen zu erteilen: „Die jeweiligen eigenen ökonomischen und sozialen Anstrengungen

2) Vgl. The OECD-Member Countries, 1979 Edition, in: The OECD-Observer, No. 97, March 1979, Beilage, vorläufige Zahlen zu laufenden Preisen und Wechselkursen.

der Partnerstaaten und ihrer Regierungen und Parlamente müssen so entschieden sein, daß insgesamt . . . ein Fortschritt für Europa dabei herauskommt."[3])

Was „erwartet" die Bundesrepublik von ihren Partnern? Den expansiven ökonomischen Drang der privilegierten Bundesrepublik mit Gleichmut zu ertragen? Sich mit Geduld dem ökonomischen Offensivdenken der Manager in den bundesdeutschen Industrie- und Bankkontoren zu fügen? Das „Modell Deutschland" widerspruchslos zu akzeptieren? – Verärgert monierte die „Süddeutsche Zeitung" in ihrer Ausgabe vom 11./12. Dezember 1976: „Das Übergewicht der Deutschen auf wirtschaftlichem Gebiet stößt nicht bei allen Europäern auf Gleichmut. Deutlich ist der Vorsprung auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Gesamtleistung, beträchtlicher noch unter dem Blickwinkel der internationalen Wettbewerbsfähigkeit." Wer diesem Gewicht ökonomisch nichts entgegenzusetzen hat, der wird zu den „Fußkranken der Weltwirtschaft" gezählt[4]). Der bekommt im Tonfall eines „Herrenvolks in Zivil" („Haagsche Post") den Machtanspruch des wirtschaftlich Überlegenen erklärt: „Die Partner der Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft können nur neidisch . . . blicken. Nämlich nur ein einziger von ihnen, Belgien/Luxemburg, kam im vergangenen Jahr mit einem kleinen Aktivsaldo über die Runden. Kein Wunder also, daß die einst so stolzen Handelsherren überlegen müssen, ob sie nicht, wie es jetzt schon Rom tat, bei Bonns Kassenwarten pumpen sollten."[5])

Enorme Konzentrationsvorgänge

Unbestritten – die laufenden statistischen Angaben in den bundesdeutschen Wirtschaftspublikationen wie „Capital", „Handelsblatt" oder „Wirtschaftswoche" weisen es aus – ist dies der „Klub der Milliardäre". Das sind im Jahre 1976 116 Konzerne, die Umsätze in Milliardenhöhe erzielen. Diese Industriegiganten beschäftigen vier Millionen Arbeiter, das sind mehr als 55% der 7,4 Mio. Beschäftigten in der Industrie der Bundesrepublik. Dem „Klub der Milliardäre" gesellten sich 1975 elf neue Großkonzerne hinzu. Die 116 Großunternehmen der Bundesrepublik, die Milliardenumsätze erzielen, machen nach Berechnungen der Gewerkschaft IG Metall nicht einmal 0,25% der rund 50 000 Industriebetriebe des Landes aus. Diese Spitzengruppe aber erzielte 1976 den phantastischen Umsatz von 585 Mrd. DM. Das entspricht 71% des Gesamtumsatzes der Industrie. Besorgt fragte daher die Industriegewerkschaft Metall: „Wenn 0,25% der Industrieunternehmen 71% vom Umsatzkuchen haben, wer wollte da leugnen, daß der Klub der Milliardäre das Schicksal der Wirtschaft bestimmt?"[6]) Bestimmt er aber nur das Schicksal der Wirtschaft? Im Milliardärsklub sind alle superreichen Familien anzutreffen, die über die Lobby ihrer

3) Erklärung des Bundeskanzlers Schmidt zur Europapolitik, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 9. 4. 1976.
4) Vgl. „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 14. 1. 1977.
5) „Handelsblatt" v. 2. 9. 1974.
6) „Metall" v. 5. 9. 1977. – Die neuesten Zahlen für 1978 werden von der „Wirtschaftswoche" in den Ausgaben 31/1979 ff. veröffentlicht.

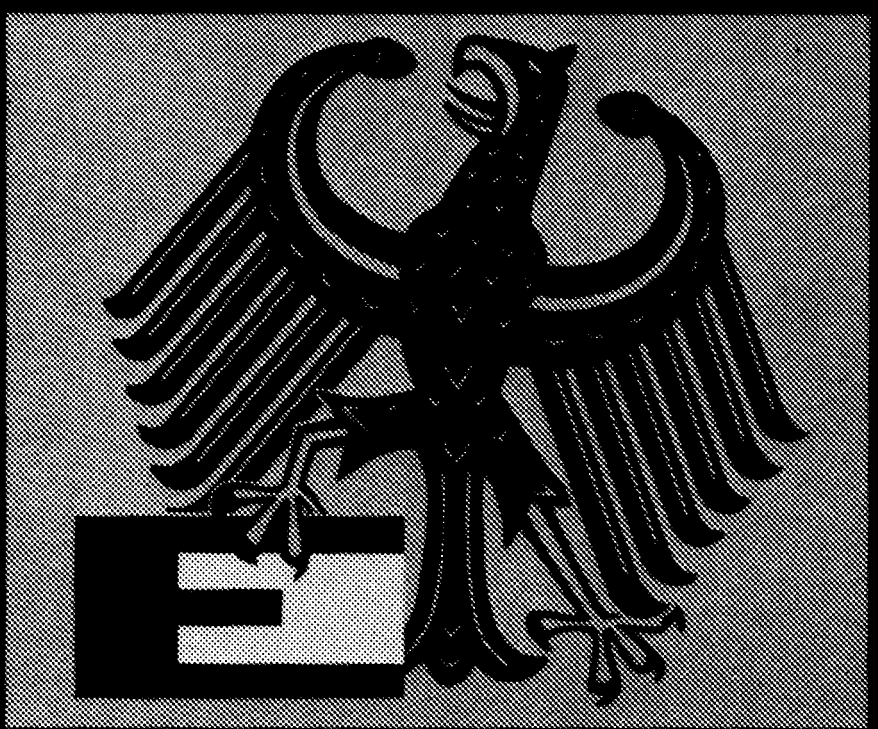
Gerhard Kade

neu

Die deutsche Herausforderung

„Modell Deutschland" für Europa?

255 Seiten, DM 12,80



Kleine Bibliothek

Pahl-Rugenstein

Konzerne maßgeblichen Einfluß auf das politische und wirtschaftliche Geschehen in der Bundesrepublik nehmen. Dazu gehören die Familien Roechling, Quandt, Flick, Reemtsma, Henkel, Oetker, Haniel, Sachs, Wacker, Bauknecht, Springer, Wehrhan und Korf.

Der Konzentrations- und Zentralisationsprozeß in der Bundesrepublik hat Wirtschaftsgiganten mit einer ungeheuren Macht- und Einflußfülle hervorgebracht. Sie wollen so gar nicht in das Bild einer offiziell so gern beschworenen „Mittelmacht" Bundesrepublik passen. „Acht deutsche Gruppen (Volkswagen, Daimler-Benz, Hoechst, Bayer, Siemens, AEG Telefunken, Bosch, Veba, Rheinstahl-Thyssen) gehören zu den größten multinationalen Gruppen hinter den Amerikanern (20 Gruppen), aber vor den Engländern (3), den Italienern und Franzosen (2)", bemerkte „Le Monde diplomatique" im Juni 1977[7]). Eine Untersuchung aus der Mitte des Jahres 1978 weist dann bereits aus, daß sich unter den 18 größten Konzernen Europas 1977 die knappe Hälfte, genau acht Konzerne, aus der Bundesrepublik befanden. Und zwar: VEBA, der Elektrokonzern Siemens, die Daimler-Benz AG, die Volkswagenwerke, die Hoechst-Werke, der BASF-Konzern, die Farbenfabrik Bayer und der Thyssen-Konzern. 1960 hatten erst fünf Konzerne aus der Bundesrepublik einen Platz in der Spitzengruppe der 15 größten europäischen Unternehmen inne. Damals war Großbritannien noch mit sechs Konzernen in dieser Gruppe vertreten. Heute hat die deutsche Großindustrie Großbritannien beträchtlich überflügelt.

Die hundert größten Unternehmen der Bundesrepublik erzielten 1972 Umsätze von rund 327 Mrd. DM und 1974 von 456 Mrd. DM. Sie trugen damit 21,7% bzw. 24,6% zum Umsatz der Gesamtwirtschaft bei. Das bestätigte amtlich das Gutachten der „Monopolkommission" der Bundesrepublik, das 1976 der Regierung in Bonn vorgelegt wurde. Auch das Umsatzwachstum dieser Konzerne war im Zeitraum von 1972 bis 1974 höher als das der Gesamtwirtschaft. Die Unternehmen an der Spitze der Rangliste sind „deutlich stärker gewachsen", heißt es in dem Gutachten dazu. Am Gesamtexport der bundesdeutschen Wirtschaft sind die hundert größten Firmengruppen mit etwa 50% beteiligt.

Rund 20 Industriekonzerne mit über einem Drittel des Industrieumsatzes der Bundesrepublik Deutschland sind zugleich jene, die im wesentlichen die gewachsenen internationalen ökonomischen Positionen des bundesdeutschen Großkapitals bestimmen. Das betrifft den Warenexport, das betrifft verstärkt auch den Kapitalexport. Ihre internationale Expansion brachte die BRD-Großunternehmen in ihren Dimensionen an die führenden US-amerikanischen näher heran. Sie haben gegenwärtig nächst den USA (dieser Abstand ist insgesamt weiter beträchtlich) die stärkste Position.

7) Vgl. „Vision", Das europäische Wirtschaftsmagazin, Oktober 1978, S. 41 ff. – In der neuesten Liste der 500 größten nichtamerikanischen Industriekonzerne, die das amerikanische Wirtschaftsmagazin „Fortune" jährlich aufstellt, sind für 1978 insgesamt 65 BRD-Firmen zu finden; unter den 100 größten sind allein 22 deutsche vertreten. Sieben BRD-Konzerne sind in der Rangliste der 50 führenden Industrieunternehmen der Welt (einschl. der USA) zu finden: Siemens (Platz 18), VW (19), Daimler-Benz (25), Hoechst (26), Bayer (27), BASF (31) und Thyssen (40). Vgl. „Der Tagesspiegel", Berlin (West) v. 8. 8. 1979.

Tabelle 3
Vergleich der jeweils zehn umsatzgrößten Konzerne der verarbeitenden Industrie

	USA	BRD	Japan	Frankreich	Großbritannien
Umsatz (Mrd. Dollar)					
1960	*40,3*	*8,7*	*4,5*	*4,1*	*11,7*
1965	*63,4*	*14,4*	*8,2*	*7,7*	*15,2*
1970	*82,1*	*27,1*	*24,7*	*15,4*	*25,8*
1976	*165,7*	*74,6*	*57,4*	*47,8*	*45,9*
1977	*192,5*	*81,0*	*67,4*	*52,8*	*48,9*

Quelle: Berechnet nach Fortune, Chikago, lfd.

Führende internationale Positionen haben die folgenden bundesdeutschen Großunternehmen:

– in der Chemieindustrie (Bayer/Hoechst/BASF sind hier gegenwärtig die mächtigste Gruppierung auf dem kapitalistischen Weltmarkt)

– in der Eisen- und Stahlerzeugung (Thyssen ist der führende Konzern in Westeuropa und kommt an die USA- und die japanischen Stahlkonzerne heran)

– in der Elektroindustrie (Siemens hat wesentliche Positionen durch seine Strukturveränderung in Richtung auf Elektronik gewonnen, wenngleich er noch hinter den Elektronikkonzernen der USA und Japans zurückbleibt)

– in der Autoindustrie (durch hohe Effektivität behaupten die deutschen Automobilkonzerne gegenüber den USA und Japan ihre Stellung)

– im Maschinenbau durch ihre Orientierung auf komplexen Industrieanlagenbau zählen diese Konzerne zu den führenden im EG-Bereich)

– Im Rahmen der EG ist der Einfluß der bundesdeutschen Großunternehmen durch Kartelle und Kooperationen gewachsen (Stahlindustrie, Kernkraftwerkbau); daran sind auch Staatskonzerne beteiligt.

Die Machtzusammenballung, die sich in der deutschen Wirtschaft vollzogen hat, stellt ein qualitativ neues Element in der wirtschaftlichen und auch politischen Entwicklung dar. Von Jahr zu Jahr steigen die anzeigepflichtigen Zusammenschlüsse. Waren es 1973 erst 242 Fusionen, so erhöhte sich ihre Zahl 1974 auf 318, 1975 auf 448, 1976 auf 453 und 1977 sogar auf 554. An der Spitze liegen das Kreditwesen mit 359, die chemische Industrie mit 232, die Eisen- und Stahlindustrie mit 175 Zusammenschlüssen in den Jahre 1970 bis 1977[8]).

8) Vgl. Monopolkommission. Hauptgutachten 1973/75. Mehr Wettbewerb ist möglich. Baden-Baden 1976. Im neuesten Gutachten der Monopolkommission „Fortschreitende Konzentration bei Großunternehmen", Baden-Baden 1978, wird ausgewiesen, daß der Umsatz der 100 größten Unternehmen 1976 auf 510 Mrd. DM angewachsen ist und daß die 92 größten Industrieunternehmen 1976 49,7% des Gesamtexports der Bundesrepublik aufbrachten.

Die Konzentration wächst besonders rasch bei den hundert größten Unternehmen der Bundesrepublik, vor allem bei den Konzernen der Spitzengruppe. So war allein die VEBA in den Jahren 1976 und 1977 an 39 Zusammenschlüssen beteiligt[9]). Kommentar der „Frankfurter Rundschau" am 23. Juli 1976: „Die Machtzusammenballung in der deutschen Wirtschaft . . . ist größer, als in der öffentlichen Diskussion bisher angenommen wurde." Das aber blieb und bleibt nicht ohne sichtbare Folgen. Die Zusammenschlüsse führen international zu bedeutenden Verschiebungen. So führen die herausragenden Fusionen von Thyssen-Rheinstahl und Mannesmann-Demag im Bereich von Eisen und Stahl zu wichtigen Umschichtungen. Dadurch ließ der Thyssen-Konzern selbst die USA-Konkurrenz hinter sich und nimmt nun nach Nippon Steel, mit ebenfalls 8,8 Mrd. Dollar Umsatz, den zweiten Platz der Branchen-Weltrangliste ein. Der Mannesmann-Konzern schob sich auf Platz vier und der Krupp-Konzern auf Platz zehn vor.

Mit seinem hohen Konzentrationsgrad übertrifft das Monopolkapital der Bundesrepublik den aller anderen nationalen Kapitale innerhalb der EG. Bereits 1966 gab die EWG-Behörde in Brüssel den Konzentrationsgrad aller Wirtschaftszweige in den einzelnen Ländern wie folgt an: „EWG = 100, Italien = 55, Frankreich = 75, Beneluxstaaten = 120, BRD = 150. Diese Daten reflektieren erhebliche nationale Differenzen in der Akkumulationskraft des Kapitals . . . Obwohl gerade Frankreich und Italien seit Mitte der 60er Jahre außerordentliche Anstrengungen zur Erhöhung der Konzentration der Produktion und der Zentralisation des Kapitals unternommen haben, dürfte sich der relative Abstand gegenüber der BRD nur geringfügig verändert haben; denn auch hier vollzogen sich seit Beginn der 70er Jahre Fusionsvorgänge, ‚deren Dimensionen über alle bisher gewohnten Vorstellungen hinausgehen'."[10])

Unternehmen und Banken in neuen Dimensionen

Die Dimensionen, die die Überlegenheit der zentralen Wirtschaftszweige der BRD innerhalb der EG deutlich werden lassen, haben beträchtliche Ausmaße erreicht. In der Rohstahlerzeugung hatte die Bundesrepublik 1978 mit 41,3 Mio. t ein fast ebenso großes Produktionsvolumen wie Großbritannien (20,4 Mio. t) und Frankreich (22,8 Mio. t) zusammen. In der chemischen Industrie ist das Produktionsvolumen der Bundesrepublik 1977 zweieinhalbmal so groß wie das der Chemie Italiens und 50% höher als das der französischen Chemieproduktion. Auch in der Energieerzeugung liegt die Bundesrepublik an der Spitze. Mit 353,4 Mrd. KWh schon im Jahre 1978 lag die Energieerzeugung nicht weit unter der Frankreichs und Italiens zusammen (202,6 bzw. 175,8 Mrd. KWh).

9) Angaben nach Deutscher Bundestag, Drucksache 8/1925, S. 105 und 110/111.

10) Ebd., 8/704, S. 150, und 8/1925, S. 120. Der neueste Jahresbericht des Bundeskartellamts (Bundestagsdrucksache 8/2980) hebt hervor, daß die Konzentrationsvorgänge völlig von den Großunternehmen beherrscht werden. Bei den für 1978 angezeigten 558 Unternehmenszusammenschlüssen waren 70% der auf der Erwerberseite beteiligten Unternehmen Umsatzmilliardäre. Hiervon hatte wiederum mehr als die Hälfte Jahresumsätze über fünf Mrd. DM. Vgl. FAZ v. 23. 6. 1979.

Ähnlich verhält es sich mit der PKW- und LKW-Produktion. Vorläufige Angaben für 1978 weisen aus, daß die Bundesrepublik 4,2 Mio. Automobile herstellte, mehr als Großbritannien (1,61 Mio.) und Italien (1,61 Mio.) zusammen.

Zahlen und Fakten bei allen Branchenvergleichen weisen aus, daß „Gesellschaften wie BASF, Daimler-Benz und Krupp nunmehr den mächtigsten Kern" im westlichen Europa darstellen"[11]). In den Konzernzentralen von Düsseldorf, München, Frankfurt und Hamburg gibt man sich jedoch nicht mit erreichten Positionen und sicheren Feldern zufrieden. Neue Strategien zur Erhöhung wirtschaftlicher Macht werden ausgearbeitet, neue Ziele anvisiert. Beispiel Kernenergie: Sprunghaft erhöht die Bundesrepublik hier die Kapazitäten. Mit 22 846 Gigawatt Leistung überflügelt sie schon 1976 Frankreich mit einer Produktion von 15 033 Gigawatt und schickt sich an, Großbritannien, das im selben Jahr noch 31 153 Gigawatt lieferte, auf den zweiten Platz zu verweisen.

Wo eigene wirtschaftliche Kraft nicht ausreicht, springen deutsche Großbanken ein. Sie spielen eine wesentliche Rolle bei der Sicherung der wirtschaftlichen Macht und zur Realisierung der gesteckten Hegemonieziele. Sie haben hinsichtlich des Geschäfts-, Kredit- und Gewinnvolumens sowie ihrer internationalen Rolle und Geltung an Boden gewonnen. Kein wichtiger Unternehmenszusammenschluß und keine bedeutende Kapitaltransaktion geht heute in der Bundesrepublik vonstatten, ohne daß nicht wenigstens eine der großen Banken beteiligt wäre. Dazu der Jahresbericht 1975/76 des Bundesverbandes Deutscher Banken: „Schließlich mußten die Banken . . . in der wirtschaftlichen Wirklichkeit Beteiligungen häufig auf Wunsch der Wirtschaft und teilweise gegen ihren eigenen Willen übernehmen."

Vor allem drei Banken stehen dabei im Vordergrund: Die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank. Auf allein diese drei Banken, die lediglich 0,08% aller 3562 in der Bundesstatistik erfaßten Banken ausmachen, entfällt rund ein Viertel des Umsatzes. Im Besitz dieser Banken befindet sich ein Viertel aller Kapitalbeteiligungen. Noch bedeutender dürfte der geheimgehaltene Wertpapierbesitz sein. Allein diese drei und einige wenige andere Banken haben die Möglichkeit, internationale Finanzgeschäfte zu tätigen. Mit dem Zustandekommen eines Eine-Milliarde-Dollar-Kredits an Italien, gewährt durch verschiedene Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft, wurde die Deutsche Bank zum Manager der größten Finanztransaktion, die je am Euro-Kapitalmarkt abgewickelt wurde. Die Deutsche Bank, Nummer 1 unter den Kreditinstituten der Bundesrepublik, gewinnt zunehmend wieder Weltgeltung: Sie rangiert auf der neuesten Liste von „The Banker", London, auf Platz vier gleich hinter den beiden amerikanischen Bankgiganten Bank of America und Citibank sowie der französischen Caisse Nationale de Crédit Agricole[12]). Bei ihrem überraschenden Vormarsch in die Spitzengruppe hat die Deutsche Bank schon 1976 sowohl die japanische Daischi Kangyo Bank als auch die

11) F. Deppe, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Hamburg 1975, S. 230/231.
12) Vgl. „The Banker", London, June 1978, Nr. 268.

Banque Nationale de Paris überholt. Das Geschäftsvolumen hat sich innerhalb von fünf Jahren verdoppelt. Die Japaner wurden nicht nur von der Deutschen Bank, sondern 1977 auch von der Dresdner Bank und der Commerzbank überholt, die nunmehr auf Platz 8 bzw. 12 der Weltrangliste rangieren.

Die Zusammenballung auf dem Gebiet des Bankwesens hatte in der Bundesrepublik sichtbare Auswirkungen. Die Zahl der Banken halbierte sich „zwischen 1975 und 1976 von 13 300 auf 6300"[13]). Die Zahl der Privatbanken verringerte sich dabei um 50%.

Im Rahmen der EG haben die deutschen Banken in den letzten Jahren ihr Gewicht bedeutend verstärken können. 1970 gehörten nur vier Banken aus der Bundesrepublik zu den 20 größten westeuropäischen Banken. Das waren: Die Westdeutsche Landesbank Girozentrale, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Commerzbank. In dieser Gruppe waren 1970 noch 5 Banken Großbritanniens vertreten. 1976 haben die bundesdeutschen Banken bereits 6 Plätze besetzt. Die Deutsche Bank stieg von Platz 6 auf Platz 2 als größte außeramerikanische Bank. Unter den ersten 20 bedeutenden westeuropäischen Banken befinden sich nunmehr: Die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Westdeutsche Landesbank Girozentrale, die Commerzbank, die Bayerische Vereinsbank, die Bayerische Landesbank Girozentrale. Die Aktiva dieser Bankgiganten betragen gegenwärtig über 184 Mrd. Dollar. Das entspricht 28% der Aktiva der 20 größten westeuropäischen Banken. Zum Vergleich: Großbritannien ist heute in dieser Gruppe nur noch mit zwei Banken vertreten; deren Aktiva von 62 Milliarden Dollar machen lediglich noch ein Drittel der Aktiva der Banken der Bundesrepublik Deutschland aus.

Ein beklemmendes Bild gigantischer Machtkonzentration! Das ist die Kapitalpotenz einer Großmacht, beileibe nicht die einer „Mittelmacht unter anderen". Vielleicht wird dies alles noch plastischer, wenn man sich erinnert: Die Großbanken Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank gehören international, 33 Jahre nach Zerschlagung des Hitlerreiches, das sie maßgeblich mitfinanzierten und durch dessen wirtschaftliche Ausbeutung Europas sie entscheidend profitiert haben, im EG-Raum zu den bilanzstärksten Unternehmen. Dabei waren sie 1945 durch Beschlüsse der Siegermächte in 30 Institute aufgeteilt worden, die jeweils nur in einem Bundesland tätig werden durften!

Alle regierenden Parteien der Bundesrepublik haben stets durch einfallsreiche Anwendung des ganzen staatlichen Instrumentariums diese Kapitalkonzentration gefördert. Das in der Bundesrepublik bestehende Bankenrecht begünstigt stärker als in den meisten anderen EG-Ländern die umfassende Machtstellung der Großbanken. So ist in anderen Ländern den Großbanken der Besitz von Beeiligungen an Industrie- und Handelskonzernen nur beschränkt (Frankreich, Japan) oder nicht gestattet (USA); Börsen- und Aktiengeschäfte sind nur bedingt erlaubt (Großbritannien, USA, Frankreich, Japan). In der Bundesrepublik üben die Großbanken ihre zentrale Machtfunktion sowohl durch Kreditpo-

13) Vgl. „Handelsblatt" v. 30. 6. 1977.

litik als auch durch bedeutende Besitzbeteiligungen, durch Personalunion in den Aufsichtsräten großer Konzerne, durch Beherrschung von Großunternehmen mittels des Depotstimmrechts sowie durch direkte Mitwirkung an der Steuerung großer Konzernzusammenschlüsse mit Hilfe des Börseneinflusses aus. Es trifft schon den Kern der Sache, wenn die französische Zeitschrift „Le Monde diplomatique" im Juni 1977 bemerkte: „Die schon von Hitler unterstützte Konzentration im Bank- und Industriebereich wid aktiv vorangetrieben . . . Schritt für Schritt baut die Finanzbourgeoisie ihre Hegemonie wieder auf: Die Deutsche Bank . . ., die Commerzbank . . . und die Dresdner Bank . . . verfügen bald über ein Gesamtbudget, das dasjenige der Bundesrepublik übersteigt." Dem ist so: Schon 1975 betrug die Bilanzsumme dieser drei Institute rund 144 Mrd. DM, während der Haushalt der Bundesrepublik im gleichen Jahr ein Volumen von 155 Mrd. DM auswies.

Was bedeutet das für Wirtschaft und Währung der westdeutschen Partner? Die Proportionen haben sich von Jahr zu Jahr zugunsten der bundesdeutschen Kapitalgiganten verschoben.

Der Sprung in zukunftsträchtige Märkte

Sichtbarstes Zeichen dafür sind der rasch steigende Kapitalexport der Bundesrepublik, die Zunahme und Ausdehnung von Firmenbesitz der großen Unternehmergruppen in den Nachbarländern, der Griff nach der Substanz der Wirtschaft der anderen EG-Länder. Die Rolle der Bundesrepublik im Kapitalexport und als internationaler Kreditgeber hat enorm zugenommen: Seit 1974 exportieren deutsche Unternehmen mehr Kapital in Form von Direktinvestitionen außerhalb der Grenzen, als aus dem Ausland in die Bundesrepublik fließt. In drei Jahren – von 1974 bis 1976 – investieren deutsche Konzerne und Banken 14,8 Mrd. DM. In den Jahren von 1971 bis 1973 waren es 11,1 Mrd. DM. Seit Beginn der 70er Jahre erfolgte mehr als die Hälfte der jemals getätigten Direktinvestitionen der Bundesrepublik im Ausland.

In wenigen Jahren gelang der Bundesrepublik ein entscheidender Sprung. Der Gesamtumfang ihrer Direktinvestitionen im Ausland betrug 1977 52,1 Mrd. DM. Die Investitionen der bundesdeutschen Konzerne und Banken verdoppelten sich in einem Halbjahrzehnt. Sie werden zweifellos eine gewichtige außenwirtschaftliche und die Außenpolitik der Bundesrepublik beeinflussende Rolle spielen. Durch die Konzentration auf Länder, in denen starke traditionelle Kapitalpositionen und stabile außenpolitische und finanzpolitische Einflüsse bestehen (besonders Brasilien[14]), Südafrika und als kleinere westeuropäische Länder Niederlande, Belgien, Spanien und Portugal) sowie

14) Ende 1977 überstiegen die Auslandsanlagen der Bundesrepublik in Brasilien die 4-Mrd.-Grenze. Die Bundesrepublik nimmt damit nach den USA den 2. Platz ein. Das Außenhandelsvolumen zwischen der Bundesrepublik und Brasilien hat sich von 1967 bis 1977 mehr als verdreifacht. Das Nuklearabkommen v. 27. Juni 1975 sichert deutschen Konzernen Großaufträge bis 119. Vgl. „Bundesanzeiger" v. 24. 10. 1978; Wirtschaftsbericht Lateinamerika, Deutsche Bank AG, Juli 1978; Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1978; „Die Welt" v. 9. 12. 1976.

durch die koordinierte Orientierung von Großunternehmen, Großbanken und Staat auf den USA-Markt wie auch den Nahen bzw. Mittleren Osten, wird in diesen Regionen der erreichte Einfluß behauptet oder ausgebaut.

Die Direktinvestitionen von Unternehmen der Bundesrepublik EG-Ländern betrugen Ende 1977 rund 17,8 Mrd. DM. Die Investitionen in Westeuropa vermitteln folgendes Bild:

Tabelle 4
Direktinvestitionen aus der BRD in EG-Ländern

Länder	*Bestand 31. 12. 1970 (Mio. DM)*	*Bestand 30. 6. 1978 (Mio. DM)*	*Zunahme (in %)*
Frankreich	*2 126*	*5 401*	*154*
Schweiz	*2 223*	*5 029*	*127*
Belgien/Luxemburg	*2 438*	*5 446*	*123*
Niederlande	*1 107*	*3 344*	*202*
Spanien	*885*	*3 048*	*244*
Großbritannien	*594*	*2 197*	*270*
Italien	*828*	*1 778*	*115*

Quelle: Eigene Berechnung nach dem „Bundesanzeiger" v. 10. 4. 1973 und 24. 10. 1978

Mit dem Hebel der Direktinvestitionen verbreitert die Bundesrepublik ihre Basis in allen westeuropäischen Ländern. Die Direktinvestitionen in Großbritannien stiegen zu einer Zeit, als sich in der industriellen und währungspolitischen Entwicklung des Landes, durch Krisenerscheinungen verstärkt, sogenannte „schwache Punkte" ausnutzen ließen. „Deutsche Direktinvestitionen in Großbritannien haben 1975 einen überraschend starken Sprung gemacht: Von 1,1 Milliarden Mark Ende 1974 auf 1,7 Milliarden Mark Ende 1975. Dazu trug sicherlich der Einkauf der Deminex in ein Nordsee-Ölfeld stark bei. Aber auch andere Unternehmen haben in den letzten Jahren den britischen Markt entdeckt: Die deutsch-englische Handelskammer hat kürzlich ein Verzeichnis deutscher Firmen in Großbritannien zusammengestellt, das die Namen von 325 Verkaufsbüros und 112 Firmen mit Produktionsbetrieben enthielt. Die Vertreter deutscher Firmen auf der Insel meinen, daß die Argumente für den Aufbau eigener Produktionsanlagen in Großbritannien um so stärker werden, je schwächer das Pfund wird."[15])

Beliebte Ziele deutschen Kapitalexports sind gleicherweise auch ökonomisch weniger entwickelte Länder, wie die EG-Anwärter Griechenland und Spanien. Bis 1975 betrug z. B. die Summe der Direktinvestitionen in Griechenland 240 Mio. DM. Sie soll sich weiter kräftig erhöhen. Über die Erfahrungen der größten Konzerne, die in Griechenland Tochtergesellschaften besitzen, das sind die AEG und Hoechst, berichtete „Die Welt" am 23. Juli 1976: „Die Verantwortli-

15) „Die Zeit" v. 14. 5. 1976.

chen in beiden Konzernleitungen sind sich einig darin, daß die bisherigen Erfahrungen gut sind und Griechenland auf jeden Fall ein zukunftsträchtiger Markt ist." Insgesamt gehören in Griechenland schon 30 Produktionsbetriebe Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland. 50 weitere Unternehmen wurden mit Industrie- und Bankkapital aus der Bundesrepublik gegründet bzw. werden von Firmen aus der Bundesrepublik kontrolliert.

Spanien, weiterer beliebter Anlageplatz deutschen Kapitals, wird zur „Ordnung" und „Stabilität" ermahnt: „Das iberische Königreich wurde (1975, d. Verf.) mit 221 Millionen Mark bedacht. Dennoch liegt es mit Gesamtinvestitionen von 2,6 Milliarden Mark noch immer deutlich vor der britischen Insel. Solange Franco herrschte, flößten Ruhe und Ordnung, niedrige Löhne und hohe Gewinne deutschen Unternehmen Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft Spaniens ein. Doch die politische Unsicherheit und die sozialen Spannungen haben dafür gesorgt, daß der Strom deutschen Investitionskapitals etwas gedrosselt wurde."[16]) Der Zusammenhang von Macht und Geld, die Geringschätzung von politischer Moral wird nicht häufig so offen erklärt.

Zu den Zielen des Kapitalexports der Bundesrepublik gehört es, ganze Firmengruppen, Regionen bzw. Rohstoffvorkommen in Besitz zu bringen. Ein Beispiel dafür ist der Griff des Krupp-Konzerns nach den französischen Wolfram-Vorkommen. Krupp orientierte sich langfristig auf den Kauf der Sonderstahl- und Wolframwerke von Pechiney-Ugine-Kuhlmann, um die französischen Industrien schließlich zu Lieferanten von Rohstoffen und Halbfertigwaren zu degradieren. Dieses Vorgehen entsprach langgehegten Zielen der deutschen Großunternehmen und Banken beim Ausbau ihrer Vormachtstellung.

Vor fast zehn Jahren hatte bereits der einflußreichste Bankier der Bundesrepublik und Kanzlerberater H. J. Abs erklärt, das Ziel bestände darin, „echte Positionen im Ausland aufzubauen, zu erwerben und auszubauen und zur Produktion zu bringen." „Ich denke dabei an Fertigungsstätten für dritte Märkte sowie auch an die Gewinnung von Grundstoffen, die wir zu importieren haben; nicht nur um sie billiger zu bekommen, auch nicht aus einem falsch verstandenen Autarkiebestreben, sondern in dem Gedanken, daß wir uns dort beteiligen und damit Erkenntnisse gewinnen und entwickeln, etwa im Betrieb einer Kupfergrube, eines Uranbergbaus, einer Ölquelle, die einfach als Ergänzung einer zu verwundbaren Wirtschaftsstruktur, wie Deutschland sie hat, so dringend notwendig sind. Darin sehe ich eigentlich die große Aufgabe des nächsten Jahrzehnts."[17])

Zu den bedeutendsten Erfolgen der Bundesrepublik im Bereich der westeuropäischen Eisen- und Stahlindustrie seit Gründung der Montanunion im Jahre 1952 gehört die Schaffung des westeuropäischen Stahlkartells Eurofer, dessen Bildung 1974 von Vertretern bundesdeutscher, belgischer, niederländischer und luxemburgischer Stahl- und Eisengroßunternehmen beschlossen wurde.

16) Ebd.
17) „Der Spiegel" v. 6. 1. 1969.

Die Gründung dieser gemeinsamen „internationalen Wirtschaftsvereinigung" mit Sitz in Luxemburg vereinigt mindestens 45% der Rohstahlerzeugung der EG. Da in diesem Zusammenschluß die deutschen Unternehmen ökonomisch den bestimmenden Einfluß haben, dürfte diese Wirtschaftsvereinigung, die auch Investitionen, Absatz und Preise festlegt, zu einem wichtigen Instrument in den weitgesteckten Plänen der bundesdeutschen Wirtschaftsmanager werden.

Träger der „Erschließung" anderer Regionen und Märkte und – natürlich – Nutznießer der dementsprechenden Politik sind die Kapitalgiganten der Bundesrepublik, denen die Grenzen des eigenen Landes längst zu eng geworden sind. Die Kapitalinvestitionen im Ausland betrugen nach Branchen aufgezählt von 1952 bis 1977 für den Bereich der chemischen Industrie 9,4 Mrd. DM, für die Elektrotechnik 5,8, für die Eisen- und Stahlindustrie 4,1, den Maschinenbau 4,0, die Automobilindustrie 3,4 Mrd. DM[18]).

Offensivgeist entfalten auch die Banken der Bundesrepublik in eigener Sache. Ihren Anspruch auf eine neue Art von Fugger-Tradition, das heißt als „Bankiers Europas", betonte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 10. Mai 1977: „Je mehr sich die deutsche Industrie . . . im Ausland etabliert, desto stärker wächst das Bedürfnis, an Ort und Stelle oder wenigstens in erreichbarer Nähe von einer deutschen Bank betreut zu werden . . . In manchen Fällen begnügt man sich zunächst mit einer Repräsentanz, die aber später, wenn der Geschäftsumfang es rechtfertigt, in eine Zweigniederlassung oder eine Filiale umgewandelt wird."

Die Großbanken der Bundesrepublik erwirtschaften gegenwärtig etwa ein Drittel ihrer Erträge jenseits der Grenzen. Das Auslandsgeschäft der deutschen Banken erreichte Ende 1977 ein Volumen von 220 Mrd. DM. Damit war es viermal größer als im Jahre 1972.

Welche Veränderungen belegen solche Angaben? 1945 besaßen die deutschen Großbanken – durch rigorose Enteignungsmaßnahmen der Siegermächte – keine Auslandsbeteiligungen und keine Auslandsfilialen. Erst in den 60er Jahren konnte der erste Vorstoß, zaghaft noch, in Richtung Ausland unternommen werden. Heute verfügen 35 Banken der Bundesrepublik an über 300 Plätzen internationale Stützpunkte. Die Deutsche Bank hält mit 81 Auslandsstützpunkten die Spitzenposition. Es folgen die Dresdner Bank mit 82, die Commerzbank mit 66 sowie die Bayerische Vereinsbank mit 33 Stützpunkten. Durch ihre starke Position in den unter ihrer maßgeblichen Mitwirkung gebildeten westeuropäischen Bankengruppierungen EBIC (Deutsche Bank), Abecor (Dresdner Bank) und Europapartners (Commerzbank) nehmen sie maßgeblichen Einfluß auf die Finanz- und Wirtschaftspolitik im EG-Raum. Immer stärker treten sie als Wegbereiter, Berater und Vermittler sowie als Finanziers der Kapital- und Exportoffensive der Bundesrepublik auf. Dabei sind ihre Aktivitäten koordiniert mit der Politik der Bundesregierung. Bank-

18) Vgl. „Der Tagesspiegel", Berlin (West) v. 14. 11. 1978.

und Industriekapital der Bundesrepublik agieren heute in der Wirtschaft der Länder Westeuropas mit der Handlungsfreiheit des Mächtigeren, mit dem Recht des Stärkeren. Dabei werden de facto die Schwachstellen in den Positionen der Partner genutzt, um den Expansionsdrang zu befriedigen und damit partiell jene Vorherrschaft zu erreichen, die in zwei Weltkriegen militärisch nicht erreicht werden konnte.

Die DM-Schlange

Wohin wandert die Mark? Man kann es kurz sagen: Die Mark wandert dahin, wo es das Interesse der in der Bundesrepublik dominierenden Großunternehmen erfordert; um die Partner ohne Rücksicht auf deren eigenständige Interessen in stärkere Abhängigkeit zu bringen; um noch führende Gruppierungen aus dem Feld zu schlagen; um sich in den Besitz entscheidender Marktanteile zu bringen. Ein Mittel dazu ist die Kreditpolitik des „Zahlmeisters Deutschland". (In der innerdeutschen Öffentlichkeit weckt dieser Begriff übrigens Abscheu gegenüber den Partnern als jenen, die ständig etwas „von uns wollen".) Mit Krediten soll neben den politischen Zielstellungen der ökonomische Vormarsch beschleunigt werden, um „solche Sachzwänge zu schaffen, die bei den Mitgliedstaaten ein Handeln im Interesse der Integration herausfordern, um nationale Hemmnisse zu überwinden", wie es 1974 der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff v. Amerongen, als Inhalt der „partnerschaftlichen" Politik der Bundesrepublik formulierte[19]).

Franz Josef Strauß faßte das Ergebnis dieser Strategie trefflich zusammen: „Wir sind der wirtschaftlich stärkste Staat Mitteleuropas geworden. An unseren Kassen stehen die ehemaligen Sieger Schlange. Bei uns sind sie alle verschuldet."[20]) Die Bundesrepublik läßt sich ihre umfassenden Hegemonialabsichten allerdings einiges kosten. Sie gewährte u. a. Italien einen Kredit in Gesamthöhe von 7,5 Mrd. DM. Großbritannien erhält Kredite in Höhe von 4,5 Mrd. DM. Als eigentliche strategisch wesentliche Gegengabe – vereinbarte Rückzahlungen und Zinsen verstehen sich selbstredend – wird die „Überwindung nationaler Hemmnisse" erwartet.

Bundeskanzler Helmut Schmidt persönlich verkündet den „Fußkranken der Wirtschaft": „Das Zeitalter der ‚National'-Ökonomie ist vorbei; wir sind dabei, eine ‚International-Ökonomie' praktisch zu entwickeln . . . Die Bundesrepublik spielt dabei eine kreative Rolle. Wir sind einer der Schrittmacher, in den konzeptionellen Lösungen sowohl als auch im tatsächlichen Handeln. Wir haben mit konjunkturanregenden Maßnahmen in einer Größenordnung von 35 Milliarden DM erheblich zu globalen Konjunkturanregungen beigetragen, vor allem bei unseren europäischen Partnern. Wir leisten zur Stabilisierung der Währungen unserer Partner, was uns möglich ist. Ich nenne als Beispiele den

19) Vgl. „Europa Union", Bonn, 3/1974.
20) „Die Welt" v. 2. 9. 1975.

Währungskredit von 2 Milliarden Dollar – 5 Milliarden DM – an Italien oder unsere Beteiligung an der Zahlungsbilanzhilfe für – Großbritannien . . . in Höhe von insgesamt 5 Milliarden Dollar – 2 Milliarden DM allein von unserer Seite – oder unseren Kredit gegenüber Portugal."[21])

Was aber folgt den Krediten? Nichts ist bekanntlich so überzeugend wie die Praxis. Also: Was folgte zum Beispiel dem 1974 gewährten Kredit für Italien? Dazu „Der Spiegel" am 27. Januar 1975 über die Vorstellungen des deutschen Mitglieds der Brüsseler EG-Kommission Willi Haferkamp: „Nach dem Vorbild einer militär-strategischen Intervention will er das seit Jahren führungslose Italien auf einen wirtschaftspolitischen Kurs zwingen, der das Land aus seinen mörderischen Zahlungsbilanzschwierigkeiten, Haushaltsdefiziten und staatlicher Mißwirtschaft herausführt." Ein EG-Beamter kommentiert den auf bundesdeutschem Diktat vorgenommenen Eingriff in die nationale Souveränität Italiens mit den Worten: „Das Land steht praktisch unter Kuratel." Das Nachrichtenmagazin erläuterte: „So dürfen die Italiener ihre Staatsausgaben 1975 höchstens um 16% wachsen lassen. Rom mußte sich verpflichten, sein Haushaltsdefizit in den kommenden fünf Jahren abzubauen, die Ausgaben der vielen halbamtlichen Organisationen zu begrenzen und . . . Behörden zu schließen."

Es hat sich also nichts mit der „Mittelmacht" Bundesrepublik. So spricht eine Macht, die sich ihrer Potenz und Überlegenheit durchaus bewußt ist. Die Reden ihrer Repräsentanten bestätigen, daß die DM in die Rolle einer gefragten internationalen kapitalistischen Leitwährung hineingewachsen, mit ihrem wachsenden Gewicht zum entscheidenden Instrument geworden ist, den Anspruch der Mächtigen der Bundesrepublik zur Fundierung ihres politischen und ökonomischen Hegemonialanspruchs voranzutreiben. Die bedeutenden Währungsreserven der Bundesrepublik eröffnen ihr dabei weitreichende Möglichkeiten. Ende 1976 hatten sich in der Bundesrepublik die größten Währungsreserven aller westeuropäischen Länder angehäuft. Sie waren so groß wie die von Großbritannien, Frankreich und den Niederlanden zusammen. Die gesamten offiziellen Währungsreserven der westeuropäischen Länder wurden für den 31. Dezember 1978 wie folgt angegeben (in Mio. Sonderziehungsrechten, ein SZR = 1,3 US-Dollar): Bundesrepublik: 41 353, Frankreich 10 296, Niederlande 8065, Italien 11 380, Belgien/Luxemburg 4535, Großbritannien 13 100 [22]). Hinzu kommt, daß die Bundesrepublik innerhalb der EG auch über die größten Gold- und Devisenreserven verfügt. Ihr Wert wird auf nahezu 88 Mrd. DM beziffert. „Die Reserven der Bundesbank, die bedeutendsten der Welt, stellen für sich allein genommen die Hälfte der Währungsreserven der Europäischen Gemeinschaft dar."[23])

---

21) Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 18. und 19. Juni 1976, Dortmund, Westfalenhalle. Protokoll der Verhandlungen, Bonn 1976. S. 32.

22) Nach: The OECD Member Countries, 1979 Edition, in: The OECD Observer, Nr. 97, March 1979, Beilage, vorläufige Zahlen.

23) „Le Monde Diplomatique", Juni 1977. Dem Geschäftsbericht der Bundesbank für 1978 zufolge haben sich diese Reserven der BRD 1978 von 81 auf 102,8 Mrd. DM erhöht.

Mit der D-Mark versucht Bonn, noch zielstrebiger und erfolgreicher die nationalen Interessen der EG-Partner hinwegzuhebeln. Diese Währungspolitik führt zu zahlreichen Widersprüchen zwischen der Bundesrepublik und ihren Partnern. Mitunter gewinnt man dabei auch den Eindruck, als wolle man – wie das ironisierende deutsche Sprichwort meint – „keinen Streit vermeiden". Es ist nicht gelungen, den Anfang der 70er Jahre entstandenen Währungsverbund der westeuropäischen Staaten unter den Einfluß der Bundesrepublik als der wirtschaftlich stärksten Macht zu bringen. Eine Reihe von Staaten scherte aus dem Währungsverbund, der sogenannten Schlange, aus, darunter Frankreich, Italien, Norwegen. So schrumpfte der Währungsverbund auf eine „Mini-Schlange", an der neben der Bundesrepublik nur noch Belgien, Dänemark, die Niederlande und Luxemburg beteiligt waren.

Mit dem Ausscheiden Frankreichs aus dem westeuropäischen Währungsverbund 1976 traten gravierend die Widersprüche hervor, die infolge der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den EG-Ländern bestehen. Als Begründung für den neuerlichen Austritt – Frankreich war 1974 schon einmal ausgeschieden – gab die französische Regierung an, es sei ihr nicht gelungen, den französischen Franc innerhalb der in der Schlange festgelegten Grenzen zu halten. Tatsächlich hatten sich infolge notwendiger Kursstützungen in Höhe von 14 Mrd. Franc durch die französischen Währungsbehörden die Devisenreserven des Landes um 40% verringert.

Verärgerung in der Bundesrepublik löste diese Haltung vor allem deshalb aus, weil damit der Währungsverbund verkleinert wurde. Der direkte Einfluß der DM auf Frankreich verringerte sich. Ungehalten notierte die einflußreiche „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 30. August 1976: „In Pariser Zeitungen war zu lesen, an der jüngsten Franc-Schwäche sei vor allem die Bundesrepublik schuld, weil sie die Mark nicht aufgewertet habe. Der Franc sei das Opfer der Mark-Hausse. Bonn räche sich mit seiner Währungspolitik für den Ärger, den Paris ihm auf anderen Gebieten bereitet habe. Ja, es wurde sogar der Verdacht geäußert, auf dem Umweg über die Währungspolitik werde der Versuch unternommen, eine deutsche Hegemonie in Europa zu errichten."

Daß diese Befürchtungen nicht so unbegründet waren, bestätigte der „Bayernkurier" mit einer interessanten Übersicht, wonach im Währungsverbund nur die DM an Gewicht gewann, während für die anderen Währungen die „Abmagerung" andauerte. „Le Monde diplomatique" schrieb im Juni 1977: „Die Macht Deutschland muß selbst den uneingeweihten Beobachter beeindrucken. Die Hauptwaffe dieser Macht ist eine Mark, die seit 1971 um 20% im Vergleich zur Gesamtheit der Währungen und um 40% seit 1969 im Verhältnis zum französischen Franc aufgewertet worden ist." Der mit der „Schlange" bewirkte Mechanismus der Währungsbeziehungen, der bei schwankenden Wechselkursen solche Geldkapitalfluten wie bis 1973 mit ihren inflationstreibenden Folgen weitgehend ausschließen sollte, sicherte den außenwirtschaftlichen Expansionsspielraum der Bundesrepublik.

Für die politischen Ambitionen der Bundesrepublik konnten jedoch Tendenzen zu einer massiven Zuspitzung der Gegensätze mit Frankreich nicht von

Vorteil sein. Die Suche nach einem Ausweg führte dann – unter Berücksichtigung mannigfacher anderer Faktoren – zu einem gleichzeitig von Frankreich und der Bundesrepublik forcierten Projekt der Schaffung eines neuen gemeinsamen Währungsmechanismus, dem am 13. März 1979 in Kraft gesetzten Europäischen Währungssystem (EWS). Von den neun EG-Staaten erklärte nur Großbritannien, daß es vorläufig außerhalb dieses Systems verbleiben werde.

Neben den bei der Schaffung des EWG dominierenden gemeinsamen Interessen der Bundesrepublik und Frankreichs verfolgen beide Mächte selbstverständlich nach wie vor stark gegensätzliche Ziele. Beide hoffen, den anderen unter Kontrolle halten und die Potenzen des Partners so noch besser für sich nutzbar machen zu können. Wenn auch außer Großbritannien alle anderen EG-Staaten dem EWS beigetreten sind, so deuteten sich jedoch schon im Streit um den sogenannten Ressourcentransfer zugunsten der wirtschaftlich schwächeren EG-Mitglieder, der besonders mit Großbritannien, Irland und Italien ausgefochten werden mußte, sowie im Konflikt um den Grenzausgleich bei der Agrarpreisordnung, von dessen einvernehmlicher Lösung Frankreich den Beginn des EWG abhängig gemacht hatte, die weiterwirkenden Widersprüche an, deren Vertiefung auch durch das EWG mit seiner neuen fiktiven Währungseinheit, dem ECU, nicht zu vermeiden sein wird.

Für die Bundesrepublik hat das neue westeuropäische Währungssystem vor allem die Funktion der Disziplinierung der Partner. An Beweisen fehlt es nicht. Nach der Übereinkunft zwischen Helmut Schmidt und Giscard d'Estaing in Aachen jubelte „Die Welt" bereits in ihrer Ausgabe vom 16./17. September 1978: „Damit ist gewährleistet, daß die Disziplinierung nicht weniger streng ist als in der Schlange." CDU-Wirtschaftssprecher Kurt Biedenkopf sprach schließlich aus, was offenkundig die Regierung in Bonn im Schilde führt: „Ich sehe in einem europäischen Währungsverbund die Chance, die einzelnen Wirtschaftspolitiken zu koordinieren . . . Deshalb ist es wichtig, Einwirkungsmöglichkeiten auf die nationalen Wirtschaftspolitiken zu schaffen. Dazu ist ein Währungsverbund möglicherweise ein geeignetes Mittel. Läßt sich das nicht durchsetzen, gibt es keinen Währungsverbund."[24])

Prof. Wilhelm Hankel, ehemals Staatssekretär des früheren „Superministers" Schiller, der schon nach der EG-Konferenz von Den Haag im Dezember 1969 vergeblich Anläufe zu einer Europäischen Währungs-Union unternommen hatte, sagt ein Scheitern des EWS voraus. Neben den von ihm genannten finanztechnischen Faktoren ist folgende Ausführung Hankels im Zusammenhang mit unserem Thema von Interesse: „Der Zahlungsbilanzüberschuß der Bundesrepublik im EWS, der alle EWS-Partner mit hartem Finanzzwang in die DM-Anpassung treibt, bestimmt damit in Wahrheit, welches Wachstums-, Stabilitäts- und Beschäftigungsklima in ganz Europa herrscht. Der DM-Mangel aller anderen Partner macht aus der Bundesrepublik nicht nur den ‚unfreiwilligen' Zentralbankier, sondern – politisch noch gefährlicher – den ‚Shylock

24) „Wirtschaftswoche" v. 10. 11. 1978.

Europas': Eine wirtschaftliche Großmacht, die jeder braucht und keiner liebt."[25])

Bei Forschung und Wissenschaft die Fäden in der Hand

Beschränkt sich das Vorherrschaftsstreben der Bundesrepublik nur auf die „klassischen Bereiche" von Industrie- und Bankwesen, von Kredit- und Währungspolitik? Keineswegs. Forschung und Wissenschaft, heute entscheidende Faktoren für ökonomische Erfolge, gehören zu den Feldern, auf denen, wenn auch gegen beachtliche Widerstände im EG-Raum, die Bundesrepublik die einzuschlagenden Richtungen bestimmen möchte. Die beschleunigte Nutzung der Ergebnisse von Wissenschaft und Forschung mittels umfassender Rationalisierung und technologischer Innovationen, vor allem auf dem Wege höhrerer Arbeitsproduktivität in entwicklungsbestimmenden Industriezweigen, ist in der Bundesrepublik im besonderen Maße wirtschaftspolitische Strategie, und zwar um im Konkurrenzkampf die Expansionsbedingungen zu verbessern und geringere wirtschaftliche Wachstumsraten auszugleichen. In der Bundesrepublik ist von „gemeinsamen Wissenschaftsprojekten" in der EG gern und oft die Rede. Besonders dann, wenn man die Hoffnung hegt, rasch davon zu profitieren. Dabei wirft Bonn seine Macht „als der reiche Mann Europas, der alles zuwege bringt"[26]), kräftig in die Waagschale. Zweifellos ist es heute schon so, daß die Bundesrepublik den Hauptanteil davon bestreitet.

Tabelle 5

Anteil der EG-Länder an den Gesamtausgaben für Forschung der Gemeinschaft (in %)

Land	*1969*	*1972*	*1977*
BRD	*31,7*	*47,3*	*36,2*
Belgien	*3,2*	*3,1*	*3,5*
Frankreich	*42,4*	*40,0*	*26,1*
Italien	*10,7*	*7,5*	*5,3*
Niederlande	*3,0*	*2,1*	*6,4*
Großbritannien	–	–	*20,8*
Irland	–	–	*0,3*
Dänemark	–	–	*1,4*

Quelle: F. Deppe, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, Hamburg 1975, S. 389, und eigene Berechnungen.

25) „Frankfurter Rundschau" v. 10. 3. 1979. Interessante Auffassungen über den Charakter und die Perspektive des EWS äußerte auch die Expertin der Londoner School of Economics and Political Science, Prof. Susan Strange, die vor allem auf die Notwendigkeit einer Oppositionsführerrolle der Bundesrepublik gegenüber den USA hinwies. Vgl. „Wirtschaftswoche", 2/1979, S. 34.

26) FAZ v. 23. 6. 1975.

Von den 19,9 Mrd. DM, die in der EG 1977 für die Forschung aufgewandt wurden, stellt die Bundesrepublik Deutschland mit 7,2 Mrd. mehr als ein Drittel. Sie hat damit die führende Position bei den Forschungsausgaben innerhalb der Gemeinschaft inne, die noch in den 60er Jahren von Frankreich gehalten worden war. Durch die Erweiterung der EG ist nun zwar der prozentuale Anteil der Bundesrepublik zwangsläufig zurückgegangen, zugleich hat sich jedoch ihr Vorsprung gegenüber Frankreich weiter erhöht. Waren es 1972 erst 7,3, so sind es 1977 schon 10,1 Punkte. Seitdem die Bundesrepublik in die Spitzenposition aufgerückt ist, hört man immer öfter und stärker Töne der „Unzufriedenheit" mit der EG-Wissenschaftspolitik.

Was will und was verlangt Bonn? Der damalige Forschungsminister Matthöfer faßte es seinerzeit in die Worte „Effizienz, vorausschauende Planung und Kontrolle".

Mit welcher Vehemenz die Bundesrepublik darum kämpft, ihren Führungsanspruch in Europas Wissenschaft und Forschung durchzusetzen, zeigte sich besonders 1975 bei den Verhandlungen der EG-Minister für Forschung in Luxemburg. Hier blockierte Minister Matthöfer die Verhandlungen, indem er einer Nachbewilligung von 165 Mio. DM nicht zustimmte, weil die Forschungspläne Bonn nicht befriedigten. Obwohl alle acht übrigen Partnerländer diese Haltung ablehnten, zögerte die Bundesrepublik nicht, eine Krise in der Gemeinschaft auszulösen. Matthöfer berief sich bei der Ablehnung vor allem darauf, daß die bisherigen Programme noch nicht vollständig realisiert seien, was deutlich mache, daß „schnelle Reformen im Forschungsablauf" durchzuführen seien. Unmißverständlich erklärte er den Partnern: „Wir wollen eine europäische Forschung, aber wir wollen eine leistungsfähige europäische Forschung."[27])

Der Schlag der Bundesrepublik zielte hauptsächlich gegen das in Oberitalien, in Ispra, angesiedelte Kernforschungszentrum und den Befürworter dieses in Italien angesiedelten Projekts, Frankreich. „Das Forschungszentrum in Ispra anzudeuten –, ist zunächst durch das von Frankreich erzwungene Projekt ‚Orgel' in die Irre geführt worden; seithier lief Ispra auf falschem Kurs . . . Die Deutschen sprechen vom fehlenden Geld, meinen aber die Existenz von Ispra überhaupt."[28]) Zwar konnte sich die Bundesrepublik mit ihren Zielvorstellungen in der Kernforschung in Brüssel nicht vollständig durchsetzen. Noch wird in Ispra geforscht. Außerdem mußte die Bundesregierung im Oktober 1977 einwilligen, als Standort des Jet-Projekts (Joint European Torus), der EG-Kernfusionsanlage, Culham in Großbritannien zu akzeptieren. (Die Bundesrepublik hatte auf Garching in Bayern behearrt.) Nach langem Tauziehen und völlig isoliert gab man nach. Doch wie wenig man die Partnerschaft achtete, machte „Die Welt" am 27. Oktober 1977 deutlich: „‚Jetzt wissen wir endlich, woran wir wirklich sind', ist seit der Luxemburger Entscheidung für Culham in dem ‚Atomdorf' Garching bei München zu hören. ‚Die Fahnen stehen nicht auf halbmast', verkündete Professor Rudolf Wienecke, der Leiter des Max-Planck-

27) FAZ v. 23. 6. 1975.
28) „Wirtschaftswoche" v. 9. 4. 1976.

Instituts für Plasmaphysik, und wandte seinen Blick nach vorn: Man werde in Bayern ein eigenes Programm fortentwickeln." Auch für Culham gab man natürlich nicht auf. So stellte das „Handelsblatt" am 20. Oktober 1977 die Überlegung an, daß doch die Bundesrepublik auf Grund ihres hohen Finanzierungsanteils „erster Anwärter für den Posten des Projektleiters" wäre. Zwei Monate später war schon die Erfolgsmeldung da. Der 1927 geborene Wissenschaftler Dr. Hans Otto Wüster war als Projektleiter nach Culhalm berufen worden.

In einigen weiteren Bereichen hat die Bundesrepublik das Rennen für sich entschieden. Die Europäische Weltraumorganisation steht unter ihrer Kontrolle. Sie hat maßgeblichen Anteil bei der Realisierung des „Spacelab"-Weltraumlaboratorium-Programms. Die Schaltzentrale für eine koordinierte Nutzung des bemannten Labors durch die beteiligten zehn europäischen Länder ist das Forschungszentrum der Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DFVLR) in Köln-Porz. Die Europäische Weltraumorganisation ESA siedelt ihr verantwortliches Projektteam hier an. Von den Gesamtkosten hat die Bundesrepublik 54,1% übernommen. Auf Italien entfallen 18%, auf Frankreich 10 und auf England nur 6,3%. Das zahlt sich bei der großen Zahl von Experimenten aus. So ist die Bundesrepublik an dem ersten geplanten Weltraumflug im Jahre 1980 mit 30 Experimenten beteiligt. Und es zahlt sich noch in einem anderen Bereich aus: In der Wirtschaft. Eine eigene Gesellschaft wurde dafür gegründet – die ERNO Raumfahrttechnik GmbH. Bereits 1961 hatten die westdeutschen Flugzeugwerke Focke-Wulf, Weserflug und Hamburger Flugzeugbau eine Arbeitsgemeinschaft gegründet, um an der Entwicklung der Raumfahrttechnik teilhaben zu können. 1967 erhielt diese Interessengemeinschaft die Form einer eigenen Gesellschaft mit Sitz in Bremen. Allein in diesen Werken wurden für das europäische Raumfahrtprojekt 600-Mio.-DM-Aufträge bearbeitet.

Auch im Forschungs- und Entwicklungsbereich der Zivilluftfahrt hat man die Fäden weitgehend in der Hand, so beim sogenannten „Airbus"-Projekt. Hier half die Bundesregierung ebenfalls mit kräftigem Finanzdruck nach, um einem internationalen Konsortium zum Bau eines „europäischen Großflugzeuges" Flügel zu verleihen. Immerhin wurden für die Zeit von 1974 bis 1977 eine dreiviertel Mrd. DM für die Absatz- und Produktionsfinanzierung im Haushalt locker gemacht. Mit diesem Projekt zieht die Bundesrepublik, deren Luftfahrtindustrie 1969 noch kaum existierte, mit der französischen Flugindustrie gleich. Die „Deutsche Airbus GmbH" stieg mit dem gleichen finanziellen Anteil ein wie die französische Aérospatiale, je 47,9%. Gleich ist auch der Produktionsanteil mit je 36%. Der Aufsichtsratsvorsitzende kommt aus der Bundesrepublik Deutschland: Franz Josef Strauß. Der Produktionsleiter ist ebenfalls ein Deutscher namens Felix Kracht. Seit der Existenz des „Airbus"-Konsortiums ist ein Tauziehen im Gange: Um den ersten Platz, um weitere westeuropäische Partner als Garanten für einen hohen Absatz. Besonders umworben und gedrängt wurde Großbritannien. Frankreich hoffte, durch einen britischen Beitritt sich die alleinige Federführung zu sichern. Deutsche und Niederländer sollten die dritte und vierte Geige spielen. Wie die „Frankfurter Rundschau" am

19. Dezember 1977 berichtete, „haben britische Vertreter als Bedingung für ihre Teilnahme eine andere Rollenverteilung gefordert: 40% für die britische, 25% für die französische Industrie, 35% für alle anderen Beteiligten, zu denen neben Deutschen und Niederländern auch die spanischen Airbus-Partner zählen würden".

Ab 1. Januar 1979 ist nun Großbritannien Mitglied des Konsortiums. Doch der französische Plan ging nicht auf. Paris meldete Bedenken an. Aber Bonn trägt Zufriedenheit zur Schau. Es bleibt mit nunmehr einen Anteil von 37,5% zusammen mit Frankreich an der Spitze. Großbritannien folgt mit 20% erst in einem beträchtlichen Abstand. Und da das Prestige-Projekt „Airbus" noch immer ein Anteilgeschäft ist, jubilierte das „Handelsblatt" am 25. Oktober 1978: „Außerdem müssen die Briten bei der mit 200 bis 250 Millionen Pfund Sterling veranschlagten Entwicklung der 200sitzigen A 310 Version Airbus ein Viertel der Summe mittragen. Schließlich wird erwartet, daß der neue Anteilseigner angemessen an den Generalkosten der Airbus-Industrie beteiligt wird."

Bereits am 4. September 1978 hatte „Die Welt" die Katze aus dem Sack gelassen: „Durch die britische Beteiligung wird auf jeden Fall das deutsche Risiko gemildert." Ansonsten ist natürlich viel von einem Bekenntnis zu Europa die Rede.

Eigennutz geht vor Gemeinnutz. So könnte wohl am besten die Haltung der Bundesrepublik in der EG-Wissenschaftspolitik charakterisiert werden. Gelingt es, diese Maxime durchzusetzen, überschlägt man sich vor Selbstlob. Führt die Forschungspolitik aber nicht sofort zum Ziel, verhält man sich wie in anderen Bereichen: Man setzt Druck, Erpressung, Beschimpfung und nationalistische Verunglimpfung im Kampf um die Vorherrschaft ein.

Lohnendes System mit Gastarbeitern

Am Aufstieg der Bundesrepublik in die Hierarchie des Westens haben die westeuropäischen Nationen einen hohen Anteil. In der Wirtschaft der Bundesrepublik ist nämlich jeder zehnte Arbeitsplatz von einem ausländischen Arbeitnehmer besetzt. Die deutsche Industrie ist heute einer der größten internationalen Arbeitgeber für Ausländer. Und das sowohl innerhalb des Landes als auch durch Errichtung von Werken in den Ländern der EG.

Derzeit sind rund 2 Millionen ausländische Arbeitskräfte in der Bundesrepublik selbst tätig. Mit ihren Familienangehörigen sind das nahezu vier Millionen Menschen. Es sind Arbeiter, wie man so sagt, „in den besten Jahren". Um hohe Profite zu erzielen, braucht man eben jüngere, kräftige und gesunde Arbeitskräfte. Die Auswahlprinzipien erinnern oftmals an jene der römischen oder griechischen Latifundienbesitzer auf den Sklavenmärkten. In der „Wirtschaftswoche" vom 9. April 1976 gestand der Leiter der Kölner Arbeitsvermittlung ein, daß ihm Briefe von Industriefirmen vorlägen, die „als Höchstalter für Einstellung von Gastarbeitern 35, ja sogar nur 30 Jahre angeben". Es wird hinzugefügt, daß besonders „unqualifizierte" oder körperlich schwere Arbeit das

„Reservat" der Gastarbeiter sei. Gleichfalls ein Phänomen, das die Sklaverei mit der modernen Auffassung von der Industriegesellschaft in der Bundesrepublik gemeinsam zu haben scheint.

Dieser Standpunkt ist von den Massenmedien der Bundesrepublik der Öffentlichkeit immer plausibel gemacht worden. Für manch einen ist das nicht neu. Denn der Fremdarbeiter aus den einst okkupierten Gebieten Europas ist bei der älteren Generation noch in Erinnerung. So wird vor allem den jüngeren Deutschen suggeriert: „Die Arbeit, die Deutsche nicht ausüben wollen oder können, wird von den Ausländern gemacht – überwiegend Arbeit für Junge und Gesunde, ob nun Jugoslawen im Frankfurter Interconti Koffer schleppen, Türken bei Ford in Köln am Band stehen oder Griechen bei Henkel in Düsseldorf an den Persil-Sprühtürmen."[29])

Ausländische Arbeitskräfte müssen für bundesdeutsche Konzerne und den Wohlstand der Bundesrepublik aber auch in ihren Heimatländern arbeiten. Und zwar überall dort, wo sich bundesdeutsches Kapital als „Gast" niedergelassen hat und für sich arbeiten läßt. Mit dem Anwachsen der Investitionen der Wirtschaft der Bundesrepublik in allen EG-Ländern steigt die Zahl dieser Arbeitskräfte jährlich an. Die Großindustrie der Bundesrepublik orientiert sich mit Hilfe ihrer kräftigen Kapitalinvestitionen dabei vor allem auf jene Regionen, in denen durch Niedriglöhne besonders günstige Kapitalverwertungsbedingungen vorhanden sind.

Die Arbeiter aus den westeuropäischen Staaten haben also – geht man von der langjährig durchschnittlichen Zahl von 10% der Beschäftigten aus – ihren „Zehnten" zum „Wirtschaftswunder" gewiß beigetragen. Und zwar auf Kosten der Entwicklung ganzer Landesteile in westeuropäischen Ländern. Was der Gastarbeiter-Exodus für katastrophale Auswirkungen auf die ökonomische Entwicklung oder besser Nichtentwicklung einiger Regionen zum Beispiel in Griechenland hatte, schilderte die „Deutsche Zeitung Christ und Welt" (13. Juni 1975) wie folgt: „So wird in Hellas darauf verwiesen, daß Tausende von Griechen im besten Schaffensalter das Land verlassen und später – wenn überhaupt – als ‚verbrauchte' Menschen nach Hause zurückkommen. 74% der in der Bundesrepublik beschäftigten griechischen Männer und 85% der Frauen sind unter 40 Jahre alt. Ganze Regionen Nordgriechenlands sind heute überwiegend von Kindern und älteren Leuten bewohnt, weil die jungen Männer und Frauen in deutschen Fabriken arbeiten. In vielen griechischen Dörfern ist die Feuerwehr wegen des Mangels an einsatzbereiten Männern nicht mehr funktionsfähig." Was hier für den EG-Anwärterstaat Griechenland gilt, trifft gleichermaßen für viele italienische Regionen, für arme Gebiete der Türkei und spanische Bergdorfregionen zu.

Auch von den unmittelbaren physischen Leistungen westeuropäischer Menschen profitiert also die Bundesrepublik, die sich so gern als uneigennütziger „Zahlmeister" darstellt. Kapitalexport, Wissenschafts- und Wirtschaftsexpan-

29) Vgl. „Nürnberger Nachrichten" v. 26. 3. 1975.

sion und die Ausnutzung Millionen fremder Arbeitskräfte aber legen die Frage nahe, wer profitiert heute am meisten von der EG?

Gemeinsamer Markt – kein deutsches Zuschußunternehmen

Die Reden von der „zahlungsbeflissenen" und „uneigennützigen" Bundesrepublik sind also zumindest einseitig. Aber die Manipulation ist nicht ungeschickt. Sie hört sich mit Varianten und durch alle Parteien der Bundesrepublik hindurch so an wie bei der Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Schmidt vom 8. April 1976: „Schon bisher erbringen wir erhebliche finanzielle Beiträge für die Gemeinschaft . . . Ich will hier trotzdem ganz klar sagen: Die Bundesregierung wird dem Bundestag und dem deutschen Steuerzahler auch in Zukunft Opfer zugunsten der Europäischen Gemeinschaft und sogar zugunsten einzelner Partner innerhalb der Europäischen Gemeinschaft zumuten müssen."[30])

Diese immer anzutreffende Art der Selbstdarstellung der Bundesrepublik Deutschland als „Opferlamm" stellt ein wichtiges Moment der Verschleierung des wahren Sachverhalts dar. Es ist kein Zufall, daß der „Münchner Merkur" am 28. Januar 1977 einen Artikel mit der Überschrift versah: „Die EG ist nicht billig, aber preiswert!" Der deutsche Vizepräsident der EG-Kommission Haferkamp erklärte einmal in einem Anflug von Wahrheitsliebe, „das Gerede vom Zahlmeister Deutschland liege für ihn an der Grenze zwischen Arroganz und Ungenauigkeit". Tatsächlich halten sich die deutschen Zahlungen für die Gemeinschaft unter 1% der gesamten wirtschaftlichen Leistung der Bundesrepublik. Ein objektiver Vergleich zwischen realer Leistung und tatsächlichen Leistungsmöglichkeiten im Aufwand für die EG ergibt: „Die Bundesrepublik hat 1976 rund sieben Milliarden DM in die Kasse der Gemeinschaft abgeführt und etwa die Hälfte davon wieder an Rückflüssen verbuchen können. Als wirtschaftlich stärkster Partner ist die Bundesrepublik mit diesem Finanzopfer auf keinen Fall überfordert."[31]) Trotz höchster Pro-Kopf-Einkommen stehen die Bürger der Bundesrepublik auf die Einwohnerzahl bezogen keineswegs an der Spitze der Gemeinschaft. Bei einem Finanzanteil von 7,2 Mrd. DM kam die Bundesrepublik 1976 auf eine Pro-Kopf-Belastung von 115 DM. Jeder Belgier trug im Durchschnitt dagegen mit 162 und ein Niederländer mit 161 DM mehr und ein Luxemburger mit 115 DM gerade ebensoviel wie ein Deutscher zum EG-Haushalt bei. Und das ohne Geschrei vom „Zahlmeister Belgien" oder den „hilfswilligen Niederlanden".

In Wahrheit profitiert vor allem die Großindustrie und mit ihr die gesamte deutsche Wirtschaft von den durch die EG festgelegten Maßnahmen. Seit dem 1. Juli 1968 belastet kein Zoll mehr den Warenaustausch in der Gemeinschaft. Die Zölle zwischen den drei neuen EG-Staaten (Großbritannien, Dänemark und Irland) sowie den bisherigen EG-Mitgliedern wurden am 1. Juli 1977

30) Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, 235. Sitzung v. 8. 4. 1976, S. 16 349.
31) „Die Welt", v. 25. 3. 1977.

vollständig, bis auf die Agrarzölle, abgebaut. Insbesondere aus dieser Tatsache hat die Wirtschaft der Bundesrepublik größten Nutzen gezogen. Nicht nur die Statistiken belegen dies deutlich; auch ein Blick auf die Straßen und in die Schaufensterauslagen macht dies anschaulich. Betrug der Warenaustausch zwischen den EG-Ländern 1958 nur ganze 75 Mrd. DM, so hat er sich bis 1976 auf mehr als das Zehnfache ausgeweitet. Konnten 1958 deutsche Erzeugnisse im Werte von reichlich 12 Mrd. DM auf den Märkten der heutigen Partnerländer abgesetzt werden, so 1978 Produkte für mehr als 130 Mrd. DM. Das ist eine Steigerung um gut das Zehnfache! Ein Betrag fast so groß wie das gesamte deutsche EG-Handelsvolumen von 1958 floß 1978 in die Kasse der Deutschen Bundesbank – als Überschuß aus dem EG-Handel der Bundesrepublik. 1978 kauften die „Fußkranken der Wirtschaft" für über 10 Mrd. DM mehr bei dem „Zahlmeister Deutschland" ein, als er selbst von ihnen bezog. Das waren pro Arbeitstag 40 Mio. DM Überschuß. In den letzten drei Jahren betrug der deutsche Handelsbilanzüberschuß im Inner-EG-Handel über 30 Mrd. DM – eine Zahl, die für sich spricht und die leicht beweist, daß auch in den Krisenjahren die Bundesrepublik zu den Profiteuren gehörte.

Wenn die Bundesrepublik 1976 mit 446,1 Mrd. Dollar rund ein Drittel des Volkseinkommens aller EG-Staaten – es erreichte im gleichen Jahr die Summe von 1387,5 Mrd. Dollar – für sich verbuchen konnte, dann ist dies ihrer dominierenden Rolle in der Gemeinschaft zu danken, die es für sich in klingende Münze umzusetzen weiß. Während die Bevölkerung der Bundesrepublik in knapp 20 Jahren nur um 15% wuchs, erhöhte sich der private Verbrauch um nahezu 140%. Ganz sicher ist daher: Ohne den Ausbau der politischen und ökonomischen Machtpositionen der Bundesrepublik in der EG wären weder das Lebensniveau für den bundesdeutschen Durchschnittsbürger noch die Gewinne der Banken und Konzerne so stark gewachsen.

Der seinerzeitige britische Außenminister David Owen erklärte in einem Interview mit dem „Spiegel": „Die Mark ist aufgewertet worden, und das Pfund ist gefallen. Nein, nein, Sie sind nicht die Milchkuh der Gemeinschaft. Ich könnte Ihnen eine Menge Zahlen und Fakten liefern, die beweisen, daß Sie großer Nutznießer des Gemeinsamen Marktes sind. Es ist eine Illusion anzunehmen, daß Sie der große Geldgeber sind. Frankreich hat ziemlich plötzlich feststellen müssen, daß es mehr in den Agrarmarkt einzahlt, als bisher angenommen wurde. Die Deutschen haben ganz schön profitiert, und es herrscht bei Ihnen eine leichte Neigung, solche Dinge nicht anzuerkennen . . ."[32])

Die Bundesrepublik hat alle ihre Positionen in der EG profitabel zu nutzen gewußt. Sie meldet ihre ökonomischen Hegemonialansprüche ziemlich unverhüllt an. Deshalb wirft „Le Monde" am 9. Juli 1977 Fragen auf, die zu denken geben sollten: „Man muß auch den Befürchtungen Rechnung tragen, die die Zukunft bringen kann. 30 Jahre nach seiner Niederlage ist Deutschland wieder zu einem wirtschaftlichen Riesen geworden, dessen Maschinen in allen Teilen

32) „Der Spiegel" v. 17. 10. 1977.

der Welt . . . anzutreffen sind, zu einem Land geworden, dessen Reserven unaufhörlich wachsen und wo das Lebensniveau sehr viel höher liegt als bei den meisten der Sieger über Deutschland von gestern. Diese Überlegenheit benutzen die Deutschen von heute und ihr Kanzler gern als Argument, um anderen Lektionen zu erteilen. Werden ihre Erben nicht eines Tages versucht sein, sie den Herrschaftsträumen in den Dienst zu stellen, von denen die Germanen ein Jahrhundert lang besessen waren?"

Im ersten Glied der Weltpolitik

Die Krise hat das Eigengewicht der deutschen Wirtschaft noch weiter erhöht. Die Ungleichmäßigkeiten der Entwicklung im EG-Raum haben sich weiter ausgeprägt. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" veranlaßte die qualitative Überlegenheit der BRD am 10. Mai 1977 zu dem Kommentar: „Bonn ist in der Weltpolitik ins vorderste Glied gerückt. Außenpolitik bedeutet heute zu einem erheblichen Teil Wirtschaftspolitik . . . Die These, die Bundesrepublik sei zwar wirtschaftlich eine Großmacht, politisch jedoch nur ein Gnom, ist veraltet." Und „Die Zeit" kommt am 9. Juni 1978 zu der Feststellung, „daß die Bundesrepublik wegen ihrer Bedeutung als Wirtschaftsmacht und als zweitstärkstes Mitglied der Nordatlantischen Allianz unaufhaltsam und ohne es darauf anzulegen längst in die Hierarchie des Westens aufgestiegen ist. Ihre Mitführerschaft im wirtschafts- und währungspolitischen Bereich ist eine Selbstverständlichkeit . . ."

Für F. J. Strauß war es dereinst ein Problem, wie man wirtschaftlicher Stärke politischen Einfluß verschaffen könnte. Die Entwicklung hat diese Frage beantwortet, besser: Die Entwickler haben das getan. Zugunsten der Bundesrepublik, genauer: Zugunsten der Mächtigen dieses Landes.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

151 *Bufe/Grumbach* Staat und Atomindustrie. Kernenergiepolitik in der BRD.
306 S. DM 14,80

153 *Hermes* Gegen Imperialismus und Krieg.
Gewerkschaften in der II. Internationale.
232 S. DM 14,80

162 Memorandum '79. Alternativen der Wirtschaftspolitik.
118 S. DM 7,80

Pahl-Rugenstein

Stellungnahmen von Gewerkschaftern zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß und zur Gewerkschaftspolitik der CSU

Die Haltung des CSU-Vorsitzenden und seiner Partei gegenüber den Gewerkschaften erweist sich als eine der zentralen Fragen der Auseinandersetzung mit dem Strauß'schen Machtanspruch. Die „Blätter" halten die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU für eine Herausforderung aller Demokraten. Sie bemühen sich, zu einer breit angelegten Aufklärungsarbeit beizutragen, um der Öffentlichkeit das Ausmaß der Herausforderung voll bewußt zu machen.

In Heft 8/1979 der „Blätter" sind neben Stellungnahmen aus den Parteien und Gewerkschaften zur Strauß-Nominierung auch die sogenannten „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion" der CSU und Erklärungen zur Gewerkschaftspolitik dieser Partei dokumentiert worden. Im Anschluß daran haben wir führende Gewerkschafter um eine kurze Stellungnahme zu dem angesprochenen Komplex – „Was bedeutet die Nominierung von F. J. Strauß aus gewerkschaftlicher Sicht?" – gebeten. Im folgenden veröffentlichen wir die bis Ende September eingegangenen Stellungnahmen. D. Red.

Willi Bleicher*)
Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind gewarnt

Mit der Nominierung von Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU treten die Fronten zur Bundestagswahl 1980 offen zutage. Strauß ist nicht irgendeiner der austauschbaren Führer der Union. Mit ihm tritt der Führer des äußersten rechten, aggressivsten Flügels dieser Partei zur Macht, und niemand kann sagen, daß Strauß seine rechtskonservativen, reaktionären Ziele je verheimlicht hätte. Seine Sonthofener Rede unterstreicht mit großer Klarheit und Rücksichtslosigkeit, gepaart mit Brutalität, seine Absichten. Bereits 1965 proklamierte er: „Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben." Und 1974 in Sonthofen: „Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen." Der ewige Kanzlerkandidat und Fraktionsführer der CDU/CSU, Helmut Kohl, ist sang- und klanglos in der Versenkung, im zweiten Glied verschwunden und mit ihm sein und seiner Partei Favorit Albrecht, der den machtpolitischen Finessen der bayerischen Schwesterpartei bereits im Anlauf erlegen ist. Wie kommt es, daß der grobschlächtige Bayer Strauß, bisher mehr Außenseiter der Union, ein Mann, auf dessen Weste die dunklen Flecken mißliebiger Affären und Skandale nicht

*) Ehemaliger Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Metall, Stuttgart.

mehr wegzuretuschieren waren, nun als Kandidat und Retter der Union auf den Schild geboren wurde?

Jahrzehntelang hatte dies als unmöglich gegolten, nicht nur in Nord- und Westdeutschland. Es ist auch nicht allein die Ungeduld der Union, nach elf Jahren Opposition wieder an die Regierung zu kommen, einer Partei, die vor allem unter Adenauer zwanzig Jahre an der Macht war und die Fundamente der bürgerlichen Restauration gelegt hatte, daß sie nun einen entscheidenden Schritt von ihrer bisherigen Position weg nach rechts hin vollzieht und sich in die Hand eines Strauß begibt. Die Ursache für einen solchen Sinneswandel liegt in der Veränderung der materiellen Bedingungen, die solchen politischen Änderungen den Boden bereiten. Nach marxistischer Auffassung muß nicht nur die Idee zur Wirklichkeit führen, sondern auch die Wirklichkeit zur Idee. In unserem Fall heißt das, die objektiven Verhältnisse haben sich soweit verändert, daß der Kapitalismus neue politische Lösungsmöglichkeiten ins Auge faßt. Als Ausdruck einer solchen veränderten Grundsituation der bürgerlichen Gesellschaft war die erfolgreiche Offensive des rechten Flügels der Union erst möglich, die das lange undenkbar Erscheinende hat eintreten lassen, nämlich die letztendliche Unterordnung der ganzen Union von Stoltenberg bis Blüm, von Vogel bis Weizsäcker unter die Führung von Strauß und unter die Vorherrschaft der kleineren CSU. Unter einem solchen Zwang der Verhältnisse ist selbst der liberale Flügel der CDU nur allzu schnell bereit, seine liberalen Prinzipien der „höheren Sache" des Kapitals zu opfern. Bereits 1970 erklärte die Unternehmerzeitung „Volkswirt": „Strauß ist der Geheimtip der Industrie", und 1971 vermerken wir bei Strauß: „Man bezeichnet uns gern als Kapitalistenknechte oder als Unternehmerpartei. Ich scheue mich nicht zu sagen, daß wir aus gutem Grunde unternehmerfreundlich sind." „Ich rede nicht von Blut, Schweiß und Tränen, aber etwas mehr Schweiß werden wir schon aufbieten müssen. Die Welt von morgen ist keine mondbeglänzte Zauberwiese, auf der Wolf und Schaf friedlich nebeneinander weiden und sich das Futter teilen." Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sind also gewarnt. Eine Regierung Strauß bedeutet eine Verschärfung des Klassenkampfes von oben, Verschärfung der Berufsverbotspraxis à la Bayern, die Unterdrückung sozialistischer Bestrebungen, eventuell Parteiverbote, noch stärkere Aufrüstung der Polizei und des Militärs auf Kosten aller arbeitenden Menschen.

Walter Fabian*)
Langzeitprogramm für einen CSU-Staat

Bei den CSU-Planspielen zur Einschüchterung, Schwächung und, wenn möglich, Spaltung der DGB-Gewerkschaften handelt es sich nicht um einen kurzfristigen Wahlschlager; ja es ist sogar möglich, daß das ganze Thema aus taktischen Gründen bis zur Bundestagswahl stillschweigend wieder beiseite gelegt wird. Aber wir müssen uns darauf einstellen, daß hier ein Langzeitpro-

*) Ehemaliger Chefredakteur der Zeitschrift „Gewerkschaftliche Monatshefte".

gramm gegen die Einheitsgewerkschaften, also gegen die wichtigste Errungenschaft der Arbeiterbewegung nach 1945, konsequent verfolgt werden soll.

In jedem Fall soll die ganze Kampagne den DGB und seine Gewerkschaften unter ständigen Druck setzen und ihn schrittweise zum Nachgeben und zu Konzessionen an die ihn bedrängende CSU veranlassen; dabei rechnen die Strauß-Strategen gewiß auch darauf, daß es dabei innerhalb des DGB zu Meinungsverschiedenheiten über die richtige „Taktik" kommen könnte. Dieses Ziel ist durchaus nicht unerreichbar; deshalb müssen die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften unermüdlich über die großen Gefahren aufgeklärt und zum entschlossenen Widerstand gegen die Strauß-Pläne, aber auch gegen jegliche Kompromißbereitschaft, gegen jegliches Zurückweichen der Gewerkschaftsführungen mobilisiert werden.

Mit dem Wahlkampf hat das CSU-Gewerkschaftsprogramm zumindest insoweit zu tun, als es die DGB-Führung erschrecken und zur totalen „Neutralität" veranlassen soll. Darum ist es der CSU-Führung wahrscheinlich ganz recht, daß ihre Pläne bekanntgeworden sind und damit psychologisch wirksam werden können. Diese psychologische Wirkung müssen wir abblocken und umkehren, indem wir klarstellen: es handelt sich, über 1980 hinaus, um ein Kernstück der CSU-Strategie zur Verwandlung der Bundesrepublik in einen CSU-Staat. Dieser Gefahr müssen wir durch unsere Aktivität begegnen!

Christian Götz*)
F. J. Strauß – Vollstrecker des „Tabu-Kataloges" der Unternehmerverbände

Mit Franz Josef Strauß wird die CDU/CSU jetzt auch ganz formell von einem Politiker angeführt, der seit drei Jahrzehnten konsequent Rechtsaußen-Positionen vertritt. Er gehört seit jeher zu den entschiedensten Gegnern jeder Politik der Entspannung und friedlichen Koexistenz, auch wenn er jetzt Äußerungen und Reisen macht, die das verschleiern sollen. Dafür setzt er auf die Karte der militärischen Rüstung. Gesellschaftspolitische Reformen sind ihm ein Greuel. Darüber hinaus rechnet er in aller Welt Faschisten zu seinen bevorzugten Freunden. Mit diesem politischen Weltbild steht der CSU-Vorsitzende in diametralem Gegensatz zu elementaren Arbeitnehmerinteressen und gewerkschaftlichen Grundpositionen.

Diese Diskrepanz wird noch deutlicher, wenn man sich gewerkschaftlichen Forderungen im engeren Sinne zuwendet. So lehnt Franz Josef Strauß z. B. die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer ab. Er verteidigt uneingeschränkt die bestehende skandalöse Verteilung des Produktivvermögens.

*) Leiter der Redaktion „ausblick" und der Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen.

Typisch für seine arbeitnehmerfeindliche Politik ist, daß nach seiner Meinung der Sozialstaat „ausgeufert" ist und unbedingt zurückgeschraubt werden muß. Das ist die unverhüllte Androhung verschärfter Verteilungskämpfe, wobei es überhaupt keinen Zweifel daran geben kann, auf welcher Seite Strauß – der „Mann des großen Geldes" – in diesen Kämpfen steht.

Strauß als Bundeskanzler würde also bedeuten: Die Unternehmer verfügen im politischen Bereich über einen – mit höchster Verantwortung und größtmöglichem Einfluß ausgestatteten – konsequenten Vollstrecker ihres „Tabu-Kataloges".

So gesehen, stellt die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß eine prinzipielle Herausforderung an alle Kräfte dieses Landes dar, die sich dem sozialen Fortschritt verpflichtet fühlen. Daß diese Herausforderung bestanden wird, hängt nicht zuletzt von Haltung, Konsequenz und praktischem Engagement der Gewerkschaften ab.

Leonhard Mahlein*)
Strauß – Krisenbewältigung durch Rückschritt

Noch vor 10 Jahren hat man selbst im bürgerlichen Lager an eine Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß kaum glauben mögen. Strauß schien zu skandalträchtig, zu unseriös. Hat er sich etwa gewandelt?

Im Gegenteil. Aus Skandalen, aus ungehobeltem Charakter, wie Zügellosigkeit und Mangel an Selbstherrschung, ist ein Programm geworden. Ein Programm der Konfrontation im Innern wie nach außen; eine Politik der unverhohlenen Reaktion, eine Strategie der Emotionalisierung. „Was wir brauchen, das ist die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild, sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art." (Sonthofen 1974)

Wenn der Versuch der Integration, der Einbeziehung der Arbeiterbewegung in Partnerschaftsmodelle, wenn eine Politik der Mitte hinter offene Konfrontation zurücktritt, so deutet sich hier die Tendenz an, die Krise nicht mehr allein durch Stillstand bei sozialen Reformen, sondern durch Abbau sozialer Leistungen zu bewältigen. Tabu-Katalog und Aussperrungen waren die Vorboten dieser „Tendenzwende". Selbst tarifpolitische Ziele, die streng genommen der Verteidigung des sozialen Besitzstandes dienen, wie etwa die Arbeitszeitverkürzung als Antwort auf die Rationalisierung, werden mit Hilfe der existenzbedrohenden Aussperrung abgewürgt. Lohnformeln, nach denen noch nicht einmal ein Ausgleich aller Preissteigerungen möglich sein soll – jedenfalls soweit sie vom Ausland kommen – zielen unmittelbar auf Reallohn-Abbau. Professor Biedenkopf, seines Zeichens einer der designierten Wirtschaftsmini-

*) Vorsitzender der Industriegewerkschaft Druck und Papier.

ster unter einem Bundeskanzler Strauß, verlangte kürzlich nicht nur Kürzungen im Sozialetat sowie die Einstellung der Bauförderung, sondern die Preisgabe einer beschäftigungsorientierten Wachstumspolitik. Also: von Reform- und Tarifstopp zum Angriff auf den sozialen Besitzstand!

Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Das Gerede vom Gewerkschaftsstaat wird durch aggressive Verdächtigungen wie die Legende von der kommunistischen Unterwanderung, ja, von CSU-Plänen der Gewerkschaftsspaltung abgelöst. Gewerkschaftliche Gegenwehr soll auf diese Weise von vornherein erstickt werden.

Die Verschärfung des Klassenkampfes von oben findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß. Eines Politikers, dem „das Soziale . . . kein Grundwert, sondern eine UNO-Phrase" ist (CSU-Parteitag 1977).

Deshalb ist es auch falsch, Strauß etwa zu dämonisieren oder umgekehrt die politischen Gefahren auf die Risiken einer ungehobelten Persönlichkeit herunterzuspielen. Strauß steht vielmehr für eine politische Entwicklung, die bereits in vollem Gange ist und die viel tiefere Wurzeln hat.

Aus diesem Grunde reicht auch nicht allein der Appell, am Wahltag seine Stimme richtig abzugeben. Über die durchgängige Rechtsentwicklung wird nicht allein und nicht erst am Wahltag entschieden. Der Widerstand muß früher einsetzen, auch im vorparlamentarischen Raum. Zum Beispiel in Gestalt einer entschlossenen Gegenwehr der Gewerkschaften, in einer offensiven Wiederaufnahme der Reformpolitik, in der Abwehr der Angriffe auf demokratische Freiheiten . . . Angesichts der drohenden Gefahr wäre es verhängnisvoll, darauf zu warten, daß sich die „politische Großwetterlage" von selbst wenden würde. Nein, wir müssen handeln.Und zwar jetzt.

Hans Preiss*)
Die „formierte" Gesellschaft marschiert

In den letzten Wochen und Monaten wurden die Angriffe der CDU auf den DGB häufig als der Versuch gewertet, die Einheitsgewerkschaft zu spalten. Die angebliche Verfilzung der Gewerkschaften mit der SPD wurde hochgespielt – insbesondere die SPD-Kandidatur der Kollegen Heinz O. Vetter, Eugen Loderer und Karl Hauenschild für das Europa-Parlament –, die These von der kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften genüßlich breitgetreten, der Umsturz aller bürgerlichen Werte durch den „sozialistischen Kampfverband DGB" in greifbare Nähe gerückt. So ist die Frage berechtigt: Ist dieses Strauß-Theater wirklich ein ernstzunehmender Versuch, den DGB zu spalten? Wer so denkt, verkürzt die politischen Perspektiven des Franz Josef Strauß und verstellt sich den Blick für die tatsächliche Zielrichtung dieses CSU-Vorstoßes;

*) Geschäftsführendes Mitglied des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall.

der im übrigen mit den kümmerlichen Versuchen des Kurt Biedenkopf in NRW zu vergleichen ist. Strauß ist, das hat er nie bestritten, ein Konservierer. Die bestehende Gesellschaftsstruktur mit ihren hierarchischen Strukturen und Privilegien ist die normative Basis seiner Weltanschauung. Seine Angriffe gelten somit nicht in erster Linie irgendwelchen Organisationen, es sei denn, ihre *politische Programmatik* hat erklärtermaßen die Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft zum Ziel. Dort, wo in Massenorganisationen, besonders aber in der Einheitsgewerkschaft, politische Positionen durch demokratische Diskussionen und Willensbildungsprozesse überprüft werden, z. B. das DGB-Grundsatzprogramm, wird der Versuch gemacht, politisch Druck auszuüben, um den DGB auf den Kurs einer „formierten Gesellschaft", wie sie seinerzeit von Ludwig Erhard propagiert wurde, festzulegen. Politischer Druck auf politische Positionen durch Spaltungsdrohung ist also das Ziel. Die Gemeinsamkeit der Demokraten hat hier ihre spezifische CSU-Ausprägung: Freiheit für den Unternehmer, Verzicht auf gesellschaftliche Strukturreformen, Abwehr jedweder politischen Anschauung, die diesen Vorstellungen zuwiderläuft. Das gilt für Organisationen und Personen: Organisationen links von der CDU/CSU, insbesondere die kritischen Kräfte in der SPD und den Gewerkschaften, wobei links gleichgesetzt wird mit Umsturz.

In letzter Zeit häufen sich Hinweise darauf, daß politisch profilierte Repräsentanten auch aus den Gewerkschaften politisch diffamiert werden, um sie in ihren Organisationen zu isolieren. Durch wachsende Verunsicherung soll in den Organisationen ein Klima geschaffen werden, das kritische Stimmen in die Nähe von Verfassungsfeinden rückt und eine schleichende Selbstzensur erzeugt. Nicht Spaltung ist das Ziel des Franz Josef Strauß, sondern politische Einflußnahme durch Druck. Die „formierte Gesellschaft" marschiert.

Helmut Schirrmacher*)
Niemals eine Gefährdung der Einheitsgewerkschaft zulassen

Aus demokratischer Überzeugung arbeitet die Gewerkschaft der Polizei mit einem jeden demokratisch gewählten und demokratisch handelnden Kanzler zusammen, also auch mit einem möglichen Kanzler Strauß. Eine solche Wahl würde uns bei der Verfogung unserer Gewerkschaftspolitik nicht aus der Bahn werfen.

Jeder Kanzler muß wissen, daß unabhängige Gewerkschaften ein unverzichtbares, in der Verfassung verankertes Instrument zur Artikulierung von Arbeitnehmerinteressen sind. Das gilt auch für den polizeilichen Bereich.

Jeder, der in der Bundesrepublik das politische Sagen hat oder haben wird, wird zur Kenntnis nehmen müssen, daß wir eine Gefährdung der Einheitsgewerkschaft niemals zulassen werden. Nur die Einheitsgewerkschaft gewährleistet

*) Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.

eine vernünftige Interessenvertretung der Arbeitnehmer, also auch der Beamten, Angestellten und Arbeiter im Polizeidienst.

Darüber hinaus bleibt die Gewerkschaft der Polizei bei ihrer seit 30 Jahren vertretenen Auffassung, daß bei der Bewältigung von Problemen der Inneren Sicherheit Emotionen, wie sie in der von Ihnen dokumentierten Sonthofener Rede zum Ausdruck kamen, immer noch der schlechteste Ratgeber waren.

Eckart Spoo*)
Antwort auf Strauß: Gewerkschaftliche Kraft entwickeln und zur Geltung bringen

Als sich Strauß einmal über junge Demonstranten empörte, sprach er von „Tieren, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist". Das war kein verbaler Ausrutscher im dunstigen Bierkeller, sondern Strauß gab das schriftlich an den Ministerpräsidenten des Bundeslandes, wo die Demonstration stattgefunden hatte. Ich erinnere daran, weil in diesen Worten die Vorstellung vom „Untermenschen" besonders deutlich wird, die Strauß offenbar seit seiner Zeit als NS-„Offizier für wehrgeistige Führung" nicht losgeworden ist. Es ist die Ideologie, die damals stramm gedrillte Nazi-Truppen befähigte, Millionen und Abermillionen Menschen wie Tiere zu halten und wie Tiere abzuschlachten. Auch als Freund ausländischer Faschistenregime – früher in Spanien und Griechenland, heute in Chile und anderswo – bietet Strauß keine Gewähr, sich jederzeit aktiv für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzusetzen – im Gegenteil. Darum darf er nicht Kanzler werden.

Der Vorstadtmetzgerssohn, der zum Multimillionär wurde, fand die kräftigste Protektion bei Industriellen, denen einst die Rüstungs-, Kriegs- und Eroberungspolitik der Nazis reiche Beute eingetragen hat. Von ihnen und von Axel Cäsar Springer wurde er schon vor Jahren zum Kanzlerkandidaten nominiert. Was auf unsereinen abschreckend wirkt – seine aggressiven Reden, die schmierigen Affären aus seiner Amtszeit als Bundesverteidigungsminister –, kitzelt ihre alte Gier. Von ihm, den sie heute als ihresgleichen betrachten (z. B. in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Airbus-Unternehmen, die Milliardenumsätze erreichen), versprechen sie sich eine weitere Eskalation der Rüstung, eine Aufheizung von Konflikten in anderen Weltgegenden, das Ausspielen der „chinesischen Karte" gegen die Sowjetunion. Von Strauß wissen sie, daß er auch gegenüber den USA, mit denen sie in Konkurrenz um die Vormachtstellung auf vielen Märkten getreten sind, keine Hemmungen hat. Und nicht zuletzt erwarten sie von ihm Druck auf die Gewerkschaften, nicht nur weil sie aus der Arbeit der Menschen in der Bundesrepublik größere Profite herausschlagen wollen, sondern auch weil sie in den Gewerkschaften eine Kraft sehen, die ihrer Herrschaft gefährlich werden kann. Gewerkschaftliche

*) Vorsitzender der Deutschen Journalisten-Union in der Industriegewerkschaft Druck und Papier.

Kraft zu entwickeln und zur Geltung zu bringen, ist die beste Antwort auf die durch Strauß personifizierte Abenteuerlust der reaktionärsten Unternehmergruppen unseres Landes.

Franz Steinkühler*)
Ein Watergate-Typ

Falls bei der kommenden Bundestagswahl die sozial-liberale Regierungskoalition abgewählt würde, ist die weitere Entwicklung nicht nur unter einer möglichen Kanzlerschaft von F. J. Strauß zu sehen. Wenn die CDU die Bundesregierung stellt, dann wird das Unternehmertum noch mehr Subventionen und Steuererleichterungen fordern und sicher auch erhalten. Das von den Gewerkschaften kritisierte unkontrollierte wirtschaftliche Wachstum wird sich weiter zuungunsten der Arbeitnehmer entwickeln, dem Staat werden notwendige Finanzmittel entzogen, die öffentlichen Aufgaben zurückgedrängt.

Dazu gibt es deutliche Signale von seiten der CDU/CSU. Dies würde negative Auswirkungen auf die Konjunktur und die Beschäftigungssituation in den achtziger Jahren haben. Wenn der Kanzler Strauß heißen wird, wird sich das alles noch potenzieren.

Eine Kanzlerschaft von Strauß wird schließlich zu einer Verschärfung des sozialen Klimas beitragen. Die gezielten Überlegungen von Biedenkopf, daß das Netz der sozialen Sicherungen in der Bundesrepublik zu dicht sei und deshalb die Maschen kräftig erweitert werden müßten, wurden von Strauß voll übernommen.

Zum Schluß eine Feststellung:

Ein Watergate-Typ wie Herr Strauß mit der sicherlich längsten Skandalgeschichte eines deutschen Politikers ist eine Zumutung für jeden, dem Moral und Glaubwürdigkeit noch keine Fremdwörter sind. Warnen möchte ich allerdings davor, diesen ganzen Vorgang in die Emotionalisierung absinken zu lassen. Wer nicht nur Wahlen gewinnen will, sondern anschließend auch soziale Politik machen will, braucht nicht nur die Herzen, sondern auch die Köpfe der Bevölkerung.

*) Bezirksleiter der Industriegewerkschaft Metall, Stuttgart.

Strauß und der Griff nach der Atommacht

Von Helmut Wolfgang Kahn

Die gegenwärtige Auseinandersetzung innerhalb der NATO und innerhalb der Regierungsparteien in Bonn über die Stationierung neuer Atomraketen auf deutschem Boden sowie die Kanzlerkandidatur des CSU-Vorsitzenden Strauß, der sich rückhaltlos sowohl für die neuen Atomraketen wie für die Neutronenbombe einsetzt, schließlich auch beunruhigende Denkspiele über eine deutsche Beteiligung an der französischen Atomstreitmacht „Force de Frappe" – dies alles gibt dringende Veranlassung, in Erinnerung zu rufen, daß der „Griff nach der Atommacht" in der Bundesrepublik von Anfang an auch eine beunruhigende – entsprechend häufig verdrängte – militärische Dimension gehabt hat und hat. In der Person des neuen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien, Strauß, ist diese ökonomisch-militärische Doppelstrategie von ihren Anfängen her geradezu verkörpert: Nicht von ungefähr wechselte Strauß vom Platz des Atomministers auf den des Verteidigungsministers, als die Frage einer Atombewaffnung der Bundeswehr zum erstenmal auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Verfrüht, wie sich zeigte. Die Gegenkräfte waren bisher stärker. Aber auch in den Oppositionsjahren hat Strauß – sicher ebensowenig von ungefähr – intensivste Kontakte z. B. zu Südafrika gepflegt, das seine atomaren Ambitionen bekanntlich in enger, wenn auch weitestmöglich verheimlichter Kooperation mit der Bundesrepublik vorantreibt (vgl. z. B. Wolff Geisler, Die militärische Zusammenarbeit zwischen BRD und RSA im atomaren und konventionellen Bereich, in: „Blätter", 2/1978, S. 166–185).

Die Kandidatur Strauß bedeutet nun einen neuen Anlauf, eine neue Herausforderung auch im Hinblick auf den „Griff nach der Atommacht". Sie koinzidiert mit einer Zuspitzung sowohl der Auseinandersetzung um die Durchsetzung oder Verhinderung der „zivilen" Atominteressen der herrschenden Kreise als auch der atomstrategischen Ambitionen bundesdeutscher Militärpolitik, deren Herausbildung unter Verantwortung von Adenauer und Strauß im folgenden der Hamburger Publizist Helmut Wolfgang Kahn (früher dpa und „stern") darstellt. Kahn ist bekanntgeworden u. a. durch seine Bücher „Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik" (München/Bern/Wien 1969), und „Helmut Schmidt, Fallstudie über einen Populären" (Hamburg 1973), und arbeitet an einer umfangreichen „Geschichte des Kalten Krieges". Den Anteil von F. J. Strauß an der „zivilen" Seite des bundesdeutschen „Griffs nach der Atommacht" werden in einem der nächsten Hefte der „Blätter" Helga Bufe und Jürgen Grumbach darstellen. D. Red.

Wenn die USA den NATO-Europäern Raketen aufdrängen, geht es nicht in erster Linie um Raketen, sondern um „ein Racket der amerikanischen Industrie"[1]). So urteilte kein Linker, sondern ein einschlägig erfahrener Konservativer: der ehemalige britische Premierminister Harold MacMillan; und „Rakket" ist ein Begriff aus dem US-Gangstermilieu und bedeutet: Betrug, Schwindel, Schiebung, Erpressung. Gegenwärtig geht es um ein „Racket" von laut „Welt" „schätzungsweise neun Milliarden Mark" Umsatz mit „600 zusätzlichen modernisierten Nuklearraketen"[2]), wie etwa der „Pershing-2"-Rakete (Martin Marietta Corporation) und/oder dem „Cruise Missile"-Flugkörper (Boeing bzw. General Dynamics) mit „eurostrategischen" Reichweiten von 1800–2500 km oder mehr.

Für Westeuropa, insbesondere die Bundesrepublik, ist dieses „Racket" nicht nur teuer, sondern auch hoch gefährlich, weil die Sowjetunion schwerlich gleichgültig bleiben kann, wenn „eurostrategische" Waffen gegen sie gerichtet werden. Wenn zumal auf westdeutschem Boden erstmals wieder eine Kapazität entstünde, die jene Verwüstung wiederholen könnte, die Nazi-Deutschland nach dem Überfall vom 22. Juni 1941 in der Sowjetunion angerichtet hat, würden dort die bittersten Kriegserinnerungen wieder aufbrechen. Die mit den Ostverträgen und dem Berliner Viermächteabkommen erreichte Entspannung – einschließlich der menschlichen Erleichterungen und des westdeutsche Arbeitsplätze sichernden Osthandels – wäre schnell zunichte gemacht. Käme eine westdeutsche „Mitbestimmung" oder gar Verfügungsgewalt über diese Kapazität hinzu, könnte Moskau sich wieder seiner Siegerrechte und der Feindstaaten-Artikel der UN-Charta erinnern. Und „mit jeder Rakete" – das erkennt die „Welt" ganz richtig – „wird das betreffende Stationierungsland einmal mehr in die sowjetische Zielplanung konkret einbezogen"[3]). Daß ein kleines, dichtbesiedeltes Land wie die Bundesrepublik im Atomkrieg schnell zerstört wäre, weiß man nicht erst seit Weizsäcker. Trotz dieser offen zutage liegenden Risiken findet das neue amerikanische Raketen-„Racket" Befürworter in der Bundesrepublik, selbst in der Genscher/Schmidt-Koalition.

Aber der Atomtriebhafteste ist wieder Franz Josef Strauß, obwohl er erst letztes Jahr erklärt hat: „Ich halte Herrn Breschnjew nicht für einen Kriegstreiber. Das russische Volk ist friedliebend . . . Davon können wir überzeugt sein."[4]) Im Gegensatz zur Bundesregierung, die eine „singuläre" Rolle scheut, ist Strauß sogar zu einem „Alleingang" der Bundesrepublik mit den USA bei der Stationierung der neuen eurostrategischen Waffen bereit. Strauß verneint die „Neuigkeit" einer solchen Stationierung und behauptet: „In Wirklichkeit ist diese Entscheidung schon Ende der 50er Jahre gefallen. Die innenpolitischen

1) Harold McMillan, At the End of the Day 1961–1963, London 1973, S. 335.
2) „Die Welt" v. 9. 8. 1979, S. 6.
3) Ebd.
4) Im Bundestag am 11. 5. 1978, lt.: „Das Parlament" v. 20. 5. 1978, S. 7.

Auseinandersetzungen darüber haben damals stattgefunden . . . Das Ganze ist lediglich eine Erneuerung und Fortsetzung der Ende der 50er Jahre eingeführten Waffensysteme" (damals war er Verteidigungsminister; d. Verf.). Laut Strauß „wäre es völlig falsch, sich auf die abschreckende Wirkung der (zentralen) strategischen Kernwaffen der Amerikaner zu verlassen, denn die Amerikaner können und werden diese nicht einsetzen"; deshalb „sind wir Europäer nicht mehr in der Lage, uns auf die amerikanische Sicherheitsgarantie blind verlassen zu dürfen" (das ist freilich nicht neu; d. Verf.). Unausgesprochen läßt Strauß den Zweifel (der Adenauer schon Ende 1957 ankam), ob die Amerikaner denn „eurostrategische" Kernwaffen eher einsetzen würden (da die Sowjets auf ein amerikanisches Nukleargeschoß aus Westeuropa ja wohl kaum anders reagieren würden als auf eines aus den USA; d. Verf.).

Deutlich wird Strauß dagegen mit der Forderung, daß nicht nur die Amerikaner in Europa über neue Mittelstreckenwaffen verfügen sollten, „sondern daß *zumindest* die Trägerwaffen nach dem Zweischlüsselsystem auch in den Händen der Bundesgenossen und damit auch in den Händen der Bundeswehr sind"[5]).

Wenn es nicht hervorgehoben wird, kann das Wort „zumindest" leicht überlesen werden. Es hat jedoch die ominöse Bedeutung, daß Strauß weiterhin, wie seit den 50er Jahren, eine Verfügungsgewalt über nukleare Gefechtsköpfe mit einer sowjetisches Gebiet erfassenden Reichweite anstrebt. Da Strauß sich 1980 als Kanzlerkandidat der Unionsparteien zur Wahl stellt, muß man seinen (und anderer Unionspolitiker) triebhaften „Griff nach der Atommacht" mit allen Spannungen, Gefahren und Schäden, die er erzeugt hat, in Erinnerung rufen.

Die Furcht, daß Hitler als erster eine Atombombe in die Hand bekommen könnte, gab im Oktober 1939 den Anstoß zur Entwicklung der amerikanischen, und Geheimnachrichten über die deutsche und die amerikanische Atomforschung trugen 1942 zu der Entscheidung bei, ein sowjetisches Atomprogramm ins Leben zu rufen. Nach dem Krieg, der ihr auch ohne deutsche Atomwaffen 20 Millionen Menschenverluste und ungeheure Verwüstungen zugefügt hatte, stand für die Sowjetunion fest, daß es Atomwaffen in deutschen Händen niemals geben dürfe. In dieser Entschlossenheit stimmten die Westmächte anfangs völlig mit ihr überein, ja Ost und West erlegten gemeinsam selbst den ehemaligen europäischen, Verbündeten Hitler-Deutschlands in den Friedensverträgen vom 10. Februar 1947 die totale Atomwaffenlosigkeit auf. So lautet Artikel 51 des italienischen Friedensvertrags: „Italien wird Atomwaffen weder besitzen, konstruieren, noch mit ihnen Versuche anstellen . . ."[6]), und entsprechende Totalverbote stehen in den Friedensverträgen mit Bulgarien, Ungarn, Rumänien und Finnland[7]). Japan, das als einziges Land der Welt von Kernwaffen gebrannt worden war, erklärte in seiner Verfassung von 1947 den „Verzicht auf Krieg" schlechthin. Schließlich sprach

5) Strauß-Interview in: „Die Welt". v. 12. 2. 1979, S. 3.
6) Fred L. Israel (Hrsg.), Major Peace Treaties of Modern History 1648–1967, New York² 1970, Bd. IV, S. 2441.
7) Ebd., S. 2529, 2560, 2590, 2620.

auch der österreichische Staatsvertrag vom 15. Mai 1955, den Ost und West wiederum gemeinsam unterzeichneten, in Artikel 13 das totale Atomwaffenverbot aus[8]). Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein deutscher Friedensvertrag, wäre er zustandegekommen, erst recht ein striktes Atomwaffenverbot enthalten hätte.

Statt dessen wurde Deutschland gespalten, und die Bundesrepublik betrat im Verlauf ihrer Remilitarisierung den Weg einseitiger Verzichte, die sie nur gegenüber ihren westlichen Partnern aussprach. Es gab *zwei* derartige Verzichtserklärungen. Am 7. Mai 1952 schrieb Bundeskanzler Adenauer an die Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die Bundesregierung werde „im Wege der Gesetzgebung verbieten": „(a) die Entwicklung, die Herstellung und den Besitz von Atomwaffen . . ."[9]). Diese Schreiben wurden Bestandteil des Europäischen Verteidigungs(EVG)-Vertrags, aber dieser scheiterte am 30. August 1954 in der französischen Nationalversammlung, und damit trat auch Adenauers erster Verzicht nicht in Kraft, der noch umfassend gewesen war, weil er den „Besitz von Atomwaffen" schlechthin ausschloß. Bei Adenauers zweitem „Verzicht", abgegeben am 3. Oktober 1954 bei den Londoner Verhandlungen über die Westeuropäische Union (WEU), war dies schon nicht mehr der Fall, weil Adenauer lediglich erklärte, „daß die Bundesrepublik sich verpflichtet, keine atomaren, chemischen oder biologischen Waffen auf ihrem Gebiet herzustellen . . ."[10]). Der neue „Verzicht" schloß einen Besitz von Atomwaffen, die eine Atommacht der Bundesrepublik liefern mochte, ebensowenig aus wie die Herstellung solcher Waffen in westdeutschem Auftrag auf dem Gebiet eines anderen Staates; auch eine Atomwaffenforschung auf Bundesgebiet schien nicht ausgeschlossen. Und der amerikanische Außenminister John Foster Dulles war Adenauer sofort mit der Interpretation beigesprungen, daß der Verzicht „nur rebus sic stantibus gilt"[11]), d.h. nur solange, wie die Umstände die gleichen blieben. Dulles hatte das „Zurückdrängen" (roll back) der Sowjetunion mit Hilfe der Bundesrepublik und das „Wandeln am Abgrund" des Krieges auf seine Fahne geschrieben und war als Lehnsmann der Rockefellers ein Förderer der amerikanischen Rüstungsinteressen. Vorsichtigere Kräfte in den USA waren indes einer Verbreitung von Kernwaffen an andere Staaten, die mit ihnen Amerika in einen Atomkrieg hineinziehen könnten, abhold.

1953 hatte Adenauer Strauß als Sonderminister in sein Kabinett aufgenommen. 1955 versetzte Bonn mit seinem Beitritt zu WEU und NATO einem Gesamtdeutschland auf der Basis der Bündnisfreiheit, das Moskau angeboten hatte, den Todesstoß; es wähnte, eine Wiedervereinigung zu seinen Bedingungen der Sowjetunion mit einer gegen diese gerichteten „Politik der Stärke" abpressen zu können. „„Die Erfüllung der Pariser Verträge", bekräftigte

8) Ebd., S. 2714.
9) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, Bonn o.J. (1952), S. 160.
10) Department of State (Hrsg.), London and Paris Agreements September–October 1954, Washington 1954, S. 46 f.
11) Konrad Adenauer, Erinnerungen, Bd. II, S. 347.

Strauß im Bundestag am 16. Juli 1955, „ist für uns kein Selbstzweck; sie entspricht einer klaren politischen Konzeption, die dem deutschen Volke ... nach Maß aller Kräfte die nationale Einheit ermöglichen soll"[12]). Im Oktober 1955 machte Adenauer Strauß zum Minister für Atomfragen. In dieser Stellung oblag Strauß primär die Förderung der zivilen Atomenergie, an der große Konzerne wie Siemens interessiert waren, aber Adenauer hatte ihn auch geheißen, sich über die Fortschritte zu informieren, die seit 1945 in der Atom*waffen*technik gemacht worden waren. Dies tat Strauß so eifrig, daß es offenbar den Sowjets auffiel, die am 27. März 1956 durch den damaligen Vizeaußenminister Andrej Gromyko zum erstenmal vorschlugen, Mitteleuropa und damit Deutschland atomwaffenfrei zu machen[13]). Wenige Wochen später führte Strauß in New York mit dem damaligen Bonner UNO-Beobachter Felix v. Eckardt „ein langes Gespräch nicht etwa über die friedliche Nutzung der Atomenergie, sondern über militärische Probleme. Es war nicht zu übersehen, wohin sein Interesse abzielte. Er bereitete sich darauf vor, Verteidigungsminister zu werden"[14]).

In seinem Zermürbungskrieg gegen den Amtsinhaber Theodor Blank propagierte Strauß durch die CSU-Landesgruppe eine atomar bewaffnete „Qualitätsarmee" von geringerem Umfang und kürzerer Dienstpflicht, als Blank plante (500 000 Mann, 18 Monate). Strauß und die CSU handelten dabei als Exponenten von Industriekreisen, die von Blanks Plänen für eine große konventionelle Aufrüstung eine Verknappung von Arbeitskräften, besonders Facharbeitern, befürchteten[15]). Publizistisch wurde die atomare Strauß-Konzeption von Adelbert Weinstein in der „Frankfurter Allgemeinen", einem Blatt der Großwirtschaft, befürwortet[16]). Adenauer, der noch am 21. August 1956 erklärt hatte, „daß ich eine Verlagerung des Schwergewichts zugunsten der Atomwaffen vorerst für verfehlt halte"[17]), war spätestens Ende September 1956 zu einer atomar-orientierten Rüstung bekehrt und erklärte bei einem Besuch in Brüssel: „Die Entwicklung der nuklearen Waffen, die Monopolstellung, die zwei Weltmächte dadurch erhalten, führt auf die Dauer zu untragbaren Verhältnissen für alle Kleinen."[18]). Am 16. Oktober 1956 sah er sich, wie er schrieb, „gezwungen", an die Stelle des glücklosen Blank „den robusteren Franz Josef Strauß zu berufen"[19]). Dieser hatte ein Programm für – zunächst – „taktische" Atomwaffen zur Bedingung gemacht[20]).

Als frischgebackener Oberbefehlshaber der erst 67 000 Mann zählenden und kaum einsatzfähigen Bundeswehr bramarbasierte Strauß während der Un-

12) Bundestag-Sitzungsbericht (BT), 16. 7. 1955, S. 5603.
13) Eugene Hinterhoff, Disengagement, London 1959, S. 186.
14) Felix v. Eckardt, Ein unordentliches Leben. Lebenserinnerungen, Düsseldorf/Wien 1967, S. 434.
15) Gerhard Brandt, Rüstung und Wirtschaft in der Bundesrepublik, Witten und Berlin (West) 1966, S. 178, 187.
16) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 20. 8., 29. 8., 4. 9. 1956.
17) Konrad Adenauer, Lohnt sich der Aufbau der Bundeswehr noch?, in: Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung („Bulletin") v. 21. 8. 1956, S. 1491.
18) Adenauer vor den Grandes Conférences Catholiques, Brüssel, 25. 9. 1956, in: „Bulletin" v. 26. 9. 1956, S. 1726.
19) Adenauer, Erinnerungen, Bd. III, S. 246.
20) „Time" v. 29. 10. 1956.
21) Entfällt.

garnkrise jenes Herbstes: „Wir leben in einem technischen Zeitalter, in dem die vereinigte Stärke unserer Bundesgenossen ausreicht, um das Reich der Sowjetunion von der Landkarte streichen zu können."[22])

Über die Frage, ob es Strauß und Adenauer nur um die Einsatzmittel für Atomwaffen, d.h. die „Träger", oder um die Verfügungsgewalt über das Eigentliche, die atomaren Gefechtsköpfe und Bomben, ging, ist unnötig gerätselt worden. Offiziell beteuerte Bonn zwar stets, daß lediglich Trägerwaffen angestrebt würden, aber das war wie der Fuchs von den sauren Trauben geredet, weil die atomaren Granaten und Bomben unter amerikanischem Verschluß blieben, da ein mißtrauischer US-Kongreß auf dem „Zweischlüsselsystem" oder der elektronischen Sperrung (permissive action link) gewisser Trägerwaffen bestand. Tatsächlich ging es den BonnerAtommacht-Politikern von Anfang an um die nuklearen „Köpfe", welcher Herkunft auch immer.

Schon auf der NATO-Konferenz im Dezember 1956 unterstützte Strauß die Initiative seines britischen Kollegen Anthony Head, die USA um die Lieferung atomarer Gefechtsköpfe an die Streitkräfte der europäischen Alliierten zu ersuchen; US-Verteidigungsminister Charles E. Wilson lehnte dies jedoch unter Hinweis auf die amerikanischen Gesetzesbestimmungen ab[23]). Darauf richtete Strauß seinen Blick auf Frankreich, das dabei war, Atombomben zu entwickeln, und besuchte schon im Januar 1957 seinen Pariser Kollegen Maurice Bourgès-Maunoury[24]). Im Februar 1957 soll Strauß vor Offizieren und Militärkorrespondenten gesagt haben: „Die Bundeswehr braucht Atomwaffen und wird sie bekommen, ob das den Amerikanern nun gefällt oder nicht."[25]) Atomköpfe bekam sie jedoch weder von den Franzosen noch von den Amerikanern, so daß Adenauer 1964 die aufschlußreiche Klage entfahren sollte: „Was nützen mir die Träger, wenn ich die Köpfe nicht habe"[26]).

Welchen politischen Zweck verfolgten Strauß und Adenauer mit Atomwaffen? Adenauer, schrieb der ihm wohlgesonnene Historiker Klaus Gotto, wollte „auch im Nuklearbereich einen Anreiz für die Sowjetunion schaffen, ein Globalarrangement unter Einschluß der Lösung der deutschen Frage anzustreben"[27]), und der rechte Ideologiehistoriker des Kalten Krieges in und um Deutschland, Ernst Nolte, nannte es gar „die stärkste aller möglichen Hoffnungen der Bundesrepublik . . ., durch die Drohung der Atombewaffnung die Sowjetunion zum Nachgeben in der Wiedervereinigungsfrage zwingen zu können"[28]). Man hielt die Weltmacht Sowjetunion also für erpreßbar, glaubte

22) „Nürnberger Nachrichten" v. 13. 11. 1956, lt.: Dieter Halfmann (Hrsg.), Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, Köln 1971, S. 107, Hans Frederick, Franz Josef Strrauß, München 1966, S. 173, über die Strauß-Rede in Holfeld am 11. 11. 1956.
23) Hans Speier, German Rearmament and Atomic War. The Views of German Military and Political Leaders, Evanston/Ill.-White Plains/NY 1957, S. 220.
24) FAZ v. 16. 1. 1957; „Archiv der Gegenwart" (AdG) 1957, S. 6212 B.
25) Lt. Michel Bosquet in: „L'Express" v. 1. 9. 1960; zit. in: R. W. Leonhard", X-mal Deutschland, Stuttgart-Zürich/Salzburg o.J., S. 404.
26) „Der Spiegel" v. 12. 9. 1966.
27) Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, in: Ders. u.a. Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963, Taschenbuchausgabe München 1975, S. 192.
28) Ernst Nolte, Deutschland und der Kalte Krieg, München/Zürich 1974, S. 576.

Treue-Bücher

zu günstigen Preisen für Abonnenten

20 25 30 %

Abonnenten der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" können in den Wochen vor Weihnachten, spätestens bis Jahresende, nachfolgend aufgeführte Bücher aus Sonderauflagen bzw. Restposten mit Treue-Rabatt zu erheblich herabgesetzten Preisen beziehen. Wir bieten:

Nach einjährigem Abonnement: 20% Treue-Rabatt
Nach zweijährigem Abonnement: 25% Treue-Rabatt
Nach dreijährigem Abonnement: 30% Treue-Rabatt

Bestellen Sie bitte die gewünschten Bücher gegen Vorüberweisung des Gesamtbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Der für Sie infrage kommende reduzierte Preis ist den Rabattspalten neben den angebotenen Büchern zu entnehmen. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummer(n)** sowie die **Anzahl** der Bücher.

Einmaliges Zusatzangebot: Falls Sie weitere Titel aus dem beiliegenden **Gesamtverzeichnis** bestellen möchten, benutzen Sie bitte die dreistelligen Ziffern der ISBN-Nr. ... z.B. Albrecht/Deppe/Huffschmid u.a., Geschichte der Bundesrepublik, DM 14,80 (S. 5), ISBN 3-7609-**0466**-1 = **Best.-Nr. 466.** Die verbilligten Preise können Sie anhand vergleichbarer Ladenpreise den Rabattspalten entnehmen. (Auf Sonderangebote wird kein Nachlaß gewährt.)

Die Lieferung von Büchern im Gesamtwert von **über 40,– DM** erfolgt **porto- und verpackungsfrei.** Bei Bestellungen unter 40,– DM zahlen Sie bitte 2,– DM für Porto und Verpackung mit ein.

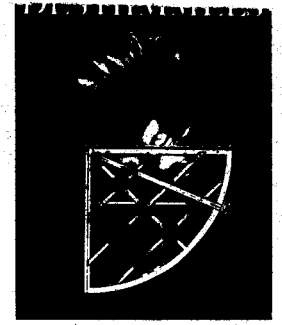
Pahl-Rugenstein Verlag

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
400	*Abendroth* Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. 4., aktualisierte Aufl. 142 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
	Afrika. Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Vier Bände.			
433	Bd. I: Von den Anfängen bis zur territorialen Aufteilung durch die Kolonialmächte. 372 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
436	Bd. II: Die Formierung der antikolonialen Kräfte (1884–1945). 297 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
420	*Axt/Deppe* **Europaparlament und EG-Erweiterung.** Krise oder Fortschritt der Integration? 205 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
314	*Axt* Staat, multinationale Konzerne und politische Union in Westeuropa. 450 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
419	*Bader/Koch/Rocholl* **Kooperatives Handeln in der Kindererziehung.** 180 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
402	*Bayertz/Holz* Grundwerte-Diskussion. 240 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
391	*Berlin (Hg.)* **Die deutsche Revolution 1918/19.** Quellen und Dokumente. Zahlreiche Abb. 384 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
356	*Bertha von Suttner:* Die Waffen nieder! Ausgew. Schriften. 140 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
467	*Billstein (Hg.)* **Das andere Köln.** Demokratische Traditionen seit der Französischen Revolution. 510 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
471	*Blank* **Die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR.** 240 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
325	*Blank u.a.* Wohin treibt der Rechtsstaat? 328 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
468	*Bredow* **Bredow Die Zukunft der Entspannung.** 210 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
246	*Booß* Ansichten der Revolution. Paris-Berichte deutscher Schriftsteller nach der Juli-Revolution 1830. 272 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
347	*Bredow/Kade (Hg.)* Abrüstung. Politische Voraussetzungen und sozialökonomische Folgen. 151 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
362	*Brokmeier/Rilling* Beiträge zur Sozialismusanalyse I. 308 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
430	*Brokmeier/Rilling* **Beiträge zur Sozialismusanalyse II.** 293 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
439	*Buddrus u.a.* **Freizeit in der Kritik.** Alernative Konzepte zur Freizeit- und Kulturpolitik. 240 S. 14,80 DM (Mitte November)	**11,85**	**11,10**	**10,40**
421	*Bufe/Grumbach* **Staat und Atomindustrie.** Kernenergiepolitik in der BRD. 306 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
435	*Bunke* **Lehrerarbeitslosigkeit.** 140 S. 9,80 DM	**7,85**	**7,35**	**6,85**
	Geschichte der Bundesrepublik			
466	*Albrecht/Deppe/Huffschmid u.a.* **Geschichte der Bundesrepublik. Beiträge.** 530 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
156	*Badstübner/Thomas* Entstehung und Entwicklung der BRD. Restauration und Spaltung 1945–1955. 2. Aufl. 512 S. 12,80 DM	**10,20**	**9,60**	**9,00**
320	*Bauß* Studentenbewegung der sechziger Jahre. 353 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
207	*Mayer/Stuby* Die Entstehung des Grundgesetzes. 338 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**
264	*Mayer/Stuby* Das lädierte Grundgesetz. Beiträge und Dokumente. 340 S. 14,80 DM	**11,85**	**11,10**	**10,40**

Fett gedruckte Titel sind Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 1979

bitte wenden

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20 %	2jähr. Abo 25 %	3jähr. Abo 30 %
368	*Christian* Die dialektische Methode im politischen Unterricht. 227 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
410	*Deppe/Fülberth u.a.* Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. 2. Aufl. 475 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
431	*Doormann (Hg.)* **Kinder in der Bundesrepublik.** Materialien, Initiativen, Alternativen. 277 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
349	*v. Freyberg/Fülberth u.a.* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 bis heute. 2. Aufl. 456 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
198	*Gugel* Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. 304 S. 48,– DM	38,40	36,00	33,60
257	*Haug* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital". 2. Aufl. 196 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
324	*Heldmann* **Ausländerrecht.** Textsammlung mit alphabetischem Wegweiser. 2., völlig überarb. Aufl. 320 S. 14,80 DM (Mitte November)	11,85	11,10	10,40
422	*Hermes* **Gegen Imperialismus und Krieg.** Gewerkschaften in der II. Internationale 1889–1914. 232 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
429	*Hund/Preiß* **Die Unbescheidenen. Betriebsrätinnen erzählen.** Protokolle mit Fotos. 134 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
395	*Hund/Kramer (Hg.)* Beiträge zur materialistischen Kulturtheorie. 240 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
428	*Kade* **Die Bedrohungslüge.** Die Legende von der „Gefahr aus dem Osten". Mit Dokumenten. 294 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
469	*Kade* **Die deutsche Herausforderung. „Modell Deutschland" für Europa?** 255 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
215	*Koch* Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes. 176 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
328	*Koch/Rocholl* Kleinkindererziehung als Privatsache? 222 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
407	*Köller/Töpfer* Frankreich. Ein historischer Abriß. 234 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
462	*Kuhrig/Speigner (Hg.)* **Wie emanzipiert sind die Frauen in der DDR?** 376 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
	Bücher gegen rechts · Wissen über Faschismus			
493	*Bredthauer (Hg.)* **Kandidat Strauß.** Dokumente, Analysen. 48. S. 5,– DM	4,–	3,75	3,50
477	*Chagoll* **Im Namen Hitlers.** Kinder hinter Stacheldraht. Dokumente, Fotos. Großband 144 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
042	*Czichon* Wer verhalf Hitler zur Macht? 5. Aufl. 105 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
243	*Haug* Der hilflose Antifaschismus. 4. Aufl. 168 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
305	*Kühnl* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten. 4. Aufl. 538 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
289	*Kühnl/Hardach* Die Zerstörung der Weimarer Republik. 2. Aufl. 292 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
360	*Hörster-Philipps* Wer war Hitler wirklich? Großkapital und Faschismus 1918–1945. 360 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
385	*Petzold* Wegbereiter des Faschismus. 410 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
183	*Ljublinskaja* Kinderpsychologie. 544 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
451	*Mannhardt/Schwamborn* **Zivildienst-Handbuch.** 2., aktualisierte Aufl. 180 S. 9,80 DM (Mitte November)	7,85	7,35	6,85
304	*Menschik* Texte zur Emanzipation der Frau. 2. Aufl. 426 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
288	*Menschik* Feminismus. Geschichte, Theorie, Praxis. 282 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
405	*Niess* Geschichte der Arbeitslosigkeit. Ursachen und politische Kämpfe. 250 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
192	*Oduev* Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie. Ln. Schutzumschlag, 416 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
310	*Opitz* Europastrategien des deutschen Kapitals. 1069 S. 68,– DM	54,40	51,00	47,60
364	*Ostrowsky/Geisler* Südafrika. Rassismus, Imperialismus, Befreiungskampf. 161 S. 12,80 DM	10,20	9,60	9,00
	Rilling **Sozialismus in der DDR.** Dokumente und Materialien.			
312	Bd. I: 1945–1961. 280 S. DM 14,80	11,85	11,10	10,40
381	Bd. II: 1961 bis zur Gegenwart. 560 S. DM 14,80	11,85	11,10	10,40
472	*Scherpe* **Poesie der Demokratie.** Literarische Widersprüche zur deutschen Wirklichkeit vom 18. zum 20. Jahrhundert. 240 S. 14,80 DM (Mitte November)	11,85	11,10	10,40
176	*Schleier* Bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung i.d. Weimarer Republik. 594 S. 38,– DM	30,40	28,50	26,60
426	*v. Soden/Zipfel* **70 Jahre Frauenstudium.** Frauen in der Wissenschaft. 196 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
238	*Streisand* Deutsche Geschichte. 3. Aufl. 484 S. 9,80 DM	7,85	7,35	6,85
277	*Tokarew* Die Religion in der Geschichte der Völker. 736 S. 14,80 DM	11,85	11,10	10,40
476	*VDS (Hg.)* **Demokratische Alternativen der Deutschlehrerausbildung.** 200 S. 12,80 DM (Ende November)	10,20	9,60	9,00
444	*DFI (Hg.)* **Wir Frauen '80.** Taschenkalender. 320 S. 7,50 DM	6,00	5,80	5,25



454 *Dieter B. Herrmann:* **Entdecker des Himmels**
256 Seiten mit zahlreichen zum Teil farbigen Bildtafeln, Zeichnungen und Abbildungen, Illustrationen.
Großformat, Leinen mit mehrfarbigem Schutzumschlag DM 19,80

Studien zur Dialektik · Philosophie (Kleine Bibliothek)

374	*Ahrweiler (Hg.)* Betr.: Lukàcs. 240 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
279	*Bayertz/Schleifstein* Mythologie der „Kritischen Vernunft". Kritik an K. Popper. 2. Aufl. 270 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
403	*Bialas* Wissenschaftliche und technische Revolutionen in der Vergangenheit und Gegenwart. 240 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
309	*Buhr/Kröber* Mensch, Wissenschaft, Technik. 345 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
459	*Furth (Hg.)* **Arbeit und Reflexion.** 240 S. 19,80 DM (Ende November)	15,85	14,85	13,85
487	*Geymonat* **Grundlagen einer realistischen Theorie der Wissenschaft.** 220 S. 19,80 DM (Ende November)	15,85	14,85	13,85
412	*Holzer* Evolution oder Geschichte? Theorien gesellschaftlicher Entwicklung. 194 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
292	*Metscher* Kunst und sozialer Prozeß. 258 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85
321	*Rückriem u.a.* Historischer Materialismus und menschliche Natur. 319 S. 19,80 DM	15,85	14,85	13,85

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Bitte ausschneiden!

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Empfängerabschnitt

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

in **5000 Köln 51**

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Postscheckamt
Köln

Aussstellungsdatum — Unterschrift

Postvermerk

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

Zahlkarte/Postüberweisung

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** des Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

DM | Pf (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5000 Köln 51**

Absender der Zahlkarte

DM | Pf | für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Für Vermerke des Absenders

Postvermerk

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54

in **5000 Köln 51**

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr.
2809 90-503

Postscheckamt
Kln

Studien zur Kritischen Psychologie

440	*Braun* Kritik des Freudo-Marxismus. Zur marxistischen Aufhebung der Psychoanalyse. 224 S. 15,– DM	**12,00**	**11,25**	**10,50**
389	*Friedrich (Hg.)* Zur Kritik des Behaviorismus. 350 S. 15,– DM	**12,00**	**11,25**	**10,50**
483	*Geier* **Kulturhistorische Sprachanalysen.** 280 S. 18,– DM	**14,40**	**13,50**	**12,60**
480	*Jantzen* **Grundrisse einer allgemeinen Psychopathologie und Psychotherapie.** 220 S. 15,– DM (Ende November)	**12,00**	**11,25**	**10,50**
406	*Jantzen* Behindertenpädagogik, Persönlichkeitstheorie, Therapie. 200 S. 15,– DM	**12,00**	**11,25**	**10,50**
482	*Keseling* **Sprache als Abbild und Werkzeug.** Psychologie der Wygotski-Schule. 220 S. 15,– DM (Ende November)	**12,00**	**11,25**	**10,50**
441	*Pilz/Schubenz* Schulversagen und Kindergruppentherapie. 302 S. 15,– DM	**12,00**	**11,25**	**10,50**
443	*Wilmerer* Lernen als Handlung. Psychologie des Lernens. 358 S. 18,– DM	**14,40**	**13,50**	**12,60**

279 *Joachim Herrmann:* **Spuren des Prometheus**
Der Aufstieg der Menschheit zwischen Naturgeschichte und Weltgeschichte. 272 Seiten, Großformat mit 114 Farb- und 8 sw-Fotos, 138 farbigen und 11 sw-Abbildungen, Großformat, Leinen mit farbigem Schutzumschlag DM 29,80 | **23,85** | **22,35** | **20,85**

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger		
Bestell-Nr.	**Anzahl**	**Preis**
Porto (unter 40,–)		2,–
B '79 Kaufbetrag		

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos

Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,– DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Pahl-Rugenstein Hochschulschriften

Gesellschafts- und Naturwissenschaften

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Treue-Rabatt nach 1jähr. Abo 20%	2jähr. Abo 25%	3jähr. Abo 30%
5000	*Werner* **Arbeiterbildung und gesellschaftliches Bewußtsein** Eine empirische Untersuchung zum Bewußtsein von Teilnehmern an Arbeiterbildungsveranstaltungen. Mit einem Vorwort von Lothar Peter 464 S. DM 49,–	**39,20**	**36,75**	**34,30**
5001	*Meyer* **Die Herausbildung der Arbeiterklasse im Spiegel der zeitgenössischen Lyrik** Vom Vormärz bis zum Anfang der siebziger Jahre, 565 S. DM 75,–	**60,00**	**56,25**	**52,50**
5002	*Nauhaus* **Probleme der Frauenarbeitslosigkeit in der gegenwärtigen Krise** 240 S. DM 28,–	**22,40**	**21,00**	**19,60**
5003	*Vock* **Probleme der Krippenerziehung** Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Kinderkrippen in Braunschweig, 176 S. DM 21,—	**16,80**	**15,75**	**14,70**
5004	*Großmann* **Zur Struktur und historischen Entwicklung des vorberuflichen Bildungsbereichs** 328 S. DM 39,–	**31,20**	**29,25**	**27,30**
5005	*Kuehrt* **Zur Struktur und historischen Entwicklung des Berufsausbildungssystems** 384 S. DM 45,–	**36,00**	**33,75**	**31,50**
5006	*Schweizer* **Zur Struktur und historischen Entwicklung des Weiterbildungsbereiches** 336 S. DM 42,–	**33,60**	**31,50**	**29,40**
5007	*Türcke* **Zum ideologiekritischen Potential der Theologie** Konsequenzen einer materialistischen Paulus-Interpretation 133 S. DM 18,–	**14,40**	**13,50**	**12,60**
5008	*Kutscha* **Verfassung und „streitbare Demokratie"** Historische und rechtliche Aspekte der Berufsverbote im öffentlichen Dienst. Mit einem Vorwort von Gerhard Stuby 348 S. DM 40,–	**32,00**	**30,00**	**28,00**
5009	*Hauck* **Von der klassenlosen zur Klassen-Gesellschaft** Systematisches und Empirisches zur Rekonstruktion des historischen Materialismus 160 S. DM 25,–	**20,00**	**18,75**	**17,50**
5010	*Rudloff* **Literaturunterricht in der Diskussion** Eine Analyse des wissenschafts- und gesellschaftspolitischen Bezugssystems der gegenwärtigen Literaturdidaktik in der Bundesrepublik Deutschland 216 S. DM 25,–	**20,00**	**18,75**	**17,50**
5011	*Friedmann/Schmahl* **Rationalisierung durch Humanisierung?** Ziele, Bedingungen und Auswirkungen der Einführung von „teilautonomen Gruppen" unter besonderer Berücksichtigung der Qualifikationen der betroffenen Arbeitskräfte 286 S. DM 35,–	**28,00**	**26,25**	**24,50**
5012	*Puhlmann* **Mädchenerziehung in der bürgerlichen Gesellschaft** Klassenspezifische Unterschiede in der Vergesellschaftung der Mädchenerziehung 80 S. DM 12,—	**9,60**	**9,00**	**8,40**
5013	*Ott/Ott* **Hölderlin und revolutionäre Bestrebungen in Württemberg unter dem Einfluß der Französischen Revolution** 184 S. DM 95,—	**18,40**	**22,50**	**16,10**
5016	*Bohlen* **Die XI. Olympischen Spiele Berlin 1936** Instrument der innen- und außenpolitischen Propaganda und Systemsicherung des faschistischen Regimes 234 S. DM 28,–	**22,40**	**21,00**	**19,60**
5017	*Ederer* **Die literarische Mimesis entfremdeter Sprache** Zur sprachkritischen Literatur von Heinrich Heine bis Karl Kraus 442 S. DM 59,–	**47,20**	**44,25**	**41,30**
5018	*Asseln* **Darstellung und Kritik philosophischer und politisch-soziologischer Ansätze des „Projekt Klassenanalyse" (PKA)** 275 S. DM 35,–	**28,00**	**26,25**	**24,50**
5019	*Grühn* **Qualifikationsstruktur und Weiterbildung** Überlegungen zu Problemen der Weiterbildung am Beispiel des Bildungsurlaubs 180 S. DM 27,–	**21,60**	**20,25**	**18,90**
5021	*Pauls* **Hausfrauenlohn oder Recht auf Arbeit?** 141 S. DM 18,–	**14,40**	**13,80**	**12,60**
5022	*Dormagen-Kreutzenbeck* **Soziologie der Persönlichkeit** Probleme und Perspektiven der Soziologie der Persönlichkeit und ihrer Integration in eine synthetische Humanwissenschaft 400 S. DM 45,–	**36,00**	**33,75**	**31,50**
5023	*Koch/Prodoehl* **Determinanten staatlicher Bildungsplanung und -politik 1969–1978** Zur Revision der Reformpolitik im Bildungswesen der Bundesrepublik 163 S. DM 18,—	F314,40	13,50	12,60
5024	*Martini* **Das Problem der Entfremdung in den Dramen Samuel Becketts** 404 S. DM 52,–	**41,60**	**39,00**	**36,40**

sie „zwingen zu können" – war dies realistisch? Dazu hat Dieter Mahncke in seiner eher apologetischen Studie über Bonns „nukleare Mitwirkung" feststellen müssen, daß schon der Tauschwert der Bonner „Nuklearoption" fragwürdig war: „Der Wert eines Versprechens, auf etwas zu verzichten, was man nicht hat und wahrscheinlich auch nicht bekommen wird, erscheint nicht sehr groß"[29]). Hauptsächlich wegen der unvergessenen deutschen Nazi-Vergangenheit konnte die „einzige Trumpfkarte, nämlich die Möglichkeit, daß der deutsche Verzicht auf die Herstellung von Kernwaffen widerrufen werden könnte . . . nicht wirkungsvoll ausgespielt werden. Die deutsche Abhängigkeit und die Kräftekonstellation, die sich gegen eine nuklear bewaffnete Bundesrepublik zusammengefunden hätte, schlossen objektiv diese Alternative aus"[30]).

Aber objektiven Erwägungen waren die vom Atomtrieb beherrschten Subjektiven von Bonn nicht zugänglich. Anfang 1957 sprach Strauß wiederholt von „Macht" als einem Mittel zur Wiedervereinigung, so im Bundestag am 31. Januar 1957: „Ich meine, daß der Weg zur Wiedervereinigung . . . viel mehr potentielle Macht auf unserer Seite verlangt"[31]). Er sagte ferner: „. . . respektabel zu sein in dem, über was man zu verfügen hat, das ist der einzige reale Weg, auf dem wir an den Konferenztisch und dann, so Gott will, zur Wiedervereinigung kommen wollen"[32]). Die illusionär für erpreßbar gehaltene Sowjetregierung warnte Bonn dagegen in einer Note vom 27. April 1957: „Der Weg zu einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr ist unvereinbar mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, und die Staatsmänner der Bundesrepublik, die diesen Weg verfolgen, laden sich die schwerste Verantwortung gegenüber dem deutschen Volk auf."[33]) Die Note wies auf die selbstverständliche Tatsache hin, daß das Gebiet einer atomar bewaffneten Bundesrepublik im Falle eines Krieges zu einem „wahren Friedhof" werden würde[34]). Solche Aussichten für sein Land schreckten Strauß nicht. In einem „Spiegel"-Interview vom 1. Mai 1957 verniedlichte er den Weg vom Säbel zu den Kernwaffen als „eine technische Entwicklung" – Adenauer hatte zuvor von einer „Weiterentwicklung der Artillerie" gesprochen[35]) –, nannte die 18 Göttinger Wissenschaftler, die gegen die Atomrüstungspläne protestiert hatten, „Moralromantiker" und erklärte in bezug auf den Herstellungsverzicht von 1954: „Die reine Rechtslage würde es uns nicht verbieten, Forschungen zu treiben."[36])

Nachdem Adenauer und Strauß im Sommer 1957 die ersten Berichte über sowjetische Interkontinentalraketen bagatellisiert und als „Bluff" bezeichnet

29) Dieter Mahncke, Nukleare Mitwirkung. Die Bundesrepublik Deutschland in der atlantischen Allianz 1954–1970, Berlin (West)/New York 1972, S. 27.
30) Ebd., S. 241.
31) Bt, 31. 1. 1957, zit. in: Frederik, S. 98.
32) BT v. 31. 1. 1957, S. 10733.
33) Zit. nach: Hinterhoff, S. 202.
34) „New York Times" (NYT) v. 28. 4. 1957; „Times" v. 29. 4. 1957.
35) Stenographischer Auszug der Erklärung Dr. Adenauers vor der Presse am 5. 4. 1957, in: Helmut Lindemann, Konrad Adenauer, München/Bern/Wien 1965, S. 27 f.
36) „Der Spiegel" v. 5. 1957.

hatten[37]), erlebte Bonn laut Felix v. Eckardt nach dem „Sputnik" vom 4. Oktober 1957 „ein schreckliches Erwachen aus der liebgewordenen Vorstellung, die Vereinigten Staaten würden jetzt und für alle Zeit technisch an der Spitze der Menschheit spazieren"[38]).

Adenauer erkannte jetzt die „offenbar gewordene Möglichkeit einer unmittelbaren Bedrohung der Vereinigten Staaten durch Sowjetrußland"[39]) und schrieb in einem Papier vom 9. Dezember 1957: „Ob sich ein Präsident der Vereinigten Staaten zur Verwendung Amerika gehörender Waffen von Europa aus entschließen wird, nachdem nunmehr Sowjetrußland mit Raketen, die nukleare Köpfe haben, Amerika direkt angreifen kann, ist eine Frage, die schwer zu beantworten ist."[40]) Während Strauß die veränderte Lage nicht so schnell erfaßte, sondern noch Monate später bramarbasierte, „das Echo auf den ersten Gewehrschuß" eines „Aggressors" gegen Westeuropa werde „eine nukleare und thermonukleare Explosion" sein[41]), löste sie in Adenauer eine (von seinen Vertrauten Heinrich Krone und Hans Globke bezeugte) Kriegsfurcht aus[42]). Auf der NATO-Konferenz Mitte Dezember 1957, wo Dulles im Interesse der amerikanischen Industrie den europäischen Alliierten (noch unfertige) Zwischenbereichsraketen (IRBMs) aufdrängte, sprach Adenauer sich deshalb zum Erstaunen aller für Verhandlungen mit Moskau aus – durch die er freilich nur Zeit (für den „Ausbau unserer Verteidigungskraft"[43]), zu gewinnen suchte – und war laut McMillan heilfroh, daß Westdeutschland als Stationierungsgebiet für IRBMs „auf der Basis ‚militärischer' Gründe" zunächst nicht in Frage kam[44]). (1959 wurden schließlich 105 „Jupiter"- und „Thor"-IRBMs in der Türkei, Italien und Großbritannien stationiert.) Anders als Norwegen und Dänemark erklärte Bonn jedoch keinen Verzicht auf die Lagerung amerikanischer Atomwaffen auf seinem Gebiet.

In seiner Unsicherheit hinsichtlich Amerikas hatte sich Adenauer verstärkt Frankreich zugewandt. In dem Bestreben, sich westdeutsche Finanz- und Forschungshilfe zu sichern, hatte die Regierung Félix Gaillard Adenauer am 16. November 1957 eine gemeinsame „Grundlagenforschung" vorgeschlagen, um den Angelsachsen zu beweisen, daß die Kontinentaleuropäer „Atomwaffen selbst herstellen könnten", und Adenauer hatte sich dazu bereit erklärt[45]). Nach verschiedenen Berichten C. L. Sulzbergers in der „New York Times" traf Strauß schon Ende 1957/Anfang 1958 mit seinem französischen Kollegen Jacques Chaban-Delmas eine Absprache, derzufolge die Bundesrepublik die Entwicklung der französischen Atommacht finanziell fördern und

37) Paul Sethe, Die großen Entscheidungen, Frankfurt/M. 1958, S. 11.
38) Eckardt, S. 552.
39) Adenauer, Erinnerungen, Bd. III, S. 319 f.
40) Ebd., S. 335 f.
41) AP-Interview in: „Telegraf" v. 28. 2. 1958; „Hamburger Echo" v. 28. 2. 1959.
42) Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: Rudolf Morsey/Konrad Repgen (Hrsg.), Adenauer-Studien III, Mainz 1974, S. 143 f. (Aufzeichnungen Krones v. 18. 12. 1957 und 6. 1. 1958.)
43) Adenauer, Erinnerungen, Bd. III, S. 344.
44) Harold MacMillan, Riding the Storm 1956–1959, London 1971, S. 335.
45) Adenauer, Erinnerungen, Bd. III, S. 329.

dafür in Frankreich gelagerte Sprengköpfe erhalten sollte[46]). Aber durch den baldigen Sturz der Regierung Gaillard (am 15. April 1958) und der IV. Republik wurden, wie Adenauer in seinen „Erinnerungen" klagte, „die sehr wichtigen Ansätze einer gemeinsamen europäischen Arbeit auf atomarem Gebiet zunächst wieder erstickt"[47]).

Am 25. März 1958 beschloß die absolute Mehrheit der Unionsparteien im Bundestag die Ausrüstung der Bundeswehr mit den „modernsten Waffen"; gegenüber Wolfgang Doering von der FDP hatte Strauß vergebens für seine Politik „nationaler Machtentfaltung" geworben[48]), und die SPD war damals noch auf den „Kampf gegen den Atomtod" eingeschworen, von dem sie jedoch bald abließ. Offiziell betonte Bonn, daß mit „modernsten Waffen" nur die Träger gemeint seien. Aber schon am 2. April 1958 wurde Strauß im Londoner „Daily Mirror" von dem britischen Labour-Abgeordneten Richard Crossman, der ihn interviewt hatte, folgendermaßen zitiert: „Ich garantiere, daß es in den nächsten drei, vier oder sogar fünf Jahren keine deutschen Kernwaffen geben wird. Danach aber kann Deutschland auch mit herangezogen werden, wenn andere Nationen – insbesondere die Franzosen – ihre eigene Wasserstoffbombe herstellen"[49]). Als das Strauß-Ministerium dies unter Hinweis auf sprachliche Mißverständnisse dementierte, bestand der des Deutschen mächtige Crossman auf der Korrektheit seiner Wiedergabe[50]). Auch der aus Deutschland gebürtige amerikanische Historiker Gerald Freund bestätigte später, daß Strauß sich ihm gegenüber bei einem Interview im März 1958 „nahezu identisch" geäußert hatte[51]).

Im April 1958 kam zum erstenmal ein sowjetisches Regierungsmitglied nach Bonn, der stellvertretende Ministerpräsident Anastas Mikojan. Er beschwerte sich bei Adenauer über Straußens Prahlereien mit der Fähigkeit, die Sowjetunion zu zerstören[52]), und laut Adenauer war sein „Hauptanliegen, auf das er immer wieder zurückkam . . ., die Ausstattung der Bundeswehr mit nuklearen Waffen"[53]). Dabei warnte Mikojan Adenauer, aus Moskaus Hinnahme des westdeutschen NATO-Beitritts dürfe er „nicht den Schluß ziehen, die Sowjetunion sei gewillt, sich auch in Zukunft vor vollzogene Tatsachen stellen zu lassen"[54]). Adenauer jedoch lehnte eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa (wie sie inzwischen auch der polnische Außenminister Adam Rapacki vorgeschlagen hatte) erneut ab. Von Mai 1958 an fand Bonns neuer Moskau-

46) C. L. Sulzberger in: NYT v. 14. 10. 1964, 16. und 21. 11. 1964, 17. 11. 1965, 7./8. 5. 1977. Nach der ersten Enthüllung „dementierte" Strauß (lt: „Die Welt" v. 15. 10. 1964): Sämtliche deutsch-französischen Rüstungsvereinbarungen seien im Rahmen der NATO und der WEU und mit Zustimmung Adenauers getroffen worden.
47) Adenauer, Erinnerungen, Bd. III, S. 332.
48) „Der Spiegel" v. 5. 4. 1961.
49) Zit. nach: Halfmann, S. 111.
50) Ebd., S. 111 f.
51) Gerald Freund, Germany Between Two Worlds, New York 1961, S. 155, Fußnote 31. Unmittelbar darüber schrieb Freund: „Es ist nicht länger zweifelhaft, daß die westdeutsche Regierung außerordentlich interessiert ist, eigene Kernwaffen und eine Produktionskapazität für Kernwaffen zu besitzen."
52) So Mikojan bei einem Staatsbankett des Bundespräsidenten Walter Scheel in Moskau im November 1975, lt. „Die Welt" v. 15. 11. 1975.
53) Adenauer, Erinnerungen, Bd. III, S. 394.
54) Ebd., S. 382.

Botschafter Hans Kroll in Gesprächen mit Außenminister Gromyko, Ministerpräsident Chruschtschow und Mikojan die Entschlossenheit der Sowjetregierung bestätigt, „eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr unter keinen Umständen zuzulassen"[55]).

Am 2. Juli 1958 wurde auf britisches Drängen die eine Weitergabe amerikanischer Sprengköpfe und militärischer Atominformationen untersagende MacMahon-Akte abgeändert, und am 4. August 1958 trat ein anglo-amerikanisches Abkommen über den Austausch von Atominformationen in Kraft[56]) – für die Sowjets ein Alarmsignal, daß auch Westdeutschland in Kürze solche Kenntnisse von den USA erhalten könnte. In Frankreich war zwar der wieder zur Macht gekommene Charles de Gaulle, eingedenk der „bösen germanischen Dämonen", der Auffassung, daß Deutschland „um keinen Preis das Recht auf den Besitz und die Herstellung von Atomwaffen zugestanden werden" dürfe[57]) – weshalb sein erster Verteidigungsminister, Pierre Guillaumat, es schon im Juli 1958 ablehnte, mit Strauß über die Kooperationsangebote der Gaillard-Regierung zu verhandeln[58]). Bei aller Bekräftigung seiner Forderung: „vollständiger Verzicht auf Atomrüstung"[59]) schlug de Gaulle jedoch Adenauer bei ihrer ersten Begegnung Mitte September 1958 eine „gemeinsame Waffenproduktion" auf konventionellem Gebiet vor[60]). Adenauer mochte hoffen und die Sowjets mußten befürchten, daß dabei schließlich doch französische Atomwaffen für die Bundesrepublik herauskommen könnten. Das dritte Alarmsignal schrillte, als in Bonn am 6. November 1958 die Beschaffung von zunächst 300 „Starfighter"-Bombern mit atomarer Kapazität beschlossen und die Beschaffung von ebenfalls atomaren „Nike-Hercules"-Raketen für drei Flugabwehrbataillone angekündigt wurde[61]). Den Sowjets mag ferner zu Ohren gekommen sein, wie Straußens Luftwaffeninspekteur und bayerischer Landsmann Josef Kammhuber dachte: „Die Bundeswehr muß eine Waffe haben, um bis zum Ural wirken zu können. Anderenfalls sind wir nur Satelliten."[62]) Sogenannte „taktische" Waffensysteme wie der „Starfighter" mit immerhin 700 Kilometer Aktionsradius oder der Flugkörper „Matador" mit 800 Kilometer Reichweite genügten den Bonner Strebern nach Atommacht schon nicht mehr.

Auf den Bonner Griff nach der Atommacht antwortete die Sowjetunion am empfindlichsten Punkt des Westens, in Berlin. Am 10. November 1958 forderte Chruschtschow erstmals eine „Freie Stadt" Westberlin, am 27. November 1958 verlangten sowjetische Noten an die Westmächte die Aufnahme von

55) Hans Kroll, Botschafter in Belgrad, Tokio und Moskau 1953–1962, Taschenbuchausgabe München 1969, S. 186, 189, 190.
56) MacMillan, Riding the Storm, S. 500.
57) Charles de Gaulle, Memoiren der Hoffnung, die Wiedergeburt 1958–1962, Wien/München/Zürich 1971, S. 208, 217.
58) Mahncke, S. 51; C. L. Sulzberger, Nuclear Games at the Summit, in: „International Herald Tribune" (IHT) v. 7./8. 5. 1977, S. 6.
59) De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 220.
60) Adenauer, Erinnerungen, Bd. III, S. 433.
61) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), 20 Jahre Bundeswehr. Vorgeschichte und Entwicklung, Bonn, September 1975, S. 15.
62) „Der Spiegel", 41/1962, S. 46.

Verhandlungen über dieses Thema und über einen deutschen Friedensvertrag. Für diesen wurde am 10. Januar 1959 ein sowjetischer Entwurf präsentiert, dessen Artikel 28 lautete: „Deutschland darf nicht besitzen, produzieren, erwerben oder experimentell erproben: a) jegliche Arten von Kernwaffen und andere Mittel der Massenvernichtung . . ."[63])

Trotz der Gefahr für Berlin lehnte Bonn jedoch jegliche „Diskriminierung" auf dem Gebiet der Kernwaffen ab[64]), für die es nun sogar (wie man heute sagt) „eurostrategische" Reichweiten forderte. Der NATO-Oberbefehlshaber Lauris Norstad hatte 1958 im Interesse des US-Rakten-„Rackets" die Stationierung von 600 IRBMs, die von Westeuropa aus Ziele in der Sowjetunion erreichen konnten, gefordert, und Strauß, der vorher der korrekten Auffassung gehuldigt hatte, daß „schwere Artillerie nicht in die Schützengräben" gehört, hatte sich diese Forderung zu eigen gemacht[65]). Am 21. April 1959 fügte der neue US-Außenminister Christian Herter dem frommen Glauben mancher Westeuropäer, die USA würden ihnen zuliebe ihre Städte aufs Spiel setzen, einen schweren Schlag zu, indem er klärte: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß irgendein Präsident uns in einen totalen Nuklearkrieg verwickelt, außer die Tatsachen zeigen klar, daß wir selbst in Gefahr totaler Verwüstung stehen oder daß tatsächliche Schritte ergriffen worden sind, uns zu vernichten"[66]). Damit wuchs freilich, im Zeichen einer Berlinkrise, die Gefahr eines nur in Europa ausgetragenen Nuklearkrieges. De Gaulle reagierte auf sie als Patriot, indem er die Lagerung amerikanischer Kernwaffen auf französischem Territorium untersagte und damit den Abzug von 212 amerikanischen Bombern aus Frankreich erzwang. Strauß dagegen dachte nur daran, der von ihm geförderten westdeutschen Rüstungsindustrie eine Beteiligung an der Produktion weitreichender Raketen zu verschaffen, die der Bundesrepublik durch die Rüstungskontrollbestimmungen der WEU untersagt war: Im Juni 1959 kündigte er vor dem Bundesverband der Deutschen Luftfahrtindustrie an, daß Bonn im Rahmen der dritten Phase seines Luftwaffenaufbaus in den frühen sechziger Jahren sich um Vereinbarungen mit seinen Alliierten über eine gemeinsame Erzeugung von IRBMs bemühen werde[67]).

Im September 1959 schien mit Chruschtschows Besuch in den USA ein „Friedensausbruch" zu drohen; die Börse von Wall Street erlitt die größten Verkäufe seit vier Jahren und einen besonders starken Kurssturz der Aktien von Elektronikfirmen[68]). Allen Anzeichen nach erzielten Chruschtschow und Eisenhower in Camp David die zumindest stillschweigende Übereinkunft, Kernsprengköpfe an diejenigen ihrer Verbündeten, die dem anderen am abenteuerlustigsten erschienen, nicht weiterzugeben: an China und die Bun-

63) „Europa-Archiv" (EA) 1959, S. D 28.
64) Sydney Gruson in: NYT v. 24. 3. 1959.
65) Helmut Wolfgang Kahn, Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik, München/Bern/Wien 1969, .S 161.
66) Commitee on Foreign Relations, U.S. Senate 86th Congress, 1st Session, Hearings on the Nomination of Christian A. Herter to be Secretary of State, Washington 1959, S. 9 f.
67) „Die Welt" v. 24. 6. 1959.
68) Fred J. Cook, The Warfare State, London 1963, S. 168 f.

desrepublik[69]). Eine Erklärung der Sowjetregierung vom 20. August 1963 sollte diesen Zusammenhang bestätigen: „Es wäre naiv anzunehmen, daß man mit der einen Hand gegen die Ausrüstung Westdeutschlands mit Kernwaffen sowie gegen die Verbreitung von Kernwaffen in der Welt kämpfen und mit der anderen Hand diese Waffen an China weitergeben kann."[70]) Bonn blieb darüber jedoch fürs erste im dunkeln, so daß Felix von Eckardt noch später fragte: „hatte man in Camp David doch irgend etwas vereinbart, was wir nicht wußten"[71])? Für de Gaulle freilich gab es keinen Zweifel, daß die USA und die UdSSR darüber beratschlagt hatten, „wie sie ihr nukleares Monopol festigen könnten"[72]), nämlich durch eine „russisch-amerikanische Absprache hinsichtlich . . . des Verbots der Herstellung oder des Erwerbs von Atombomben durch Staaten, die sie noch nicht besitzen"[73]). Auch für McMillan war „in der Frage der Atombewaffnung der deutschen Truppen" die „Hauptsache, der Schlüssel zum (nuklearen) Vorratsschrank bleibt in amerikanischen Händen"[74]). So wurde also der nukleare Trieb von Adenauer und Strauß im Zeichen einer Berlinkrise, die er heraufbeschworen hatte, beschnitten.

Beschnitten, aber nicht völlig ausgeschnitten, nahm er darauf die Form eines ausgesprochenen Lemming- oder Todestriebs an. Während de Gaulle, der zu Recht einen in Europa ausgetragenen Atomkrieg fürchtete, als Patriot folgerichtig die Lagerung amerikanischer Atomwaffen auf französischem Boden verweigert hatte (und sein Land schließlich ganz aus der NATO-Integration herauslösen sollte), machte Strauß die westdeutsche Bevölkerung zur Geisel seiner Politik, als er am 16. Dezember 1959 vor der NATO erklärte: „Wir sind trotz der dichten Besiedlung der Bundesrepublik und trotz ihrer exponierten militär-geographischen Lage . . . bereit, die damit verbundenen Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volke zu vertreten."[75]) De Gaulle, dem atomtriebhafte „Leute wie Strauß" nicht gefielen[76]), war sich bei Chruschtschows Besuch in Frankreich im März/ April 1960 mit diesem einig, daß Deutschland „über keinerlei Atomrüstung verfügen darf"[77]).

Aber wie Strauß, ließen auch die amerikanischen Raketen-Racketeers nicht locker. Im April 1960 bot US-Verteidigungsminister Thomas S. Gates (ein Teilhaber des zur rüstungsinvestiven Morgan-Gruppe gehörenden Bankhauses Drechsel & Co. und später Chef der Morgan Guaranty Trust Company) den NATO-Verbündeten „Polaris"-IRBMs von damals rund 2000 km Reichweite

69) . . ., Non-proliferation oder die Verhinderung der Ausbreitung von Kernwaffen, in: „Vereinte Nationen", Bonn, 6/1963, Dezember 1963, S. 194–197, machte auf diesen Zusammenhang im deutschen Sprachbereich zum erstenmal aufmerksam. Die Anonymität des Verfassers war Ende 1976 noch nicht aufgehoben. (Brief des „Vereinte-Nationen"-Chefredakteurs K. Seinsch an den Autor v. 21. 12. 1976.)
70) AdG 1963, S. 10757.
71) Eckardt, S. 602.
72) De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 367.
73) Ebd., S. 270.
74) Harold MacMillan, Pointing the Way 1959–1961, London 1972, S. 98.
75) FAZ v. 22. 12. 1959.
76) MacMillan, Pointing the Way, S. 181.
77) De Gaulle, Memoiren der Hoffnung, S. 275.

an[78]); man sprach davon, sie in Westeuropa auf Lastwagen, Eisenbahnwaggons oder Flußschiffen beweglich zu stationieren. Im Mai 1960 torpedierten die US-Entspannungsgegner mit dem von der CIA über die Sowjetunion geschickten U-2-Spionageflugzeug die Pariser Gipfelkonferenz, worauf sich die Wall-Street-Börse von ihrer Camp-David-Depression schlagartig erholte und Rüstungs-, insbesondere Elektronikwerte wieder steil nach oben gingen[79]). Schon am 7. Juni 1960 traf Strauß zu einem zweiwöchigen Besuch in den USA ein, um mit seinem Kollegen Gates zu konferieren und die Projekte „Polaris" (2000 km) und „Minuteman" (Interkontinentalrakete mit rund 10 000 km Reichweite) zu inspizieren[80]). Nach seiner Rückkehr bestritt Strauß am 22. Juni 1960 vor der Presse, daß die Bundeswehr jemals Atomgefechtsköpfe gefordert habe und daß sie Polaris-Raketen kaufen wolle[81]). Am 4. Juli 1960 erklärte jedoch der US-Armeeminister Wilbur M. Brucker in Bonn, wo er mit Strauß konferierte, dieser sei „interessiert am Erwerb von Mittelstreckenraketen", und die USA hätten „keinerlei Einwände gegen einen Erwerb von Waffen mit strategischer Reichweite" seitens Westdeutschlands[82]).

Die Sowjetunion erinnerte sich darauf ihrer Siegerrechte: Am 19. Juli 1960 bezeichneten Noten an Bonn und Washington eine Ausrüstung der Bundeswehr mit Polaris-Raketen als schwere Verletzung der Bestimmungen über die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, die „den alliierten Mächten das Recht einräumt, alle Maßnahmen zu ergreifen, die sie für notwendig erachten, um die bedingungslose Erreichung der Ziele der Deklaration über die Niederlage Deutschlands zu gewährleisten"[83]). Nichtsdestoweniger ließ Strauß am 20: August 1960 in der sogenannten „Generalsdenkschrift" 120 Generale und Admirale „die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen und Mitbestimmung über alle Arten strategischer Kampfmittel" fordern[84]).

In dieser Zeit warb der NATO-Oberkommandierende Norstad bei den europäischen Alliierten für die Annahme des amerikanischen Raketenangebots[85]): 300 Polaris-Raketen, die er in Westeuropa zu Lande stationieren wollte[86]). Gleichzeitig entwickelte eine Studiengruppe im State Department unter Robert R. Bowie einen Plan, der NATO eine Flotte von international zu bemannenden Polaris-Unterseebooten zu verkaufen[87]). In beiden Fällen ging es um eine „Atommacht NATO", die auch Adenauer am 31. Oktober 1960 öffentlich forderte[88]). Am 16. Dezember 1960 – rund einen Monat vor dem Ende seiner Administration – ließ Eisenhower durch Außenminister Herter dem NATO-Rat einen aus Mischung und Verdünnung der Norstad- und Bowie-

78) Facts on File (FoF) 1960, S. 148 G3–149A1; AdG 1960, S. 8553C.
79) Cook, Warfare State, S. 169 f.
80) FoF 1960, S. 202 B 2.
81) AdG 1960, S. 8471C.
82) FoF 1960, S. 250EF2.
83) AdG 1960, S. 8531A.
84) Denkschrift des Führungsstabs der Bundeswehr, in: „Bulletin" v. 20. 8. 1960.
85) MacMillan, Pointing the Way, S. 255.
86) Mahncke, S. 72, 74.
87) Ebd., S. 74.
88) „Bulletin" v. 5. 11. 1960, S. 2005.

Pläne entstandenen Vorschlag unterbreiten: Fünf Polaris-U-Boote mit zusammen 80 Raketen sollten der NATO signiert werden, aber weiterhin amerikanischem Kommando unterstehen; weiter 100–120 Raketen sollten der NATO verkauft, auf Überwasserschiffen stationiert und „multilateral" kontrolliert werden (das MLF-Projekt)[89]). Die einzige Delegation, die eine Übertragung der Verfügungsgewalt vom amerikanischen Präsidenten auf den NATO-Rat aktiv befürwortete, war die westdeutsche unter Außenminister Heinrich von Brentano und Strauß[90]). Letzterem hatte der französische Verteidigungsminister Pierre Messmer 1960 „eindeutig negativ" auf die erneute Frage nach Kernwaffen geantwortet[91]), so daß im Augenblick nur die „atlantische" Karte eine Chance zu bieten schien, der Bundesrepublik einen Finger am Abzugshebel für strategische Atomraketen zu geben.

Das Bonner Drängen war hoch gefährlich. Professor Klaus Knorr, einer der Autoren des Bowie-Plans, hatte im September 1960 im „Bulletin of the Atomic Scientists" zur Frage nuklear-strategischer Waffen in deutschen Händen geschrieben: „Man sollte auch bedenken, daß die Sowjetunion wahrscheinlich die Übertragung der Kontrolle beispielsweise an Westdeutschland als einen derart feindlichen Akt bezeichnen würde, daß das Empfängerland das akute Risiko eines sowjetischen Präventivangriffs eingehen würde"[92]). Trotzdem sprach man im Strauß-Ministerium kurz vor Adenauers erstem Besuch bei dem neuen US-Präsidenten John F. Kennedy im April 1961 wieder einmal davon, daß sich Bonns Haltung bezüglich des Verzichts auf die Herstellung von Atomwaffen ändern könne, falls andere europäische Staaten eigene Atomwaffen produzierten[93]). Anfang Juni 1961 wurde Kennedy in Wien (laut Stewart Alsop) von Chruschtschow „rundherum gewarnt, er würde es als Casus belli betrachten, wenn den Deutschen eigene Kernwaffen zugestanden würden"[94]). Der Gegenschlag fiel unkriegerisch, aber wieder in Berlin: Statt der Sowjetunion die Zustimmung zu einer deutschen Wiedervereinigung zu ihren Bedingungen abzupressen, hatten Adenauer und Strauß mit ihrem Griff nach der Atommacht eine Berlinkrise provoziert, in deren Verlauf am 13. August 1961 die Berliner Mauer gebaut wurde. Ihre ganze Politik lag in Scherben.

Sie waren danach zunächst sehr klein und häßlich. Fast unterwürfig versicherte Adenauer am 16. August 1961 dem sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow, „daß die Bundesrepublik keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern"[95]). Strauß sagte zu Botschafter Kroll, „daß er alle Schritte kategorisch ablehne, die zum Krieg führen könnten"[96]),

89) Mahncke, S. 78–80.
90) Ebd., S. 82; FAZ v. 19. 12. 1960.
91) Ebd., S. 51.
92) Zit. nach: Helmut Schmidt, Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der NATO, Stuttgart [5]1958, S. 201.
93) Kahn, Russen, S. 172, nach einem Bericht des Diplomatischen Korrespondenten der dpa, Henry Schavoir, der im englischsprachigen Überseedienst der Agentur gebracht wurde.
94) Stewart Alsop in: „Der Spiegel" v. 10. 4. 1963, S. 78.
95) FAZ v. 17. 8. 1961.
96) Kroll, S. 353.

und öffentlich warnte er in Münster am 27. August 1961 vor jeder Zuspitzung der Berlinkrise durch die Westmächte, da eine „Explosion" nicht zu verantworten wäre[97]); später gerierte er sich als „der große Widerstandskämpfer" gegen einen Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der westlichen Ernstfall-Pläne: „Wäre dann der Einsatz taktischer Atomwaffen auf deutschem Boden noch zu verhindern gewesen?"[98]) Die „Politik der Stärke" erwies sich als das, was sie Carlo Schmid einmal genannt hatte: ein „Messer ohne Heft und Klinge"[99]). Am 5. September 1961 entschlüpfte Strauß im Deutschen Fernsehen schließlich das Eingeständnis: „. . . die Politik, die wir in den letzten zehn Jahren getrieben haben, war natürlich nicht in der Lage, die Einheit Deutschlands herzustellen, weil das unter den gegebenen Umständen überhaupt nicht möglich war"[100]) – diese Umstände aber hatten Adenauer und Strauß mit ihrer Politik des Westbündnisses und der (seit 1956 auch nuklearen) „Stärke" selbst geschaffen. (Anders als 1973 fühlte sich das Karlsruher Bundesverfassungsgericht damals nicht bemüßigt, der Regierung aufzuerlegen, „alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde"[101]). In jenen Tagen entfuhr Adenauer die bereits zitierte Klage, daß ihm Träger ohne Atomköpfe nichts nützten, und mehr Westdeutsche wollten lieber neutral sein wie die Schweiz (42 %) als weiterhin mit den USA verbündet (40 %)[102]). Bei den Wahlen vom 17. September 1961 büßten die Unionsparteien ihre absolute Mehrheit ein.

Weitere Schläge folgten: Am 25. November 1961 erklärte Kennedy in einem Interview mit Chruschtschows Schwiegersohn Alexej Adschubei: „. . . ich würde es höchst ungern sehen, daß Westdeutschland in den Besitz einer eigenen nuklearen Kapazität gelangt . . . wenn Deutschland eine eigene Atomkapazität entwickeln würde, wenn es zahlreiche Raketen oder eine starke Nationalarmee entwickeln würde . . . dann würde ich es für angebracht halten, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion und die übrigen Länder die Situation neu prüfen"[103]). Im April 1962 bekräftigte ein US-Vorschlag für eine Westberlin-Zugangsbehörde die Politik der Nichtweitergabe von Kernwaffen[104]). Am 20. Juli 1962 gab Kennedy die Ablösung Norstads als NATO-Oberbefehlshaber in Europa bekannt und beraubte damit Adenauer und Strauß ihres amerikanischen Hauptverbündeten in Sachen „Atommacht NATO"[105]). Die Lieferung von Mittelstreckenraketen für Westeuropa, ein zentrales Anliegen von Norstad und Strauß, wurde auf unbestimmte Zeit abgesagt[106]). Im Tausch für den Abzug sowjetischer Raketen von Kuba im

97) AP-Meldung 163 v. 27. 8. 1961.
98) Strauß-Interview mit Herbert Kremp in: „Die Welt" v. 5. 9. 1975.
99) BT, 3. 4. 1952, S. 8772 f.
100) Strauß in der Fernsehsendung „Die Parteien haben das Wort", 5. 9. 1961, zit. nach: Erich Kuby, Franz Josef Strauß. Ein Typus unserer Zeit, Wien/München/Basel 1963, S. 162 f.
101) „Die Welt" v. 1. 8. 1973, S. 6.
102) Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann (Hrsg.), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973, Allensbach/Bonn 1974, S. 535.
103) EA 1961, S. D741.
104) AdG 1962, S. 9831B.
105) „Neue Zürcher Zeitung" (NZZ) v. 23. 7. 1962.
106) Bruno Bandulet, Adenauer zwischen West und Ost. Alternativen der deutschen Außenpolitik (mit einem Vorwort von F. J. Strauß), München 1970, S. 160; Mahncke, S. 102–104.

Herbst 1962 wurden 1963 auch die amerikanischen Jupiter- und Thor-IRBM aus der Türkei, Italien und Großbritannien abgezogen[107]). Seither gibt es in NATO-Europa keine amerikanischen Raketen, die sowjetisches Gebiet erreichen können. (Würde dieser Zustand geändert, könnte die Sowjetunion mit Zustimmung Kubas wieder von dort aus Raketen gegen die USA richten.)

Eine Begleiterscheinung der Kuba-Raketenkrise war, daß Strauß aus dem Amt stürzte – vordergründig, weil er im Bundestag über seine Rolle bei der Justiz- und Polizeiaktion gegen den „Spiegel" die Unwahrheit gesagt hatte, in Wirklichkeit jedoch, weil er in den Augen der Amerikaner und der Bonner „Atlantiker" durch seine allzu krude Atompolitik zu einer Belastung für das Verhältnis zu den USA geworden war. Ein knappes Jahr später mußte auch Adenauer abtreten.

Die beiden Gescheiterten wirkten noch eine Zeitlang im alten Sinne zusammen. Beide waren gegen den Beitritt der Bundesrepublik zum Atomteststoppvertrag vom Sommer 1963 – Strauß verglich den Vertrag, der die Menschheit weitgehend von radioaktiver Verseuchung befreite, mit dem Münchner Abkommen von 1938[108]) (das die Tschechoslowakei verstümmelt und wehrlos gemacht hatte) –, aber Adenauer gab schließlich nach und vollzog den Beitritt. Beide unterstützten den „Freundschaftsvertrag" mit Paris vom 21. Jnuar 1963, wobei Adenauer laut Globke „einer deutschen Mitarbeit an der Force de frappe nicht abgeneigt war"[109]) und Strauß die Zusammenarbeit mit Frankreich in der Erwartung propagierte: „Je eher die politische Gemeinschaft Europas zustandekommt, auch wenn ihr nicht sofort alle europäischen Staaten angehören, desto eher wird die Gleichberechtigung auch auf dem Gebiete der Atomstreitkräfte zur Wirklichkeit werden."[110]) So unwahrscheinlich eine westdeutsche Verfügungsgewalt über Kernwaffen mit Hilfe Frankreichs angesichts de Gaulles ablehnender Haltung auch war, die Sowjetunion bezeichnete sie in einer Protestnote vom 5. Februar 1963 als eine „unmittelbare Bedrohung ihrer nationalen Lebensinteressen", gegen die sie die „notwendigen Maßnahmen" ergreifen werde; dabei rief sie erneut ihre Siegerrechte in Errinnerung[111]).

Gegenüber dem phantastischen Projekt einer „multilateralen Flotte" (MLF) von mit 200 Polaris-Raketen bestückten Frachtern verhielt Strauß sich kühl, da es wegen des amerikanischen Einsatzvetos nur eine Schein- und Ersatzbefriedigung seines Atomtriebs versprach. Kennedy hatte das MLF-Projekt als Köder ausgelegt, um Adenauer von de Gaulle wieder auf seine Seite zu zie-

107) Für den Raketen-Tausch gibt es folgende Belege: Robert Kennedy, Dreizehn Tage, Bern/München/Wien 1969, S. 101, berichtet, daß er Botschafter Dobrynin am Abend des 27. 10. 1962 hinsichtlich der Jupiter-Raketen in Italien und der Türkei gesagt habe, „wir rechneten damit, daß die Raketen bald nach Beendigung dieser (Kuba-)Krise entfernt sein würden". „Newsweek" v. 20. 1. 1975, S. 7, zitiert Dobrynin mit der Aussage, daß die USA den Raketentausch sogar schriftlich vorschlugen: Bei seinem letzten Besuch im Verlauf der Kuba-Raketenkrise habe Robert Kennedy ihm einen Brief überreicht. „Er lautete: ‚Sie entfernen Ihre Rakten von Kuba, und wir werden unsere Raketen aus der Türkei abziehen.' Er war unterzeichnet: ‚John F. Kennedy'."

108) „Die Welt" v. 14. 8. 1963.

109) Bandulet, S. 204, 292 Anm. 160.

110) Strauß auf der Landesversammlung der CSU in München am 6. 7. 1963, lt: Halfmann, S. 74, 134.

111) EA 1963, S. D 228.

hen, und Adenauer hatte ihm laut Krone zugestimmt, um „einen ersten Schritt in Richtung Mitbestimmung zu tun" und „um überhaupt etwas zu haben"[112]). Während Moskau auch diesen „Zugang zu Kernwaffen" für Bonn strikt ablehnte[113]), hielten die auf Adenauer und Struaß gefolgten CDU-„Atlantiker" Ludwig Erhard und Kai-Uwe von Hassel an der MLF-Chimäre stur fest, die eine Zeitlang auch die Unterstützung der um Anpassung an die CDU bemühten SPD genoß. Im Gegensatz zu Erhard (und seiner eigenen heutigen Haltung) lehnte Strauß im Dezember 1964 eine „bilaterale Lösung" mit den USA ab und fand eine MLF überhaupt nur dann erwägenswert, wenn die USA sich bereit erklärten, „diese MLF nach dem Zustandekommen einer föderativen politischen Union einer europäischen Regierung zu unterstellen"[114]). Auch diese „europäische Option" war jedoch illusorisch, weil die USA von einer „europäischen Atommacht" und de Gaulle von einer föderativen „europäischen Regierung" nichts wissen wollten.

Völlig freischwebend über den Realitäten entwarf Strauß 1965/66 einen grandiosen Stufenplan: Erstens Einigung Westeuropas als „Kristallisationskern"[115]) unter „Zusammenlegung des britischen und des französischen Atompotentials", die Westdeutschland mit dem Ziel seiner nuklearen Gleichberechtigung zunächst „in finanzieller und wissenschaftlicher Hinsicht unterstützen" würde[116]); zweitens sollte Osteuropa zu einem „Zwischeneuropa" gemacht werden[117]), um „dort von innen her den Kommunismus zu überwinden"[118]); drittens Zusammenschluß West- und Osteuropas, unter Wiedervereinigung Deutschlands, zu den „Vereinigten Staaten von Europa"[119]), die „neben starken konventionellen Streitkräften über taktische sowie strategische Atomwaffen verfügen" müßten[120]). Realistischer war da die Forderung des Warschauer Paktes in Bukarest am 6. Juli 1966, der Bundesrepublik jeglichen Zugang zu Kernwaffen – auch auf dem Weg über Gruppierungen von Staaten, ob „atlantisch" oder „europäisch" – zu verlegen[121]). Die Überwindung des Kommunismus „von innen her" sollte in Prag im August 1968 zuschanden werden.

Nach dem Hinscheiden der Regierung Erhard und des MLF-Hindernisses wurde 1967 ein Ost-West-Vertrag gegen die Weitergabe von Kernwaffen (Atomwaffensperrvertrag) aktuell und vereinigte Adenauer (kurz vor seinem Tode) und Strauß (der Finanzminister in der Regierung der Großen Koalition geworden war) noch einmal in gemeinsamer Gegnerschaft: Adenauer sprach

112) Bandulet, S. 160 f., 281 Anm. 127.
113) Note v. 8. 4. 1963, in: EA 1963, S. D 295 ff.
114) Strauß-Interview in: „Süddeutsche Zeitung" v. 16. 12. 1964, zit. nach: Halfmann, S. 130.
115) Franz Josef Strauß, Entwurf für Europa, Stuttgart 1966, S. 38.
116) Strauß auf der CSU-Landesversammlung in Nürnberg am 17. 7. 1965, zit. nach: Halfmann, S. 136; Strauß in einer Sonderbeilage des „Daily Telegraph" (London) v. 1. 10. 1965, zit. nach: Halfmann, S. 86.
117) Strauß in: „stern" v. 28. 2. 1965, zit. nach: Halfmann, S. 163; Strauß, Entwurf für Europa, S. 55.
118) Strauß in: Wolfram v. Raven (Hrsg.), Armee gegen den Krieg. Wert und Wirkung der Bundeswehr, Stuttgart 1966, S. 22 f.
119) Strauß, Entwurf für Europa, S. 26 f.
120) Ebd., S. 101 f.
121) Wortlaut der Bukarester Erklärung in: EA 1966, S. D 414 ff.

von einer „verteufelten Auflage des Morgenthau-Plans"[122]), Strauß nannte den Vertrag „ein neues Versailles, und zwar eines von kosmischen Ausmaßen"[123]). Dahinter stand außer der chimärischen „europäischen Option" das Interesse der westdeutschen Atomindustrie an dem Geschäft mit „Schnellen Brütern" (die besonders viel von dem Bombenstoff Plutonium produzieren), weshalb auch der Präsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie (BDI), Fritz Berg, unkte: „Der Vertrag würde die Bundesrepublik auf das Niveau eines Agrarstaates zwingen"[124]). Als Vertreter solcher Interessen konnte Strauß mit seiner CSU den Beitritt der Regierung der Großen Koalition zum Atomwaffensperrvertrag vereiteln, den Ost und West am 1. Juli 1968 unterzeichneten. Diese Haltung wiederum trug neben Bonns Infragestellen der Ostgrenzen und dem Anwachsen der rechtsradikalen NPD dazu bei, daß die Sowjetunion am 5. Juli 1968 abermals auf ihre in Abwesenheit eines deutschen Friedensvertrags weiterhin gültigen Siegerrechte und auf die Feindstaaten-Artikel 53 und 107 der UN-Charta hinwies, die ihr das Recht gäben, erforderlichenfalls gegen eine Bedrohung in der Bundesrepublik zu intervenieren[125]). Aber auch Frankreich hielt die Möglichkeit einer gemeinsamen Intervention der ehemaligen Siegermächte gegen die Bundesrepublik offen, als sein NATO-Botschafter Jacques Kocziusko-Morizet im Frühjahr 1969 sein Veto gegen einen Antrag Bonns einlegte, das Bündnis möge feststellen, daß die Interventionsansprüche inzwischen hinfällig geworden seien[126]).

Nach de Gaulles Abgang von der Politik am 28. April 1969 geisterte in Bonn das Gespenst der „europäischen Option" noch einmal, aber Hoffnungen auf einen „europäischen" Nachfolger de Gaulles wurden durch die Wahl des Gaullisten Georges Pompidou zum Staatspräsidenten schnell zunichte gemacht. Strauß versuchte daraufhin sein Glück bei der anderen unabhängigen Nuklearmacht Westeuropas und plädierte im Parlamentsgebäude von Westminster am 20. Mai 1969 für Englands Beitritt zur EWG „als ersten Schritt, der zu einem europäischen Bundesstaat führen sollte, der zwar im Bündnis mit Amerika stehen, aber eine selbständige Verteidigungskapazität auch auf nuklearem Gebiet besitzen sollte"[127]). Das Nukleare war ihm am wichtigsten: „Als ersten Schritt könnten England und Frankreich ihre Atomwaffen zusammenfassen, um daraus den Kern einer europäischen nuklearen Streitmacht zu bilden, zu der andere europäische Staaten geeignete Beiträge liefern könnten."[128]) Der liberale „Guardian" kommentierte: „Strauß war offensichtlich bemüht, sich als guter Europäer zu zeigen . . ., doch er setzt die Prioritäten falsch. Diese sind tatsächlich so falsch, daß sie geeignet sind, Zweifel an dem friedlichen Image zu wecken, das er ausstrahlen möchte."[129]) Am 8. Juni 1969 erteilte Premierminister Harold Wilson den Straußschen Ambi-

122) NZZ v. 20. 2. 1967.
123) „Der Spiegel" v. 20. 2. 1967.
124) „Blätter", 3/1967, S. 226.
125) AdG 1968, S. 14058.
126) Joachim Schwelien, Druck von draußen?, in: „Die Zeit" v. 18. 4. 1969.
127) NZZ v. 21. 5. 1969.
128) „Die Welt" v. 21. 5. 1969.
129) „The Guardian" (London) v. 21. 5. 1969.

tionen eine deutliche Absage: „Es kommt überhaupt nicht in Frage, den Kreis der Atommächte durch irgendeinen Plan zu erweitern, der darauf abzielt, eine neue nukleare Kapazität zu schaffen"[130]).

Seit der Verbannung der Unionsparteien in die Opposition und dem Beitritt der Brandt/Scheel-Regierung zum Atomwaffensperrvertrag am 29. November 1969 hielt Strauß seinen Atomtrieb ziemlich bedeckt. Über Deutschlands Zukunft schreibend, äußerte er 1975 zwar wieder seine Vorliebe für eine „auch im politisch-militärischen Sinne" abgestützte Zusammenarbeit mit Frankreich als „Kern für eine europäische Einheit"; erweise sich aber „dieser Weg trotz aller Bemühungen als nicht gangbar, dann bleibt als Alternative nur die engste Anlehnung an die Vereinigten Staaten von Amerika"[131]). Letztere kommen ihm heute mit dem neuen „eurostrategischen" Raketen-„Racket" entgegen, und prompt fordert Strauß wieder „zumindest die Trägerwaffen"[132]). Bismarck pflegte zu sagen, er ziehe es vor, aus den Fehlern anderer zu lernen; Dumme lernten allenfalls aus ihren eigenen. Triebhafte, so kann man hinzufügen, lernen nicht einmal aus ihren eigenen Fehlern.

Die Geschichte des Straußschen Griffs nach der Atommacht hat gezeigt, welche schweren Spannungen, Gefahren und Schäden er erzeugt hat. Wird er wieder aufgenommen, so ist mit deren Wiederholung einschließlich neuer schwerer Krisen um Westberlin (und vielleicht Kuba) zu rechnen. Aber die Geschichte wiederholt sich nie unter gleichen Bedingungen: Allzu sichtbar hat inzwischen die Macht der USA abgenommen, während die der Sowjetunion gewachsen ist. War Strauß schon als Minister ein akutes Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik, so wäre er es als Kanzler erst recht.

Aber auch Politiker der Genscher/Schmidt-Koalition sind in einem gefährlichen Wahn befangen, wenn sie glauben, mit der Sowjetunion „verhandeln" zu sollen, indem sie die Drohung mit potentiellen „eurostrategischen" Waffen gegen sie auffahren. Die Strauß-Geschichte sollte sie lehren, daß „Politik der Stärke" ein „Messer ohne Heft und Klinge" ist[133]).

130) Kahn, Russen, S. 182.
131) Franz Josef Strauß, Deutschland, Deine Zukunft, Stuttgart 1975, S. 76 f., 114.
132) S. o. Anm. 5.
133) Carlo Schmid. Vgl. Anm. 9

Über Menschenrechte

Von Hans Apel

Mit der Verschärfung der Auseinandersetzung um die Zukunft der Ost-West-Entspannung, die sich in jüngster Zeit insbesondere am massiven Störfeuer amerikanischer „Falken" und Rüstungskreise gegen die Ratifizierung der SALT-II-Abkommen mit der Sowjetunion entzündet, hat auch die „Menschenrechtswaffe" („Die Welt") in der Strategie dieser Kräfte wieder aktuelle Bedeutung erlangt, ungeachtet der negativen Erfahrungen der Carter-Administration, die sich an dieser zum Einsatz gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten konzipierten „Waffe" nicht nur im Iran und in Nicaragua die Hände verbrannte. – Hans Apel, emeritierter Professor der Universität Bridgeport, USA, international bekanntgeworden duech eine Reihe vorurteilslos herrschende Tabus umstoßender Ost-West-Systemvergleiche, hat uns die nachstehenden unkonventionellen Überlegungen zum Thema Menschenrechte zur Verfügung gestellt, die vor dem Hintergrund der neuentfachten Polemik gegen die sozialistischen Staaten und gegen nichtkapitalistische Länder der Dritten Welt interessante Denkanstöße geben können. D. Red.

Anlaß zu den nachfolgenden Bemerkungen ist die heftige Diskussion über „Menschenrechte", die schon seit einigen Jahren zwischen Ost und West entbrannt ist. Diese Kontroverse zeichnet sich jedoch oftmals durch besondere Einseitigkeiten aus, so daß der Autor, der sich als amerikanischer Staatsbürger seit nunmehr 20 Jahren mit dem Ost-West-Problem wissenschaftlich auseinandergesetzt hat und in verschiedenen osteuropäischen Ländern zahlreiche Erfahrungen sammeln konnte*), es für angebracht hält, zu diesen Fragen Stellung zu nehmen.

Die Geschichte der Menschenrechte ist in ihren großen Zügen in der heutigen Bedeutung des Wortes – daß nämlich allgemein gültige Normen bestehen, die die Rechtssphäre jedes Individuums gegenüber der Allgemeinheit eindeutig zu seinen Gunsten abgrenzen – tatsächlich erst ein Produkt dieses Jahrhunderts und heute knapp 40 Jahre alt. Die UNO-Charta stellt den ersten Versuch dar, dem Konzept in allen Staaten der Welt auch praktische Anerkennung zu verschaffen.

Vorher hatten allerdings ungefähr zweieinhalb Jahrtausende vergehen müssen, bevor die seit Urzeiten bestehende absolute Macht des Herrschens weit genug zerbröckelte, um dem Recht der Person den nötigen Spielraum zu verschaffen. Dieser Weg begann in den griechischen Stadtstaaten der Antike, die das „Bürgerrecht" ihrer elitären Minorität – nicht über der versklavten Majorität – respektierten; er führte dann im späten Rom zu ähnlichen Rechtsga-

*) Siehe meine Arbeiten: Ohne Begleiter. 287 Gespräche jenseits der Zonengrenze, Köln 1965; Wehen und Wunder der Zonenwirtschaft, Köln 1966; Spaltung. Deutschland zwischen Vernunft und Vernichtung, Berlin (West) 1966; DDR 1962 – 1964 – 1966, Berlin (West) 1967; Bulgarien und Griechenland. Ein Systemvergleich wirtschaftlicher und sozialer Nachkriegsentwicklung, in: „Osteuropa", 4/1976; Umfrage UdSSR und Offener Brief an Andrej Sacharow, Köln 1977.

rantien für die bürgerliche Minorität und nach mehr als einem weiteren Jahrtausend zur englischen Magna Charta, in der die feudalen Vasallen – noch nicht aber die „Bürger" – sich ihre Vorrechte gegenüber der Krone ertrotzten; weiter schließlich zur Französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts, in der der „Dritte Stand", d. h. die große Masse der Bürger ihre Rechte auf Gleichberechtigung anmeldeten. Dieser Anspruch ist bis heute nur im kleineren Teil der Welt annähernd erfüllt; sein Echo erschüttert aber stärker als je zuvor weite Regionen der übrigen Welt.

Die Frage der Menschenrechte steht heute im Zentrum der Kontroverse zwischen Ost und West, die im fünfundzwanzigjährigen Kalten Krieg einen ersten Höhepunkt gefunden hat und nach einer kurzen Phase der Abschwächung wieder neu entbrannt ist. So stellt sich dem Autor, der sich als nicht parteigebundener Betrachter der Szene begreift, die interessante Aufgabe, diese Situation widerstreitender Anklagen und Behauptungen einer objektiveren kritischen Überprüfung zu unterziehen.

Ein erster Schritt hierzu ist ein Katalog der Menschenrechte, deren Rangordnung davon auszugehen hat, daß für das Individuum die Sicherung seiner physischen Existenz vorrangig ist; danach rangieren soziale Sicherungen; Persönlichkeitsrechte; politische Rechte; Möglichkeiten zur kulturellen Entfaltung:

Physische Existenz
- Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit
- Recht auf angemessene gesundheitliche Betreuung
- Schutz vor existenzgefährdender Armut

Soziale Sicherungen
- Recht auf existenzsichernde Arbeit
- Schutz vor Inflation
- praktische Gleichberechtigung
- Invaliden- und Altersversorgung

Persönlichkeitsrechte
- Freizügigkeit
- Reisefreiheit
- Religionsfreiheit

Politische Rechte
- Pressefreiheit
- Rede- und Meinungsfreiheit
- freies Wahlrecht
- Versammlungs- und Organisationsfreiheit
- Mitbestimmung

Bildungswesen und Möglichkeiten zur kulturellen Entfaltung

Ein zweiter Schritt besteht nun darin, den jeweiligen Stellenwert der skizzierten Menschenrechte in den gesellschaftlichen Systemen von Ost und West zu umreißen. Soweit es sich um Fragen der Garantierung der physischen Existenz

und um soziale Sicherungen handelt, gibt es keine grundsätzlichen Unterschiede im Stellenwert und in der Gewichtung der einzelnen Rechte in Ost und West. Hinsichtlich der persönlichen und politischen Rechte bedingen die grundsätzlich unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen hingegen unterschiedliche Bewertungen

Der Versuch einer vergleichenden Analyse muß allerdings auf verschiedenen Ebenen vorgenommen werden. Die trotz gewisser Differenzierungen im wesentlichen einheitliche Struktur östlicher Länder ist einerseits mit den USA, andererseits mit den anderen hochentwickelten Ländern des Westens zu vergleichen, weiter aber auch mit den weniger entwickelten Gebieten und schließlich auch mit den unterentwickelten Regionen der Welt.

Im Rahmen der physischen Existenzsicherung ergeben sich folgende Gemeinsamkeiten und Differenzierungen. Arbiträre Bedrohung der physischen menschlichen Existenz gibt es im östlichen Bereich ebensowenig wie im westlichen, wobei eine Reihe von Entwicklungsländern die Ausnahme bilden. Hingegen besteht im gesetzlichen Rahmen die Todesstrafe noch im östlichen Bereich ebenso wie in den USA und einigen anderen entwickelten westlichen Ländern; in vielen diktatorisch regierten Entwicklungsländern sind ihr nur geringe Schranken gesetzt. Außerdem ist festzustellen, daß im östlichen Bereich die Todesstrafe wahrscheinlich als ein Nachklingen der kurz zurückliegenden revolutionären Wehen zu verstehen ist, während ein so hochentwickeltes Land wie die USA auch nach fast 200 Jahren einer beispiellosen Entwicklung, die sie zu ihrer jetzigen Führungsstellung im Westen gebracht hat, zur „Bewältigung" seiner inneren Spannungen ohne diese extreme Strafe anscheinend nicht auskommt.

Im Bereich der Gesundheit übertrifft die im Osten übliche Fürsorge in ihrer Allgemeinheit wesentlich die westliche Norm, obgleich in qualitativer Beziehung (im medizinisch-technischen Bereich) die Höchstleistungen der führenden westlichen Länder noch nicht erreicht sind. Hinzu kommt, daß diese medizinische Fürsorge im Osten auch präventiv für jeden Bürger fast kostenlos und auch mit nur minimalen bürokratischen Formalitäten praktiziert wird. In dieser Beziehung klafft eine riesige Lücke besonders auch zwischen dem Osten und den USA, wo eine solche allgemeine medizinische Fürsorge noch nicht besteht; der Gesundheitsschutz ist in den USA mit hohen Kosten verbunden, und weite Teile der Bevölkerung sind von der Möglichkeit ausgeschlossen, die modernen technischen Leistungen im Gesundheitswesen voll in Anspruch zu nehmen. Dagegen ist diese Kluft wesentlich geringer gegenüber den entwickelten Ländern Westeuropas, Kanada, Australien und Neuseeland, wo praktisch alle Arbeitnehmer und ihre Familien durch die bestehenden Versicherungssysteme einen weitgehenden Gesundheitsschutz erhalten.

Allerdings die Kosten dieses Schutzes entweder direkt für den Versicherten oder auf dem Umweg über große Steuerbelastungen unvergleichlich höher. In den weniger weit entwickelten europäischen Ländern wie etwa Griechenland, Spanien, Portugal oder teilweise Italien ist der Schutz der Gesundheit weder allgemein noch in irgendeiner Weise ausreichend; noch mehr gilt dies natürlich

für die Länder der „dritten Welt", in denen teilweise noch mittelalterliche Zustände herrschen.

Unterhalb der Grenze existenzgefährdender Armut gibt es zumindest in der DDR, der Sowjetunion und in Bulgarien, wo ich selbst entsprechende Daten gesammelt habe, höchstens noch Einzelfälle, wohingegen in den USA etwa 24 Millionen Personen (etwas über 11% der Gesamtbevölkerung) ihr Leben unterhalb dieser Grenzen fristen müssen. Die Armutsquote in den anderen entwickelten Gebieten des Westens ist zweifellos wesentlich niedriger als in den USA. Die sozialen Fürsorgesysteme dieser Länder stehen den östlichen Standards womöglich nicht nach, während Armut in den weniger entwickelten westlichen Ländern in den niedrigsten Einkommensstufen (die je nach dem Stand der Entwicklung zumindest 5–20% der Bevölkerung ausmachen können) sehr wohl verbreitet ist. In vielen der Entwicklungsländer ist hingegen drückende Armut ein Geschick, von dem die Mehrheit der Bevölkerung immer noch betroffen ist.

In der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit findet sich wohl der größte Gegensatz zwischen den beiden Systemen. Nur im östlichen Bereich ist dieser Anspruch (höchstens mit geringfügigen Ausnahmen) verwirklicht, während die Arbeitslosigkeit das besonders charakteristische Merkmal der westlichen Gesellschaftsstruktur darstellt. Innerhalb der westlichen Länder zeichnen sich aber auch hier große Unterschiede ab, und zwar in dem Umfang, in dem das Geschick der Arbeitslosigkeit durch soziale Maßnahmen gemildert wird. In den USA ist ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung von der Arbeitslosenunterstützung immer noch ausgeschlossen. Sie ist üblicherweise auch auf den Zeitraum von bis zu einem halben Jahr begrenzt und, soweit es sich nicht um Mitglieder machtvoller Gewerkschaften handelt, die von ihrer Organisation zusätzlich unterstützt werden (eine Schicht, die höchstens 30% der Arbeitnehmer umfaßt), auch vollkommen unzureichend. Hingegen sichert die in Westeuropa wie auch in einigen anderen Ländern durchgeführte Sozialpolitik die Arbeitslosen materiell wesentlich besser ab. Sie erspart den Arbeitnehmern allerdings in keiner Weise die mit der möglichen oder praktischen Arbeitslosigkeit verbundenen schweren psychischen Belastungen. Schon in den weniger entwickelten Ländern im Süden Europas, in weiten Teilen Südamerikas und auch der übrigen Welt erreicht der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit zweistellige Ziffern, die im europäischen Rahmen in der späteren Nachkriegszeit allerdings durch die temporäre Abwanderung der „Gastarbeiter" gemildert wurde. Diese Abwanderung ist aber bereits vor wenigen Jahren zum Stillstand gekommen und inzwischen einer stetigen Rückwanderung gewichen, da im Rahmen der intern steigenden Arbeitslosigkeit für die in der Aufbauperiode der entwickelten Länder wie der Bundesrepublik benötigten Kräfte keine Arbeitsplätze mehr vorhanden sind.

Ebenso wie die Arbeitslosigkeit ist die Inflation ein Phänomen, das im östlichen System der Planwirtschaft entweder vermeidbar ist oder auf ein wesentlich geringeres Maß beschränkt werden kann, als die wettbewerbliche Struktur der westlichen Wirtschaft es zuläßt. Wie bekannt, bestehen innere Zusammen-

hänge zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation in der westlichen Ökonomie, in deren Rahmen eine höhere Arbeitslosigkeit in Kauf genommen werden muß, sofern man die Inflation wirksam bekämpfen will. Diese funktionale Beziehung kann tatsächlich als die Achillesferse der westlichen Wirtschaft bezeichnet werden, für die bisher weder eine Lösung gefunden wurde noch absehbar ist. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich die Lebensbedingungen der vielen Millionen von Menschen besonders in den weniger entwickelten Regionen vorzustellen, die sich bei Inflationsraten bis zu 50, 100 oder auch 200% (wie sie besonders in Südamerika nicht selten sind) von Jahr zu Jahr dramatisch verschlechtern. Dieses ungelöste Problem hat in den westlichen Ländern übrigens auch einen bestimmenden Einfluß auf die Raten des wirtschaftlichen Wachstums. Eine wirksame Bekämpfung der Inflation, wie sie z. B. in der BRD relativen Erfolg gehabt hat, hat aber auch die Wachstumsgrenzen nähergerückt. Bei der somit gegebenen Tendenz von zukünftigen Wachstumsraten von langfristig etwa 2% (berechnet pro Kopf der Bevölkerung) ist in vielen westlichen Ländern aber die Aussicht, ein weiteres Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern, recht gering. Theoretisch erscheint zwar die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung als ein wirksames Mittel zur Verringerung der Arbeitslosigkeit, doch ist dies im marktwirtschaftlichen System praktisch kaum durchführbar, denn bei Versuchen dieser Art hat sich in den USA das Problem des „moon-shining" (der Übernahme einer zweiten Arbeitsstelle bis in die Nachtstunden hinein) gezeigt, das möglicherweise alle Erfolge der Arbeitszeitverkürzung wieder aufhebt. Probleme dieser Art bestehen kaum im Rahmen der östlichen Planwirtschaft, da hier die Wirtschaftsvorgänge zentral erfaßt und entsprechend gesteuert werden können.

Das Problem der *Gleichberechtigung* beinhaltet nicht nur die soziale und ökonomische Gleichstellung von Mann und Frau, sondern auch die politische und sozialökonomische Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung von ethnischen Minoritäten. Im ersten Fall handelt es sich um ein Problem von universeller Bedeutung, im zweiten Fall um ein Problem nur jener Staaten mit verschiedenen Nationalitäten. Das erstgenannte Problem wird in der westlichen Welt durch alte Traditionen belastet, die aber beispielsweise in den orientalischen Ländern noch schwerer wiegen. So bestehen noch immer Schranken der Gleichberechtigung, auch wo diese durch die formale Rechtsordnung garantiert erscheint. In westlichen Ländern ziehen viele Frauen, die immer noch unter dem Bann der patriarchalischen Tradition stehen, die Rolle der Mutter und Hausfrau einer Berufstätigkeit vor; für eine weitergehende Erwerbstätigkeit der Frauen sind auch aufgrund des Arbeitslosenproblems Schranken gesetzt. Während zum Beispiel in den USA oder der BRD je 5 männlichen Beschäftigten nur etwa 3 erwerbstätige Frauen gegenüberstehen, so ist dieses Verhältnis in der UdSSR praktisch 1:1. Das Problem ethnischer Minoritäten kann kaum zur allgemeinen Zufriedenheit gelöst sein, solange sich größere Bevölkerungsteile überhaupt als besondere ethnische Gruppen empfinden, und so bedarf es kaum eines weiteren Arguments, um z. B. die unterschiedliche Stellung der schwarzen USA-Bevölkerung im Vergleich zu der georgischen, usbekischen oder turkmenischen Bevölkerung in der UdSSR

zu erkennen. Während in den USA die Stellung dieser Minoritäten auf bewußter oder teilweise auch noch formal verankerter wirtschaftlicher und sozialer Diskriminierung beruht, handelt es sich in der UdSSR (oder etwa bei der deutschen Minorität in Rumänien) höchstens darum, den Einfluß der Zentralgewalt zugunsten einer noch weitergehenden Autonomie zu beschränken.

Hinsichtlich der *Altersversorgung* sind folgende Hauptunterschiede zwischen der UdSSR und den USA festzustellen. Obgleich die Durchschnittsrente in den USA mit ungefähr 200 Dollar pro Monat nicht unerheblich höher erscheint als der UdSSR-Durchschnitt von etwa 70 bis 75 Rubel pro Monat, erreicht die reale Kaufkraft dieser letzten Summe für die nicht mehr erwerbstätige Bevölkerungsgruppe fast die gleiche Höhe. Für die Empfänger geht ein solcher Betrag in der UdSSR aber über das Existenzminimum besonders dann hinaus, wenn es sich um Ehepaare handelt, deren durchschnittliches Renteneinkommen von 140 bis 150 Rubel bereits ein als „gut" zu bezeichnendes Leben sichern kann. In den USA hingegen übersteigt das entsprechende Renteneinkommen von etwa 400 Dollar zwar die in der Statistik benutzte Armutsgrenze („poverty level") um ca. 50%, doch reicht diese Differenz keineswegs dazu aus, ein „gutes" Leben zu ermöglichen, denn die Renten bleiben in den USA noch etwa 60% unter dem allgemeinen Einkommensdurchschnitt. Außerdem kann der USA-Rentner nur in sehr beschränktem Umfang sein Einkommen durch zusätzliche Arbeit vermehren, weil jeder zusätzliche Verdienst zum größten Teil gegen die Rente aufgerechnet wird, während in der UdSSR Einnahmen aus zusätzlicher Arbeit den Rentnern ungeschmälert zufließen. Andererseits ist natürlich in den USA die wohlhabende Schicht der Bevölkerung auch im Alter durch ihre Ersparnisse materiell abgesichert, was hingegen bei der großen Mehrheit der Bevölkerung, die normalerweise während ihrer Erwerbstätigkeit kaum in der Lage ist, größere Rücklagen zu schaffen, nicht der Fall ist. Schließlich ist der Kreis der Rentenberechtigten in der UdSSR erheblich größer, da der Rentenanspruch für Frauen bereits mit 55 Jahren, für Männer mit 60 Jahren einsetzt; somit ergibt sich bei einer nur wenig beeinträchtigten Leistungsfähigkeit die Möglichkeit eines erheblichen Zusatzverdienstes durch Weiterarbeit. – In den anderen entwickelten westlichen Industrieländern ist das allgemeine Niveau der Altersversorgung allerdings erheblich höher als in den USA und erreicht z. B. in einem Land wie die BRD bei aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Personen etwa drei Viertel ihrer früheren durchschnittlichen Arbeitseinkommen. Diese Ziffern erreichen allerdings relativ noch nicht das in der UdSSR bestehende Rentenniveau von 80% der früheren Durchschnittseinkommen. Gerade die Spanne zwischen dem normalen Arbeitsverdienst und den Renteneinkommen und nicht die absolute Höhe der Renten) ist aber von höchster Bedeutung, denn je geringer diese Differenz ist, desto leichter fällt der Übergang in den Rentnerstatus.

Unter den Persönlichkeitsrechten nehmen die Rechte auf *Freizügigkeit* und auf *Reisefreiheit* eine vorrangige Stellung ein. Ihr Stellenwert weist in den konträren Systemen markante Unterschiede auf. Diese unterschiedliche Wertung bezieht sich unmittelbar zwar nur auf die Freizügigkeit, wirkt sich indirekt aber auch auf die Reisefreiheit aus, da praktisch mit Reisefreiheit die Tür auch

für eine endgültige Emigration geöffnet ist. Ein von den meisten Beobachtern der heutigen Szene kaum beachteter Grund für den so extrem unterschiedlichen Stellenwert dieser Rechte in Ost und West liegt in dem Umstand, daß es den sozialistischen Ländern zum erstenmal im Zeitalter des Kapitalismus gelungen ist, das „Recht auf Arbeit" zu verwirklichen. Vorher war die ganze Welt von der Not beherrscht, daß – je nach der konjunkturellen Entwicklung in dem einen Lande mehr, in dem anderen weniger ausgeprägt – Hunderttausende, wenn nicht Millionen keine Arbeit fanden und daher zu Hunger – oder auch Tod – verdammt waren, wenn es ihnen nicht gelang, in ein Land auszuwandern, in dem die Arbeitshände knapp waren. Die Gastarbeiter in Westeuropa während des letzten Vierteljahrhunderts und die Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert sind wohl die besten Beispiele für die wahrhaft glückhafte Funktion der Freizügigkeit, die diesem Prinzip in der westlichen Welt den Charakter einer sakrosankten Tradition verliehen hat. Nun sind die Gastarbeiter heute aber schon überall gezwungen, wieder die Reise in ihre alte Heimat anzutreten, wiederum in eine ungesicherte Existenz. Und die USA, die sich noch im Jahre 1886 auf der Inschrift der Freiheitsstatue im Hafen von New York als das Asyl für alle Armen und Unterdrückten der Welt anboten, verhängten schon 20 Jahre später angesichts der Welle von chinesischen Immigranten ein Einwanderungsverbot für alle Mitglieder der gelben Rasse („yellow danger") und praktizierten seit 1924 ein „Quota-System", das die Zuwanderung gerade aus den Armutsländern wirksam drosselte. Gegenüber 1886 hat sich die Situation bis heute so grundlegend geändert, daß gerade die Immigration von „paupers, beggars, illiterates" (Armen, Bettlern, Analphabeten) ebenso wie die der „members of certain proscribed organisations", zu denen insbesondere auch Mitglieder aller ausländischen kommunistischen Parteien gehören, verboten ist. Aber auch die andere Seite des Freizügigkeitsprinzips – das Recht auf Auswanderung – ist in der westlichen Praxis keineswegs immer sakrosankt gewesen und wurde, wenn es die Wirtschaftslage erfordert, unbedenklich verletzt. So bestehen selbst im „freien England" seit längerem einschränkende Bestimmungen über die Ausfuhr von Devisen, die – wenn auch nur indirekt – die formal bestehende Freiheit der Auswanderung für die wohlhabenderen Schichten dadurch beschränken, daß sie nur Bruchteile ihres Vermögens transferieren können. Im Gegensatz zu den westlichen Normen ist in der sozialistischen Gesellschaft das „Recht auf Arbeit" aber auch verwirklicht. So existieren auch keine Arbeitslosen – nach der im Westen üblichen Definition Personen, die sich im arbeitsfähigen Alter befinden, arbeitsfähig und arbeitswillig sind, aber keine ihnen angemessene Tätigkeit finden und somit ihre eigene Existenz nicht sichern können. Demnach wird niemand aus Hunger zur Emigration getrieben. Gerade umgekehrt bedeutet für diese Länder die unkontrollierte Abwanderung eine schwere Bedrohung der sozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft, deren Pläne auf dem Prinzip der Vollbeschäftigung basieren und somit Arbeitsplätze für alle verfügbaren Hände bereitstellen. Das extreme Beispiel hierfür war die DDR, wo diese spontane Emigration in den reicheren Teil Deutschlands die gesamte Wirtschaft mit dem Zusammenbruch bedrohte, der wohl nur durch eine hermetische Schließung der Grenzen, besonders durch den Bau der Mauer in

Berlin, verhindert werden konnte. So zeigt sich in den beiden Systemen eine geradezu diametral entgegengesetzte Tendenz: im Rahmen der westlichen Marktwirtschaft gilt unverändert über die letzten Jahrhunderte die Norm, daß Emigration das optimale – wenn auch keineswegs immer ausreichende – Heilmittel gegen die Seuche der Arbeitslosigkeit ist, während im Rahmen der sozialistischen Planwirtschaft eine spontane Emigration die Grundlagen der Produktion zerstören würde. Die Emigration ist für die Betroffenen in dem einen Fall die Erlösung von Hunger und Not, in dem anderen Fall aber als Norm lediglich die Aufgabe einer gesicherten Existenz zugunsten einer oft nur erhofften Erhöhung des Lebensstandards.

Anders als bei der Freizügigkeit handelt es sich bei der Reisefreiheit um kein notwendigerweise systemimanentes Problem, wie der Umstand beweist, daß die in den östlichen Ländern vorgenommenen Beschränkungen der Reisefreiheit, nicht aber der Freizügigkeit inzwischen weitgehend gelockert worden sind. Mit ziemlicher Sicherheit läßt sich voraussagen, daß diese Tendenz zur Erweiterung der Reisefreiheit sich in künftigen Jahrzehnten bis zum völligen Abbau der Beschränkungen fortsetzen wird. Hinzuzufügen ist noch, daß man sich auch im Westen nicht gescheut hat, Eingriffe in das Recht auf Reisefreiheit vorzunehmen, wenn es politisch oder wirtschaftlich als erwünscht erschien. So waren für mich als amerikanischen Staatsbürger auch noch in meinem Reisepaß von 1973 Reisen nach Kuba, Nord-Korea und Nord-Vietnam untersagt. In England wirkte sich die Devisenknappheit nicht nur, wie erwähnt, auf die Freizügigkeit, sondern auch auf die Reisefreiheit aus, da es dem Reisewilligen nicht erlaubt war, sich für Auslandsreisen ausreichende Devisenbeträge zu verschaffen.

Was den Stellenwert der Religionsfreiheit angeht, so ist es schwer, Vergleiche zu ziehen. Die im Frühstadium der russischen Revolution zweifellos praktizierte Diskriminierung der Religion ist inzwischen einer toleranteren Haltung gewichen, so daß – auf der Grundlage der Trennung von Staat und Kirche und von Kirche und Schule – die Religionsausübung keine unmittelbare Behinderung mehr erfährt. In einem der sozialistischen Länder, in Polen, stellt die Kirche zweifellos noch eine der dominierenden Kräfte dar. Es ist daran zu erinnern, daß auch in manchen westlichen Ländern, besonders in den USA, das Prinzip der Glaubensfreiheit nur die freie Wahl zwischen einer der existierenden Religionen sichert, wohingegen für die Negierung der Religion, d. h. den Atheismus, kein Raum gelassen wurde. Diese Auffassung ist auch jetzt noch in mehreren amerikanischen Bundesstaaten konstitutionell verankert.

In engem Zusammenhang mit der Glaubensfreiheit steht die Frage des Antisemitismus. Hier ist es überflüssig, auf die Orgie des Antisemitismus hinzuweisen, die vom deutschen Nationalsozialismus entfesselt wurde, der die völlige Liquidierung der Juden anstrebte, sich aber dann damit begnügte, rund ein Drittel der etwa 20 Millionen Juden in der ganzen Welt auszurotten. Demgegenüber wurden etwa in der Sowjetunion die Juden in den frühen Phasen der Revolution von den in der Zarenzeit üblichen Bedrückungen befreit und entwickelten sich dann zu einem tragenden Element in der Partei- und

Staatsführung. Auch heute noch sind Juden etwa unter den Hochschulstudenten und den gesellschaftlichen Führungsgruppen, wenn auch nicht an der höchsten politischen Spitze, überrepräsentiert. Diejenigen Symptome, die im Westen allgemein als Indiz für eine den Antisemitismus fördernde Politik dienen, nämlich die Behinderung der jüdischen Emigration besonders nach Israel, können kaum als beweiskräftig angesehen werden. Da die Emigration grundsätzlich allen sowjetischen Bürgern verwehrt ist, stellt die jüdische Auswanderung eine geradezu einmalige und nicht ohne Risiko für den Staat gewährte Begünstigung dar. Die jüdische Emigration erreichte in der ersten Hälfte der 70er Jahre einen Höhepunkt, als jährlich über 30 000 Juden die Auswanderungsgenehmigung erhielten; dies war ein Vielfaches der Auswanderungsziffer der gesamten übrigen Bevölkerungsgruppen. Die Emigration fand zudem gegen den Einspruch der gesamten arabischen Welt statt, die die starke Zunahme der Bevölkerung des Staates Israel als Gefährdung empfang. Wenn diese Auswanderung später abrupt zurückging, so war dies die unmittelbare Folge der unter dem führenden Einfluß des Senators Jackson durchgesetzten Politik, den Abschluß eines umfassenden Handelsvertrages zwischen den USA und der UdSSR davon abhängig zu machen, daß die jüdische Emigration auf die Ziffer von jährlich 60 000 erhöht würde. Als ein Resultat dieses „Erpressungsversuchs", der den Handelsvertrag zum Scheitern brachte, halbierte sich 1975 die Emigrationsziffer. Obgleich bei nicht wenigen auswanderungswilligen sowjetischen Juden inzwischen dadurch eine Ernüchterung eingetreten ist, daß ein nicht geringer Prozentsatz der Ausgewanderten (auch oft vergeblich) den Wunsch zur Rückkehr äußerte, so sind heute noch schätzungsweise 5% (200 000 Personen) der gesamten jüdischen Bevölkerung ausreisewillig; dies heißt aber auch, daß in den inzwischen verflossenen Jahren praktisch diese ganze Gruppe ihr Ziel erreicht hätte, wenn der ansteigende Trend der Auswanderung nicht so abrupt durch die amerikanische Politik unterbrochen worden wäre.

Überlegungen zum Problem der *politischen Rechte* können davon ausgehen, daß in den letzten Jahrhunderten die individuellen Menschen- und Freiheitsrechte in der öffentlichen Diskussion immer stärker betont worden sind, daß sich aber kaum etwas an der überlieferten Tradition geändert hat, in deren Rahmen den Staatsinteressen stets der unbestreitbare Vorrang zukam. Das Verdikt auch der neueren Geschichte geht dahin, daß im Falle eines Konflikts zwischen persönlichen und „nationalen" Interessen die letzteren immer gesiegt haben. Wenn es anders wäre, würden heute in der Welt nicht mehrere hundert Milliarden Dollar jährlich für Waffen ausgegeben werden – Summen, die weit über das hinausgehen, was nötig wäre, um für viele hundert Millionen der Ärmsten dieser Erde das „Recht auf ausreichende Nahrung" in die Praxis umzusetzen; ebenso hätte es dann in diesem Jahrhundert nicht die hundert Millionen von Kriegsopfern gegeben, die das sogenannte „nationale Interesse" gefordert hat. Diese kurzen Andeutungen müssen genügen, um den Stellenwert der politischen Menschenrechte zu kennzeichnen, denn wenn alle diese Rechte nicht ausreichen, um die gekennzeichnete Massenverschwendung und -opferung zu verhindern, dann erweisen sich diese Rechte eher als Ornament der Demokratie denn als eine real in der Geschichte wirkende Macht.

Gerade die Geschichte der *Pressefreiheit* demonstriert besonders klar die immer und überall geltende Rangordnung im Verhältnis der Rechte von Individuum und Gesellschaft. diese Pressefreiheit wurde vor über 300 Jahren durch den kühnen Angriff eines Mannes eingeleitet, der die bis dahin überall im Interesse des jeweiligen Monarchen geübte Zensur angriff. Der Engländer John Milton war es, der im Jahre 1644 in seinem berühmten Pamphlet über Pressefreiheit, das rasch weite Verbreitung fand, diese Forderung damit begründete, daß Pressefreiheit in einer Gesellschaft unabdingbar sei, in der der Bürger auch die Mitverantwortung für das Wohl und Wehe der ganzen Gesellschaft trage, wobei diese Verantwortung aber ohne volle und wahrheitsgemäße Information gar nicht übernommen werden könne. Sein weiteres Argument, daß das Wesen der Pressefreiheit einen Pluralismus garantiere, indem im Wettstreit vieler Meinungen die Wahrheit stets siegen müsse, ist heute wohl eher die Ausnahme als die Regel, denn monopolistische Tendenzen haben von einem echten Pluralismus nur noch wenig übriggelassen. Aber selbst wenn dieser Pluralismus noch existieren würde, könnte es in der Regel dem einzelnen nur wenig nützen, wenn er sich wie üblich mit den Informationen begnügt, die ihm seine bevorzugten parteipolitisch orientierten Medien aufdrängen. So entsteht eine Situation, wo die Pressefreiheit es einem engagierten Beobachter zwar unter großem Zeitaufwand möglich macht, die im Falle einer Kontroverse meist diametral entgegengesetzten parteilichen Interpretationen zu vergleichen, ohne damit aber zu erfahren, wo innerhalb dieser Bandbreite die Wahrheit liegt. Im Bereich der Außenpolitik wird die öffentliche Meinung zu einem einseitigen, im Staatsinteresse geforderten Konsens gedrängt; hier entscheidet das vorherrschende Klima darüber, wer Freund oder Feind ist, und auf dieser Basis kommt dann das Echo von allen Seiten – meist nur mit geringen Differenzierungen – im Medienbereich zurück. So zeigt sich, daß die westliche Pressefreiheit zwar nur ein recht fragwürdiges Instrument objektiver Information und Berichterstattung ist, dennoch aber in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein unentbehrliches Werkzeug für die parteipolitischen Auseinandersetzungen darstellt und die politischen Entscheidungen auf höchster Ebene zumindest indirekt beeinflußt. Für diese grundsätzliche Funktion ist in der sozialistischen, von Parteigegensätzen nicht berührten Gesellschaft, kein Raum. So bedarf es kaum weiterer Worte, um den unterschiedlichen Stellenwert der Pressefreiheit für die beiden Systeme darzutun.

Wenn also festzustellen ist, daß es um die Presse- und Meinungsfreiheit auch im westlichen Bereich keineswegs so gut bestellt ist, wie es im Idealmodell aussieht, so ist andererseits im östlichen System das Ausmaß der zulässigen Meinungsfreiheit zweifellos geringer, aber auch weit weniger ein gesellschaftliches Bedürfnis. Denn in einem solchen System zentralisiert sich im Staat als Eigentümer aller Informationsmedien die Rolle der westlichen „pluralistischen Presse", für deren Funktion als Garant verschiedener Gruppeninteressen aber kein Raum ist. Daß tatsächlich Kritik an Methode und Ausführung auch in den staatlichen Medien keineswegs verhindert wird, sondern manchmal gerade im Gegenteil in Leserbriefen und anderen Formen breiten Raum einnimmt, entspricht dem, was in jedem System notwendig ist, um größere Mißstände

abzustellen. – Wo die Kritik diese Grenzen zu überschreiten sucht und die Staatsraison infragestellt, tritt das Problem der Dissidenten in den Vordergrund. Seine Bedeutung hat es seit den 60er Jahren eigentlich nur dadurch erhalten, daß das im Lande selbst kaum vernehmbare Echo einer kleinen Gruppe von Aktivisten in der Presse der westlichen Welt einen ungeheuren Resonanzboden fand. Da fast in allen Fällen die Dissidenten die Veröffentlichung der gegen den eigenen sozialistischen Staat gerichteten Beschwerden aktiv im Ausland betrieben haben, sind in diesen Fällen wahrscheinlich einschlägige gesetzliche Bestimmungen (etwa Art. 62 der sowjetischen Verfassung) überschritten worden. Abgesehen davon bedarf es aber in diesem Zusammenhang noch der Feststellung, daß die Vertreter dieser Opposition auch der Sache selbst, der sie dienen wollten, einen schlechten Dienst erwiesen, als sie die so klar vorgezeichneten Grenzen bewußt überschritten. Denn vor die Wahl gestellt, ob das so angegriffene Regime zur Verteidigung sich aller seiner Rechtsmittel bedienen sollte (womit nur Wasser auf die Mühlen der ausländischen Propaganda geflossen wäre) oder andere Wege beschritt, war vorauszusehen, daß es die beste Methode, sich dieser Kritiker zu entledigen, sein würde, ihnen als Alternative die Auswanderung in den Westen zu ermöglichen oder sie – wie in einigen Fällen geschehen – unmittelbar zu exilieren. Als Resultat ergibt sich nun aber, daß die Kritiker im Lande, wo sie immer noch gebraucht würden, praktisch nicht mehr zu hören sind und daß auch das Echo ihrer aus dem Ausland gelgentlich zu vernehmenden Stimmen immer schwächer geworden ist. Wie ich an anderer Stelle nachzuweisen versucht habe (Zwanzig Fragen an Andrej Sacharow. Ein offener Brief, in: „Blätter", 2/1976, S. 173–191) sind hier im reformistischen Übereifer Randerscheinungen zu grundsätzlichen Mängeln des Systems hochgespielt worden, und der Bumerangeffekt dieser Übertreibungen hat wahrscheinlich den in Gang befindlichen Prozeß der inneren „Liberalisierung" um Jahre hinausgezögert.

Wenn man realistischerweise davon ausgeht, daß die Probleme der modernen Welt heute nicht mehr so einfach und für die Bevölkerung so überschaubar sind wie etwa im antiken Stadtstaat oder im Amerika zur Zeit Thomas Jeffersons, der „demokratische Zentralismus" der sozialistischen Staaten angemessene und praktischen Erfordernissen entsprechende Entscheidungen erlangt, die den Vergleich mit Problemlösungen im Westen in der Regel kaum zu scheuen brauchen. Noch anders sieht es aus, wenn man nicht die Ebene betrachtet, auf der die gesamtstaatlichen Entscheidungen fallen, sondern die unteren Ebenen, auf denen die für die Arbeitnehmer unmittelbar relevanten Fragen gelöst werden. Hier geht es insbesondere um die Frage des Mitbestimmungsrechts. Beispielsweise ist es in den USA den etwa 80 Millionen Arbeitnehmern teils nur am Rande, teils überhaupt nicht möglich, die Verhältnisse an ihrem Arbeitsplatz, an dem sie ein Drittel des Tages und den größeren Teil ihres Lebens verbringen, zu beeinflussen. Auch in den fortschrittlichsten westlichen Ländern haben die Arbeiter immer noch um wirksame Mitbestimmungsrechte zu kämpfen. Dem stehen in östlichen Systemen klar definierte Mitbestimmungsrechte der Arbeiter und Angestellten gegenüber, die den Betriebsleitungen nicht nur eine volle und regelmäßige Informationspflicht (wie dies ja schon im

Interesse der Planerfüllung notwendig ist) auferlegen, sondern auch den gewerkschaftlichen Betriebskomitees die Möglichkeit geben, die Arbeitsprozesse weitgehend mit den Forderungen der Belegschaften in Einklang zu bringen. Das schließt natürlich nicht aus, daß es an der Verwirklichung dieser Rechte noch da mangelt, wo es die Betriebskomitees unterlassen, von den weitgefaßten Mitbestimmungsrechten angemessenen Gebrauch zu machen. In den östlichen Ländern werden die Betriebskomitees und ihre Untergliederungen auf Vollversammlungen der Betriebe und Werkabteilungen gewählt und leiten verschiedene Kommissionen, etwa für Sozialversicherung, Arbeitsschutz, Arbeitsnormierung, kulturelle Fragen, Frauen- und Jugendarbeit.

Im Hinblick auf das Bildungswesen gibt es keinen Grund, von einem unterschiedlichen Stellenwert in beiden Systemen auszugehen, denn die Verpflichtung zu möglichst weitgehender kultureller Entfaltung wird in beiden Systemen gleichermaßen bejaht. Was aber die Verwirklichung dieser Verpflichtung angeht, so haben die meisten kulturellen Institutionen im Westen ihren elitären Charakter noch nicht abgestreift, d. h., sie erfassen nur eine mehr oder weniger große Minderheit der Bevölkerung, während sie in der östlichen Praxis annähernd universal sind. Der einfache Grund dafür ist das hohe Ausmaß, in dem alle kulturellen Aktivitäten vom Staat subventioniert und gefördert werden, während die Kosten im westlichen System oft von denen zu tragen sind, die diese kulturellen Einrichtungen benutzen. Die Ausnahme bildet auch im Westen das staatlich getragene Bildungssystem auf den unteren Ebenen. Im Osten ist das Bildungssystem auf allen, selbst den höchsten Ebenen, frei, allerdings auch von der Qualifikation des einzelnen abhängig; die Nutzung aller kulturellen Einrichtungen ist auch für Angehörige unterer Einkommensgruppen erschwinglich.

Die so skizzierten Konturen des Gesamtproblems sollen nun zum Versuch eines wertenden Vergleichs und einer zusammenfassenden Bilanz genutzt werden. Bei einem solchen Vergleich können nicht elitäre Interessen zur Richtschnur genommen werden, vielmehr kann nur demokratiebezogen vom Standpunkt der Masse der Bürger her argumentiert werden. Ein solcher komplexer Versuch muß natürlich auf wissenschaftliche Akribie verzichten, so daß seine Resultate auch nur als die besten Annäherungswerte zu betrachten sind, die sich aus den zur Verfügung stehenden Daten ableiten lassen. Um diesen Vergleich auf einen möglichst einfachen Nenner zu bringen, soll nachstehend die unmittelbar praktische Relevanz der verschiedenen „Menschenrechte" für die große Mehrheit der Bevölkerung in den verschiedenen Systemen bewertet werden. Entsprechend der folgenden Tabelle erhalten die einzelnen Rechte folgende Wertungsziffern:

Physische Existenz	
a) Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit	*10*
b) Recht auf angemessene gesundheitliche Betreuung	*5*
c) Schutz vor existenzgefährdender Armut	*8*
Soziale Sicherungen	
d) Recht auf existenzsichernde Arbeit	*5*
e) Schutz vor Inflation	*5*

f) praktische Gleichberechtigung	*3*
g) Invaliden- und Altersversorgung	*5*
Persönlichkeitsrechte	
h) Freizügigkeit	*2*
i) Reisefreiheit	*3*
j) Religionsfreiheit	*2*
Politische Rechte	
k) bürgerlich-politische Freiheitsrechte, Pressefreiheit, Rede- und Meinungsfreiheit, freies Wahlrecht, Versammlungs- und Organisationsfreiheit	*2*
l) Mitbestimmung	*4*
m) Bildungswesen und Möglichkeiten zur kulturellen Entfaltung	*3*

Zur Begründung dieser Bewertung sei folgendes angeführt: Ausgangspunkt und Höchstwert der zehnteiligen Skala ist das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, was keiner weiteren Begründung bedarf. Der Schutz der Gesundheit wird mit 5 bewertet, da dieses Gebiet einen mittleren Bereich zwischen minimalem und maximalem menschlichen Leiden markiert. Da existenzgefährdende Armut den Höchststand an materieller menschlicher Not darstellt, erscheint die stark dem Maximum angenäherte Wertungsziffer von 8 als angemessen. Unter den sozialen Sicherungen erscheinen die drei Positionen Recht auf Arbeit, Inflationsschutz, Altersversorgung als etwa gleichrangig und sind wie der Gesundheitsschutz mit der Wertungssziffer 5 einzuordnen. Dagegen handelt es sich bei der Gleichberechtigung oft mehr um ein Problem der Gruppe als des Individuums, dem nicht selten durch Anpassung an die gegebenen Verhältnisse das Empfinden, diskriminiert zu werden, kaum mehr bewußt ist. Dies ist zum Beispiel bei einem großen Prozentsatz der schwarzen Bevölkerung in den USA oder auch der Frauen in einem Lande wie Griechenland der Fall, wo es eine lange Tradition bewirkt hat, daß die Frauen einen Status, der von ihnen keine Erwerbstätigkeit fordert, nicht nur willig hinnehmen, sondern oft sogar auch positiv bewerten. Bei der Wertung der Freizügigkeit ist zu berücksichtigen, daß es sich hier um ein spezielles und nicht um ein allgemeines Problem handelt, von dem jeweils nur eine kleine Personengruppe betroffen wird, obgleich es für die Betroffenen selber eine außerordentlich wichtige Bedeutung erlangen kann. Bei der Reisefreiheit hingegen handelt es sich um ein Recht, an dem zumindest in den entwickelten Ländern ein Großteil der Bevölkerung Interesse zeigt, für die eine Auslandsreise zu einem Statussymbol geworden ist. Die Religionsfreiheit ist als ein Recht anzusehen, das für den Gläubigen natürlich von ganz besonderer Bedeutung ist, doch ist der Kreis der von dieser Problematik Betroffenen ebenso beschränkt wie bei der Freizügigkeit. Insgesamt erhalten die Wertungsziffern für die Persönlichkeitsrechte eine weniger hohe Rangordnung als die für die Sicherung der physischen Existenz und die sozialen Sicherungen; sie erhalten ein gleiches Gewicht wie etwa die politischen Rechte. Der ganze Komplex der im westlichen System verankerten bürgerlich-politischen Freiheitsrechte ist, wie schon angedeutet, für den einzelnen oft nur von marginaler Bedeutung, da sich normalerweise die angebotenen parteipolitischen Alternativen in der Substanz nur wenig voneinander unterscheiden und im übrigen die Stimme des einzelnen kein erkennbares Gewicht hat. Natürlich reflektiert dies nicht den Standpunkt der Schicht der

Intelligenz, die diesen Rechten einen weitaus höheren Wert beimißt. Für das Mitbestimmungsrecht erscheint mit der Wertungsziffer 4 eine nicht unerheblich höhere Bewertung als angemessen, weil in diesem Fall das Votum des einzelnen von Gewicht ist und auch unmittelbaren Einfluß auf sein Leben am Arbeitsplatz haben kann. Die kulturelle Entfaltung ist für das individuelle Leben zwar keine unbedingte Notwendigkeit, sie bedeutet aber doch eine wichtige Bereicherung und ist ein Element, das das geistige Klima der gesamten Gesellschaft maßgeblich prägt; dies rechtfertigt eine höhere Einstufung (Wertungsziffer 3) als z. B. bei den meisten politischen Rechten.

Die vorstehenden Gesichtspunkte können zu einem Vergleich der osteuropäischen sozialistischen Länder, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zusammengeschlossen sind, mit den folgenden Regionen dienen:

I. den höchstentwickelten westeuropäischen Ländern nördlich der Alpen sowie Kanada, Australien, Neuseeland;
II. den USA;
III. den südeuropäischen Ländern und anderen Regionen mit etwa vergleichbarem Einkommen;
IV. den westlich orientierten Entwicklungsländern.

Es soll nun der zweifellos sehr gewagte Versuch unternommen werden, den Grad und Umfang der realen Verwirklichung der verschiedenen „Menschenrechte" in diesen Regionen im Verhältnis zu den östlichen (RGW-)Staaten abzuschätzen, deren Situation mit 100 als Ausgangspunkt genommen wird; nur bei den „klassischen" bürgerlichen Persönlichkeits- und Freiheitsrechten, die in dieser Form im Osten nicht existieren, werden die Verhältnisse in Westeuropa und den USA (in den Regionen I und II) mit 100 als Bezugspunkt angenommen. Um auf dieser Basis einen Index für den Wirkungsgrad und Umfang der Menschenrechte zu erhalten, werden dann die Daten der sich so ergebenden Wertrelationen mit den entsprechenden Wertungsziffern multipliziert und ergeben so den jeweiligen Wertungsindex für die einzelnen Positionen; in ihrer Summierung ergeben diese dann den Gesamteffekt der Menschenrechte, der in den verschiedenen Weltregionen erzielt wird. Die Umwandlung dieser Endrelation in einen auf 100 basierenden „Index der Menschenrechte" ergibt dann ein leichter überschaubares Gesamtbild. Noch einmal sei betont, daß es sich hier um Schätzungswerte des Autors handelt, die den Gang seiner Argumentation erhellen sollen, deren detaillierte statistische Begründung jedoch (wenn vielleicht auch möglich) einen kaum zu bewältigenden Aufwand an Zeit und Energie erfordern würde.

Zur Rechtfertigung der Wertungen der folgenden Tabelle können mangels konkreter Daten nur einige der Hauptfaktoren genannt werden, die ihnen als Grundlage dienten.

Zu a): Auch bei der Mehrzahl der westlich orientierten Entwicklungsländer existieren keine willkürlichen Todesstrafen und Exekutionen, aber in einigen von ihnen ist das Ausmaß der Rechtswillkür recht hoch, die ihren Schatten auf größere Teile der Bevölkerung wirft.

Tabelle

Rechtsbereich	WZ	RGW-Staaten WR/WJ	Region I WR/WJ	Region II WR/WJ	Region III WR/WJ	Region IV WR/WJ
a) Recht auf Leben	10	100/1000	100/1000	100/1000	100/1000	80/800
b) Recht auf Gesundheit	5	100/ 500	100/ 500	70/ 350	60/ 300	30/150
c) Armutsschutz	8	100/800		80/ 640	60/ 480	20/160
d) Recht auf Arbeit	5	100/ 500	90/ 450	80/ 400	70/ 350	40/200
e) Inflationsschutz	5	100/ 500	90/ 450	90/ 450	70/ 350	70/350
f) Gleichberechtigung	3	100/ 300	100/ 300	80/ 240	80/ 240	60/180
g) Altersversorgung	5	100/ 500	90/ 40	80/ 400	60/ 300	20/100
h) Freizügigkeit	2	70/ 140	100/ 200	100/ 200	80/ 160	50/100
i) Reisefreiheit	3	70/ 210	100/ 300	90/ 270	80/ 240	70/210
j) Religionsfreiheit	2	80/ 160	100/ 200	100/ 200	100/ 200	90/180
k)politische Rechte	2	50/ 100	100/ 200	100/ 200	80/ 160	70/140
l) Mitbestimmung	4	100/ 400	60/ 240	50/ 200	40/ 160	30/120
m) Kultur	3	100/ 500	70/ 210	70/ 210	50/ 150	20/ 60
Gesamteffekt		5410	5300	4760	4090	2750
Index der Menschenrechte		100	98	88	76	51

WZ = Wertungsziffer; WR = Wertrelation; WJ = Wertungsindex. D. Red.

Zu b): Hier sind die Hauptfaktoren die Überlegenheit des östlichen Systems in der universalen und nur mit geringen Kosten verbundenen Fürsorge, die aber in der Region I, wie bereits erwähnt, durch eine teilweise noch höhere technische Qualität medizinischer Dienstleistungen und den beträchtlichen Umfang des Versicherungsschutzes ausgeglichen wird. Für die Region II erschien mit Rücksicht auf den dortigen erheblich geringeren Versicherungsschutz eine geringere Wertung angebracht, ein Faktor, der in den Regionen III und besonders IV noch stärker zu Buche schlägt.

Zu c): Im östlichen System, ebenso in der Region I, findet sich die Situation existenzgefährdender Armut nur in Einzelfällen. In den USA gibt es aber hiervon besonders unter der schwarzen Bevölkerung und den „poor whites" gebietsweise noch ansehnliche Reste. Dies ist in der Region III in verstärktem Ausmaß der Fall. In den Entwicklungsländern ist existenzgefährdende Armut allerdings die weit überwiegende Norm.

Zu d): Dieses Recht ist praktisch nur in sozialistischen Ländern garantiert; seine mangelnde Realisierung wird in der Region I teilweise durch die Arbeitslosenversicherung kompensiert, die jedoch in den Regionen II und III immer weniger wirksam wird. Die Bevölkerung der Region IV ist in dieser Hinsicht praktisch schutzlos.

Zu e): Diese Wertung versucht, den in den Regionen I bis IV jeweils zunehmenden Inflationsdruck auf die Bevölkerung zu reflektieren.

Zu f): Die gleichen Wertungen für die östlichen Länder und die Region I gehen von der Annahme aus, daß die Gleichstellung der Geschlechter im östlichen System allgemeiner durchgesetzt ist als in Region I, daß dies aber dadurch ausgeglichen wird, daß die noch nicht ganz realisierten Autonomiebestrebungen in einigen östlichen Ländern sich auf wesentlich größere Bevölkerungsgruppen erstrecken als in Region I. Für die USA ist die praktische Diskriminierung der schwarzen Bevölkerung in Rechnung zu stellen, während in der III. und besonders der IV. Region die mangelnde gesellschaftliche Gleichberechtigung der Frau den ausschlaggebenden Faktor darstellt.

Zu g): Der Hauptgrund für die hier vorgenommene Differenzierung liegt in der jeweiligen Differenz zwischen dem normalen Arbeitsverdienst und dem Renteneinkommen für die Masse der Bevölkerung. Im östlichen System vollzieht sich dieser Übergang nur mit relativ geringen (teilweise auch mit gar keinen) Einkommenseinbußen, wohingegen er im Westen einen weitaus tieferen materiellen Einschnitt bedeutet. In der Region IV ist der größte Teil der Bevölkerung im Alter materiell nicht abgesichert.

Zu h): Das Recht auf Freizügigkeit wird in der westlichen Welt überall anerkannt und auch mit wenigen Ausnahmen praktiziert, so daß diese Situation als Ausgangspunkt der Bewertung gelten kann. In einigen Ländern der Region III und in einer größeren Ländergruppe in Region IV bestehen Beschränkungen formaler und praktischer Natur. In den sozialistischen Ländern ist Freizügigkeit grundsätzlich beschränkt, zwischen ihnen jedoch aufgrund bilateraler Verträge weitgehend möglich. Das fundamentale Problem liegt aber nur in der Freizügigkeit zwischen Ost und West, das nur noch in der DDR von anhaltender Bedeutung ist, während andererseits in der UdSSR der Kreis der betroffenen Personen minimal ist.

Zu i): Nur in und zwischen den sozialistischen Ländern existiert praktisch Reisefreiheit, die es für die nicht erwerbstätige Bevölkerung (wenn auch mehr oder weniger beschränkt) auch ins westliche Ausland gibt. Wie erwähnt, sind die USA nicht frei von gewissen Beschränkungen, was in größerem Umfang auch für Länder der Regionen III und IV gilt.

Zu j): Zweifellos sind die Schranken im Osten größer als im Westen und auch in den meisten Entwicklungsländern, wenn auch inzwischen formale Beschränkungen der Religionsfreiheit nicht mehr bestehen.

Zu k): Die „klassischen" bürgerlichen Freiheitsrechte sind ein Prärogativ der westlichen Demokratien, wofür es im östlichen System kein Pendant gibt, doch existieren dort, entsprechend der verschiedenen sozialökonomischen Grundlage des politischen Systems, andere Formen, die zu berücksichtigen sind.

Zu l): Mitbestimmung im Bereich der Arbeitsbeziehungen findet sich in relevanteren Ansätzen nur in verschiedenen Ländern der Region I, während sie in den Regionen II bis IV, von wenigen Ausnahmen abgesehen, noch keine Rolle spielt. Allerdings haben die großen Gewerkschaften sowohl in

den USA wie in einigen Ländern der Region III gewisse Einwirkungsmöglichkeiten.

Zu m): Hier klafft eine erhebliche Lücke zwischen der Situation im Osten, wo der Zugang zu allen kulturellen Einrichtungen aufgrund der staatlichen Förderungen allgemein zugänglich ist, wohingegen er in den meisten westlichen Ländern (die Grundschule ausgenommen) in verschiedenen Graden eingeengt ist. In den Regionen III und IV mangelt es ebenfalls nur mit einigen Ausnahmen noch weitgehend an der Entwicklung von Kultur- und Bildungsinstitutionen, die der breiten Masse zugänglich sind.

In einem ersten Kommentar zu dem obigen Versuch, qualitative Begriffe und Inhalte zu quantifizieren, sei noch einmal betont, daß diese Methode ihre eigenen Tücken und Lücken hat, daß sie aber unerläßlich schien, um dem Leser eine wenn auch nur annähernde Vorstellung davon zu geben, wie sich die so verschiedenen Verhältnisse in den Teilbereichen zu einem Gesamtbild vereinigen. Es soll insbesondere nicht bestritten werden, daß sich bei der Wahl von anderen Maßstäben, die vielleicht mit gleichem Recht angewendet werden können, die Resultate nicht unerheblich verändern würden. Ost-West-Vergleiche haben jedoch die jeweilige Gesamtsituation zu berücksichtigen und ein Herausgreifen von Einzelproblemen (wie etwa der politischen Rechte oder der Dissidenten, die nur einen minimalen Teil der Bevölkerung darstellen) zu vermeiden. Das nun vorliegende Resultat, nach dem sich die Situation zwischen dem Osten und den höchstentwickelten Ländern der Region I als Kopf-an-Kopf-Rennen darstellt, muß dem Betrachter, der nicht von vornherein für eine Seite Partei ergreift, als durchaus realistisch erscheinen.

Sozialismusanalyse

Peter Brokmeier / Rainer Rilling (Hrsg.)

Beiträge zur Sozialismusanalyse I und II

Bd. I: 298 Seiten, DM 14,80

Bd. II: 306 Seiten, DM 14,80 (Soeben erschienen)

Probleme der Systemauseinandersetzung, die kritische Diskussion bürgerlicher Thesen und Theorien über geschichtliche Entwicklung und Perspektiven, die Arbeits- und Lebensbedingungen sowie die politischen Systeme der DDR und UdSSR stehen im Mittelpunkt beider Bände.

Aus Band I: Zur Sozialismusanalyse in der intellektuellen Linken der BRD seit Mitte der 60er Jahre · Anmerkungen zu Bahros „Die Alternative" · Zu Ellensteins Darstellung des „stalinschen Phänomens" · Das DDR-Bild in einigen Massenmedien · Anmerkungen zum Schlagwort „Bürokratie" · Trends der DDR-Kulturpolitik in den 70er Jahren.

Aus Band II: Die „Menschenrechtskampagne" als Bestandteil der Systemauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus · Vergesellschaftung der Arbeit und sozialistische Demokratie · Betriebliche Mitbestimmung und Mitwirkung in der DDR · Familienpolitik in der DDR.

Pahl-Rugenstein

Von Bandung nach Havanna

Historische Entwicklung und aktuelle Probleme der Bewegung nichtpaktgebundener Länder

Von Rainer Falk

I

Die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten hat anläßlich ihrer VI. Gipfelkonferenz in Havanna vom 3. bis 8. September 1978 eine – wenngleich oft fragwürdige, so doch – beachtliche Publizität erlangt. Dieses verhältnismäßig große Interesse der Massenmedien hierzulande läßt sich jedoch kaum auf eine gewachsene Einsicht in die historische Rolle und aktuelle Bedeutung der nichtpaktgebundenen Bewegung zurückführen[1]). Die Aufmerksamkeit galt eher dem Tagungsort und der um die Rolle des Gastgeberlandes Kuba entfachten Auseinandersetzung. Dem politischen Formierungsprozeß der Dritten Welt steht die „öffentliche Meinung" in den westlichen Industrieländern auch heute noch mit einer skeptischen bis feindseligen Haltung gegenüber. Äußerst gering ist selbst die Zahl derer, die in realistischer Anpassung an die realen Gegebenheiten zumindest von der Prämisse ausgehen, daß die Nichtpaktgebundenen einen „Faktor in der Weltpolitik"[2]) darstellen.

Das Defizit an sachlicher Befassung mit der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten setzt sich fort im Bereich der politikwissenschaftlichen Publizistik. Zwar gibt es inzwischen eine kaum mehr zu übersehende Flut von Beiträgen, die sich mit Phänomenen auseinandersetzen, die selbst Resultat des Wirkens der Bewegung sind, etwa mit der Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO). Die systematische Aufarbeitung von Genesis und Entwicklung der Bewegung der Nichtpaktgebundenen ist jedoch auch in der politikwissenschaftlichen Teildisziplin „Internationale Beziehungen" eher eine Ausnahmeerscheinung[3]). Im Vorfeld der außenpolitischen Entscheidungsfindung beschränkt sich das Interesse in der Regel darauf, ob und wie die Bewegung angesichts des auch in der Dritten Welt stärker zu Tage tretenden Systemgegensatzes zwischen Sozialismus und Kapitalismus „hier und da die Chance (bietet), unerwünschten Extremismen Verhandlungskompromisse

1) Zu einigen Tendenzen der westdeutschen Pressekommentare vgl. R. Falk, Die bundesdeutsche Presse und ihr Verhältnis zur Dritten Welt. Dargestellt am Beispiel der Berichterstattung über den VI. Gipfel der nichtpaktgebundenen Staaten in Havanna, in: „Neue Stimme", 10/1979.

2) So z. B. der sozialdemokratische „Vorwärts" v. 6. 9. 1979.

3) Vgl. als eine solche Ausnahme etwa: V. Matthies, Die Bewegung der Blockfreien. Entwicklung – Probleme – Perspektiven, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 37/79 v. 15. 9. 1979, S. 35–46.

entgegenstellen zu können"[4]). Einen besonderen Stellenwert in diesem Zusammenhang erlangt die Frage nach der Herausbildung einer Gruppierung sozialistischer bzw. sozialistisch orientierter Länder innerhalb der Nichtpaktgebundenen. Die zwangsläufig mit einer Erosion neokolonialistischer Positionen verbundenen Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen aus der jüngsten Geschichte werden freilich einseitig als Ergebnisse sowjetischer „Machtpolitik" interpretiert: „Im Ergebnis dieser sowjetischen Doppelstrategie (gemeint ist die Kombination der Entspannungspolitik mit der Unterstützung der nationalen Befreiungskämpfe, d. Verf.) . . . ist es zur Ausdehnung der sozialistischen Staatengemeinschaft auf die drei südostasiatischen Länder Vietnam, Laos und Kambodscha bzw. zur Etablierung prosowjetischer Regime in Afrika (Angola, Äthiopien, Moçambique) und im asiatischen Raum (Süd-Jemen, Afghanistan) gekommen. Alle diese Staaten gehören auch der Blockfreien-Bewegung an und sind dort nun (bis auf das zur Zeit noch umstrittene neue Regime in Kambodscha) sämtlich neben Kuba als weitere Parteigänger Moskaus tätig."[5]) Unter diesem Blickwinkel müssen komplizierte, teils widersprüchliche Entwicklungsprozesse in der Dritten Welt selbst fast zwangsläufig als für „den Westen" bedrohliche Verstärkungen „des sicherheitspolitischen und ökonomischen Konfliktpotentials"[6]) erscheinen.

So sehr dieses Interpretationsmuster unter dem Dogma westlicher Interessensicherung steht, so sehr verschließt es sich auch den Zugang zur Erklärung des populär als „Blockfreiheit", korrekter als „Nichtpaktgebundenheit" bezeichneten Phänomens des „Nonalignment". Dieses steht zwar zweifelsohne in einem Beziehungszusammenhang zum international sich darstellenden Systemantagonismus. Wenngleich es sich diesem immer weniger entziehen kann, besteht seine Spezifik aber gerade darin, daß es Ausdruck des außenpolitischen Selbstverständnisses einer Gruppe von Staaten ist, deren besonderer sozialökonomischer Differenzierungsgrad noch nicht zwangsläufig eine eindeutige gesellschaftspolitische Option zwischen Kapitalismus und Sozialismus zur Folge hat. Das Nonalignment ist insofern auch nicht als unveränderbarer Satz von außenpolitischen Prinzipien faßbar. Es unterliegt selbst dem historischen Wandel und ist in seiner konkreten Ausformulierung abhängig von Faktoren der internationalen Kräfteverhältnisse einerseits und dem Entwicklungsgrad sozialökonomischer Differenzierungsprozesse in der Dritten Welt selbst andererseits. Als außenpolitische bzw. internationale, über- und zwischenstaatliche Manifestation der nationalen Befreiungsbewegung und als eigenständiger Faktor in der Weltpolitik wirkt die Bewegung der Nichtpaktgebundenen selbst auf dieses Faktorengefüge ein. Mit dem Fortgang der historischen Entwicklung werden somit durch das Wirken der Bewegung selbst neue Fragen gleichsam auf die Tagesordnung gesetzt, die zu einer ständigen Überprüfung des Selbstverständnisses und der Ziele führen und gegebenenfalls zur Formulierung neuer Ziele und Aufgaben bzw. zu deren neuer Gewichtung. Dieses

4) Vgl. Ch. Royen, Die sowjetische Interessenlage vor dem VI. Gipfeltreffen der blockfreien Staaten in Havanna, in: „Europa-Archiv", 16/1979, S. 501–508, hier S. 508.
5) Ebd., S. 501 f.
6) Ebd., S. 502.

Bündel von Faktoren hat heute offensichtlich zu einer Diskussion um ein neues Selbstverständnis der Bewegung geführt, die das traditionelle Nonalignment mehr und mehr in Frage zu stellen scheint. In konzentrierter Form kam dies im Zuge der Vorbereitung des Gipfels von Havanna und auf der Gipfelkonferenz selbst zum Ausdruck. Bevor jedoch die Ergebnisse dieser Konferenz im einzelnen betrachtet werden, muß ein Überblick über die Geschichte der nichtpaktgebundenen Bewegung erfolgen. Denn das neue Selbstverständnis bedeutet keinen radikalen Bruch mit den Traditionen, sondern knüpft selbst an diese an bzw. entwickelt sie weiter.

II

Der Formierungsprozeß der Dritten Welt in über- und zwischenstaatlichen Zusammenschlüssen wie der Bewegung der Nichtpaktgebundenen kann, „bezogen auf seine Qualität als Reaktion auf die herrschende Welt", als „Versuch einer Gegeninternationalisierung" beschrieben werden, dessen allgemeinstes Ziel die Herstellung und Erkämpfung umfassender Souveränität ist[7]). Unter diesem Gesichtspunkt läßt sich die Geschichte der nichtpaktgebundenen Bewegung in zwei Etappen untergliedern. In einer ersten Etappe steht die Forderung nach politischer Unabhängigkeit von den Kolonialmächten im Vordergrund. Da die politische Souveränität jedoch eine „von vornherein um die Fähigkeit zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit amputierte Souveränität" (Hinz) war, wird in einer zweiten Etappe die ökonomische Dekolonisationsproblematik zum eigentlichen Bezugspunkt der Bewegung. Die unter dem Gesichtspunkt der unterschiedlichen Gewichtung von (im engeren Sinne jeweils) politischen und ökonomischen Fragen vorgenommene Periodisierung der Geschichte der Nichtpaktgebundenen benennt wichtige Merkmale ihrer Tätigkeit, erweist sich jedoch letztlich als zu eng. Den konkret-historischen Ausgangspunkt der Politik des Nonalignment bildet der Widerstand einer Reihe von Staaten Afrikas und Asiens gegen die antikommunistische roll-back- und containment-Politik der USA. Kurz vor der historischen Konferenz von Bandung/Indonesien im April 1955, an der Vertreter von 29 afro-asiatischen Ländern teilnahmen[8]), war es nach dem Vorbild der NATO in Westeuropa und Nordamerika zur Installierung der SEATO in Südostasien (September 1954) und des Bagdad-Pakts in Vorderasien (Februar 1955, seit 1959 CENTO-Pakt) gekommen. Während diesen Paktsystemen lediglich Pakistan, Thailand und die Philippinen sowie der Iran, die Türkei und der Irak (bis 1959) beitraten, betrachtete die überwiegende Mehrzahl der Länder Asiens und Afrikas den Versuch einer militärischen Formierung unter westlicher Oberägide als erneute Einschränkung ihrer eben erst gewonnenen staatlichen Souveränität.

7) Vgl. M. O. Hinz, Souveränität durch Internationalisierung. Das Recht auf die natürlichen Reichtümer, in: W. Däubler/K. Wohlmuth (Hrsg.), Transnationale Konzerne und Weltwirtschaftsordnung, Baden-Baden 1978, S. 101–122, hier S. 102.

8) Im einzelnen handelt es sich um: Burma, Ceylon, Indien, Indonesien, Pakistan (Schirmherren), Afghanistan, Kambodscha, Volksrepublik China, Ägypten, Äthiopien, Goldküste, Iran, Irak, Japan, Jordanien, Laos, Libanon, Liberia, Libyen, Nepal, Philippinen, Saudi-Arabien, Sudan, Syrien, Thailand, Türkei, Demokratische Republik Vietnam, Südvietnam und Jemen.

Im Lichte der Truman-Doktrin von 1947, die für die außenpolitische Linie der USA in der Periode des Kalten Krieges bestimmend werden sollte, mußte das Bekenntnis zum Nonalignment als Affront erscheinen. Während die Truman-Doktrin jedes Volk ultimativ aufforderte, sich für eine der zwei einzig für möglich gehaltenen „Lebensarten" (entweder „freiheitlich/demokratisch" oder „totalitär/kommunistisch") zu entscheiden, proklamierten die afro-asiatischen Staaten in Bandung: „Freiheit und Frieden sind voneinander abhängig. Alle Völker müssen das Recht auf Selbstbestimmung haben, und Freiheit und Unabhängigkeit müssen so schnell wie möglich allen noch abhängigen Völkern gewährt werden. Alle Nationen sollten das Recht haben, ihre eigene Lebensweise in Übereinstimmung mit den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen frei zu wählen."[9]) Auf dieser Grundlage werden die bekannten 10 Grundsätze proklamiert, die als „Geist von Bandung" in die Geschichte eingingen[10]). Dazu gehörte auch die Forderung nach „Verzicht auf Aggressionspakte und -drohungen" (Punkt 8). Dies, Hand in Hand mit der Inanspruchnahme des souveränen Rechtes eines jeden Staates auf einen Entwicklungsweg nach eigener Wahl, setzte sich in der Dulles-Ära fast zwangsläufig dem Verdikt des „Unmoralischen" aus[11]).

Der Verzicht auf die Beteiligung an militärischen Paktsystemen war also eine konkrete antiimperialistische Option gegen die alten Kolonialmächte und die USA im historischen Kontext des Kalten Krieges. Insofern war der afro-asiatische „Neutralismus" auch von Beginn an keineswegs identisch mit der klassischen bürgerlichen Neutralitätspolitik, wie sie von der Schweiz oder von Schweden verfolgt wird. Die klassische Neutralitätspolitik bezeichnet eine Position absoluter Nichteinmischung, Passivität und Indifferenz eines Staates gegenüber kriegführenden Parteien[12]). Das Nonalignment (das als Begriff auf den damaligen indischen Ministerpräsidenten Nehru zurückgeht) implizierte demgegenüber von Anfang an ein aktives Parteiergreifen gegen Kriegspolitik (vor allem gegen Kolonialkriege), für die nationale Unabhängigkeit der Länder Asiens und Afrikas und für eine aktive Friedenspolitik (gegen die Konfronta-

9) Erklärung über die Förderung des Weltfriedens und der Zusammenarbeit, in: Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung, Dokumente, Berlin (West) 1968, S. 58–61, hier S. 60. Zur Truman-Doktrin vgl. demgegenüber: D. Horowitz, Kalter Krieg. Hintergründe der US-Außenpolitik von Jalta bis Vietnam, Bd. 1, Berlin (DDR) 1969, S. 60.

10) Im einzelnen handelt es sich um folgende Prinzipien: Achtung vor den fundamentalen Menschenrechten und den Zielen und Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen. Achtung vor der Souveränität und territorialen Integrität aller Nationen. Anerkennung der Gleichheit aller Rassen und der Gleichheit aller Nationen, ob klein oder groß. Verzicht auf Intervention oder Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Landes. Achtung vor dem Recht jeder Nation, sich allein oder kollektiv in Übereinstimmung mit Charta der Vereinten Nationen zu verteidigen. Verzicht auf Vereinbarungen über kollektive Verteidigung, die den besonderen Interessen einer der Großmächte dienen. Verzicht jedes Landes darauf, auf andere Länder Druck auszuüben. Verzicht auf Aggressionspakte und -drohungen oder den Gebrauch von Gewalt gegen die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit irgendeines Landes. Regelung aller internationalen Streitfragen durch friedliche Mittel wie Verhandlungen, Versöhnung, Schiedsspruch oder gerichtliche Regelung sowie durch andere friedliche Mittel nach der eigenen Wahl der Parteien in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen. Förderung der gegenseitigen Interessen und Zusammenarbeit. Achtung vor dem Recht und den internationalen Verpflichtungen. Vgl. Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung, a.a.O., S. 60 f.

11) Vgl. dazu: O. Melikjan/J. Etinger, Western Attacks on Afro-Asian Neutralism, in: „International Affairs", Moskau, 3/1963, S. 14 ff.

12) Vgl. Stichwort „Neutralität" in: Fischer-Lexikon der Internationalen Beziehungen, Frankfurt/M. 1969, S. 217 ff.

tionspolitik des Kalten Krieges). Aktiver Antikolonialismus und das Streben nach friedlicher Koexistenz wurden, zusammen mit der Nichtbeteiligung an Militärpakten, zu den tragenden Elementen des traditionellen Nonalignment. Ihre Verfechter (wie Nehru und Nasser) gebrauchten deshalb zur Abgrenzung ihrer Politik gegenüber einer klassischen Neutralitätsposition auch oft die Begriffe „positive" oder „aktive" Neutralität.

Die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz" (Pancha Shila) werden zum erstenmal in einem indisch-chinesischen Vertrag, dem Agreement on Trade and Mutual Relations between the Tibet Region of China und India vom 29. April 1954 genannt. Sie beinhalten (1.) die gegenseitige Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität, (2.) das Prinzip des Nichtangriffs, (3.) die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, (4.) die Gleichberechtigung und (5.) die friedliche Koexistenz[13]). Wenngleich in Bandung kein explizites Bekenntnis zur friedlichen Koexistenz als einzig möglichem Regelmechanismus der zwischenstaatlichen Beziehungen unter den Bedingungen der Systemkonkurrenz erfolgte, so beinhalteten die erwähnten zehn Grundsätze der Sache nach genau jene fünf Prinzipien. Auf der I. Konferenz der Staats- und Regierungschefs nichtpaktgebundener Staaten 1961 in Belgrad, die in die Zeit des Höhepunkts des Kalten Krieges fiel („Kubakrise", „Berlinkrise"), vertraten die dort versammelten Vertreter von 25 Staaten und 35 nationalen Unabhängigkeitsbewegungen dann offen die „Ansicht, daß unter derartigen Bedingungen die Prinzipien der friedlichen Koexistenz die einzige Alternative zum ‚Kalten Krieg' und zu einer möglichen allgemeinen nuklearen Katastrophe darstellen. Daher müssen diese Prinzipien – zu denen auch das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und auf freie Wahl der Formen und Methoden der eigenen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Entwicklung gehört – die einzige Grundlage für alle internationalen Beziehungen bilden."[14]) Bedeutsam für das Selbstverständnis der Nichtpaktgebundenen ist auch, daß in ihrer Belgrader Deklaration nachdrücklich betont wird, „daß die Politik der friedlichen Koexistenz das aktive Bemühen beinhaltet, die historischen Ungerechtigkeiten zu beseitigen und die nationale Unterdrückung abzuschaffen und gleichzeitig allen Völkern ihre unabhängige Entwicklung zu garantieren."[15])

In der Belgrader Deklaration wurden Forderungen zu drei Problembereichen artikuliert, um die sich die Aktivität der nichtpaktgebundenen Bewegung zukünftig – bei unterschiedlicher Gewichtung ihrer einzelnen Komponenten – drehte:

1. Sorge um den Weltfrieden, Durchsetzung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz, Übergang zur „allgemeinen, vollständigen und international streng kontrollierten Abrüstung", Verbot von Produktion, Besitz und Verwen-

13) Vgl. R. Wünsche u. a., Die Staaten Afrikas und Asiens. Innere Entwicklung – Außenpolitik, Berlin (DDR) 1971, S. 29.
14) Belgrader Deklaration, in: Die afro-asiatische Solidaritätsbewegung, a.a.O., S. 220 f.
15) Ebd., S. 221.

dung nuklearer und anderer Massenvernichtungswaffen, Kampf gegen ausländische Militärstützpunkte.

2. Vollständige Beseitigung des Kolonialismus, gestützt auf die UN-Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker von 1960, Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegungen, Kampf gegen die Politik der Rassendiskriminierung, insbesondere in Form der Apartheid, Kampf gegen alle Formen des Neokolonialismus und der imperialistischen Herrschaft in ihren verschiedenen Spielarten und Manifestationen.

3. Recht der Völker auf souveräne Verfügung über ihre Naturreichtümer, Beseitigung der wirtschaftlichen Ungleichheit in der Welt, Recht auf eine beschleunigte wirtschaftliche, industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung, Unterstützung dieses Rechts durch die internationale Gemeinschaft, Stabilisierung des Rohstoffhandels und Beseitigung der Diskriminierung der Entwicklungsländer im internationalen Warenhandel[16]). Als geeignetes Instrument und Forum zur Artikulation und Durchsetzung all dieser Forderungen erscheinen die Vereinten Nationen, da die Entwicklungsländer nur hier ihr Gewicht voll zur Geltung bringen können.

Von den drei Forderungskomplexen stehen in der ersten Etappe des Wirkens der nichtpaktgebundenen Bewegung die ersten beiden im Vordergrund. Als Klammer und allgemeinster gemeinsamer Nenner ihres Zusammenhalts wirkt der Antikolonialismus und das Streben nach nationaler Unabhängigkeit. Dies brachte die Bewegung in der Praxis fast zwangsläufig in Konflikt mit den Westmächten, da nur von hier aus eine Bedrohung ihrer aktuellen Aspirationen ausging. Auch die Forderung nach einem Zusammenschluß in militärischen Pakten ist von seiten des sozialistischen Lagers nie an Länder der Dritten Welt erhoben worden. Zu Recht wird deshalb von verschiedenen Autoren darauf hingewiesen, daß die Politik des Nonalignment nicht als Äquidistanz zu den Machtblöcken mißverstanden werden darf, daß ihre konkreten politischen Positionen – sowohl bezüglich der Dekolonisationsproblematik als auch zur Sicherheitspolitik – in der Regel näher bei den Positionen der sozialistischen Länder lagen[17]). In der Praxis kam es in dieser Periode oft zu einem gemeinsamen und/oder gleichgerichteten Auftreten der nichtpaktgebundenen Bewegung und des sozialistischen Lagers[18]).

Während man in der Praxis in der Regel von einer antiimperialistischen Grundausrichtung der Politik des Nonalignment ausgehen kann, beinhaltet die „Philosophie" der Nichtpaktgebundenheit auch scheinbar systemunspezifische Züge. Bereits die auf der Kairoer Vorbereitungskonferenz für den Belgrader Gipfel im Juni 1961 von Nasser, Tito, Sukarno und Nehru formulierten Kriterien für ein nichtpaktgebundenes Land lassen Momente der Gleichbe-

16) Zusammengefaßt nach: ebd., S. 222–228.
17) Vgl. z. B. auch: V. Matthies, a.a.O., S. 37; auch: Stichwort „Neutralismus" in: Fischer-Lexikon, a.a.O., S. 211 ff., wenngleich dort mit offen antikommunistischem Vorzeichen.
18) Z. B. anläßlich der Durchsetzung der UNCTAD-Gründung 1964 in der UNO, bei der Verabschiedung und dem Entwurf der UN-Deklaration über die Gewährung der Unabhängigkeit an die kolonialen Länder und Völker usw.

handlung der „Blöcke" erkennen[19]). Die Diskussion über die Frage, ob die Existenz der Militärblöcke „an sich" oder imperialistische Politik die Hauptursache für die internationalen Spannungen, für die Unterprivilegierung der Dritten Welt im internationalen System usw. sei, ist so von Anfang an eine ständige Begleiterscheinung der Geschichte der Nichtpaktgebundenen.

Das Problem der Diskussion um die ideologische Grundposition des Nonalignment führt zur Frage nach der internen Klassenbasis dieser Politik. Wie in der nationalen Befreiungsbewegung generell, ist diese auch innerhalb der Bewegung der Nichtpaktgebundenen heterogen und oft nicht eindeutig zu bestimmen. Wenngleich antiimperialistisch, so ist das traditionelle Nationalignment dennoch Ausdruck einer spezifisch bürgerlichen bzw. kleinbürgerlichen Außenpolitik, deren allgemeinste Doktrin der Nationalismus ist. Als Ausdruck eines kollektiven Nationalismus ist das Nonalignment einerseits – wenn es sich mit einer antiimperialistischen Position verbindet – notwendig zur Durchsetzung einer Reihe von Zielsetzungen der nationalen Befreiungsbewegung. Auf der anderen Seite jedoch kann es – bei einem bestimmten Stand der Differenzierung interner Klassenstrukturen – dazu dienen, innere Widersprüche zu überdecken, unter dem Primat der Erhöhung des Gewichts der Dritten Welt in der Weltpolitik einen klassenübergreifenden Konsens zu bewahren, der kaum mehr dem realen Stand der internen Interessenpolarisierung entspricht. Nonalignment kann schließlich dort, wo es nur noch als formale Hülle beibehalten wird, zur Verschleierung und Legitimation einer im Grunde proimperialistischen Politik herangezogen werden. Zur Verschärfung dieser aus unterschiedlichen Interessenlagen rührenden Widersprüche muß es schließlich auch dann kommen, wenn eine Reihe sozialistischer bzw. sozialistisch orientierter Staaten Außenpolitik unter gänzlich anderen klassenmäßigen Prämissen zu formulieren beginnt.

So sehr derartige unterschiedliche, zuweilen antagonistische Grundinteressen der Nichtpaktebundenen-Bewegung von Anfang an inhärent waren, so sehr zeugt es von einer historischen Fehleinschätzung, wenn in den 60er Jahren von arrivierten Politikwissenschaftlern noch davon ausgegangen wurde, daß der Versuch der wirkungsvollen Organisation der Nichtpaktgebundenen auf weltpolitischer Ebene „von vornherein zum Scheitern verurteilt" sei[20]).

III

Die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten hat seit ihrer offiziellen Konstituierung in Belgrad einen erstaunlichen Zulauf erfahren. Das Nonalignment erwies sich als tragfähige Plattform für den Zusammenschluß einer

19) Danach muß ein nichtpaktgebundenes Land folgende fünf Bedingungen erfüllen: „1. Seine Politik muß unabhängig sein, auf friedlicher Koexistenz und Nichtanlehnung (Nonalignment) basieren. 2. Es muß die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützen. 3. Es darf nicht Mitglied irgendeines militärischen Bündnisses sein, wodurch es in die Streitigkeiten der Großmächte verwickelt wird. 4. Es darf nicht Mitglied eines bilateralen Bündnisses mit einer Großmacht oder Mitglied eines regionalen Verteidigungsbündnisses sein. 5. Auf seinem Gebiet dürfen sich keine ausländischen Stützpunkte befinden." Nach: Wünsche u. a., a.a.O., S. 36.
20) Vgl. Fischer-Lexikon, a.a.O., S. 216.

bis heute wachsenden Zahl von Staaten, vornehmlich aus dem Bereich der Dritten Welt. Mit der Gründung der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) im Mai 1963 entstand eine Gruppierung von Staaten, die das Prinzip des Nonalignment in ihrer Gründungscharta verankerte[21]). So wuchs die Zahl der Mitgliedsländer der Nichtpaktgebundenen-Bewegung bis zu ihrer II. Gipfelkonferenz im Oktober 1964 in Kairo auf 47 an. Auf ihrer III. Gipfelkonferenz in Lusaka im September 1970 zählte die Bewegung 54 Vollmitglieder. Bis zum September 1970 zählte die Bewegung 54 Vollmitglieder. Bis zum September 1975 (IV. Gipfelkonferenz in Algier) nahm die Bewegung um weitere 21 Mitglieder auf 75 zu, um dann nochmals auf 85 (V. Gipfel in Colombo, August 1976) und 94 Mitgliedsländer (Havanna) anzuwachsen. Zu diesen Vollmitgliedern kamen jeweils noch Länder mit Gast- und Beobachterstatus[22]).

Begleitet war dieser Wachstumsprozeß der Bewegung von einer stets wachsenden Zahl skeptischer Stimmen, die einmal eine mit zunehmender Breite einhergehende Verwässerung der ursprünglichen Konzeption, ein anderes Mal einen kaum mehr aufzuhaltenden Desintegrationsprozeß auszumachen glaubten[23]). Tatsächlich aber erwies sich auch nach dem Zusammenbruch des „klassischen" Kolonialsystems das gemeinsame Interesse am Bestand der Bewegung jeweils stärker als bestimmte zentrifugale Tendenzen. Was als Basis der Gemeinsamkeit blieb, war vor allem die gemeinsame Betroffenheit von der Fortsetzung der Ausbeutung mit neokolonialen Mitteln. Der politische Antikolonialismus als Integrationsfaktor wurde mehr und mehr ergänzt durch das gemeinsame Ziel der wirtschaftlichen Unabhängigkeit[24]).

Erstmals rückten auf dem Lusaka-Gipfel Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung stärker in den Mittelpunkt der Debatte. Im August 1972 befaßte sich eine Ministerkonferenz der Nichtpaktgebundenen in Georgetown erstmals ausschließlich mit Wirtschaftsfragen und beauftragte einen Expertenausschuß mit der Erarbeitung eines gemeinsamen Statuts über Auslandsinvestitionen[24a]). Auf der IV. Gipfelkonferenz in Algier werden die verschiedenen wirtschaftlichen Forderungen in einer Wirtschaftsdeklaration und einem Aktionsprogramm zum relativ geschlossenen Programm einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) zusammengefaßt[25]). Dieses Programm ist dann unter der Präsidentschaft Boumediennes auf der VI. und VII. UN-Sondertagung und auf der XXIX. UN-Generalversammlung 1974 gegen den Widerstand der wichtigsten kapitalistischen Industrieländer und mit Unterstützung der sozialistischen Staaten von der UNO verabschiedet worden.

Die Erklärung und das Aktionsprogramm über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung sowie die UN-Charta der ökonomischen

21) Vgl. dazu: Z. Cervenka, The Unfinished Quest for Unity. Africa and the OAU, London 1977, S. 12 ff.
22) Der Beobachter-Status schließt im Unterschied zum bloßen Gaststatus Rederecht ein.
23) Vgl. dazu etwa auch: B. Tibi, Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Frankfurt/M. 1973, S. 268 ff.
24) Vgl. auch: K. P. Sauvant, Von der politischen zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit, in: „Vereinte Nationen", 2/1979, S. 49–52.
24a) Mit diesem befaßt sich dann nochmals die Ministerkonferenz in Lima und empfiehlt die Aufnahme in nationale Kontrollansätze.
25) Dokumente des Algier-Gipfels in: „Asien – Afrika – Lateinamerika" (AAL), 1/1974, S. 45–68.

Rechte und Pflichten der Staaten sind der bislang größte Erfolg auf internationaler Ebene, der unmittelbar auf die Initiativen der Nichtpaktgebundenen zurückgeht[26]). In ihrer gemeinsamen Aktion begründete sich ein neues Selbstbewußtsein der Länder der Dritten Welt. Dies kommt auch in dem parallel zu den Erfolgen auf der UN-Ebene entwickelten Konzept des „kollektiven Selbstvertrauens" (collective self-reliance) zum Ausdruck. Dieses Konzept, das voll ausformuliert erstmals auf dem Colombo-Gipfel 1976 verabschiedet wurde und auf die Erhöhung des ökonomischen Gewichts der Dritten Welt über die verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern zielt[27]), muß als Ergänzung des NIWO-Programms verstanden werden. Es spiegelt zugleich ein zentrales und bis heute anhaltendes Dilemma wider, mit dem die Dritte Welt konfrontiert ist: den Widerspruch zwischen einer neu erlangten politischen Stärke (auf der Ebene der UNO etwa) und der nach wie vor anhaltenden Schwäche im wirtschaftlichen Bereich, die ihrerseits durch die hinhaltende und bremsende Taktik der entwickelten kapitalistischen Länder im sogenannten Nord-Süd-Dialog noch zementiert wird[28]). Eigenständige Aktivitäten auf der Seite der Nichtpaktgebundenen wie eine Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit untereinander sind immer noch schwach entwickelt[29]), während die Verhandlungen mit den Industrieländern – von einigen begrenzten Teilerfolgen abgesehen[30]) – mit der jüngsten UNCTAD-Konferenz endgültig in eine zumindest zeitweilige Sackgasse geraten zu sein scheinen[31]).

Unbestreitbar jedoch bleibt ein gewachsenes politisches Gewicht der Dritten Welt in der Weltpolitik festzuhalten, das von den kapitalistischen Metropolen in verstärktem Maße ins außenpolitische Kalkül einbezogen werden muß32). Dieser Machtzuwachs der Unterprivilegierten, der nicht auf wirtschaftliche Fragen beschränkt ist, sondern auch in der gemeinsamen Haltung der Dritten Welt zu den Konfliktherden in der Welt (Südliches Afrika, Naher Osten) zum Ausdruck kommt, ist jedoch nicht aus sich heraus erklärbar, sondern nur vor dem Hintergrund einer Reihe weltpolitischer Prozesse faßbar, die Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre in einer Veränderung des globalen Kräfteverhältnisses und Klimas kulminierten. Die beiden wichtigsten Prozesse in diesem Zusammenhang stellen der Übergang vom Kalten Krieg zur Ost-West-Entspannung und der mit dem Zusammenbruch des portugiesischen Kolonialismus nunmehr fast vollständig abgeschlossene Entkolonialisierungsprozeß dar. Beide Prozesse gaben sozusagen erst den Blick frei für das neokoloniale Erbe, das der Kolonialismus hinterlassen hatte. Während die Erlangung staatlicher

26) Dokumente in: „Blätter", 6/1974, S. 639–648, 7/1974, S. 753–764, und in: AAL, 2/1975, S. 245–254.
27) Dokumente in: AAL, 1/1977, S. 16–62.
28) Zu dieser widersprüchlichen Kombination von Stärke und Schwäche vgl. H. Elsenhans, Entwicklungsländer in der Weltpolitik, in: „Internationale Entwicklung", Wien, III/1977, S. 6–18.
29) Vgl. z. B. G. Kück, Ökonomische Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern, in: „Deutsche Außenpolitik", 1/1978, S. 65–75.
30) Dazu gehören z. B. das AKP-Abkommen, die OPEC-Preiserfolge und der Gemeinsame Fonds des Integrierten Rohstoffprogramms.
31) Vgl. z. B. M. Mohncke, UNCTAD V – Neue Sachlichkeit? in: „Antiimperialistisches Informationsbulletin" (AIB), 7–8/1979, S. 70–72.
32) Vgl. z. B. K. Seitz, Die Dritte Welt als neuer Machtfaktor in der Weltpolitik, in: R. Jonas/M. Tietzel (Hrsg.), Die Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn 1976, S. 23–27.

Souveränität ein erster Schritt und eine erste Voraussetzung zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit ist, bildet der allgemeine Klimawechsel in den internationalen Beziehungen eine nicht minder bedeutsame Voraussetzung hierfür. Erst mit der Anerkennung der friedlichen Koexistenz durch den Westen in verschiedenen bilateralen und multilateralen Vertragswerken ergab sich die Chance, daß der umfassende Souveränitätsanspruch der Dritten Welt nicht mehr unter dem Damoklesschwert imperialistischer Interventionspolitik steht. Die seit dem Colombo-Gipfel verstärkt erhobene Forderung nach einer Ausdehnung des Entspannungsprozesses auf die Dritte Welt und nach Schaffung sog. Zonen des Friedens im Mittelmeer, im Indischen Ozean und in Südoastasien hat hier programmatischen Charakter. Darüber hinaus birgt die mit dem Übergang zur Entspannung prinzipiell gegebene Möglichkeit von Abrüstungsschritten die Chance zur Freisetzung materieller Ressourcen, die zur Lösung des Problems der Unterentwicklung erforderlich sind.

Im Ergebnis dieser Entwicklungen vergrößert sich der Spielraum für die Politik der Nichtpaktgebundenheit erheblich. Den OPEC-Staaten gelingt erstmalig ein Durchbruch bei der Revision überkommener Bedingungen auf dem Rohstoffsektor. Durch die kollektive Vorgehensweise ermutigt, drücken die Nichtpaktgebundenen in der UNO ihre Forderung nach einer NIWO durch. Damit ist das gesamte überkommene System der internationalen Arbeitsteilung in Frage gestellt.

IV

Die Forderung nach einer NIWO wird zu einem Zeitpunkt artikuliert, zu dem die inneren Differenzierungsprozesse in der Dritten Welt bereits erheblich fortgeschritten sind. Dies betrifft sowohl die Herausbildung unterschiedlicher Entwicklungsniveaus als auch die Differenzierung in unterschiedliche politische und soziale Systeme. In der Forderung nach einer NIWO trifft sich jedoch das Interesse selbst von Ländern mit relativ fortgeschrittener kapitalistischer Entwicklung mit dem sozialrevolutionärer Regimes. Geht es dem einen um die Erreichung des ungehinderten Anschlusses an das Niveau der kapitalistischen Metropolen, so brauchen die anderen die NIWO zur außenwirtschaftlichen Abstützung ihres Entwicklungswegs und vor allem zur völkerrechtlichen Absicherung ihrer gesellschaftspolitischen Orientierung. Vor diesem Hintergrund ist es kein Zufall, daß der mexikanische Präsident Echeverría und der algerische Präsident Boumedienne zu den Wortführern der Dritten Welt gehörten, Echeverría als Initiator der Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten und Boumedienne als Präsident der Nichtpaktgebundenen.

Gleichwohl reproduziert sich in der Diskussion um die NIWO innerhalb der Nichtpaktgebundenen die Auseinandersetzung um die ideologische Grundposition des Nonalignment auf einer anderen Ebene und in einem neuen historischen Kontext. So fallen die ersten Erfolge bei der Durchsetzung der NIWO zugleich zusammen mit dem Beginn einer neuen Debatte um das Selbstverständnis der Nichtpaktgebundenen. Diese Debatte, die mit dem

Gipfel von Algier beginnt, kreist stärker denn je um die Bestimmung der Hauptkonfrontationslinie in der Weltpolitik. Verläuft diese zwischen den Systemen oder schlicht zwischen „Nord und Süd" oder „arm und reich"? Die Antwort auf diese Frage fällt unterschiedlich aus, je nachdem welche Klasseninteressen die Politik der Regierungen der Länder der Dritten Welt tragen. Nur ein kleiner Teil der Länder der Dritten Welt benutzt dies als ideologische Legitimation zur offenen Allianz mit dem westlichen Lager. Für die Mehrheit der Entwicklungsländer wird die Suche nach einem „eigenen", „authentischen" dritten Weg zum Kristallisationspunkt ihres nationalistisch motivierten Selbstverständnisses. Zwar geht es um Unabhängigkeit, um eine letztlich und im weitesten Sinne antiimperialistische Option. Jedoch paart sich dieses Unabhängigkeitsstreben mit der Illusion der Exklusivität des eigenen Weges[33]).

Von einer sozialrevolutionären bzw. sozialistischen Position aus muß dies als Beschneidung der antiimperialistischen Potenz der Bewegung erscheinen. Als erster spricht Fidel Castro dies offen vor dem Algier-Forum an: „Auf dieser Konferenz ist von verschiedenen Formen der Teilung der Welt gesprochen worden. Für uns teilt sich die Welt in kapitalistische und sozialistische Länder, in imperialistische Länder und in Länder, die unter neokolonialistischer Herrschaft stehen, in kolonialistische Länder und Kolonien, in reaktionäre und fortschrittliche Länder, letztlich in Länder mit Regierungen, die den Imperialismus, den Kolonialismus, den Neokolonialismus und den Rassismus unterstützen, und solche mit Regierungen, die gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus auftreten. Das scheint uns grundlegend für das Problem der Paktgebundenheit oder Nichtpaktgebundenheit zu sein."[34])

Von dieser marxistischen Position aus stellen sich an die Perspektive der Bewegung drei wesentliche Fragen:

Erstens die Frage nach der grundsätzlichen Bestimmung des Verhältnisses der Nichtpaktgebundenen zum sozialistischen Lager. Hier ist die kubanische Antwort eindeutig: „Jeder Versuch", heißt es in Castros Rede in Algier, „die nichtpaktgebundenen Staaten in Gegensatz zum sozialistischen Lager zu bringen, ist zutiefst konterrevolutionär und dient allein und ausschließlich den imperialistischen Interessen . . . Nur der engere Zusammenschluß aller fortschrittlichen Kräfte der Welt wird uns die nötige Kraft geben, die immer noch mächtigen Kräfte des Imperialismus, den Kolonialismus, den Neokolonialismus und den Rassismus zu besiegen . . ."[35])

Zweitens die Frage nach den Grundlagen der Einheit der Bewegung. Wenngleich das zahlenmäßige Wachstum der Bewegung eine positive Erscheinung ist, muß nach kubanischer Auffassung „die Qualität, nicht die Zahl, für die Ziele dieser Bewegung entscheidend sein, wenn wir wirklich eine moralische und politische Kraft für die Völker der Welt darstellen wollen. Wenn das nicht der

33) Vgl. dazu: M. Robbe, Die „Dritte Welt": Deutung und Fehldeutung, in: „Deutsche Außenpolitik", 3/1977, S. 67–78.
34) Fidel Castro, Ausgewählte Reden, Berlin/DDR 1976, S. 70 f.
35) Ebd., S. 74.

Fall ist, laufen wir Gefahr, daß die reaktionären Kräfte sie von innen her zersetzen, um ihre Ziele zunichte zu machen, und daß die Einheit und das Ansehen der nichtpaktgebundenen unvermeidlich scheitern werden."[36]) Die „wahre Einheit" beruht nach Castros Auffassung „nicht auf einer durch die Umstände gegebenen Nichtpaktgebundenheit, sondern auf einer tieferen und dauerhafteren Übereinstimmung: Diese erwächst aus den revolutionären Prinzipien, aus dem gemeinsamen antiimperialistischen Programm und dem Streben nach grundlegenden und entscheidenden gesellschaftlichen Veränderungen."[37])

Damit ist drittens auch die Frage nach dem Wechselverhältnis eines nach außen gewandten Antiimperialismus und der internen sozialökonomischen Entwicklung aufgeworfen. Ein dauerhafter und stabiler Antiimperialismus erfordert somit auch revolutionäre sozialökonomische Veränderungen im Innern: „Wenn man ein Land wirklich von der imperialistischen Ausbeutung befreien will, muß man das Volk auch davon befreien, das ihm die Feudalherren, die Großgrundbesitzer, die Oligarchen und die anderen Parasiten der Gesellschaft, gleich welcher Art sie sein mögen, die Früchte seiner Arbeit entziehen."[38])

Dieses in dieser Form zum erstenmal in Algier artikulierte neue Selbstverständnis in der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten darf – obwohl von einem Marxisten vorgetragen – keineswegs als Versuch mißverstanden werden, die Bewegung in einen Verband sozialistischer Staaten verwandeln zu wollen oder sie – wie es die gängige antikommunistisch motivierte Publizistik hierzulande wähnte – in ein „Werkzeug der sowjetischen Außenpolitik" degradieren zu wollen[39]). Die kubanische Position zur Konzeption der Nichtpaktgebundenheit ist wie die kubanische Außenpolitik generell die unmittelbare Konsequenz aus den Erfahrungen, die die kubanische Revolution seit 1959 durchlaufen hat. Sie kann sich darüber hinaus auf die geschichtlichen Erfahrungen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen selbst berufen[40]). „Der Angelpunkt des kubanischen Selbstverständnisses", schreibt der bestimmt nicht des Marxismus verdächtige Politologe Wolf Grabendorff, „liegt in der eigenen Revolutionserfahrung. Seine Abhängigkeit und die Destabilisierungsversuche von außen haben Kuba erkennen lassen, daß Revolutionen in der Dritten Welt nur dann überleben können, wenn sie von anderen Staaten unterstützt werden. Auch die Revolution Castros wäre ohne die Unterstützung der Sowjetunion rasch gescheitert. Deshalb sind die Kubaner heute davon überzeugt, daß es ihre moralische Pflicht ist, einen Beitrag zur Stabilisierung revolutionärer Entwicklungen in der Dritten Welt zu leisten."[41])

36) Ebd., S. 71.
37) Ebd., S. 78.
38) Ebd., S. 77.
39) So übrigens auch in langweiliger Eintönigkeit: „Beijing Rundschau", z. B. Nr. 25 v. 26. 6. 1979, S. 20 ff.
40) Vgl. z. B. die Moncada-Rede Fidel Castros in: AIB, 10/1978, S. 13–23, oder das Gespräch zwischen Malley und Castro in: AIB, 8/1977, S. 22–29.
41) W. Grabendorff, Kubas Politik in Afrika, in: „Europa-Archiv", 13/1979, S. 411–420, hier S. 411. Wenig überzeugend allerdings Grabendorffs These vom Widerspruch zwischen den langfristigen Interessen Kubas und der Sowjetunion.

Eben jene Erfahrung mit der imperialistischen Destabilisierungspolitik hat sich seit Beginn der 70er Jahre in wachsendem Maße an anderen Länder-Beispielen der Dritten Welt wiederholt. Der Übergang zur Entspannung in den Ost-West-Beziehungen bedeutete eben nicht automatisch auch mehr völkerrechtliche Sicherheit für revolutionäre Entwicklungen in der Dritten Welt. Das westliche Sicherheitsverständnis, das friedliche Koexistenz in der Regel mit der Befestigung auch des gesellschaftlichen Status quo gleichsetzt, führte zum Versuch einer Gegenoffensive überall dort, wo neokolonialistische Positionen durch das Entstehen revolutionärer Regime akut bedroht waren[42]). Besonders schwerwiegend war dies dort, wo sich – wie im Falle der Befreiungsbewegungen in den ehemaligen Kolonien Portugals oder im Falle Indochinas – der Kampf für die nationale Unabhängigkeit eng mit dem Streben nach sozialer Emanzipation verknüpft hat. Somit ist die kubanische Position in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen heute kein isolierter Standpunkt, wie es noch auf der Konferenz von Algier den Anschein hatte[43]). Die kubanische Erfahrung verallgemeinerte sich bis zu einem gewissen Grad; der Druck der Ereignisse hat selbst solchen Ländern die teilweise oder vollständige Rezeption der kubanischen Position aufgezwungen, deren politisches und gesellschaftliches Profil bei weitem nicht die revolutionären Züge Kubas trägt[44]).

Bereits auf der V. Gipfelkonferenz der Nichtpaktgebundenen machte sich eine Gewichtsveränderung innerhalb der Bewegung bemerkbar, zeigte sich eine Verstärkung jener Positionen, die an einer konsequenten antiimperialistischen Politik interessiert sind[45]). Deutlich wurde dies nicht zuletzt an der in der Politischen Deklaration der Konferenz enthaltenen positiven Würdigung der Rolle der sozialistischen Länder bei der Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, besonders in Angola[46]).

Durch die antiimperialistische Profilierung ihrer Positionen wurde die Bewegung der Nichtpaktgebundenen selbst mehr denn je zum Objekt äußerer Destabilisierungsversuche. Eine besondere Rolle spielten in diesem Kontext jene, die Kadhafi auf dem Colombo-Gipfel als „trojanische Pferde des Kolonialismus" innerhalb der Bewegung bezeichnet hatte. Wenngleich diese zahlenmäßig nicht sehr einflußreich sind, lieferten sie mit ihren Initiativen das geeignete Material für eine Medienkampagne großen Stils, Ägypten etwa mit seinem auf der Belgrader Koordinationsbürotagung im Sommer 1978 gestellten Ausschlußantrag gegen Kuba, der aus nationalistischen Gründen auch von Somalia mitgetragen wurde. Kuba, dessen internationalistisches und revolutio-

42) Als Fallstudie zur Destabilisierungspolitik vgl. R. Falk, Das imperialistische Komplott gegen Afrika, in: AIB, 5/1977, S. 3–7.

43) Erinnert sei z. B. daran, daß Kadhafi damals noch den Ausschluß Kubas aus der Bewegung verlangte. Vgl. „Afrika heute/III. Welt", 10-11/1973, S. 31 ff.

44) Als Staaten, die sich der kubanischen Position mehr oder weniger stark und umfassend angenähert haben oder ähnliche Erfahrungen machten, können genannt werden: Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, Äthiopien, Libyen, Algerien, VR Benin, VR Kongo, Guinea, Vietnam, Laos, Kambodscha, Afhanistan, Syrien, Irak, Südjemen, Nikaragua, Jamaica u. a. Als Befreiungsbewegungen kommen hinzu: ANC/Südafrika, PLO, SWAPO, Patriotische Front.

45) Vgl. M. O. Hinz, Von Algier nach Colombo, in: „Blätter", 10/1970, S. 1091–1094.

46) Vgl. AAL, 1/1977, S. 23.

näres Prestige als Hauptangriffsziel in den Vordergrund gespielt wurde, war indessen nur der Aufhänger einer Kampagne, die nach dem Muster des Divide et impera auf den Bestand der Bewegung überhaupt abzielte. Die Kurzatmigkeit dieser Politik, die die Geschichte der Gipfelkonferenzen seit Belgrad begleitete und dennoch nichts aus ihrem regelmäßigen Scheitern gelernt zu haben scheint, ändert aber nichts an dem Bild der heillosen Zerstrittenheit der Bewegung, das großen Teilen der internationalen Öffentlichkeit auch diesmal wieder glaubhaft suggeriert werden konnte. Bestandteil dieser Kampagne, die bewußt in Rechnung stellte, daß das Gewicht der Nichtpaktgebundenen in der Weltpolitik wesentlich von deren einheitlichem Auftreten abhängt, war schließlich auch jene auf falsche CIA-Informationen zurückgehende neue Kuba-Krise, die rechtzeitig zum Beginn der VI. Gipfelkonferenz in Szene gesetzt wurde. In Rechnung gestellt werden müssen schließlich auch jene Versuche westlicher Diplomaten, die sich den von Kuba vorgelegten Entwurf der Abschlußdeklaration auf ungeklärte Weise schon vor Konferenzbeginn besorgt hatten und nun eine emsige Tätigkeit entfalteten, um ihre Klientelstaaten in der Dritten Welt zu entschärfenden Abänderungsanträgen zu bewegen[47]).

V

Gemessen an dieser Ausgangslage muß das Ergebnis der VI. Gipfelkonferenz in Havanna als Erfolg für diejenigen erscheinen, die an einer konsequenten Weiterentwicklung der antiimperialistischen Positionen des Nonalignment interessiert und auf dieser Grundlage um die Erhöhung des Gewichts der Bewegung in der Weltpolitik bemüht sind. Mehr denn je zeigten sich vor allem in der Debatte im Konferenzplenum die Grenzen des traditionellen Nonalignment, des philosophischen Neutralismus in einer Welt, die durch die Systemauseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus geprägt wird. So deutlich und zahlreich wie noch nie artikulierte sich eine neue Konzeption der Bewegung, deren Leitgedanke ein prinzipieller Antiimperialismus, kein mehr nur durch die besonderen Umstände gegebener, ist. Dazu hat – im Nachhinein betrachtet – die hochpolitisierte Atmosphäre, die durch die verschiedenen Störmanöver gegen die Konferenz entstanden war, eher beigetragen, denn sie forderte zur klaren Artikulation von Standpunkten geradezu heraus. Daß die Einheit der Bewegung in Havanna gewahrt wurde, wiegt unter diesen Umständen noch höher. Wohl ist es noch zu früh, Havanna als einen „entscheidenden Wendepunkt in der Geschichte der Bewegung der ‚Verdammten dieser Erde'" zu bezeichnen[48]). Aber fest steht, daß ein größerer Beitrag zu einer solchen Wende kaum erwartet werden konnte.

In der Abschlußdeklaration wird festgehalten, was alle Teilnehmer der Konferenz als Essenz der Politik der Nichtpaktgebundenheit ansehen: An erster

47) Der in F. Castros Eröffnungsrede erhobene Vorwurf, sich auf diese Weise in die inneren Angelegenheiten der Bewegung einzumischen, ist jedenfalls bis heute noch nicht dementiert worden.

48) So der französische Publizist und Chefredakteur von Afrique Asie in einer ersten Einschätzung, in: „Afrique Asie", 196/17. 9. 1979, S. 25.

Stelle steht der Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, Apartheid und Zionismus. Es folgt die Opposition gegen alle Formen ausländischer Okkupation, Beherrschung und Hegemonie; der Kampf für friedliche Koexistenz zwischen den Staaten und gegen Einmischung und Intervention in die Angelegenheiten anderer Staaten; der Kampf für die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung auf der Basis der Gleichheit; Respekt vor der Unverletzlichkeit der Grenzen; Opposition gegen den Gebrauch von Gewalt und Eintreten für die friedliche Beilegung von Meinungsverschiedenheiten[49]).

Man muß diese Prinzipienerklärung im Licht der Konferenzreden betrachten, um zu verstehen, daß sie weit mehr als eine bloße Bestätigung des traditionellen Nonalignment ist. Sie trägt freilich Kompromißcharakter, wie alle bislang von den Nichtpaktgebundenen verabschiedeten Resolutionen, greift aber über das in den Gründungsdokumenten enthaltene hinaus. Der moçambiquanische Staatschef Samora Machel bringt den historischen Wandel des Nichtpaktgebundenheitskonzepts wie folgt zum Ausdruck: „Gewisse Kräfte vergessen oft, daß wir uns nicht mehr in der Epoche des Kalten Krieges befinden . . . Der Frieden regiert heute in Europa wie auch zwischen den Großmächten . . . Aber bei uns brechen die Kriege aus, die Aggressionen, die vom Imperialismus organisierten Komplotte, die Staatsstreiche, die Morde . . . Wie können wir ein Nonalignment akzeptieren, das für eine Situation konzipiert wurde, die heute nicht mehr existiert? Der Kalte Krieg von gestern, der manche Aktionen der Bewegung der Nichtpaktgebundenen motivierte, ist heute ein heißer Krieg, der bei uns in Afrika, in der arabischen Welt, in Asien, in Lateinamerika wütet, der uns Zerstörung und Verwüstung bringt . . . Wie kann man von uns verlangen, daß wir auf gleiche Distanz gehen sollen in den Beziehungen mit unserem Hauptgegner . . . Das Nonalignment zeichnet sich nicht dadurch aus, daß es sich im antiimperialistischen Kampf zurückhält. Das Nonalignment ist eine Strategie, die dazu bestimmt ist, die Befreiung der Völker zu sichern. Der Imperialismus, direkt oder indirekt durch die Träger seiner Losungen innerhalb der Bewegung, versucht uns auf eine Position der Äquidistanz zwischen Imperialismus und Antiimperialismus festzulegen. Er versucht uns davon zu überzeugen, daß der Feind des Nonalignment die Rivalität zwischen den Blöcken ist; mit anderen Worten, daß der Imperialismus nicht der Feind ist . . . Das, was bestimmte Kräfte immer ignorieren oder vergessen machen, ist, daß der Kolonialismus, der Rassismus, der Zionismus, die Apartheid, die Ausplünderung, die Aggressionen, die Besetzung von Territorien lange vor den sozialistischen Ländern aufgetaucht sind. Und es ist präzise aufgrund dieses Auftauchens der sozialistischen Länder, daß sich das Kräfteverhältnis zu unseren Gunsten gewandelt hat. Deshalb sagen wir, proklamieren wir, daß die sozialistischen Länder die natürlichen Verbündeten unserer Völker sind . . . Die sozialistischen Länder bilden eine verläßliche Stütze in unserem Kampf.

49) Vgl. Summary of the Basic Aggreements Reached at the 6th Summit, in: „Granma" . Havanna v. 16. 9. 1979, S. 6.

Wir von der FRELIMO haben niemals Waffen von westlichen Ländern erhalten . . ."[50])

Wieder sind es die konkret-historischen Erfahrungen des eigenen Befreiungskampfes, die aus einer Rede wie der Machels sprechen, und die sich nicht mehr vereinbaren lassen mit jener These des traditionellen Nonalignment, die in Havanna noch einmal von Tito wiederholt wurde, wonach die „Rivalität der Blöcke" die größte Bedrohung für die Entwicklungsländer sei, die Politik der „Blockfreiheit" folglich „die fortschrittlichste Kraft im Weltmaßstab"[51]). Für keinen der fortschrittlichen, revolutionären Staatschefs, die heute die Avantgarde der Dritten Welt bilden, konnte in Havanna die Rückkehr zum traditionellen Nonalignment mehr akzeptabel sein[52]). Gewiß, nicht alle teilen deren weitgehende Interpretation der Nichtpaktgebundenheit. Eine absolute, fast schon kuriose Ausnahme bildete es aber, wenn auf der Gipfelkonferenz von Havanna der Außenminister der Elfenbeinküste, Simeon Ake, ausführte, die Bewegung solle für Frieden und Neutralität kämpfen und sich dabei die Schweiz als Modell nehmen, um sich dann gegen Versuche zu wenden, die angeblich darauf hinausliefen, die Bewegung in eine sozialistische umzuwandeln[53]).

Derartigen Thesen war bereits durch die Eröffnungsrede Fidel Castros gleichsam der Wind aus den Segeln genommen worden. Gegen die Propagandathese gewandt, Kuba wolle die Bewegung in ein Werkzeug der sowjetischen Politik umfunktionieren, bezog Castro eine Position absoluter Unabhängigkeit, die dennoch kein Wort der Distanzierung vom sozialistischen Lager enthielt, sondern offensiv die Gemeinsamkeit in den wichtigsten Zielen und objektiven Interessenlagen herausstrich: „In unserem revolutionären Leben hat niemand versucht, uns vorzuschreiben, was wir tun sollen. Nie hat jemand versucht, uns vorzuschreiben, welche Rolle wir in der Bewegung der Nichtpaktgebundenen spielen sollen. Nie hat uns jemand vorgeschrieben, wann und wie die Revolution in unserem Lande zu erfolgen hat. Ja, niemand könnte jemals darauf Anspruch erheben. Folglich kann niemand mit Ausnahme der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder beschließen, was, wie und wann etwas zu erfolgen hat." An anderer Stelle der Rede heißt es: „Wir sind überzeugte Antiimperialisten, Antikolonialisten, Antirassisten, Antizionisten, Antifaschisten, weil diese Prinzipien Bestandteil unserer Konzeptionen und ihrem Wesen nach Quelle und Geschichte der Bewegung der Nichtpaktgebundenen seit ihrer Entstehung sind. Diese Prinzipien sind ebenfalls mit dem Leben und der Geschichte der Völker verbunden, die wir hier vertreten."[54])

Ähnlich hob der vietnamesische Ministerpräsident Pham Van Dong in Havanna den untrennbaren Zusammenhang von Unabhängigkeit und entschiedenem

50) Zit. nach: „Afrique Asie", a.a.O., S. 22 f.
51) J. B. Tito, Rede auf der VI. Gipfelkonferenz . . ., Havanna, 3. 9. 1979, hektographiert, S. 6.
52) Vgl. dazu den Überblick über die Plenumsreden der zit. Ausgabe der „Granma".
53) Ebd., S. 10.
54) F. Castro, Rede auf der VI. Gipfelkonferenz . . ., in: „Granma", 9. 9. 1979, S. 2. Der vollständige deutsche Wortlaut erscheint in AIB, 11-12/1979.

Antiimperialismus hervor: „Mehr denn je müssen wir heute den unabhängigen, souveränen Charakter unserer Bewegung hervorheben und zugleich entschieden auf die unwandelbaren Ziele der Völker hinwirken, d. h. gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, gegen Rassismus, Apartheid, Zionismus, Hegemonismus, für die Herstellung und Verteidigung des Friedens, für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen. Das ist unsere heilige Mission, unser oberstes Gebot, das ist zugleich der sehnlichste Wunsch von Milliarden auf unserem Planeten. Das ist die eindeutige Tendenz unserer Epoche, in der alle drei revolutionären Ströme eine starke Kraft bilden, den Imperialismus und Expansionismus von allen Seiten angreifen und die revolutionäre Sache der Völker der Welt zu einem ruhmvollen Sieg führen."[55]) Pham Van Dong war übrigens der einzige Redner der Konferenz, der in einem konkreten Zusammenhang vom „Hegemoniestreben" sprach: im Kontext der aggressiven Feindseligkeit Chinas gegen sein Land.

Das Problem der Vertretung Kampucheas erwies sich als das wohl komplizierteste der ganzen Konferenz. Die schließlich gefundene Lösung, den Sitz unbesetzt zu lassen, kann als diplomatischer Erfolg Kubas angesehen werden. Er stellte zugleich sicher, daß die Verabschiedung konkreter Beschlüsse zu den wichtigsten Konfliktschauplätzen nicht verschleppt werden konnte[56]).

Die VI. Gipfelkonferenz verabschiedete eine allgemeine Abschlußdeklaration, eine Wirtschaftliche Deklaration und verschiedene Resolutionen zu Einzelfragen. In allen diesen Beschlüssen werden konstruktive Auswege gewiesen und wichtige Vorschläge unterbreitet, die auf Dauer in der Weltpolitik nicht mehr ignoriert werden können[57]). In den Dokumenten wird alten Positionen und Forderungen neues Gewicht verliehen, die noch immer ihrer Realisierung harren; ganz oben steht die Bekräftigung der Bereitschaft der Nichtpaktgebundenen zur Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung, insbesondere der PLO, der SWAPO und der Patriotischen Front[58]). Erstmals solidarisieren sich die Nichtpaktgebundenen mit dem Befreiungskampf der Frente POLISARIO[59]). Die Konferenz verurteilte die sog. internen Lösungen in Zimbabwe und Namibia ebenso wie die fortgesetzte politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und Israels mit dem Apartheidregime in Südafrika. Den sozialistischen Ländern und den skandinavischen Staaten wurde demgegenüber für ihre Unterstützung der Befreiungsbewegungen gedankt.

Einen besonderen Stellenwert erlangte die Diskussion über das Nahostproblem. Hier bekräftigten die Nichtpaktgebundenen ihren Standpunkt, daß die

55) Ph. V. Dong, Rede auf der VI. Gipfelkonferenz . . ., in: „Neue Zeit", Moskau, 38/1979, S. 28–32, hier S. 29.
56) Zugleich zeigten sich hier vielleicht am deutlichsten die möglichen Konsequenzen des Festhaltens am traditionellen Nonalignment-Verständnis. Auf der Seite des Pol-Pot-Regimes fand sich jedenfalls eine eigenartige Allianz zusammen, zu der neben Jugoslawien, Gabun, Zaire, Malaysia, Singapur und Indonesien gehörten.
57) Da die „Blätter" eine ausführliche Dokumentation der Ergebnisse des Gipfels planen, können die Beschlüsse hier verhältnismäßig kurz abgehandelt werden.
58) Die Patriotische Front ist nach der PLO und der SWAPO die dritte Befreiungsbewegung, die einen Status als Vollmitglied erlangt hat. Außer ihr wurden in Havanna noch Nikaragua, Grenada, Bolivien, Surinam, der Iran und Pakistan aufgenommen.
59) Dies wurde möglich nach dem OAU-Gipfel von Monrovia, vgl. dazu: AIB 10/1979.

Palästinafrage das Kernproblem des Nahostkonflikts darstellt, verlangten erneut den sofortigen Rückzug Israels aus allen im Oktoberkrieg 1967 besetzten Gebieten und forderten die Anerkennung der PLO als der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes. Das Camp-David-Abkommen zwischen Ägypten, Israel und den USA wurde scharf verurteilt, während der Sicherheitsrat zur Verhängung von Sanktionen gegen Israel aufgrund Kapitel-VII der UN-Charta („Bedrohung des Weltfriedens") aufgefordert wurde. Für den Fall, daß der Westen im Sicherheitsrat weiterhin die Durchsetzung von Resolutionen der UN-Generalversammlung zum Nahostproblem blockieren sollte, werden die Nichtpaktgebundenen die Initiative zur Einberufung einer Sondergeneralversammlung über Palästina ergreifen. Umstritten war der Ausschlußantrag gegen Ägypten, wenngleich seine Separatfriedenspolitik mit Israel als im Widerspruch zu den Prinzipien der Nichtpaktgebundenheit verurteilt wurde[60]).

Zu Lateinamerika, dessen Gewicht mit der Aufnahme von Nikaragua, Bolivien und Grenada erneut gestärkt worden ist, befassen sich die wichtigsten Beschlüsse mit der Auflösung kleiner Restbastionen des Kolonialismus wie Puerto Rico, Belize etc. Darüber hinaus wird die unverzügliche Auflösung der US-Militärstützpunkte auf Puerto Rico und Kuba (Guantanamo) verlangt. Die Staats- und Regierungschefs verurteilten scharf die noch bestehenden westliche Blockade gegen Kuba und forderten ihre unverzügliche Aufhebung. Schließlich sicherten sie dem chilenischen Volk weiterhin Solidarität im antifaschistischen Widerstandskampf zu, während für Nikaragua ein Programm der Aufbauhilfe in Angriff genommen wurde.

Auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik hielten die Nichtpaktgebundenen an ihrem Konzept der Schaffung „Zonen des Friedens" im Mittelmeer, im Indischen Ozean und auch in Südostasien fest. Sie betrachten dies als logische Konsequenz, nachdem die Paktsysteme CENTO und SEATO inzwischen aufgelöst sind und somit auch der konkret-historische Ausgangs- und Bezugspunkt des Nonalignment weggefallen ist. Darüber hinaus wird der Abschluß von SALT II und die Ausdehnung des Entspannungsprozesses auf die Dritte Welt gefordert.

Die Entspannungs- und Abrüstungspolitik ist die Brücke zum Kampf um eine NIWO und zur Lösung der Entwicklungsfragen – Problembereiche, die in Havanna keineswegs unter den Tisch gefallen sind, wo indessen sogar neue Akzente gesetzt wurden. In den Dokumenten wird das Wettrüsten als unvereinbar mit den Bemühungen um die Errichtung einer NIWO bezeichnet, was nach wie vor als eine der „wichtigsten und dringendsten Aufgaben, mit denen die Nichtpaktgebundenen konfrontiert sind", begriffen wird. Scharf haben deshalb die Staats- und Regierungschefs der Dritten Welt die unflexible Position der Mehrheit der Industrieländer auf der letzten UNCTAD in Manila verurteilt. Notwendig ist nach ihrer Ansicht die Suche nach neuen Verhandlungsformen,

60) Die Ägyptenfrage soll jetzt vom Koordinationsbüro, das von 25 auf 36 Mitglieder erweitert und zu dessen Präsidenten Castro gewählt wurde, entschieden werden.

wobei sie sich strikt gegen den Versuch wenden, die Debatte um die Durchsetzung der NIWO aus den Organen der UNO herauszuverlagern.

Erstmals in dieser Form und Offenheit ist in Havanna das Problem der Betroffenheit der armen Entwicklungsländer von der Energiekrise diskutiert worden. Den entscheidenden Anstoß dazu gab Fidel Castro in seiner Eröffnungsrede mit einem Appell an die OPEC-Mitglieder in der Bewegung. Davon, in welcher Weise dieses Problem in den nächsten Monaten und Jahren innerhalb der Dritten Welt, d. h. durch entsprechende Vereinbarungen zwischen den erdölexportierenden Ländern und den übrigen Entwicklungsländern gelöst werden wird, hängt es ab, ob es den imperialistischen Staaten in Zukunft gelingen wird, die Einheit der Dritten Welt an dieser Frage aufzuspalten. Der Wille zum Widerstand gegen derartige Fraktionierungsversuche war in Havanna jedenfalls vorhanden.

Derartige ökonomische Fragen sind zugleich von erheblicher politischer Bedeutung. Sie können nicht im Rahmen von rein ökonomischen Gruppierungen wie der Gruppe der 77 gelöst werden. Sie fordern bewußte politische Weichenstellungen und Orientierungen, wie sie nur ein politischer Zusammenschluß von Staaten wie die Bewegung der Nichtpaktgebundenen geben kann. In diesem Sinne und bezogen auf den historischen Kontext, in dem Wirtschaftsfragen zur hochpolitischen Angelegenheit geworden sind, heißt es in der Wirtschaftlichen Deklaration von Havanna: „Der Kampf für die Beseitigung des ungerechten internationalen Wirtschaftssystems und für die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung ist ein integraler Bestandteil des Kampfes der Völker für die politische, ökonomische, kulturelle und soziale Befreiung."[61]) An dieser Maxime wird man den Fortgang der Auseinandersetzung um die Neue Weltwirtschaftsordnung zukünftig messen müssen.

61) Zit. nach: „Granma", Spanische Ausgabe, Havanna, v. 11. 9. 1979, S. 1.

Die Verteidigung des Elfenbeinturms

30 Jahre Philosophie in der Bundesrepublik Deutschland

Von Hans Heinz Holz

1979 – dreißig Jahre Bundesrepublik. Das heißt, vor dreißig Jahren begann – nach dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches am Ende des 2. Weltkriegs – eine neue Periode staatlicher Existenz. 30 Jahre Grundgesetz. Das heißt: vor dreißig Jahren wurden diesem neuen Staatsgebilde mit dem Verfassungsauftrag, eine antifaschistische Demokratie zu verwirklichen, die Leitlinien eines neuen politischen und kulturellen Selbstverständnisses gesetzt. Hat der Neubeginn auch jenen Wandel der philosophischen, weltanschaulichen Grundeinstellungen ausgelöst, der den Intentionen des Grundgesetzes entsprochen hätte? 1946 hat Theodor Litt die Unerläßlichkeit eines ideologischen Korrelats zur institutionellen Erneuerung hervorgehoben: „Mit einem bloßen Umbau der verfassungsmäßigen Form ist es nicht getan. Was uns nottut, das ist eine Wandlung der Gesinnung, aus der heraus politisch gelebt und gehandelt wird . . ." [1]) Hat die Philosophie sich vor dreißig Jahren dieser Situation gestellt? Oder hat sie versagt vor der geschichtlichen Forderung und Chance, mit Hegels Worten „ihre Zeit in Gedanken gefaßt" zu sein?

I

Es ist eh und je die Aufgabe der Philosophie gewesen, das Wissen einer Epoche als kohärentes System der Weltdarstellung zusammenzufassen, es auf einen einheitlichen Begründungszusammenhang zu bringen und daraus Verhaltensregeln, Normen und Werte abzuleiten. Durch diesen (für sie konstitutiven) Bezug auf den jeweiligen Erkenntnisstand der Wissenschaften unterscheidet sich die Philosophie als wissenschaftliche Weltanschauung von Mythos, Religion und der unsystematischen, unmethodischen Alltags- oder Jedermannsweltanschauung. Für den Rang einer Philosophie ist es stets entscheidend gewesen, inwieweit sie auf der Höhe der Wissenschaften ihrer Zeit war und deren Erkenntnisse, Forschungsverfahren, Theoriestrukturen, offene Ränder in genereller Weise verarbeiten konnte [2]). Wo die Philosophie sich dieser Aufgabe der Reflexion des Wissenschaftlichen Wissens verweigerte, verlor sie ihre Bedeutung und versank in Provinzialismus.

Zentral für diese weltanschauliche Funktion der Philosophie ist es, daß sie sich nicht nur auf Fragen der Methodologie und Wissenschaftslogik beschränkt, also als Hilfs- und Instrumentendisziplin der Einzelwissenschaften auftritt, sondern die großen Orientierungsfragen nach der Verfassung der Welt, nach den Bedingungen der Erkenntnis, nach den Bewegungsgesetzen der Geschichte, nach den Sach- und Rechtsgründen unseres Tuns stellt. Die Probleme der Metaphysik, Erkenntnistheorie, Geschichtsphilosophie und Ethik bilden einen zusammenhängenden und unverzichtbaren Bestand des

Philosophierens. Es ist charakteristisch für die neuere bürgerliche Philosophie, daß sie genau diesen Bereich philosophischer Tradition nicht mehr zusammenfassend darzustellen bzw. als Einheit zu konstruieren wagt oder ihn gar weitgehend als eine Ansammlung von „Scheinproblemen" auszuklammern versucht und ihn damit der Beliebigkeit privater Weltanschauungsdichtung und im weiteren dann der ideologischen Manipulation ausliefert.

Der Verzicht auf die Ausarbeitung philosophischer Synthesen des bürgerlichen Bewußtseins war zwar schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts vorbereitet, wurde aber erst mit der universellen Krise des Kapitalismus im 2. Weltkrieg ratifiziert. In den 20er Jahren gab es noch eine Reihe von Versuchen, aus dem Zusammenbruch des im deutschen Idealismus formulierten bürgerlichen Weltbildes einen systematischen Kern zu retten, um den herum sich die wissenschaftliche Erkenntnis und gesellschaftliche Erfahrung organisieren könnte. Ernst Cassirer und Edmund Husserl, Max Scheler, Nikolai Hartmann und Martin Heidegger hielten den alten Anspruch der Philosophie aufrecht, die Totalität von Welt und Mensch im Blick zu haben. Von ihren Werken ging eine starke weltanschauliche Wirkung aus. Husserls Spätschrift „Die Krise der europäischen Wissenschaften und die transzendentale Phänomenologie", 1936 schon unter dem Eindruck des Nationalsozialismus geschrieben, ist dann das Eingeständnis des Scheiterns einer Philosophie, die die Maßstäbe frühbürgerlicher Rationalität glaubte bewahren zu können und gegenüber der erlebten Irrationalität der Geschichte und dem Irrationalismus der hermeneutischen Wissenschaften diese Rationalität schließlich nur noch im Solipsismus des individuellen Selbstbewußtseins festzuhalten vermochte [3]).

Ungeachtet der Tatsache, daß die westdeutsche Nachkriegsphilosophie in vielfacher Weise ältere philosophische Konzeptionen wieder aufnahm, hat sich nach 1945 das Bild der bürgerlichen Philosophie grundlegend verändert. Nirgendwo wurde mehr der Versuch unternommen, die bürgerliche Welt und die in ihr sich rapide entwickelnde Wissenschaft in ihrer Ganzheit philosophisch auf den Begriff zu bringen. Werke, die etwa Jean Paul Sartres „Kritik der dialektischen Vernunft" vergleichbar wären, gibt es aus dieser Generation in der BRD nicht mehr. (Über die gleichsam „exterritoriale" Position Ernst Blochs muß später in anderem Zusammenhang gesprochen werden.) Ein Blick in Jürgen Habermas' Literaturbericht von 1967 „Zur Logik der Sozialwissenschaften" [4]) kann das bestätigen. Sogar wenn sich diese Philosophie der Gründe vergewissern will, aus denen sie ihre Mängel legitimieren möchte, ist sie gezwungen, auf ältere Modelle zurückzugreifen: des Neukantianers Heinrich Rickert dualistische Trennung zwischen Natur- und Kulturwissenschaften dient als Rechtfertigung der Zerfällung der Einheit der Wissenschaften, Max Webers Wertfreiheitspostulat wird als Basis für die zum Dezisionismus führende Trennung von deskriptiven und normativen Sätzen im kritischen Rationalismus in Anspruch genommen, das Geschichtsverständnis orientiert sich an Wilhelm Diltheys lebensphilosophischer Hermeneutik [5]), der Neopositiviskus in seinen verschiedenen Spielarten nimmt den Generalangriff des Wiener Kreises gegen die klassische Philosophie wieder auf.

Der epigonale Charakter der Philosophie in der BRD hängt aufs engste mit der Verdrängung der faschistischen Vergangenheit zusammen. Die gesellschaftlichen Wurzeln des Nationalsozialismus, dessen Ideologie und ihre erstaunliche Durchschlagskraft, der Zusammenbruch der humanistischen Moral hätten nur im Zuge einer fundamentalen Demokratisierung – samt der dazugehörigen Aktivierung des progressiven Erbes der deutschen Geschichte – kritisch und radikal untersucht werden können. Einer solchen radikalen Kritik stand einmal die personelle Kontinuität entgegen: die Hochschullehrer aus der Zeit vor 1945 wurden – mit wenigen Ausnahmen – auch nach der Befreiung in ihren Ämtern bestätigt. Zum anderen – und das ist der tiefere Grund, der auch die personelle Kontinuität erklärt – reproduzierten sich im Rahmen der großen politischen Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen und den kommunistischen Staaten die weltanschaulichen Fronten der 20er und 30er Jahre – und sie reproduzierten sich in Deutschland, an der Nahtstelle des Kalten Krieges, mit akuter Schärfe. Schon bald nach der Befreiung wurden die westlichen Besatzungszonen zum Bollwerk gegen den Kommunismus aufgebaut. Theodor Litt, seit 1950 Präsident der Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie in Deutschland, Träger des Großen Bundesverdienstkreuzes und des Ordens „Pour le mérite" – der (so könnte man sagen) „offizielle" Sprecher der Philosophie in der Bundesrepublik – hat in einer Programmrede unter dem Titel „Der Westen hat eine Idee" diesen weltanschaulichen Hintergrund charakterisiert: es gehe darum, die weltanschaulichen Grundlagen für ein „Bekenntnis zum Antikommunismus" zu schaffen[6]). Schon der Terminus „Bekenntnis" zeigt, daß hier Nicht-Philosophisches, Nicht-Rationales sich vordrängte – denn Philosophie bewährt sich in Argumenten und nicht in Bekenntnissen. Der antikommunistischen Funktion der Philosophie diente ein möglichst bruchloses Anknüpfen an die ideologischen Gehalte der vorfaschistischen und faschistischen Periode. Symptomatisch dafür war das Erscheinen von Hans Freyers „Weltgeschichte Europas" bereits 1948 in der amerikanischen Besatzungszone – ein Vorbote der Ideologie des neu-alten deutschen Imperialismus[7]).

So zeichnete sich auf dem Felde der Philosophie der Aufstieg der BRD zu einer der führenden Mächte des westlichen Lagers ab. Die politischen Stufen dieses Weges sind bekannt: Spaltung Deutschlands durch die Gründung der BRD, Wiederbewaffnung, Einbeziehung der BRD in die Atomwaffenstrategie der USA, Expansion der westdeutschen Rüstungsindustrie, Abbau der antifaschistischen und demokratischen Gehalte des Grundgesetzes usw.[8]). Jeder Schritt auf diesem Wege wurde gegen den Widerstand der progressiven Kräfte erzwungen, mit Mitteln staatlicher Repression, die 1956 im Verbot der KPD kulminierten Auch dies gehört zur Geschichte der Philosophie in der BRD – nämlich als Unterdrückung des Marxismus an den westdeutschen Universitäten und Schulen.

Charakteristisch dafür waren die Philosophiekongresse, die seit 1947 in regelmäßigen Abständen in der BRD stattfinden. Die allgemeine Atmosphäre dieser Kongresse läßt sich vielleicht am besten aus einem zeitgenössischen Dokument wiedergewinnen (das zugleich belegt, daß wir hier keine nach-

trägliche Interpretation an diese Entwicklung herantragen). Aus Anlaß des Erscheinens des Kongreß-Protokolls des 3. deutschen Philosophiekongresses, der 1950 in Bremen stattfand, berichtete die Münchner Wochenzeitung „Die Deutsche Woche": „Wissenschaftlich kennzeichnet sich das philosophische Denken durch das Ausweichen vor der Aktualität gerade in solchen Fragen, die um ihrer brennenden Nähe zur Zeit ernsteste Anstrengung des Gedankens erfordert hätten. Bezeichnend dafür ist schon eine Änderung der Themenstellung, die erst zu Beginn des Kongresses selbst bekanntgegeben wurde. Das Symposion über den ‚historischen Materialismus' wurde unter den weit gefaßten Titel ‚Gestaltungskräfte der Geschichte' gestellt und verlor damit seinen Bezug zu einer Reihe von latent schwelenden methodischen und sachlichen Konflikten. Wäre in einer wissenschaftlich gründlichen, leidenschaftslosen Diskussion des Marxismus wirklich eine Auseinandersetzung zu erreichen gewesen, und hätte mit einer solchen Diskussion die deutsche Philosophie den Anschluß an die internationale Fachpolemik (gerade auch in den westlichen Ländern) gewonnen, so blieb nun alles im unverbindlichen Raum des bodenlosen Geredes. Gegen Hermann Bollnow, der wenigstens diskutable Thesen vortrug, hätte man geltend machen können, daß der Rückgang auf den frühen Marx unter Verleugnung der leninistischen Weiterentwicklung der klassischen marxistischen Gedanken zu einer reaktionären Verfestigung in den Positionen der Junghegelianer führen muß, die dem geschichtlichen Sprengstoff des historischen Materialismus, seinem revolutionären Gehalt zuwiderläuft. Das wäre ein Ausgangspunkt gewesen, der aber – nicht zuletzt unter dem Einfluß des Diskussionsleiters Hans Freyer – vermieden wurde. So wurde es sichtbar, daß sich die Philosophie in eine neutrale Verteidigungsstellung zurückgezogen hat, von der sie jede Unruhe fernzuhalten versucht, die durch eine aktuelle Problematik verursacht werden könnte. Mehr noch: die ideologische Vorentscheidung ihrer Vertreter ist so sehr fixiert, daß ein Zusammenphilosophieren mit Andersdenkenden von vornherein abgeschnitten wird. Nur *die* Fragestellungen sind überhaupt zur Konkurrenz zugelassen, die nicht aus dem Rahmen dieser neutralisierten Sterilität ausbrechen" [9]).

Und schon in diesen ersten Jahren der Restauration des akademischen Betriebs in der BRD schufen sich die bestallten Vertreter des Fachs einen organisatorischen Rahmen, der es ihnen erlaubte, Einbrüche von außen in die Sphäre der „offiziellen", an den Universitäten gelehrten Philosophie abzuwehren – eine Art „Maginotlinie" des ideologischen Klassenkampfs: „Die Vorstöße, die in Bremen noch auf die Aktualität hin unternommen wurden (dies bezieht sich auf die Diskussionsbeiträge von W. R. Beyer und H. H. Holz), waren den ‚Weisen' im Elfenbeinturm schon zu beunruhigend. Dem wollten sie sich nicht noch einmal aussetzen. Und in unterirdischer Betriebsamkeit begannen sie, ihre Isolation zu ummauern. Philosophie soll fortan als interne Angelegenheit betrieben werden, unter Ausschluß der Öffentlichkeit und vor allem unter Ausschluß all jener, deren Sagen und Denken unbequem sein könnte. Ein ‚innerer Kreis' von Hochschulprofessoren wurde gegründet und sogar satzungsmäßig unter diesem Kennwort in der ‚Allgemeinen Gesellschaft für Philosophie" verankert. Zum Vorwand dienen hoch-

schulpolitische Fragen, welche die Herren gerne unter sich ausmachen mögen (wozu sie aber wohl kaum eines eigenen Klubs bedürften). Im Effekt aber soll hier die Plattform geschaffen werden, um jede geistige Auseinandersetzung zu umgehen, jede neue, lebendige Meinung abzudrosseln. Die Unfruchtbarkeit soll konserviert werden. So ist dann auch im September 1952 eine sogenannte Tagung dieses ‚inneren Kreises' zu einem richtigen kleinen Kongreß in Marburg ausgestaltet worden. Einsichtsvolle, um die Erhaltung einer demokratischen Verfassung unseres Geisteswesens bemühte Universitätslehrer haben es abgelehnt, sich daran zu beteiligen. So der Heidelberger Philosoph und Psychologe Willi Hellpach, der als Referent aufgestellt war und absagte. Andere haben sich ihm angeschlossen. Dennoch fand der Kongreß statt, fern von aller Öffentlichkeit und selbst in den Philosophischen Fachorganen auf Wunsch seiner Veranstalter totgeschwiegen"[10]). Hier wurde ein hochschulpolitisches Instrument für ideologische Formierung und personelle Arkanpraxis geschaffen, das bis in die Endsechzigerjahre wirksam blieb und erst durch die Studentenbewegung wenigstens teilweise unterlaufen wurde.

II

Wir gehen davon aus, daß für die bürgerliche Philosophie in Deutschland nach Hegel die Dominanz des Irrationalismus, die Verleugnung und ausdrückliche Bekämpfung des Aufklärungserbes den charakteristischen Grundzug abgibt – auch dort, wo scheinbar rationale Methodologien und Konstruktionen entwickelt und bei einzelnen Philosophen subjektiv ehrlich die wissenschaftsfeindliche und inhumane Tendenz des Irrationalismus abgelehnt wird. Solche scheinbar rationalen Methodologen und Konstruktionen kranken daran, daß sie das Verhältnis von Teilrationalität und Unbegreiflichkeit des Ganzen unaufgelöst lassen und solange unaufgelöst lassen müssen, als sie darauf verzichten, die objektive Einheit der Welt und ihre Abbildung im Bewußtsein, in der Bewegung des Wissens, im Fortschritt der Wissenschaften mit den Mitteln der materialistischen Dialektik zu begründen, also den Übergang zum dialektischen Materialismus zu vollziehen. Diese Philosophien stehen den Problemen hilflos gegenüber, die im ersten Grundsatz der Dialektik, daß alles einzelne zusammenhängt und nur zum Ganzen vermittelt auf den Begriff gebracht werden kann, angesprochen und auf eine allgemeine Formel gebracht sind [11]), die Partialität ihres rationalen Anspruchs (und genau diese) läßt ihre – sich so als scheinbar enthüllende – Rationalität in Irrationalität umschlagen.

Dabei ist zu beachten, daß jeder Irrationalismus, der als (pseudo)wissenschaftliche Theorie auftritt, sich nolens volens den formalen Anforderungen der Rationalität bis zu einer bestimmten Grenze unterwerfen muß, weil eben Wissenschaft per definitionem rationale Erklärung von Sachverhalten ist. Wenigstens in dem Versuch oder in der Vortäuschung, argumentativ zu verfahren, anerkennt der Irrationalismus noch den Primat des Rationalismus und entwickelt so einen Widerspruch zu sich selbst. Einer der führenden Philoso-

phen der faschistischen Ära – der auch in den ersten Jahren der BRD ein Comeback erlebte – Erich Rothacker, hat dies unumwunden eingestanden, als er die sogenannten Geisteswissenschaften zwar den Regeln der Logik und Systematik unterstellte, aber ihre Argumentation auf einem unbegründbaren „weltanschaulichen Vorentscheid" aufruhen ließ, also die wissenschaftlich unausweisbare Beliebigkeit der Prämissen postulierte[12]).

Mit dem Namen Rothacker (und er steht für viele andere) ist noch einmal das Kontinuitätsproblem angesprochen. 1945 war der schamlose Irrationalismus, der offen als Legitimation und Apologie des Nationalsozialismus aufgetreten war oder sich gebrauchen ließ, weltanschaulich diskreditiert. In Europa hatten die Erfahrungen des antifaschistischen Widerstands auch theoretische Folgen: die Philosophie und politische Theorie mußten sich auf die Herausforderung des Marxismus einlassen. Wo das Bürgertum an eigene revolutionäre Traditionen anzuknüpfen vermochte, konnte es diese Auseinandersetzung noch einmal in Wiederaufnahme eines liberalistisch-individualistischen Demokratie- und Humanismus-Verständnisses führen. In Deutschland fehlten diese Voraussetzungen, Liberalismus und Demokratie waren ja gerade seit der Reichsgründung 1871 von der herrschenden Ideologie permanent verketzert worden. Selbst der theoretische Wortführer der Liberalen, Max Weber, war ja ohne den Rekurs auf einen charismatischen Führer nicht ausgekommen[13]). Es gab also nach 1945 kein philosophisches Potential für die weltanschauliche Neu-Formierung der schwer angeschlagenen deutschen Bourgeoisie.

So muß die erste Phase der westdeutschen Nachkriegsphilosophie verstanden werden. Das Unvermögen der deutschen Bourgeoisie, aus ihrer eigenen Geschichte akzeptable theoretische Quellen für die Wiederherstellung ihrer Hegemonie zu erschließen (ohne sich mit der spätkapitalistischen Wirklichkeit in Widerspruch zu setzen, wenn man etwa an Traditionen wie die Lessings oder Heines hätte anknüpfen wollen), verband sich mit einem durch die Isolation während des Nationalsozialismus hervorgerufenen allgemeinen wissenschaftlichen und kulturellen Rückstand. Es gab die Zeit des „Nachholbedarfs". Diese Formulierung darf jedoch nicht so verstanden werden, als sei damit eine generelle Offenheit für Versäumtes und Neues verbunden gewesen. Vielmehr wurde – sowohl aus der Einstellung der alten bürgerlichen Wissenschaftlergeneration, die mit dem Nationalsozialismus vielfältige institutionelle und theoretische Kompromisse geschlossen hatte, als auch unter dem Einfluß der amerikanischen Besatzungsmacht, die den Kalten Krieg vorbereitete – die Rezeption des Marxismus rigoros unterbunden. Stattdessen stürzte sich die westdeutsche Intelligentsia mit vehementer Ausschließlichkeit auf Weltanschauungsimporte aus den USA und Frankreich, die durch die Kulturpolitik der Besatzungsmächte in ihren jeweiligen Verwaltungszonen gesteuert wurden.

Einerseits richtete sich diese Rezeption auf einen verschwommenen, an die Väter des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs und der US-Verfassung anknüpfenden, pragmatistisch gewendeten Humanismus ohne konkrete ge-

sellschaftliche Inhalte, dessen Konfigurationen sich bis zu dem verlogenen und leeren Freiheitspathos der 50er und 60er Jahre und bis zu Jimmy Carters Menschenrechtskampagne heute weiterverfolgen lassen. Vehikel des ideologischen Einflusses aus USA war in den ersten Nachkriegsjahren die von der Militärregierung herausgegebene Monatsschrift „Amerikanische Rundschau" (so wie in der französischen Besatzungszone die französische Kulturpolitik durch die Zeitschrift „Lanzelot" repräsentiert wurde). Die „Amerikanische Rundschau" orientierte sich hauptsächlich an den Vorstellungen eines „neuen Humanismus", der – ohne Rückgriff auf die für den europäischen Humanismus bestimmenden antiken Traditionen – sein Menschenbild unmittelbar aus den Proklamationen der amerikanischen Vätergeneration gewann: Thomas Jefferson und Thomas Paine waren Leitfiguren einer ebenso individualistischen wie pragmatischen Ethik, die nahtlos in die pragmatistische Handlungstheorie eines Dewey übergehen konnte. Diese Idee von Humanismus deckte sich mit dem „american way of life" – ausgerichtet auf Konsumstandards, materiellen Erfolg (efficiency), Freiheit des Wettbewerbs. „Philosophy" galt als eine Art von Lebenseinstellung, die mit den Wissenschaften, ihren Ergebnissen und Aporien, so wenig zu tun zu haben brauchte wie mit den gesellschaftlichen Widersprüchen der Zeit. Weder von der Atombombe noch von den Rassenproblemen war dort die Rede, ein naiver Optimismus herrschte als Glaube an das Gute im Menschen und an einen durch Liberalismus garantierten Fortschritt zur Aufhebung von Elend und Ungerechtigkeit.

Zum anderen – und dies unmittelbar weitaus wirkungsvoller – schloß sich die aktuelle Philosophie der ersten Nachkriegsjahre an den französischen Existentialismus und Personalismus an, der weltanschaulich genügend breit differenziert war, um sowohl christlichen wie liberalen wie anarcho-nihilistischen Tendenzen eine gemeinsame, sie verbindende theoretische Grundlage geben zu können. Die führenden Vertreter des französischen Existentialismus besaßen durch ihre Beteiligung an oder Verbindung zu der Widerstandsbewegung eben jenes antifaschsitische und demokratische Image, dessen der deutsche Irrationalismus bedurfte, um sein weltanschauliches Prestige aufzupolieren. Während aber Denker wie Sartre oder Camus die Erfahrungsgrundlagen der antifaschistischen Resistance in ihrer Philosophie verarbeiteten und insbesondere Sartre und Merleau-Ponty dadurch zu einer zwar in sich widerspruchsvollen, aber doch partiell bürgerlich-progressiven Aufnahme marxistischer Ansätze und zu einem politischen Engagement ihrer Philosophie geführt wurden und eine (wenn auch schwankende) Bündnispolitik gegenüber den Organisationen der Arbeiterbewegung verfolgten [14]), beschränkte sich die Rezeption ihrer Philosophie in Westdeutschland ausschließlich auf die kleinbürgerlich-irrationalistischen Momente: der Individualismus, Immoralismus und Voluntarismus Sartres aus der Periode von „Das Sein und das Nichts", sein Pathos der Einsamkeit, der Sinnlosigkeit, des Lebensekels, seine subjektiv-idealistische Erkenntnis- und Freiheitstheorie und später dann seine Ablehnung der Dialektik der Natur und seine Beschränkung der Dialektik auf die Subjektivität der Geschichte [15]) bildeten die alleinigen Bestandteile einer vorwiegend sich auf ihn berufenden existenzphilosophischen An-

thropologie, die die bürgerliche Untergangsstimmung der ersten Nachkriegszeit mit dem robusten und unsolidarischen Egoismus der Schwarzmaktphase und der ersten Wiederaufbauperiode des deutschen Kapitalismus verknüpfte [16]). Das ebenfalls bei Sartre und Merleau-Ponty wirksame und ihre Ambivalenz ausmachende aufklärerisch-bürgerliche Element, die cartesisch-kantianischen und diderot-hegelschen Traditionen bei beiden wurden in dieser Rezeption fast völlig ausgeblendet; ebenso ihr politisches Engagement [17]). Charakteristisch für die Funktion dieser Existentialismus-Aneignung ist die Entwicklung, die der führende Prediger des existentialistischen Weltschmerzes jener Jahre, Otto Friedrich Bollnow genommen hat. Unter dem Zeichen des sogenannten „Wirtschaftswunders", also der stabilisierenden Wiederaufbaukonjunktur, leitete er die Ideologie der Sinnlosigkeit des Daseins bruchlos in eine pietistisch gefärbte Weltbejahung der „Neuen Geborgenheit" über[18]). Der nihilistische Existentialismus wurde dann zum „dunklen Tor", das der Philosophierende durchschreiten mußte, um in das Schlaraffenland des Lebensgefühls der Ära Erhard zu gelangen!

Gleichzeitig mit der Übernahme und teilweisen Umbiegung des westeuropäischen und amerikanischen Irrationalismus als Grundstück einer bürgerlich-imperialistischen Legitimationsideologie vollzog sich noch ein zweiter langfristig wirkender Philosophie-Transfer aus den angelsächsischen Ländern: die aus dem ehemaligen „Wiener Kreis" des Positiviskus weiterentwickelte analytische Philosophie und Wissenschaftstheorie und der „kritische Rationalismus". In den Jahren nach 1945 sah sich die westdeutsche Wissenschaft, jahrelang durch die Isolation während der Zeit des Nationalsozialismus aus der internationalen „scientific community" ausgeschlossen, einem Forschungsrückstand gegenüber, der die Konkurrenzfähigkeit der wieder aufgebauten westdeutschen Industrie ernsthaft beeinträchtigte, zur Übernahme insbesondere des amerikanischen Know-how zwang und damit die Infiltration amerikanischen Kapitals, die zunehmende Abhängigkeit von amerikanischen Großunternehmen nach sich zog; im internationalen Konzentrationsprozeß war die bundesrepublikanische Wirtschaft unterlegen, die Führung lag bei den amerikanischen Konzernen. Für die Wissenschaft hatte dies die Folge, daß die Industrie die Intensivierung schnell anwendbarer Forschung betrieb und das dafür notwendig methodologische Instrumentarium ebenso wie die darin vorausgesetzte Einstellung gegnüber Wissenschaft und Bildung überhaupt von der Philosophie bereitgestellt werden mußte. In diesem Bereich wurde die Philosophie zum unmittelbaren Hilfsmittel der naturwissenschaftlich-technischen Forschung – wie z. B. der enge Zusammenhang zwischen mathematischer Logik und Computertechnik deutlich macht, und zugleich wurde sie zum weltanschaulichen Integral einer Wissenschaftspraxis, die das Tun der Wissenschaftler vom gesamtgesellschaftlichen Prozeß isoliert, auf genau umschriebene Detailaufgaben limitiert und den Interessen des Kapitalismus verantwortungslos verfügbar macht. So wurde in einem Schwerpunktbereich der neueren Philosophie die BRD aufs unselbstständigste abhängig von der angelsächsischen philosophy of science.

Neben den beiden Hauptströmen der Lebens- und Existenzphilosophie einer-

seits und des Neopositivismus andererseits behauptete sich als dritte ideologische „Großmacht" im ersten Jahrzehnt der BRD der Neuthomismus. Zwar macht Gedö mit Recht darauf aufmerksam, daß schon bald nach dem Kriege die katholische Philosophie Elemente der beiden Hauptströme des bürgerlichen Philosophierens in sich aufnehmen mußte[19]), indessen blieb für die Gründerjahre der BRD der traditionelle Neuthomismus (und im weiteren Sinne eine breite Strömung katholischer neuscholastischer Philosophie) auch im weltlichen Bereich außerhalb der Ordensschulen stark: Namen wie Alois Wenzl, Fritz-Joachim von Rintelen, Alois Dempf, Bela von Brandenstein stehen für den Versuch, auf transzendenzphilosophischer Grundlage eine „neue" Metaphysik, Wertphilosophie, Anthropologie zu errichten; am weitesten gelangte dabei wohl Hedwig Conrad-Martius, die es unternahm, die modernen Naturwissenschaften auf dem Boden der aristotelisch-thomistischen Ontologie zu explizieren und zu interpretieren [20]).

In den ersten Jahren der BRD, als der Wille breiter Schichten der Bevölkerung zum Aufbau eines friedlichen, antifaschistischen Deutschland und zur Wiedervereinigung beider deutscher Staaten politisch noch stark war und in Massenbewegungen organisierten Ausdruck fand, als auch eine sozialistische Neuordnung wenigstens in bestimmten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens allgemein für erstrebenswert gehalten wurde, bedurfte die Restauration des Monopolkapitalismus eines nachdrücklichen Durchsetzungsinstrumentariums. Wir sahen, daß weder die Lebensphilosophie noch der Positivismus diese weltanschauliche Formierungsfunktion übernehmen konnten, weil sie keine integrierende Weltanschauung mehr anzubieten hatten. Vorbereitet durch den irrationalistischen Abbau der klassischen Vernunftphilosophie der Aufklärung und des deutschen Idealismus von Kant bis Hegel bestand eine geistige Ausgangslage für ein allgemein christlich-religiös gefärbtes Lebensgefühl, das zu kanalisieren die fideistischen, in ihrem philosophischen Kern neuthomistisch orientierten Weltanschauungslehren leicht vermochten. Konservativismus und Antikommunismus wurden theoretisch untermauert und so zu Stabilisierungsmomenten für die langfristige CDU-Herrschaft in der BRD [21]).

III

Neben den „Import"-Philosophien ragt als letzter deutscher bürgerlicher Metaphysiker von Rang Martin Heidegger heraus, der nach wenigen Jahren der Stille, bedingt durch seine allzu engen Beziehungen zum Nationalsozialismus, schon seit 1949, anknüpfend an seine Weltanschauungsfunktion in den 30er Jahren, wieder zu einer führenden Gestalt der ideologischen Szene wurde [22]). Es ist mehr als nur die Rhetorik des Nekrologs, wenn die FAZ ihn in ihrem Nachruf den „Denker des Jahrhunderts" nannte[23]). Soll damit nicht gemeint sein, daß Heidegger *der* Denker sei, den das Jahrhundert hervorgebracht habe, sondern umgekehrt, daß er der (bürgerliche) Denker sei, der die „Lage des Jahrhunderts" bedacht habe, so kann man dieser Charakteristik nur zustimmen. Denn eben das war Heidegger deutlicher als den meisten an-

deren bürgerlichen Philosophen der Gegenwart bewußt: das Verhältnis des Menschen zur Welt hat sich im Zeitalter der Technik so grundlegend verändert, daß es mit den Mitteln der traditionellen Philosophie nicht mehr angemessen gefaßt werden kann. Heidegger sah die Technik als die „Geschichte bestimmende Macht", sah sie als etwas, das sich der Kontrolle des Menschen, der sie gemacht hat, entzieht und gegen seinen Schöpfer verselbständigt. In der „Daseinsanalytik" seines Hauptwerkes „Sein und Zeit" (1927) arbeitete Heidegger die Strukturen dieser „Verfallenheit" heraus.

Wäre dies der einzige Aspekt der Heideggerschen Philosophie, so könnte diese leicht unter die neuromantische Technikfeindschaft und den Kulturpessimismus verrechnet werden, die die weltanschauliche Reaktion auf die im Ersten Weltkrieg manifest gewordene Krise der bürgerlichen Welt darstellten. Heideggers Bedeutung reicht jedoch darüber weit hinaus. Vielmehr hatte er die Lehren des historischen Materialismus und dessen Einsicht in das Wesen der Geschichte durchaus aufgenommen und beherzigt. „Sein und Zeit" steht nicht weniger unter dem Eindruck der Oktoberrevolution als Georg Lukàcs' „Geschichte und Klassenbewußtsein" und liest sich in mancher Hinsicht wie eine versteckte Auseinandersetzung mit diesem damals epochemachenden Werk. Was Heidegger die „geschichtsbestimmende Macht der planetarischen Technik" nannte, ist eine mystifizierende Version dessen, was der Marxismus rational als Produktivkraftentwicklung begreift. Die „Verfallenheit" des Menschen reproduzierte – irrational als „Seinsgeschick" verstanden –, was Marx als Entfremdung aus der Dialektik der Wertform ableiten konnte. Es ließe sich zeigen, daß quer durch Heideggers Werk sich eine solche verkehrende Rezeption marxistischen Denkens zieht, in der die geschichtlichen Erfahrungsgehalte, die Marx formulierte, auf das Selbstverständnis des bürgerlichen Individuums zurückgebracht werden.

So stellt sich Heideggers Philosophie als ein Versuch des bürgerlichen Denkens dar, unter verschwiegener Aufnahme Marxscher Erkenntnisse, diese „verkehrend", noch einmal eine bürgerliche Weltanschauung zu entwickeln, die sich der theoretischen Kraft des historischen Materialismus sollte entgegensetzen können [24]). Wo jedoch der Marxismus die objektiven Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Prozesses und die revolutionäre Kraft des zu Klassenbewußtsein gekommenen und über eine wissenschaftliche Weltanschauung verfügenden Proletariats in ihrem dialektischen Ineinander zu begreifen vermag und so die Theorie zur materiellen Kraft in der politischen Praxis werden lassen kann, da mußte Heidegger, der den Horizont des Individuums nicht überschritt, auf die mystische Erneuerung des Denkens abstellen, das aus der Seinsvergessenheit sich erhebend in einer unmittelbaren Erfahrung der Innerlichkeit eine unverkündbare Wahrheit erfährt, die auf ein neues Gotteserlebnis hinausläuft: „Nur ein Gott kann uns retten. Uns bleibt einzig die Möglichkeit, im Denken und im Dichten eine Bereitschaft vorzubereiten für die Erscheinung des Gottes oder für die Abwesenheit des Gottes im Untergang; daß wir im Angesicht des abwesenden Gottes untergehen". (So heißt es in dem postum veröffentlichten „Spiegel"-Gespräch, das Heidegger sozusagen als sein „Testament" hinterließ).

Der Schritt von der Daseinsanalytik in „Sein und Zeit" zum späteren mystischen Begriff des Denkens (der zuerst in den „Erläuterungen zu Hölderlin" 1935 leitmotivisch wird) ist von den Heidegger-Interpreten immer als die „Kehre" apostrophiert worden. Diese Deutung scheint mir zu sehr an oberflächlichen Veränderungen im Vortragsduktus orientiert: anstelle der phänomenologischen Freilegung von Bedeutungen wird nun ein Verkündigungsstil gepflegt, der das Gemeinte dunkel verschleiert und ins Verschweigen zurücknimmt. Oft verfällt dieser Stil in einen sektiererischen Ton, die Sprache wird kunstgewerblich gedrechselt. Läßt man sich von diesem Stilwechsel täuschen, so entgeht einem jedoch die Kontinuität, in der sich Heideggers Werk hält, und der Denkzwang, unter dem er steht. „Sein und Zeit" hatte die Wirklichkeit des Menschen lebensphilosophisch auf die individuelle Subjektivität seiner Erlebnissphäre gegründet (und darin steht Heidegger näher bei Dilthey als bei seinem Lehrer Husserl) die Struktur dieser Subjektivität war zugleich so formalisiert worden, daß daraus positive anthropologische oder geschichtsphilosophische Aussagen nicht mehr hergeleitet werden konnten, obschon sich Heideggers Analysen dann immer wieder für solche Anthropologien und Geschichtsphilosophien ausschlachten ließen. Mit dem Übergang zur sogenannten „Fundamentalontologie" konnte Heidegger die Konkretion der Philosophie, wie sie der Marxismus vornimmt, abblocken. Damit entglitten ihm aber die Inhalte, auf die sich die konstitutiven Erlebnisse bezogen, von denen „Sein und Zeit" ausgegangen war. Sie zu ersetzen, war nur noch durch Erleuchtung möglich: Philosophie mußte zur meditativen Vorbereitung auf ein Erweckungserlebnis werden, das sich nicht mehr aus Vernunftgründen zu legitimieren brauchte.

Mit dieser Konsequenz wurde Heidegger zum Wortführer jener, die den aufklärerisch-demokratischen Rationalismus des frühen Bürgertums und die historisch-materialistische Rationalität des klassenkämpferischen Proletariats „überwinden" wollten. Wichtig ist nicht so sehr, daß er sich zu fatalen Lobpreisungen des „Führers" hinreißen ließ und in die stickigen Niederungen der nazistischen Blut- und Boden-Mystik hinabstieg; als vielmehr, daß er eine philosophisch vorbereitete Weltanschauung entwickelte, in der das Bürgertum seine antisozialistischen Interessen scheinbar ontologisch und seinsgeschichtlich geheiligt fand; und das verbunden mit einer Aneignung der Philosophiegeschichte, die geeignet war, diesem Denken die Weihe der philosophia perennis zukommen zu lassen.

Die Restaurationsperiode des Kalten Krieges und des Adenauerschen Antikommunismus schuf wieder ein ideologisches Klima, in dem ein „Heidegger redivivus"[25]), zusammen mit seiner von ihm auf vielen Lehrstühlen wohl plazierten Schülerschaft, neuen Einfluß auf das philosophische Leben nehmen und dieses idelolgische Klima des Kapitalismus in den siebziger Jahren heute dem „Denker des Jahrhunderts" als dem weltanschaulichen Heilslehrer des bourgeoisen Antimarxismus noch einmal einen schon verrotteten Boden ebnen.

(Zweiter Teil folgt)

Anmerkungen

1) Theodor Litt, Geschichte und Verantwortung. Vortrag zur Eröffnung des Kulturbunds zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, Ortsgruppe Leipzig, Wiesbaden 1947. Im Hinblick auf Litts späteres Auftreten (siehe Anmerkung 6) ist der Vortragsort pikant.
2) Vgl. Ludovico Geymonat, Storia del Pensiero Filosofico e Scientifico, Milano 1970 ff.
3) Edmund Husserl, Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendentale Phänomenologie, Husserliana Band 6, Den Haag 1952.
4) Jürgen Habermas, Zur Logik der Sozialwissenschaften, Frankfurt/M. 1970, S. 71 ff.
5) Daß der Hermeneutik auch ein anderer Sinn abgewonnen werden kann, hat Hans-Jörg Sandkühler, Praxis und Geschichtsbewußtsein, Frankfurt/M. 1973 gezeigt.
6) Vgl. Hans Heinz Holz, Ideologischer Schein und politische Verführung, eine Polemik gegen Theodor Litts Freiheitsphilosophie. In: „Blätter" 4/1959, S. 346 ff.
7) Vgl. Hans Heinz Holz, Rezension zu Freyer, Weltgeschichte Europas. In „Philosophischer Literaturanzeiger" 3. Jg., Heft 2, Seite 49 ff.
8) Vgl. Hans Heinz Holz, Versäumte Erneuerung, Bilanz von 20 Nachkriegsjahren. In: „Sozialistische Hefte" 5/1965, S. 3 ff.
9) Hans Heinz Holz, Zusammen philosophieren oder zerreden. In: „Deutsche Woche" v. 25. 3. 1953.
10) Ebd.
11) Die Mängel dieser Teilrationalität, die sich oft genug auf begrenzte Zweck-Mittel-Relationen beschränkt, sind in Max Horkheimers Kritik der instrumentellen Vernunft und in Jean Paul Sartres Ausarbeitung des Problems der „totalisation" durchaus gesehen. Diese Autoren sind zugleich ein Beispiel dafür, daß die Erkenntnis eines philosophischen „Knotenpunkts" der Wissenschaftsproblematik allein nicht ausreicht, um daraus radikale Konsequenzen für eine wissenschaftliche Weltanschauung zu ziehen, der Klassenstandpunkt muß hinzukommen. Horkheimer echappiert seine Einsichten, indem er eine Trennung zwischen historischem und dialektischem Materialismus vornimmt und so eine kantianische Wendung der „kritischen Theorie" vorbereitet; Sartre zieht sich auf eine an Fichte orientierte Position der absoluten Subjektivität zurück.
12) Erich Rothacker, Logik und Systematik der Geisteswissenschaften, Neudruck Bonn 1948.
13) Vgl. Reinhard Opitz, Ideologie und Praxis des deutschen Sozialliberalismus, Köln 1973; den Weg von Max Weber zum Zelotismus von Ernst Topitsch hat Joachim Kahl, Darstellung, Analyse und Kritik der ‚Weltanschauungskritik' Ernst Topitschs, Köln 1976, aufgezeigt.
14) Vgl. Hans Heinz Holz, Die abenteuerliche Rebellion, Darmstadt und Neuwied 1976 Teil III.
15) Vgl. Hans Heinz Holz, Jean Paul Sartre, Darstellung und Kritik seiner Philosophie, Meisenheim/Glan 1951.
16) Stellvertrend für eine Flut von Veröffentlichungen seien die damals meinungsbildenden Arbeiten von Otto Friedrich Bollnow genannt.
17) Dafür ist bezeichnend, daß die politisch brisante Schrift von Maurice Merleau-Ponty, Humanisme et terreur, Paris 1947, in der Bundesrepublik erst 1966 erschien.
18) Otto Friedrich Bollnow, Neue Geborgenheit, Stuttgart 1955.
19) Vgl. Andràs Gedö, Philosophie der Krise, Frankfurt/M. 1978.
20) Daß auch heute der Rückgriff auf Positionen einer religiösen Transzendenzphilosophie noch (oder wieder) aktuell ist, zeigt die Grundwerte-Diskussion; vgl. Hans Heinz Holz, Werte contra Demokratie, in Kurt Bayertz/Hans Heinz Holz (Hrsg.), Grundwerte – Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie, Köln 1978, S. 56 ff.
21) Daß es fideistische Äquivalente protestantischer Provenienz zum Neuthomismus gab, ist weniger bekannt und kaum erforscht. Vgl. dazu Hans Heinz Holz, Protestantische Theologie und bürgerliche Philosophie, in: „Deutsche Zeitschrift für Philosophie" 5/6/1956, S. 605 ff.
22) Heidegger nimmt eine Schlüsselposition ein, die sich aus seiner „Leitfunktion" für den Existentialismus und die Anthropologie einerseits, aus seiner Verwurzelung in Lebensphilosophie, Neukantianismus und Neuthomismus andererseits ergibt. Diesen Ursprüngen und ihrer Bedeutung für die Philosophie Heideggers und ihre Wirkung ist Wolf-Dieter Gudopp in seiner Marburger Habilitationsschrift 1978 genauestens nachgegangen.
23) Jürgen Busche, Der Denker des Jahrhunderts, In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 28. 5. 1976. Zum einjährigen Todestag Heideggers haben die beiden führenden Presseorgane des Großkapitals, FAZ und „Neue Zürcher Zeitung", nochmals ausführliche Würdigungen der Philosophie Heideggers veröffentlicht, gleichsam als ideologisches Programm. In der FAZ hieß es dazu redaktionell: „Nicht Philosoph, sondern Denker wollte Heidegger sein. Das riesige Werk, das er hinterläßt, stößt seine Leser in tiefere Abgründe des Fragens hinein, als es die philosophische Literatur bis dahin vermocht hatte".
24) Dies ist eine These, die Gudopp a.a.O. genauer belegt.
25) Georg Lukacs, Heidegger redivivus, In: „Sinn und Form", 3/1949, Seite 37 ff.

Medienkritik

SCHWARZBROT MIT ZUCKERGUSS

Junge Lehrerin kommt an ihre erste Schule, voller Ideale, voll Energie, bereit, für die Kinder und nur für die Kinder da zu sein. Dort trifft sie auf eine Realität, die, wie sollte es anders sein, grau ist, unwirtlich: lärmende Schüler, zynische Kollegen, haarsträubende Bürokratie, einengende Vorschriften. Das nette Mädchen erlebt alles das, was man inzwischen schon unter dem Namen „Praxisschock" begrifflich domestiziert hat.

Viele Filme gibt's inzwischen, die so ungefähr anfangen, und neuerdings veröffentlichte Tagebücher von Lehrern, die „aussteigen", bestätigen die Aktualität der Problematik, die sich hinter der rührenden Geschichte verbirgt. Indem sie die Auswirkungen der politischen Realität Schule auf die an ihr Arbeitenden reflektieren, legen sie für unsere Gesellschaft typische Widersprüche offen, wie schon lange eiternde Wunden.

Ein aufschlußreiches Beispiel dafür, wie man die Kritik, die sich beim Eingehen auf die Schulrealität fast notwendigerweise einstellt, auffangen kann, lieferte der routinierte Hollywood-Realist Robert Mulligan mit seinem Film „Gegen den Strom die Treppe hinauf", den das ZDF (spät, nach 13 Jahren; spät, um 22 Uhr) am 25. 9. in deutscher Erstaufführung brachte. Die oben angedeutete Musterstory gilt auch für seinen hervorragend gespielten und geschnittenen Film. Die systematische Vernachlässigung und Gleichschaltung des Ausbildungssektors, die für alle kapitalistischen Staaten typisch ist, wird schonungslos gezeigt, zudem, nach einem authentischen Bericht, eine Schule vorgeführt, in der mehr schwarze und puertorikanische Schüler unterrichtet werden als weiße, und die deshalb besonders vernachlässigt wird. Sylvia Barret, so heißt die blonde hübsche Kollegin hier, ist zunächst hilflos, endet aber nicht, wie der ihr als Kontrast gegenübergestellte Kollege, in Zynismus und Alkohol.

In einer Schlüsselszene wird deutlich, wie hier die Wende vor sich geht. In Anwesenheit des Direktors behandelt sie die ersten Sätze von Charles Dickens' „Tale of two cities":

„Es war die beste und die schönste Zeit, ein Jahrhundert der Weisheit und des Unsinns, eine Epoche des Glaubens und des Unglaubens, eine Periode des Lichts und der Finsternis: es war der Frühling des Hoffens und der Winter des Verzweifelns; wir hatten Alles, wir hatten Nichts vor uns". – Die Klasse reagiert heftig und interessiert, die Darstellung in Alternativformeln wird konstatiert. Anschließend die Frage der Lehrerin (sie ist zum erstenmal sicher, souverän), ob man dies auch von der heutigen Zeit sagen könne. Antworten (immer mehr und lebhafter) der Schwarzen zählen das Schlechte auf: Rassendiskriminierung, soziale Not, Ungerechtigkeiten; Bemerkungen der Weißen (immer weniger und müder) weisen auf Freiheit hin, auf Reichtum, auf vage, lächerliche soziale Reformen. Sinn der Stunde (so wie man sie als Zuschauer mitbekam): alles ist relativ, Gutes gibt's und Schlechtes, man muß sich anstrengen und den Mut nicht verlieren.

Dickens, der dies Buch 1857 schrieb, meinte allerdings mit seinen Bemerkungen die Zeit der französischen Revolution, artikulierte seine Sympathie für sie und zugleich seinen Schrecken vor ihren blutigen Konsequenzen. Die Fälschung der literarischen Vorlage im Unterricht ist exemplarisch, sie leitet im Film die Umwertung der (immer noch realistisch gezeigten) Realität ein. Miss Barret wird nun nur noch über sich selbst hinauswachsen, wird, wie die plötzlich lieben und dankbaren Schüler, zum Abziehbildchen der altbekannten Erziehungsduselei: liebt euch, denn Liebe ist Opfer, Liebe bringt aber auch die Lösung aller Probleme, ist Zuckerbrot und Peitsche für die Armen.

Hier liegt nicht nur Individualisierung vor, also eine Scheinlösung von gesellschaftlichen Widersprüchen, die man zu diesem Zweck in persönliche umgefälscht hat. Hier wird das Verhältnis der Miss Barret zu ihrem Beruf, zur Gesellschaft wie eine Zweierbeziehung dargestellt, aber wie eine aus dem Liebesroman: Die Liebe ist das Schicksal, das der eine dem andern schenkt, und dann ist alles gut.

Günter Giesenfeld

Kosten der Arbeitslosigkeit

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Trotz der aktuell etwas verbesserten Arbeitsmarktzahlen bleibt die Arbeitslosigkeit das soziale und ökonomische Hauptproblem der Bundesrepublik. Die Tatsache, daß selbst 4 Jahre einer mehr oder weniger zögernden Konjunkturbelebung nicht ausreichten, um dieses Problem wenigstens zeitweilig zu beseitigen, ist daher gerade jetzt, bei günstiger Konkunkturlage und hohen Gewinnen, Anlaß, auf die dringende Notwendigkeit zusätzlicher beschäftigungspolitischer Maßnahmen hinzuweisen. Denn schon eine leichte Konjunkturabschwächung wird zu einer erneuten Zunahme der Arbeitslosigkeit führen. Und eine neue Krise mit absoluten Produktionsrückgängen dürfte die Zahlen in Dimensionen anwachsen lassen, die das sozialökonomische und politische Klima in der Bundesrepublik erheblich verändern würden.

Tabelle 1
Arbeitslosigkeit in der BRD[1])

	1970	*1974*	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*	*1979*[2])
Registrierte Arbeitslose	*149*	*582*	*1074*	*1060*	*1030*	*993*	*870*
„Stille Reserve"[2])	*0*	*206*	*480*	*561*	*609*	*642*	*655*
Insgesamt	*149*	*788*	*1554*	*1621*	*1639*	*1635*	*1525*
Auslastungsgrad des Arbeitsvolumens[3])	*98,3*	*94,1*	*90,6*	*90,9*	*90,8*	*90,7*	*90,9*

1) In 1000.
2) Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).
3) In % des potentiellen Arbeitsvolumens, Schätzung des IAB.
Quelle: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 1/1979, S. 28

Im Jahr 1979, dem Jahr einer besonders günstigen Konjunkturlage, ist die Arbeitslosigkeit nicht wesentlich niedriger als 1975, dem Jahr der schärfsten Krise in der Geschichte der Bundesrepublik. Unberücksichtigt bleibt dabei, daß seit 1973 mehr als 600 000 ausländische Erwerbspersonen die Bundesrepublik verlassen haben, Arbeitslosigkeit also zudem noch „exportiert" worden ist.

Die „Kosten" dieser Arbeitslosigkeit sind schon deshalb kaum zu berechnen, weil viele Faktoren sich jedem Ausdruck in materiellen Größen entziehen. Das gilt sowohl für die psycho-sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit als auch für materielle Aspekte, die kaum alle zu quantifizieren sind. So wurde in empirischen Untersuchungen z. B. ein deutlicher Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Kriminalität festgestellt. Bei Kostenrechnungen können also immer nur bestimmte Teilaspekte berücksichtigt werden. Eine hier referierte Untersuchung des IAB, die sich auf das Jahr 1978 bezieht, geht von den fiskalischen Kosten aus, d.h. von den Belastungen, die den Staats- und Sozialhaushalten entstehen. Das ist allerdings deshalb wichtig, weil es deutlich macht, wie irrational selbst die Personalpolitik der öffentlichen Hand ausgerichtet ist.

Tabelle 2
Fiskalische Kosten der Arbeitslosigkeit[1])

	Durchschnittliche Kosten je Arbeitslosen[2])	
	mit Leistungsanspruch	*ohne Leistungsanspruch*
Steuerausfall direkte Steuern	*4 170*	*4 170*
Steuerausfall indirekte Steuern	*895*	*2 333*
Sozialbeiträge	*3 822*	*8 444*
Arbeitslosenunterstützungen	*13 610*	*0*
Kosten je Betroffenen	*22 497*	*14 947*
Kosten insgesamt (Mrd. DM)	*11,9*	*11,3*

1) In DM.
2) Ausgegangen wird von etwa 1,3 Mio. Arbeitslosen; eine „Sockelarbeitslosigkeit" von 350 000 wird hingenommen.
Quelle: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 2/1979, S. 189

Die Rechnung berücksichtigt mit 529 000 Leistungsempfängern und 756 000 Nichtempfängern sogar nur einen Teil der Arbeitslosen. Im Durchschnitt belaufen sich die fiskalischen Kosten allein auf 18 000 DM je Arbeitslosen, bei Reduktion der Arbeitslosigkeit auf einen „Sockel" von 350 000 – immerhin noch doppelt so viele Arbeitslose wie 1970 – könnte der Fiskus 23,2 Mrd. DM sparen bzw. zusätzlich einnehmen. Dabei wird von einem relativ niedrigen Durchschnittseinkommen der Arbeitslosen bei alternativer Beschäftigung ausgegangen: es wird angenommen, daß die durchschnittlichen Jahreseinkommen der Arbeitslosen – wenn sie Arbeit erhielten – bei 26 000 DM im Jahre 1978 gelegen haben würden.

Eine expansive Beschäftigungspolitik im öffentlichen Dienst würde also nicht nur aus grundsätzlichen Erwägungen (Lücken in der öffentlichen Versorgung), sondern auch aus Kostengründen zu empfehlen sein. Im Jahre 1978 lagen die durchschnittlichen Personalkosten je Vollbeschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst bei etwa 40 000 DM. Selbst wenn man die konjunkturellen Wirkungen zusätzlicher Personaleinstellungen unberücksichtigt läßt, würde die Einstellung eines Arbeitslosen tatsächlich nur etwa die Hälfte der angenommenen Personalkosten erfordern. Demgegenüber verhielt sich die öffentliche Hand in ihrer Einstellungspolitik eher prozyklisch.

Tabelle 3
Beschäftigung im öffentlichen Dienst[1])

	1970	*1974*	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*
Gebietskörperschaften[2])	*2 607*	*2 944*	*3 003*	*3 038*	*3 038*	*3 095*
Wirtschaftsunternehmen[3])	*971*	*1 004*	*989*	*955*	*926*	*921*
Sozialversicherung	*172*	*186*	*198*	*198*	*196*	*198*
Insgesamt	*3 750*	*4 134*	*4 190*	*4 191*	*4 160*	*4 214*

1) Ohne Teilzeitbeschäftigte, in 1000.
2) Bund, Länder, Gemeinden, einschließlich Militär.
3) Rechtlich unselbständige Unternehmen, Bundespost und Bundesbahn.
Quelle: „DIW-Wochenbericht", 36/1979, S. 381

Obwohl die restriktive Einstellungspolitik der Gebietskörperschaften – nicht der öffentlichen Unternehmen – sich 1978 etwas gelockert hat, expandierte die Beschäftigung im staatlichen Bereich zwischen 1974 und 1978 nur noch um etwa 80 000. Im Zeitraum 1970 bis 1974 dagegen wurden noch fast 400 000 Personen zusätzlich beschäftigt. Auch wenn die Einstellungspolitik – im Sinne der viel beschworenen „Stetigkeit" der Wirtschaftspolitik – nur im alten Tempo fortgesetzt worden wäre, wären dadurch 1978 direkt etwa 300 000 Arbeitslose absorbiert worden. Selbst wenn

das zeitweilig zu einer erhöhten Staatsverschuldung geführt hätte, wäre doch das gesamtwirtschaftliche Ergebnis einer solchen Politik positiver gewesen als dasjenige der tatsächlich verfolgten „Sparpolitik".

Dies wird auch deutlich, wenn die gesamtwirtschaftlichen „Kosten" der Arbeitslosigkeit quantifiziert werden. Dabei wird von dem vom IAB ermittelten Auslastungsgrad des Arbeitsvolumens ausgegangen und berechnet, wie hoch das Bruttosozialprodukt (BSP) bei einer höheren Beschäftigung hätte sein können. Die Differenz dieses fiktiven potentiellen BSP zum effektiven BSP ergibt dann den Verlust an Gütern und Leistungen, der auf die entsprechende Unterauslastung des Arbeitskräftepotentials, d.h. auf die Arbeitslosigkeit, zurückzuführen ist.

Tabelle 4
Gesamtwirtschaftliche Kosten der Arbeitslosigkeit[1])

	1974	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*
BSP bei Vollauslastung[2])	*1038*	*1122*	*1213*	*1293*	*1390*
Tatsächliches BSP	*994*	*1034*	*1122*	*1194*	*1283*
Verlust durch Unterauslastung[3])	*44*	*88*	*91*	*99*	*107*

1) In Mrd. DM, zu jeweiligen Preisen.
2) Angenommen wird der Auslastungsgrad von 1970, der mit 98,3 % des Arbeitspotentials einen konjunkturellen Höhepunkt darstellt.
3) Potentielles Minus gegenüber tatsächlichem BSP.
Quelle: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 1/1979, S. 29

In den fünf Jahren seit dem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit errechnet sich also ein Verlust an Werten und Gütern in Höhe von 430 Mrd. DM. Sicher kann gegen diese Berechnung eingewendet werden, daß einige Annahmen – z.B. der Auslastungsgrad von 1970 – recht willkürlich gewählt sind. Doch dürfte eine genaue Kostenermittlung ohnehin nicht möglich sein. Dies verbietet schon die Ungenauigkeit der Sozialproduktsberechnung überhaupt. Immerhin wird jedoch deutlich, in welchen Dimensionen man zu kalkulieren hat, wenn man die Alternativen einer wirksamen Vollbeschäftigungspolitik und deren Kosten mit den Ergebnissen der gegenwärtigen beschäftigungspolitischen Untätigkeit vergleicht.

Jörg Goldberg

Werner Rügemer
Philosophische Anthropologie und Epochenkrise
Studie über den Zusammenhang von allgemeiner Krise des Kapitalismus und anthropologischer Grundlegung der Philosophie am Beispiel Arnold Gehlens
221 Seiten, DM 14,80

K. Bader/R. Koch/G. Rocholl (Hrsg.)
Kooperatives Handeln in der Kindererziehung
Zusammenarbeit der Erzieher – Erziehung zur Zusammenarbeit
173 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Dr. Brigitta BENZING, geb. 1941 in Berlin, Ethnologin, Universitätsdozentin in Mainz, Zürich und Marburg. • • • *Dietrich KITTNER*, geb. 1935 in Oels/Schlesien, studierte Jura und Geschichte in Göttingen, lebt als Kabarettist in Hannover. • • • *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte 1969 „Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". • • • *Dr. Hans APEL*, emeritierter Professor der Universität Bridgeport, USA, Department of Economics. • • • *Rainer FALK*, geb. 1952 in Edenkoben/Pfalz, Studium der Soziologie, Politologie, Geschichte und Pädagogik an den Universitäten Heidelberg und Marburg; Mitglied der Redaktion des „Antiimperialistischen Informationsbulletins" (AIB); Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Hans Heinz HOLZ*, geb. 1927 in Frankfurt/M., Professor für Philosophie an der Universität Groningen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • •

Bemerkung

Die in dieser Ausgabe angebotenen „Treue-Bücher" sind bis zum 31. Dezember 1979 bei Angabe der Kundennummer und der Laufzeit des Abonnements zu den gleichen Bedingungen auch in den nachstehend genannten „collectiv"-Buchhandlungen (Depot-Buchhandlungen des Pahl-Rugenstein Verlages) erhältlich:

AACHEN, Löhergraben 4 · BAMBERG, Karolinenstr. 22 · BERGISCH GLADBACH, Bensberger Str. 128 · BIELEFELD, Feilenstr. 10 · BONN, Oxfordstr. 17 · BRAUNSCHWEIG, Rudolfstr. 14/15 · BREMEN, Richtweg 4 · DARMSTADT, Lauteschlägerstr. 3 · DORTMUND, Königswall 22 · DÜSSELDORF, Ackerstr. 3 · ERLANGEN, Bismarckstr. 9 · ESSEN, Viehofer Platz 15 · FRANKFURT/M., Goethestr. 31–33; Schumannstr. 56 · FREIBURG, An der Mehlwaage 2 · GIESSEN, Schiffenberger Weg 1 · GÖTTINGEN, Burgstr. 24 · HAMBURG, Johnsallee 67 · HANNOVER, Hamburger Allee 37 · HEIDELBERG, Plöck 64a · KASSEL, Werner-Hilpert-Str. 5 · KIEL, Falckstr. 16 · KÖLN, Fleischmengergasse 31 · KREFELD, St. Anton-Str. 86 · MAINZ, Bilhildisstr. 15 · MANNHEIM, U 2, 3 · MARBURG, Am Grün 56 · MÜNCHEN, Türkenstr. 66 · MÜNSTER, Steinfurter Str. 15 · NÜRNBERG, Weinmarkt 12a · OLDENBURG, Donnerschweer Str. 12 · REGENSBURG, Glockengasse 7 · SAARBRÜCKEN, Nauwieser Str. 13 · SIEGEN-WEIDENAU, Auf den Hütten 20 · STUTTGART, Wilhelmsplatz 1 · WUPPERTAL, Gathe 55–57.

Dieser Ausgabe liegt ein Gesamtverzeichnis des Pahl-Rugenstein Verlages bei, das wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Vierundzwanzigster Jahrgang ·

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats September 1979

1. 9. – B ü n d n i s f r e i h e i t . Die Außenminister der bündnisfreien Staaten einigen sich in Havanna auf die Tagesordnung für die bevorstehende Konferenz der Regierungschefs (vgl. „Blätter", 9/1979, S. 1027). Themen sind u. a. die Lage im südlichen Afrika, im Nahen Osten, in Lateinamerika und Südostasien, das Zypernproblem sowie die Entwicklung des Welthandels und der Stand der Verhandlungen über ein neues Seerecht. Gegen den Widerstand Marokkos wird auch der Konflikt um die Westsahara in die Tagesordnung aufgenommen. – Vom 3.–9. 9. findet in der kubanischen Hauptstadt die 6. Konferenz der Staats- oder Regierungschefs bündnisfreier Staaten statt (zur 5. Konferenz vgl. „Blätter", 9/1976, S. 963). Auf der Eröffnungssitzung, an der auch UN-Generalsekretär Waldheim teilnimmt, spricht Ministerpräsident Fidel Castro. Die Konferenz verabschiedet ein umfangreiches Schlußdokument, in dem sich die Teilnehmer gegen „Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Zionismus, Apartheid und andere Formen der Beherrschung und Hegemonie" wenden. In einer Resolution zum Nahostkonflikt werden „alle einseitigen Verträge" verurteilt und die Vereinbarungen von Camp David sowie der Vertrag zwischen Israel und Ägypten als „einseitige Abmachungen" und „völlige Aufgabe der Sache der arabischen Staaten" bezeichnet. Ein Antrag, Ägypten aus der Bewegung der Blockfreien auszuschließen, findet keine Mehrheit. Im Hinblick auf die Vertretung der Volksrepublik Kampuchea wird beschlossen, ein

Sonderkomitee mit der Ausarbeitung eines Berichts für die Außenministerkonferenz der Blockfreien in Neu Delhi im Jahre 1981 zu beauftragen und bis dahin den Sitz Kampucheas freizuhalten.

4. 9. – Naher Osten. Zu seinem dritten Aufenthalt in Israel trifft der ägyptische Präsident Sadat in der Hafenstadt Haifa ein. Sadat und Ministerpräsident Begin verhandeln über Einzelheiten im Zusammenhang mit der Räumung weiterer Gebiete auf der Halbinsel Sinai durch Israel. – Am 10. 9. empfängt Präsident Sadat in Kairo den amerikanischen Sonderbotschafter Robert Strauss, der sich später nach Israel begibt. – Am 18. 9. findet im Weißen Haus in Washington eine Konferenz statt, die dem ersten Jahrestag der Vereinbarungen von Camp David (vgl. „Blätter", 10/1978, S. 1155 f.) gewidmet ist. Neben US-Vizepräsident Mondale und Außenminister Vance nehmen an der Zusammenkunft Vizepräsident Mubarak und Verteidigungsminister Ali (Ägypten) sowie Außenminister Dayan und Verteidigungsminister Weizman (Israel) teil. Die drei Delegationen einigen sich am 19. 9. auf die Modalitäten für die Kontrolle des weiteren israelischen Rückzuges aus dem Sinai.

– DDR/USA. Nach mehrjährigen Verhandlungen schließen die DDR und die USA einen Konsularvertrag. Das Abkommen wird in Berlin vom stellvertretenden Außenminister Nier und dem amerikanischen Botschafter Bolen unterzeichnet.

4.–6. 9. – Ungarn/BRD. Bundeskanzler Schmidt konferiert in Budapest mit Parteisekretär Kadar und Mitgliedern der ungarischen Regierung. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Probleme der europäischen Sicherheit und der Ausbau der gegenseitigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Schmidt erwidert einen Besuch von Kadar in der Bundesrepublik im Juli 1977 (vgl. „Blätter", 8/1977, S. 904).

10. 9. – Großbritannien. Auf Einladung der Regierung beginnt in London eine Konferenz über Zimbabwe-Rhodesien (zur Einberufung vgl. „Blätter", 9/1979, S. 1025). Zu den Teilnehmern gehören Premierminister Muzorewa, der frühere rhodesische Premier Smith und die Führer der Patriotischen Front, Mugabe und Nkomo. Den Vorsitz führt der britische Außenminister Lord Carrington, der einen Verfassungsentwurf seiner Regierung für Zimbabwe-Rhodesien erläutert.

10.–28. 9. – Abrüstung. In Genf findet eine Konferenz über die Beschränkung bestimmter konventioneller Waffen statt, auf der mehr als 70 Staaten vertreten sind. Die offizielle Bezeichnung lautet: „Konferenz der Vereinten Nationen über das Verbot oder die Einschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffe, bei denen man davon ausgehen kann, daß sie unnötige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken". In einem Bericht an die UN-Generalversammlung wird vorgeschlagen, eine zweite Konferenz für das Jahr 1980 einzuberufen. – Am 27. 9. werden in Wien die Verhandlungen über einen Abbau der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa nach einer Sommerpause (vgl. „Blätter", 8/1979, S. 898) fortgesetzt.

11. 9. – USA. In gleichlautenden Schreiben an den Sprecher des Repräsentantenhauses und den Präsidenten des Senats beantragt Präsident Carter für das Haushaltsjahr 1980 zusätzliche Mittel für das Militärbudget in Höhe von 2,7 Mrd. Dollar. Carter begründet seine Anforderungen u. a. mit der Einführung eines neuen Systems beweglicher Interkontinentalraketen (M-X-Raketen).

– USA/UdSSR. Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" weist amerikanische Behauptungen zurück, die UdSSR unterhalte auf Kuba Kampftruppen in Stärke einer Brigade. Die „Prawda" schreibt, seit 1962 gebe es auf Kuba ein Trainingszentrum, in dem sowjetisches Militärpersonal Angehörige der kubanischen Streitkräfte an sowjetischen Waffen ausbilde. „Weder die Zahl, noch die Funktionen des sowjetischen Personals" habe sich seither geändert. – Am 24. und 27. 9. behandeln die Außenminister Gromyko und Vance das Thema in zweiseitigen Gesprächen am Rande der UN-Generalversammlung. – Am 28. 9. spricht Ministerpräsident Castro von einer „künstlich geschaffenen Krise" im Zusammenhang mit der „sogenannten Präsenz einer sowjetischen Brigade" auf Kuba.

13. 9. – Äthiopien. Anläßlich des 5. Jahrestages der Revolution, die zur Absetzung von Kaiser Haile Selassie geführt hatte (vgl. „Blätter", 10/1974, S. 994), kündigt der Vorsitzende des regierenden Militärrates (PMAC), Mengistu Haile Miriam, die Bildung einer Kommission an, um die Gründung einer äthiopischen Arbeiterpartei vorzubereiten. An den Feierlichkeiten nimmt auch der sowjetische Ministerpräsident Kossygin teil, der anschließend die Demokratische Volksrepublik Jemen (Südjemen) besucht.

16. 9. – Schweden. Bei den Wahlen zum Reichstag gewinnen Sozialdemokraten und

Kommunisten Stimmen und Sitze, verfehlen aber mit 174 Mandaten die Mehrheit um ein Mandat; starke Stimmengewinne erzielen die Konservativen. Zusammensetzung des Reichstages (349 Mitglieder): Sozialdemokraten 154 (1976: 152), Konservative 73 (55), Zentrum 64 (86), Liberale 38 (39), Kommunisten 20 (17) Sitze. Ministerpräsident Ola Ulsten (Liberale Partei) tritt zurück und wird mit der Führung von Koalitionsverhandlungen beauftragt.

– *Afghanistan.* Wenige Tage nach seiner Rückkehr von der Konferenz bündnisfreier Staaten in Havanna wird Präsident Nur Mohammed Taraki von seinem Amt abgelöst und durch den bisherigen Ministerpräsidenten Hafizullah Amin ersetzt. Amin erklärt, das Land werde künftig einer kollektiven Führung der Demokratischen Volkspartei und des Revolutionsrates unterstellt.

18. 9. – *UNO.* In New York wird die 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen eröffnet. Die Eröffnungsansprache hält der scheidende Präsident der 33. Versammlung, der kolumbanische Außenminister Idalecio Lievano (vgl. „Blätter", 10/1978, S. 1157). Zum neuen Präsidenten wird Botschafter Salim Ahmed Salim (Tansania) gewählt. Die vorläufige Tagesordnung umfaßt 124 Punkte. Als 152. Mitglied wird die Karibikinsel St. Lucia aufgenommen. Die Versammlung beschließt am 21. 9. mit 71 gegen 35 Stimmen bei 34 Enthaltungen und in Abwesenheit von 12 Mitgliedern, den Sitz Kampucheas den Vertretern des gestürzten Pol-Pot-Regimes zu belassen. Zu den Rednern der Generaldebatte gehören u. a. die Außenminister Vance (USA), Gromyko (UdSSR), Genscher (BRD) und Fischer (DDR). Genscher und Fischer treffen gesondert zu einer Unterredung zusammen.

18.–21. 9. – *BRD/Italien.* Der italienische Staatspräsident Sandro Pertini stattet der Bundesrepublik einen Staatsbesuch ab. Gastgeber ist Bundespräsident Carstens. Pertini kommt u. a. mit Bundeskanzler Schmidt, Bundesaußenminister Genscher, den Parteivorsitzenden Brandt und Kohl sowie mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Strauß zusammen. Im ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslager Flossenbürg legt Pertini einen Kranz nieder.

20. 9. – *Zentralafrika.* Während einer Auslandsreise wird Kaiser Bokassa abgesetzt, die Monarchie abgeschafft und die Republik ausgerufen. In das Amt des Präsidenten kehrt der von Bokassa zur Jahreswende 1959/60 gestürzte Präsident David Dacko zurück. Frankreich entsendet Truppen in die Hauptstadt Bangui.

– *Angola.* Planungsminister José Eduardo dos Santos wird zum neuen Präsidenten berufen. Santos ist Nachfolger des am 10. 9. gestorbenen Präsidenten Agostinho Neto.

24. 9. – *Ghana.* Nach achtjähriger Militärherrschaft geht die Regierungsgewalt wieder an ein Zivilkabinett über. Der Vorsitzende des Rates der Streitkräfte, Luftwaffenhauptmann Jerry John Rawlings, übergibt die Amtsgeschäfte an den im Juni d. J. gewählten Präsidenten Hilla Limann (vgl. „Blätter", 8/1979, S. 899).

– *USA/Nicaragua.* Präsident Carter empfängt im Weißen Haus in Washington drei Mitglieder der Junta, die Nicaragua seit dem Sturz von Präsident Somoza (vgl. „Blätter", 8/1979, S. 899) regiert. An dem Gespräch mit Daniel Ortega, Alfonso Robelo und Sergio Ramirez nehmen auch Vizepräsident Mondale und Sicherheitsberater Brzezinski teil. Aus dem Kreis der Teilnehmer verlautet, es sei u. a. über eine Finanzhilfe der USA verhandelt worden. Die Delegation aus Nicaragua bekräftigt erneut ihre Forderung nach Auslieferung des ehemaligen Präsidenten Somoza.

27. 9. – *UdSSR/China.* Delegationen unter Leitung der stellvertretenden Außenminister Wang Yuping (VR China) und Leonid Iljitschew (UdSSR) nehmen in Moskau erste „Arbeitskontakte" auf. Es handelt sich um die Vorbereitung von Verhandlungen über die Normalisierung der chinesisch-sowjetischen Beziehungen, die abwechselnd in den beiden Hauptstädten geführt werden sollen.

28. 9. – *Dänemark.* Die Regierung unter Ministerpräsident Jörgensen (Sozialdemokratische Partei) tritt zurück. Die Koalition aus Sozialdemokraten und Liberalen (vgl. „Blätter", 9/1978, S. 1027) war an Meinungsverschiedenheiten über wirtschaftliche Probleme gescheitert. Für den 23. Oktober d. J. werden vorzeitige Parlamentswahlen angesetzt.

28.–29. 9. – *CSU.* Auf dem Parteitag der Christlich-Sozialen Union in München wird der bayerische Ministerpräsident Strauß mit 857 von 866 Stimmen erneut zum Parteivorsitzenden gewählt; einer der Stellvertreter wird der CSU-Landesgruppenvorsitzende Friedrich Zimmermann. Als Gastredner ruft der CDU-Vorsitzende Kohl dazu auf, die Kanzlerkandidatur von Strauß ohne Vorbehalte zu unterstützen.

das zeitweilig zu einer erhöhten Staatsverschuldung geführt hätte, wäre doch das gesamtwirtschaftliche Ergebnis einer solchen Politik positiver gewesen als dasjenige der tatsächlich verfolgten „Sparpolitik".

Dies wird auch deutlich, wenn die gesamtwirtschaftlichen „Kosten" der Arbeitslosigkeit quantifiziert werden. Dabei wird von dem vom IAB ermittelten Auslastungsgrad des Arbeitsvolumens ausgegangen und berechnet, wie hoch das Bruttosozialprodukt (BSP) bei einer höheren Beschäftigung hätte sein können. Die Differenz dieses fiktiven potentiellen BSP zum effektiven BSP ergibt dann den Verlust an Gütern und Leistungen, der auf die entsprechende Unterauslastung des Arbeitskräftepotentials, d.h. auf die Arbeitslosigkeit, zurückzuführen ist.

Tabelle 4
Gesamtwirtschaftliche Kosten der Arbeitslosigkeit[1])

	1974	*1975*	*1976*	*1977*	*1978*
BSP bei Vollauslastung[2])	*1038*	*1122*	*1213*	*1293*	*1390*
Tatsächliches BSP	*994*	*1034*	*1122*	*1194*	*1283*
Verlust durch Unterauslastung[3])	*44*	*88*	*91*	*99*	*107*

1) In Mrd. DM, zu jeweiligen Preisen.
2) Angenommen wird der Auslastungsgrad von 1970, der mit 98,3 % des Arbeitspotentials einen konjunkturellen Höhepunkt darstellt.
3) Potentielles Minus gegenüber tatsächlichem BSP.
Quelle: „Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung", 1/1979, S. 29

In den fünf Jahren seit dem sprunghaften Anstieg der Arbeitslosigkeit errechnet sich also ein Verlust an Werten und Gütern in Höhe von 430 Mrd. DM. Sicher kann gegen diese Berechnung eingewendet werden, daß einige Annahmen – z.B. der Auslastungsgrad von 1970 – recht willkürlich gewählt sind. Doch dürfte eine genaue Kostenermittlung ohnehin nicht möglich sein. Dies verbietet schon die Ungenauigkeit der Sozialproduktsberechnung überhaupt. Immerhin wird jedoch deutlich, in welchen Dimensionen man zu kalkulieren hat, wenn man die Alternativen einer wirksamen Vollbeschäftigungspolitik und deren Kosten mit den Ergebnissen der gegenwärtigen beschäftigungspolitischen Untätigkeit vergleicht.

Jörg Goldberg

Werner Rügemer
Philosophische Anthropologie und Epochenkrise
Studie über den Zusammenhang von allgemeiner Krise des Kapitalismus und anthropologischer Grundlegung der Philosophie am Beispiel Arnold Gehlens
221 Seiten, DM 14,80

K. Bader/R. Koch/G. Rocholl (Hrsg.)
Kooperatives Handeln in der Kindererziehung
Zusammenarbeit der Erzieher – Erziehung zur Zusammenarbeit
173 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein

„Der Schoß ist fruchtbar noch" – Giftgas in der Bundesrepublik Deutschland

Der Hamburger Giftmüllskandal, ausgelöst durch einen tödlichen Unfall und immer neue Funde von Giftgasmunition auf dem Gelände der Hamburger Chemie-Firma Stoltzenberg, der im vergangenen September tagelang die Titelseiten der Zeitungen beherrscht und zum Rücktritt des Hamburger Justiz-Senators geführt hat, ruft eine Reihe verdrängter Fragen in Erinnerung, zumal die Firma Stoltzenberg und ihre Giftgasmunition nicht zum erstenmal in die Schlagzeilen gerät. Schon 1970 hatten Günter Wallraff und Jörg Heimbrecht vom VDS-Projektbereich Kriegsforschung vergeblich auf die jetzt zum Skandal gewordene Giftgefahr hingewiesen. Aber bereits 1928 hatte ein aufsehenerregendes Unglück in der gleichen Firma geheime Giftgasaufträge der Reichswehr publik werden lassen. Später arbeitete Stoltzenberg für die Nazi-Wehrmacht und nach dem Krieg schließlich für die Bundeswehr. Spätestens hier stellt sich die beunruhigende Frage, ob die Kontinuität über Äußerlichkeiten hinausgeht, besonders wenn die Behandlung der jüngsten Ereignisse in Hamburg den Verdacht erweckt, daß eher Senatoren und womöglich Regierende Bürgermeister geopfert werden, als daß eine öffentliche Diskussion der Rolle des Großauftraggebers Bundeswehr zugelassen würde. Material zu den angeschnittenen Fragen liefert das im folgenden dokumentierte Nachkriegs-Kapitel eines 1978 in der DDR erschienenen, z. Z. vergriffenen Buches zur Geschichte der chemischen Kampfstoffe: Olaf Groehler, Der lautlose Tod, Berlin 1978, S. 315—334. D. Red.

Kein Zweig imperialistischer Kriegsvorbereitung ist in größere Geheimhaltung getaucht als der der chemischen Rüstung. Wer nur auf Grund zeitgenössischer Mitteilungen und Bekundungen beschreiben wollte, was Reichswehr und Wehrmacht auf diesem Gebiet taten, müßte zu der Meinung gelangen, er jage einem Phantom nach, das bloß in seiner Phantasie existiere. Er würde sich in einem Gestrüpp von Enthüllungen, Teilwahrheiten und vor allem von Dementis verstricken, die den einzigen Zweck haben, von der Wahrheit abzulenken.

In einer ähnlichen Situation befindet sich jeder, der das Wagnis unternimmt, zu untersuchen, wie es mit den chemischen Kriegsvorbereitungen des Imperialismus der Gegenwart beschaffen ist.

Die Spuren zerfließen schon, wenn man verfolgen will, was aus den Giftgasvorräten Hitlerdeutschlands geworden ist, wo nach 1945 die Männer abgeblieben sind, die ihre Produktion leiteten oder ihren Einsatz ins Auge faßten.

Bekanntlich hatte im Frühjahr 1945 eine große Ost-West-Bewegung stattgefunden, in deren Ergebnis sich zum Zeitpunkt der Kapitulation die Masse der Giftkampfstoffe in drei Räumen konzentrierte: in der sogenannten Alpenfestung, besonders im Lager St. Georgen am Chiemsee, im Thüringer Raum und in Westfalen-Niedersachsen, insbesondere im Sennelager und bei Munster[1]). Die in Norddeutschland – Swinemünde, Mölln, Schwerin, Jessenitz – liegenden Bestände der Kriegsmarine wurden wahrscheinlich noch kurz vor Kriegsende teilweise vernichtet, ganz im Sinne des letzten uns erhalten gebliebenen Keitel-Befehls vom 18. April, Kampfstoffe „seewärts abzufahren"[2]). So beluden wenige Tage vor dem 8. Mai in Flensburg auf dem Harniskai Zahnärzte und Dentisten, die zu einem Fähnrichlehrgang zusammengezogen worden waren, die Frachter mit Belbkreuzgranaten und -bomben. Am südlichen Ausgang des Kleinen Belt versenkte man die tödliche Last über eine weite Fläche in der Ostsee[3]). In denselben Tagen verließen diesen Hafen zwei weitere Schiffe – eine Rheinschute mit 1000 BRT und eine holländische Tjalk mit 500 BRT –, beladen mit 70 000 bis 80 000 Tabungranaten, um in der Flensburger Förde in dreißig Meter Tiefe auf Grund gesetzt zu werden.

1) Siehe die Lagekarte des OKW vom 20. März 1945, in: Militärarchiv der Deutschen Demokratischen Republik (MA), W 31.60/20.
2) Ebd.
3) „Der Tagesspiegel" v. 12. 8. 1970.

Diese Meeresverseuchung machte fünfzehn Jahre später Schlagzeilen, als sich die Bundesregierung nach vierjährigem Drängen der schleswig-holsteinischen Landesregierung entschloß, die Munition wieder zu heben. Im Sommer 1959 wurde der Kohlenfrachter „August Peter" vom Schiffsfriedhof geholt und von der Bundesregierung zur Bergung genutzt[4]). Danach betonierte man die 15-cm- und 10,5-cm-Tabungranaten jeweils zu mehreren Stück in Stahlfässern ein und versenkte sie unter Beobachtung strenger Sicherheitsmaßnahmen – so wurden zwar nicht wie in Dyhernfurth Menschen, aber Kanarienvögel, Mäuse und Heuschrecken im Laderaum untergebracht, deren Verenden durch möglicherweise austretendes Gas höchste Alarmstufe auslösen sollte – im Sommer 1960 an einer geheimgehaltenen Stelle im Atlantik. Obgleich behauptet wurde, daß die zu 72% mit Tabun und zu 20% mit Chlorbenzol als Stabilisator gefüllten Granaten sich unter Bildung von Blausäure weitgehend zersetzt hätten, und die Bundesregierung diese Maßnahme als humanitären Akt gewertet wissen wollte, kommen dem Beobachter Zweifel, ob sie in der Tat nur von völlig uneigennützigen Motiven getragen war: Jahre später wurde nämlich bekannt, daß die Bundeswehr über gewisse – wenn auch nicht sehr große Bestände an Tabun verfüge, die man aus dieser faschistischen Munition entnommen hatte[5]).

War das ein Hauptzweck der Bergungsaktion?

Wenn man außerdem hinzufügt, daß Ende der fünfziger Jahre innerhalb der Bundeswehr die Vorbereitungen auf einen chemischen Krieg begannen, zuvor vier Jahre lang, von 1954 bis 1958, niemand ein Interesse an der „Verlagerung" des Flensburger Tabuns zeigte, so erscheint es nicht abwegig, hier einen Zusammenhang zu vermuten.

Doch greifen wir nicht vor. Verweilen wir noch bei der Situation des Jahres 1945.

Die Masse der im faschistischen Deutschland produzierten Kampfstoffe war mehr oder minder wohlberechnet den US-amerikanischen und britischen Streitkräften in die Hände gespielt worden. Der größte Teil war für sie ohne jedes Interesse. Insbesondere die Lostvorräte wurden ab November 1945 von ihnen auf Schiffe verladen und in der Nordsee, dem Skagerrak sowie im Atlantik versenkt[6]). Es ist die Rede davon, daß auf sechsundzwanzig Schiffen eingelagerte 20 000 Tonnen chemischer Gifte in küstennahen Gewässern auf Grund liegen sollen[7]).

Weitaus sorgsamere Behandlung erfuhren dagegen die vorgefundenen faschistischen Spitzenkampfstoffe, insbesondere Tabun. Sie wurden gesammelt und, wie es den Anschein hat, in Großbritannien eingelagert. Gleichzeitig bemühten sich Spezialkommandos der britischen und amerikanischen Regierung, jener Offiziere und Wissenschaftler habhaft zu werden, die an der Entwicklung dieser Nervengifte beteiligt waren. Dabei lief der amerikanische Imperialismus, der am 21. Mai 1945 die Operation „Overcast", am 13. März 1946 umbenannt in „Paperclip", eingeleitet hatte, dem britischen den Rang ab[8]). Zu denen, die zunächst alle ins Lager Kranzberg im Taunus eingeliefert wurden, gehörte Schrader, der „Entdecker" von Tabun und Sarin[9]), der in zweijähriger Internierung die Ergebnisse seiner langjährigen Arbeit auf dem Gebiet der phosphororganischen Chemie bis ins einzelne niederschreiben mußte. Aber auch der General der Nebeltruppe Ochsner, der Chemiker Wirth, die Chemiebürokraten, Gasoffiziere und Industriemanager Ehmann, Fischer, Brodi, Drilling, Bomberg, Wolf Mommsen und andere hielten in den Jahren 1947/48 ihre Erfahrungen für das Chemical Corps der US-Armee fest. Dem entsprach, daß das Thema der faschistischen Gaskriegsvorbereitungen – bei der Anklage gegen die Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg immerhin angesprochen – im Verfahren gegen die Hauptproduzenten nicht einmal erwähnt wurde. Im Prozeß gegen dreiundzwanzig Repräsentanten der IG Farben, unter ihnen Krauch, Ambros und Hörlein, dessen Hauptverhandlung am 27. August 1947 begann und mit der Urteilsverkündung am 29. Juli 1948 endete, sprach das Militärgericht VI der Vereinigten Staaten den Giftgasspezialisten Hörlein frei, erklärte zur Verwendung des von der IG gelieferten Zyklon B für die Vergasung von Millionen Menschen sogar ausdrücklich, daß das Beweismaterial

4) „Die Welt" v. 26. 2. 1960.
5) „Publik" v. 31. 7. 1970.
6) Rise of CB Weapons, S. 153 und S. 305.
7) „Süddeutsche Zeitung" v. 10. 9. 1970.
8) James McGovern, Spezialisten und Spione, Gütersloh 1967, S. 249ff.
9) Siegfried Franke/Peter Franz/Werner Warnke, Lehrbuch der Militärchemie, Bd. 2, Berlin 1969, S. 523/524.

„zur Feststellung einer strafbaren Handlung" der Angeklagten nicht ausreicht[10]). Krauch zu sechs Jahren Haft, Ambros zu acht Jahren verurteilt, von denen sie jedoch nur einen Teil absaßen, wurden nur für schuldig befunden, Zwangsarbeiter ausgenutzt zu haben. Alle übrigen Anklagepunkte wie Planung, Vorbereitung und Durchführung von Angriffskriegen, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ließ man fallen.

Wer Presse, Zeitschriften und Publikationen jener Zeit durchmustert, muß den Eindruck haben, als hätte es im faschistischen Deutschland niemals Kampfstoffe gegeben.

Das änderte sich im Zusammenhang mit der ersten großen Aggression des US-Imperialismus in Korea. Im November 1953 druckte das einflußreiche US-Nachrichtenmagazin „Collier", das zwei Jahre zuvor die im Zeichen des kalten Krieges entfesselte Rüstungshysterie mit der Vision eines dritten, atomaren Weltkrieges angeheizt hatte, einen Beitrag unter dem Titel: „G-Gas. A New Weapon of chilling Terror" (Nervengas. Eine neue Waffe erstarrenden Terrors).

Über den Sinn derartiger Veröffentlichungen schrieb die „Neue Rheinzeitung" am 24. April 1951: „Das Nervengas wird als wirkungsvoller als die Atombombe oder selbst die Wasserstoffbombe bezeichnet." Zum ersten Mal wurde in diesem Artikel eingestanden, daß diese G-Gase direkt auf den Forschungsergebnissen und Rezepten der Wissenschaftler des Naziregimes beruhten, in den USA vervollkommnet und nun in Massen hergestellt würden.

Sich mehrende Unfälle, Katastrophen und Explosionen in den Nachfolgewerken der IG Farben – wie im Winter 1954 bei der BASF in Ludwigshafen – ließen die Frage auftauchen, ob nicht bereits in Westdeutschland ebenfalls erneut Giftgas erzeugt würde. Das im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen OKH und IG ab 1940 im Raum Gendorf errichtete Kampfstoffwerk war beispielsweise von der Demontage ausgenommen worden und produzierte als „Anorgana U.S. Administration – Gendorf" weiter[11]). Das war nicht nur ein grober Bruch des Potsdamer Abkommens, sondern stand auch im schroffen Gegensatz zu den Maßnahmen, die in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands gegen derartige Firmen ergriffen worden waren. Das in Löderburg bei Staßfurt liegende Kampfstoffwerk, Hauptproduzent von Arsinöl, wurde am 30. Oktober 1945 auf Grund des SMAD-Befehls Nr. 124 beschlagnahmt, damit allen Einmischungsversuchen der nach Hannover ausgewichenen Direktoren Feise und Rüsberg entzogen und zwischen dem 1. September 1945 und dem 31. März 1946 als Rüstungsbetrieb vernichtet[12]). Voller Trauer schrieb der Konzernbeauftragte Hugo Zerneckel am 5. März 1946 an seinen hannoverschen Auftraggeber, daß nun damit begonnen sei, „unsere Firma zu Grabe zu tragen"[13]).

Von der Regierung der polnischen Volksrepublik wurde das Giftgasunternehmen Dyhernfurth in die Oderwerke der organischen Industrie (Rokita) umgewandelt. Die friedliche Nutzung der Anlagen in Brzeg Dolny wurde allerdings behindert durch die faschistische Tabunhinterlassenschaft. Große Mengen von Kampfstoffresten in den Fabrikhallen führten zur Vergiftung von zehn Arbeitern. Tabunschlamm verseuchte für nahezu zehn Jahre das Oberflächenwasser, was den Tod von Haustieren in den umliegenden Dörfern bewirkte[14]).

Während in der DDR und in Volkspolen den industriellen Urhebern des lautlosen Todes ein für allemal der Boden entzogen wurden, erfuhren die Giftrezepturen des IG-Forschers Schrader gerade in dieser Zeit neue Anwendungsmöglichkeiten. Wie wir heute, nach über zwanzig Jahren, wissen, begannen die amerikanischen Streitkräfte Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre, da sie in Korea den Einsatz von Atombomben, aber auch von Nervengasen erwogen, mit der Produktion von Raketen, deren Gefechtskopf Sarin aufnehmen sollte[15]). Diese ungeheuerliche Tatsache wurde bekannt, als die USA am 18. August 1970 das außer Dienst gestellte Liberty-Schiff „Le Baron Russel" mit 6000 Kilogramm Sarin, in Gefechtsköpfe verfüllt, 453 Kilometer von der Küste Floridas entfernt, im Einzugsbereich des Golfstroms, in 4500 Meter Tiefe versenkten. Selbst

10) Fall 6, S. 256.
11) Franke/Franz/Warnke, a.a.O., S. 530.
12) Wirtschaftsfacharchiv der Kaliindustrie, AI ER, 2d, Nr. 2, Bl. 18ff.
13) Ebd.
14) Henryk Czernik, Filie obozu koncentracyjnego Groß-Rosen/w Brzegu Dolnym (Dyhernfurth I i II), in: „Studia nad faszyzmen i Zbrodniami Hitlerowstzimi I", S. 198.
15) „Stuttgarter Zeitung" v. 12. 8. 1970.

energische internationale Proteste gegen diese Umwelt- und Meeresverschmutzung und die daraus erwachsende Gefährdung der Weltbevölkerung konnten diese Aktion nicht verhindern.

Die Gefährlichkeit solcher sich jeder Kontrolle entziehenden Giftstoffdeponien in den Ozeanen ist daran ablesbar, daß es allein bis 1971 zu einundachtzig Verätzungen, insbesondere bei Fischern, und zur Vernichtung von vergifteten Fischen gekommen ist, Schäden, die aus der 1945 erfolgten Ablagerung von Lost durch die Kriegsmarine in der Ostsee herrühren[16]).

Die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit für die sonst hinter einem dichten Rauchvorhang verborgenen imperialistischen Gaskriegsvorbereitungen wurde Ende der siebziger und zu Beginn der siebziger Jahre insbesondere durch die Tatsache geschärft, daß die amerikanischen Streitkräfte in Südostasien einen folgenschweren chemischen Krieg entfesselten, der in seinen Dimensionen nur mit dem Kampfstoffeinsatz im ersten Weltkrieg vergleichbar war[17]). Die immer deutlicher ins öffentliche Bewußtsein tretende Barbarei des US-Imperialismus, der in seinem konterrevolutionären Bemühen vor keinem Mittel zurückschreckte, sowie die gleichzeitig durchsickernden Nachrichten über verheerende Giftgasunfälle in den USA selbst – wie im März 1968, als durch ein fehlerhaftes Ventil einer F 104 „Stafighter" 1200 Liter Nervengas versprüht, vom Wind bis zu 35 Meilen fortgetragen wurden und in der Nähe des Versuchsfeldes von Dugway zum Massensterben von 6400 Schafen führten – hatten zur Folge, daß sich weltweit der Kampf für ein Verbot jeglicher Anwendung und Produktion von chemischen Kampfstoffen verstärkte.

Die Vollversammlung der Vereinten Nationen beschloß am 16. Dezember 1969 mit 80 gegen 3 Stimmen – USA, Australien und Portugal – sowie 36 Stimmenthaltungen – alle übrigen NATO-Länder, Japan, Neuseeland und Südafrika –, auch die Tränen- und Reizgase für eine unzulässige Kriegswaffe zu erklären. Sie erweiterte und präzisierte damit die Genfer Abmachungen von 1925[18]).

Seit Bestehen der Bundeswehr und der weltweiten Aktivität der Chemiegiganten der BRD gab es wiederholt Hinweise und Vermutungen, daß Militärs, Wissenschaftler und Industrielle an der Entwicklung und Produktion von chemischen Kampfstoffen beteiligt seien. So gründeten die Farbenfabriken Bayer AG eine amerikanische Tochtergesellschaft unter dem Namen „Chemargo Corporation" in Missouri, die Herbizide sowie phosphororganische Insektizide produzierte und sie auch an die US-Armee nach Vietnam lieferte. In Südafrika investierte derselbe Konzern ab 1966 4,2 Millionen Mark, um ein chemisches Kombinat zu errichten, das ebenfalls Kampfstoffe erzeugen konnte und an dem überdies der faschistische Gaskriegsspezialist Wirth als Berater mitwirkte[19]). Derartige Enthüllungen wurden von der Regierung der BRD stets mit dem Hinweis abgetan, daß sie sich im Oktober 1954 bei Abschluß der Pariser Verträge verpflichtet habe, keinerlei chemische oder bakteriologische Waffen herzustellen noch sich auf derartige Einsatzzwecke vorzubereiten.

Der Schleier des Geheimnisses, der über den Gaskriegsplänen des deutschen Imperialismus der Nachkriegszeit lag, wurde erstmals am 6. Dezember 1968 gelüftet. Der neun Jahre als Mikrobiologe im Institut für Aerobiologie in Grafschaft tätige Dr. Ehrenfried Petras war angesichts der forcierten chemischen Aufrüstung in der BRD im November 1968 in die DDR übergetreten und enthüllte auf einer vom Außenministerium veranstalteten Pressekonferenz vor zweihundert Journalisten Hauptrichtungen, Hauptaktivitäten und Struktur bundesdeutscher Aggressionsvorbereitung auf diesem Gebiet[20]). Er wies nach, daß fünfundachtzig Institute, Firmen und Konzerne an der Erforschung, Entwicklung und Produktion biologischer und chemischer Kampfstoffe beteiligt seien.

Was die Enthüllungen von Petras so bestürzend machte, war auch die Tatsache, daß sie verdeutlichten, wie hier naturgetreu ein Organisationsschema kopiert worden war, das Reichswehr und Wehrmacht vorexerziert hatten.

Als zentrales Organ fungierte das dem Bundesverteidigungsministerium unterstehende Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz. Es nimmt im wesentlichen die Aufgaben wahr, die vormals das Heereswaffenamt erfüllte.

16) „Kölner Stadtanzeiger" v. 14. 8. 1970; „Stuttgarter Zeitung" v. 28. 5. 1971.
17) Rise of CB Weapons, S. 162 ff.
18) Yearbook of the United Nations 1969, Bd. 23, New York 1972, S. 24ff.
19) Franke/Franz/Warnke, a.a.O., S. 531/532.
20) S. hierzu und im folgenden: Bonn bereitet Giftkrieg vor, Berlin 1969, S. 8 ff.

Wie einst die Wa Prüf 9 gibt es nunmehr ein Referat T II 2, das die Regie bei der Entwicklung von B- und C-Waffen innehat. Wie einst die Reichswehr, jedoch verfeinert und in größerem Rahmen, hat man ein sorgfältig gewebtes Netz der Geheimhaltung geflochten, das bei Auftragserteilung die Auftragnehmer jedem Verdacht entzieht, kriegschemische Forschungen zu treiben.

Versammelte die Reichswehr ihre wissenschaftlichen Mitarbeiter in einem Arbeitskreis, so funktionierte die Bundeswehrführung die 1949 gegründete Fraunhofer-Gesellschaft zur Förderung der angewandten Forschung für ihre Zwecke um, die ihr hinfort als Vermittlungszentrum für die gesamte geheime Waffenentwicklung diente. Mit den Universitätsinstituten in Bonn, München, Saarbrücken, Kiel, Göttingen, Mainz, Hamburg und Frankfurt/M. wurden wie bei der Reichswehr Arbeitskontrakte geschlossen[21]).

Daneben baute sich die Bundeswehr – auch wie gehabt – eigene Forschungseinrichtungen auf. Die Funktion des einstigen Spandauer Gaslaboratoriums übernahm das 1958 geschaffene Institut für Aerobiologie, das nach den Angaben von Petras sich vor allem der Neuentwicklung biologischer und chemischer Kampfstoffe und dem Einsatz von Aerosolen widmete, optimale Nachweis- und Entgiftungsverfahren ausprobierte sowie Forschungen über individuellen und kollektiven Schutz gegen Massenvernichtungsmittel betrieb[22]).

Die Aufgaben der einstigen Heeresgasschutzstelle Celle wurden der ABC-Abwehrschule Sonthofen übertragen, während die dritte Säule der bundeswehreigenen Kampfstofforschung nicht einmal eines Umweges bedurfte: Wie eh und je diente als Erprobungsstelle das bei Breloh gelegene 10 500 Hektar große Munsterlager, einst bei der faschistischen Wehrmacht mit dem Tarnnamen Raubkammer bezeichnet, jetzt sich unter der schlichten Chiffre E 53 verbergend.

Von 1945 bis 1948 hatten britische Truppen hier den chemischen Krieg mit faschistischer Gasmunition geübt, schließlich die Füllanlagen geschleift, die Kampfstoffe teils vernichtet, teils im Meer versenkt. Von 1948 bis 1954 hatte ein hannoversches Bombenräumkommando versucht, das Gelände zu entrümpeln[23]). Doch 1958 übernahm die Bundeswehr das alte Terrain erneut für die alten Aufgaben. Wie Petras bekundete, diente E 53 als Übungsplatz; um schlagartige, langfristige Verseuchungen zu testen, wurden hier spezielle Versuche mit phosophororganischen Verbindungen an Tieren und auf der menschlichen Haut vorgenommen[24]), kurzum, wurde all das wiederholt, was seit den dreißiger Jahren in Raubkammer gang und gäbe war.

Ähnlich wie einst bei der Reichswehr zielte die Zusammenarbeit mit den Chemiekonzernen darauf ab, die labormäßigen Voraussetzungen für eine industrielle Erzeugung zu sichern. Die moderne Großproduktion von Chemikalien auf dem Gebiet des Pflanzenschutzes und der Schädlingsbekämpfung, die alle auf phosphororganischen Verbindungen beruhen und damit zugleich Grundlage für die Gewinnung von Nervengasen sind, machte es offensichtlich unnötig, diese Seite der Zusammenarbeit besonders zu forcieren. Aber wie einst im Zeichen des faschistischen Vierjahresplanes die angeblich unbegrenzten Rohstoffvorräte für die Kampfstoffherstellung betont wurden, so verkündete die Arbeitsgemeinschaft für Wehrtechnik in der Konzeption vom April 1964: „Die hochentwickelte chemische Industrie verfügt über umfangreiche Forschungs- und Produktionskapazitäten und kann sich auf technische Einrichtungen und Kader aus dem zweiten Weltkrieg stützen. Die Rohstoffbasis für B- und C-Waffen ist gesichert."[25])

Wer die Aussagen von Petras in Kenntnis der einstigen Gaskriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus las, der konnte nur folgern, daß der deutsche Militarismus nichts gelernt, aber auch nichts vergessen, daß er bis ins Detail seine Giftgasmaschinerie rekonstruiert hatte.

Auf die Enthüllungen des Dr. Petras antwortete Bonn prompt mit Dementis, die alles als Brunnenvergiftung und üble Nachrede hinstellten. Das Bundesverteidigungsministerium betonte im Juli 1969, die BRD habe auf den Einsatz und die Herstellung chemischer Waffen freiwillig verzichtet, die Bundeswehr sei allerdings verpflichtet, für ihren Schutz vor Kampfstoffen zu sorgen, betreibe jedoch ausschließlich Verteidigungsforschung[26]).

21) Ebd., S. 22.
22) Ebd., S. 13.
23) „Süddeutsche Zeitung" v. 31. 5./1. 6. 1975.
24) Bonn bereitet Giftkrieg vor, a.a.O., S. 18.
25) Ebd., S. 46.
26 „Süddeutsche Zeitung" v. 25. 7. 1969.

Auf die Note der DDR-Regierung vom 27. August 1969, in der gegen die Entwicklung und Lagerung von B- und C-Waffen in der Bundesrepublik protestiert wurde[27]), reagierten die herrschenden Kreise Bonns noch gereizter. Schlagzeile der „Frankfurter Rundschau" vom 30. August: „Vorwürfe der DDR haltlos. Keine chemischen Waffen entwickelt." Willy Brandt erklärte am 2. September in Wiesbaden vor Gewerkschaftern der IG Chemie: „Es wird keine solchen deutschen Waffen – weder in der Herstellung, noch im Besitz, noch in der Verfügung – geben."[28]) Am 12. September richtete die Bundesregierung ein Memorandum an die Vereinten Nationen, in dem es unter anderem hieß: „Die BRD hält sich strikt an die eingegangenen Verpflichtungen. Sie stellt weder bakteriologische noch chemische Kampfstoffe her, noch besitzt sie biologische und chemische Waffen zu Einsatzzwecken."[29])

Als es schon fast so schien, als wäre es den Regierenden am Rhein gelungen, ihre Gaskriegsvorbereitungen hinter einer dichten papierenen Hülle von Noten, Dementis und Erklärungen vergessen zu machen, veranstaltete der Verband Deutscher Studentenschaften in Bonn am 7. Januar 1970 eine Pressekonferenz, in der der Nachweis geführt wurde, daß die Forschungen der Farbenfabriken Bayer und ihres einstigen Mitarbeiters Schrader an neuen und zusätzlichen Phosphorderivaten der Entwicklung chemischer Kampfstoffe dienen. Obwohl die Bayer-Werke sofort am selben Tag Protest anmeldeten, mit einem Prozeß drohten und der damalige Verteidigungsminister Helmut Schmidt den IG-Farben-Nachfolgern am 5. Februar 1970 einen „Persilschein" ausstellte, sickerte im Frühjahr 1970 anhand von Dienstvorschriften durch, daß die Bundeswehr seit 1969 mit Reizstoffhandgranaten unter der Bezeichnung CM-DM-ME (gefüllt mit Chloracetophenon und Adamsit), CN-M 7, CN-MF (alle auf der Basis von Chloracetophenon) und CSC (auf der Basis von Chlorbenzylidemoloditrinil) ausgerüstet war[30]). Eine durch sie verursachte Vergiftung bewirkte folgende Symptome: Tränenfluß, äußerst starkes Brennen der Augen, Verbrennung der Haut, Brechreiz, Verätzung der Atemwege, Druckgefühl in Stirn und Ohren, Angstgefühle, Taumeln und bei schweren Wirkungen in geschlossenen Räumen Kreislaufstörungen, Bewußtlosigkeit und Tod durch Ersticken. Anhand des Einsatzes dieser Kampfstoffe in Vietnam konnte nachgewiesen werden, daß CS-Gas unter bestimmten Bedingungen zum Tod von zehn Prozent der Erwachsenen und neunzig Prozent der Kinder führte. Gerade auf Grund dieser „Erfahrungen" hatte die UNO bekanntlich beschlossen, auch chemische Reizstoffe als unzulässige Kriegsmittel zu bezeichnen. Das „Spandauer Volksblatt" konstatierte in seiner Ausgabe vom 3. Mai 1970, daß die Bundesregierung Ende 1969 hoch und heilig beschworen habe, die Bundeswehr besitze keine chemischen Waffen, nunmehr aber sei das Gegenteil bewiesen.

Am 25. Mai 1970 griff das I. BRD-Fernsehen in die Giftgasdiskussion ein. In der Sendung „Monitor" wurde eine Reportage ausgestrahlt, der unter anderem folgender Text unterlegt war: „Erprobungsstelle 53, ein unauffälliges Schild, ein harmloser Name. Doch dahinter verbirgt sich eine der geheimnisvollsten Einrichtungen der Bundeswehr: die Abteilung zur Erprobung mit chemischen Kampfstoffen. Die Bevölkerung fand die drastische Formulierung: Hexenküche. Das Gebiet hat Tradition als Giftküche. Bereits im zweiten Weltkrieg haben hier Chemiker an der Entwicklung chemischer Waffen gearbeitet. Und heute hat sich der Verdacht verstärkt, daß jetzt wieder international geächtete Kampfstoffe entwickelt werden."[31])

Angesichts dieser Enthüllungen der DDR, der Zeitschrift „Konkret", des Verbandes Deutscher Studentenschaften und schließlich der Monitor-Sendung ergriff die Bundeswehrführung die Flucht nach vorn. Sie lud Anfang Juni 1970 dreißig Journalisten zu einem Tag der „offenen Tür" in die Erprobungsstelle 53 ein. Das Echo lautete in den meisten Fällen wie gewünscht. Die „Hannoversche Presse" vom 8. Juli: „Keine Geheimnisse in Munsterlager. Kampfstoffdepot ist nur ein Labor." „Saarbrücker Zeitung" vom 9. Juli: „Kein Geheimnis hinter eisernen Türen." „Rheinische Post" vom 12. Juli: „Bundeswehr gewährte Einblick in die Hexenküche. Märchen der Vorbereitung auf Gaskrieg widerlegt." Und schließlich „Christ und Welt" vom 19. Juli: „Das verlogene ABC. Märchenonkel und chemische Waffen." ZDF-Moderator Gerhard Loewenthal, der

27) „Neues Deutschland" v. 30. 8. 1969.
28) „Die Welt" v. 3. 9. 1969.
29) „Die Welt" v. 13. 9. 1969.
30) „Deutsche Volkszeitung" v. 1. 5. 1970.
31) Zit. nach: „Kölnische Rundschau" v. 19. 6. 1970.

ebenfalls zu den nach „Raubkammer" Geladenen gehörte, führte die Verharmlosungs- und Tarnungsaktion an. Er erklärte rundheraus, „nur wirklich Böswillige können jetzt noch behaupten, die Bundeswehr entwickle C-Waffen".

Doch es gab auch zweifelnde, bedenkende Stimmen. „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 25. Juni: „Ganz ohne Gift ist die Bundeswehr nicht." „Welt der Arbeit" vom 10. Juli: „Zweifel gesät." Und die „Neue Rheinzeitung" vom 8. Juli schrieb: „Bisher war die Öffentlichkeit der festen Überzeugung: Im Besitz der Bundeswehr gibt es keine atomaren, biologischen und chemischen Waffen. Jetzt erfährt man, daß diese Enthaltsamkeit doch nicht hundertprozentig ist. Zu Test- und Abwehrzwekken werden auch von diesen heimtückischsten und gefährlichsten Waffen der Menschheit einige in ‚Kilogrammportionen' in deutscher Regie gelagert . . . Warum aber wurde hier jahrelang streng geheimgehalten, was jetzt, da es aufgedeckt ist, als selbstverständlich und harmlos hingestellt wird? Und müssen wirklich 80 deutsche Wissenschaftler und Techniker mit diesen Giftstoffen ständig experimentieren?"

Angesichts ihrer bekannt gewordenen Aktivitäten auf dem kriegschemischen Sektor bezog die Bundeswehrführung eine neue Verteidigungsstellung. Sie räumte ein, es gebe – allerdings nur winzige Mengen – moderner Kampfstoffe. „Alle diese Versuche wären stümperhaft und theoretisch, sollte man sie lediglich mit Simultanmitteln durchführen, natürlich bedarf es der Verwendung von Originalgiften, um ganz bestimmte Reaktionen und die Tauglichkeit der Schutzmaßnahmen und -geräte zu prüfen. Hierfür stellen die USA und England scharf kontrollierte und überwachte Mengen der oben bezeichneten Gifte zur Verfügung."[32])

Die Legende von den winzigen scharf überwachten Mengen von Ultragiften für die Bundeswehr brach zusammen, als Anfang Juli 1970 der Schriftsteller Günter Wallraff die Ergebnisse eigener Recherchen veröffentlichte. Er hatte eine Firma angerufen, die uns nicht unbekannt ist, weil sie seit den frühen zwanziger Jahren eine höchst unrühmliche Rolle bei den Gaskriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus spielte: die „Dr. Hugo Stoltzenberg Chemische Fabrik. Gasmasken und Atemfilter", die in Hamburg-Bahrenfeld, Schnakenburgallee 167, ihren Sitz hinter brüchigen Mauern hat, den industriellen Stammhalter der Reichswehr auf diesem Gebiet bis zur Giftgaskatastrophe von 1928. Chef war 1970 immer noch der inzwischen siebenundachtzigjährige Stoltzenberg, der sich als erklärter Preuße betrachtete.

Bei dieser Firma also meldete sich Wallraff telefonisch und gab sich als Beauftragter Kruse des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz. „Mein Anruf klingt offenbar vertraut. ‚Da ist Koblenz', sagt die Dame von der Telefonzentrale und stellt gleichzeitig durch. Ich bin mit dem Prokuristen der Firma, Herrn Leuschner, verbunden. ‚Guten Tag, Herr Leuschner', sage ich, ‚hier ist Kruse BWB. Ist es möglich, daß wir in der nächsten Zeit noch mal eine größere Menge Stickstofflost über Sie beziehen?' . . . ‚Ja, können wir machen', sagt er nur, ‚wieviel soll's denn sein?' – ‚Nun, diesmal brauchen wir fast die doppelte Menge vom vorigen Mal', sage ich." Der letzte Auftrag lautete auf 35 Kilo, diesmal sollen also 70 Kilo Stickstofflost geliefert werden. Wallraff erfährt im Gespräch auch, daß Stoltzenberg die Bundeswehr mit Tabun versorgt habe[33]).

Als der Schriftsteller seine Recherchen veröffentlicht, gibt es prompt die üblichen Dementis, die allerdings zwischen den Betroffenen nicht so recht abgestimmt sind. Bonn, 16. Juli: „Ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums bezeichnete die Behauptung als ‚unwahr', daß das Bundesverteidigungsministerium von der chemischen Fabrik Stoltzenberg in Hamburg oder einem anderen Unternehmen das Haut- und Atemgift ‚Lost' bezogen habe." Gleichfalls Bonn, 16. Juli: „Ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums in Bonn sagte zu den Vorwürfen des VDS, die Bundesrepublik habe sich in den WEU-Verträgen dazu verpflichtet, keine biologischen und chemischen Kampfstoffe herzustellen. Die Herstellung geringer Mengen dieser Gifte zu Forschungszwecken sei in diesen Verträgen jedoch ausdrücklich ausgenommen."[34])

Wallraff hält es für unwahrscheinlich, „daß mit der Firma Stoltzenberg der einzige bundesdeutsche Kampfstoffproduzent aufgespürt wurde. Es ist wieder einmal nur die Spitze des Eisbergs, die sichtbar gemacht wurde."[35])

32) „Die Welt" v. 23. 6. 1970.
33) Günter Wallraff, Unerwünschte Reportagen, Berlin 1970, S. 307/308.
34) „Die Welt" v. 17. 7. 1970.
35) Wallraff, a.a.O., S. 310.

Der „Kölner Stadt-Anzeiger" vom 17. Juli fragt einigermaßen betroffen: „Doch Giftgas für die Bundeswehr?"

Aber derartige Stimmen bleiben die Ausnahme. Der Prokurist Stoltzenbergs kann sich an nichts mehr erinnern und leugnet, daß das Telefongespräch überhaupt stattgefunden habe. Das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung behauptet, niemals von Stoltzenberg oder irgendeiner anderen Firma in der BRD Lost bezogen zu haben, und die Zeitschrift „Publik" entdeckt in ihrer Ausgabe vom 31. Juli plötzlich: „‚Lost' ist zu alt für Skandale." Das Blatt enthüllt bei dieser Gelegenheit, daß die in Rede stehenden Tabunmengen aus der Bergungsaktion von 1959/60 stammen und von der Bundeswehr entnommen wurden. Es rechtfertigt zugleich den Besitz chemischer Reizgase mit der Behauptung: „Die Handhabung und Lagerung von CS und CN fällt nicht unter die Bestimmungen des WEU-Vertrages, da sie auch vor den Vereinten Nationen nicht als chemische Kampfstoffe, sondern als Reizstoffe gelten."

Überblickt man die Ereignisse zwischen 1969 und 1970, so wird offenbar, wie der Führungsmannschaft auf der Bonner Hardthöhe Zug um Zug nachgewiesen werden konnte, daß sie die Öffentlichkeit jahrzehntelang belogen und in die Irre geführt hatte. Aus der totalen Leugnung wurde schließlich das kleinlaute Eingeständnis, es gebe in der Bundeswehr sowohl Gaskriegsvorbereitungen als auch bestimmte Vorräte an Ultragiften. Wallraffs Enthüllungen machten schließlich schlaglichtartig deutlich, daß alle sogenannten Kontrollmechanismen umgangen werden konnten und sich die Bundeswehr in den Besitz beliebiger Mengen von Kampfstoffen zu setzen vermochte.

Alle Behauptungen, die kriegschemischen Maßnahmen dienten ausschließlich Verteidigungszwecken, blieben fragwürdig und unbeweisbar, da es nahezu unmöglich ist, zu unterscheiden, ob beispielsweise Arbeiten über die Aerolisierung von Kampfstoffen dem Angriff oder der Abwehr nützen. Und die phosphororganischen Pflanzenschutzmittel können zur Vertilgung von Unkraut oder zur chemischen Kriegführung eingesetzt werden.

Seit dem Jahre 1970 ist es in der Öffentlichkeit wieder still geworden um diese Gefahren. 1975 machte noch einmal eine Meldung Schlagzeilen. In der Nacht vom 26. zum 27. April 1975 sollten 51 Literflaschen Lost aus der Erprobungsstelle 53 verschwunden sein[36]). Nach einigen Wochen – welche Menge mußte dort lagern und was für eine Übersicht darüber bestehen? – verlautete, es wären nur 7 Flaschen entwedet worden, wobei als Täter eine anarchistische Gruppe verdächtigt wurde. Das löste im Mai 1975 Giftgasalarm im Bundestag aus, da man einen Anschlag befürchtete[37]). Schließlich stellte sich heraus, daß der Diebstahl offensichtlich nur vorgetäuscht war, um auf die Existenz des Munsterlagers und die dort nach wie vor betriebenen kriegschemischen Aktivitäten der Bundeswehr aufmerksam zu machen[38]).

Es hat sich also seit 1970 in dieser Hinsicht wohl kaum etwas geändert. Das wird durch andere Meldungen des Jahres 1975 bestätigt. Im Zusammenhang mit dem Giftgasskandal von Seveso enthüllt die italienische Zeitschrift „Espresso", daß in diesem Werk Kampfstoffe für die NATO produziert und den Sondereinheiten für chemische Kampfführung der USA und der BRD zur Verfügung gestellt wurden[39]). Auch hinsichtlich der Ausrüstung mit Reizkampfgasen hat sich in der Bundeswehr keine Veränderung vollzogen. Im Gegenteil, durch die Bewaffnung von Polizeieinheiten mit der sogenannten Chemischen Keule, die auf dem bereits von der faschistischen Wehrmacht verwerteten Kampfstoff Chloracetophenon beruht, wird der Kreis derjenigen erweitert, die derartige Waffen einsetzen können.

In jüngster Zeit wurden Bemühungen militanter imperialistischer Kreise bekannt, die chemische Rüstung dadurch erheblich voranzutreiben, daß man auf eine neue Technologie umsteigt, die eine Verwendung völlig neuer hochtoxischer Substanzen ermöglicht. Die Technologie der sogenannten Binärwaffen beruht darauf, daß gering toxische Vorprodukte bevorratet und getrennt in Geschosse abgefüllt werden. Der eigentliche Kampfstoff entsteht erst beim Einsatz, wenige Sekunden vor dem

36) „Die Welt" v. 15. 5. 1975.
37) „Frankfurter Rundschau" v. 17. 5. 1975.
38) „Süddeutsche Zeitung" v. 31. 5./1. 6. 1975.
39) „Neues Deutschland" v. 14./15. 8. 1975.

Einschlag, nachdem sich die einzelnen Bestandteile zu einem besonders gefährlichen Gift verbunden haben. Eine der Konsequenzen dieser Wirkungsweise besteht darin, wie der Direktor der Forschungsstelle für chemische Toxikologie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Karlheinz Lohs, schreibt, daß der Aggressor seine Absichten sehr gut verschleiern kann. „Er kann die erforderlichen Vorprodukte in der zivilen chemischen Industrie herstellen, bevorraten und, falls erforderlich, auch anderweitig verwerten, das heißt, sie für die Herstellung von Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln oder zur Erzeugung chemisch-technischer und pharmazeutischer Produkte einsetzen."[40])

Die Binärwaffen bedeuten für die chemischen Kampfstoffe eine neue Stufe der Eskalation, zeigen, mit welcher Intensität an der Vervollkommnung dieser Massenvernichtungsmittel gearbeitet wird.

Diese Entwicklung zu stoppen ist der einzige Ausweg, die Menschheit vor der Gefahr eines totalen Giftgaskrieges zu bewahren. Das Anwachsen der Weltfriedensbewegung, die Einschränkung des Handlungsspielraums der militantesten imperialistischen Politiker durch die konstruktive Friedenspolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft unter Führung der Sowjetunion und das Eingehen imperialistischer Politiker auf die weltpolitischen Realitäten bietet Voraussetzungen dafür. Mit der am 10. August 1972 in Moskau, London und Washington erfolgten Unterzeichnung der internationalen Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung bakteriologischer (biologischer) und toxischer Waffen sowie über deren Vernichtung, die im März 1975 ratifiziert wurde und der sich inzwischen über hundert Staaten angeschlossen haben, ist ein erster Schritt getan, um eine der gefährlichsten Arten von Massenvernichtungsmitteln auszuschalten.

Wie die im August 1976 und im April 1977 zwischen der Sowjetunion und den USA in Genf geführten Gespräche über den Abschluß einer Konvention zum Verbot der gefährlichsten, tödlich wirkenden chemischen Kampfstoffe anzeigen[41]), ist möglicherweise der Zeitpunkt nicht mehr fern, da zumindest weitere Teilabkommen realisiert werden.

In einigen Jahren wird dann vielleicht dieser Exkurs über sechzig Jahre Gaskriegsvorbereitungen des deutschen Imperialismus nur noch ein Thema rein historischen Interesses sein, nur noch bedrückender Rückblick, ohne beklemmenden Ausblick.

40) Karlheinz Lohs, Der Mißbrauch chemischer Forschung, in: „Spektrum", 6/1975, S. 6.
41) „Neues Deutschland" v. 31. 8. 1976; „Neues Deutschland" v. 12. 4. 1977.

Valentin Falin über Rüstungsbegrenzung in Europa und die Rolle des Bundesrepublik Deutschland – Bericht des „Kölner Stadt-Anzeigers" vom 22./23. September 1979

(Wortlaut)

Unter der Überschrift „Moskau unterstreicht Rolle Bonns in der Rüstungskontrollpolitik – Warnung vor qualitativer Veränderung in Europa – Falin für Gespräch über Atomraketen unter Prinzip der Gleichheit" veröffentlichte der „Kölner Stadt-Anzeiger" am 22./23. September 1979 einen Bericht seines Experten Hans Gerlach aus Moskau, der mit der Wiedergabe eines Gesprächs mit dem früheren Botschafter der UdSSR in Bonn Valentin Falin interessante Aufschlüsse darüber gibt, wo aus sowjetischer Sicht die Ursachen der gegenwärtigen Zuspitzung der militärpolitischen Auseinandersetzungen liegen und auf welchem Wege Lösungen gefunden werden könnten. Nachstehend dokumentieren wir den Bericht von Hans Gerlach im Wortlaut. D. Red.

Der frühere sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, hat festgestellt, daß es zu Gesprächen über Salt 3 nur kommen könne, wenn die Gesprächspartner in Ost und West nicht nur in Worten für

solche Verhandlungen eintreten. Vielmehr müßten sie ehrlich bereit sein, ein Ergebnis zu erzielen. Gleichzeitig betonte Falin gegenüber dem „Kölner Stadt-Anzeiger" die grundsätzliche Bereitschaft Moskaus zu Verhandlungen über die atomaren Mittelstreckenraketen in Europa. Ein sowjetisches Angebot für weitere Rüstungsbegrenzungsgespräche liege seit langem auf dem Tisch, und die sowjetische Führung sei „offen für alle Vorschläge".

Gleiche Sicherheit

Ein Ergebnis müsse unter dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit beider Seiten erzielt werden. „Die Bereitschaft dazu ist im Westen sehr gering", sagte Falin. Dort verstehe man zwar „im Kopf" die Notwendigkeit der Gleichheit, aber aus Gewohnheit und Tradition bleibe man den Vorstellungen der Vergangenheit verhaftet.

Die USA beispielsweise seien an ihre Überlegenheit gewöhnt. „Das ist ein schwieriges psychologisches Problem für Amerika", meinte Falin. Obwohl Washington sich im Salt-2-Vertrag zum Grundsatz der Gleichheit bekannt habe, falle es den Amerikanern immer noch schwer, dieses Wort auszusprechen. Zugleich versuchten sie, ihre Überlegenheit wiederherzustellen. Auch die Nato rede mit zwei Zungen: Nach außen hin spreche man von einer sowjetischen Bedrohung, intern werde das Kräfteverhältnis zwischen Ost und West dagegen realistisch betrachtet. „Dafür werden wir Beweise vorlegen!"

Falin unterstrich nachhaltig die Verantwortung der Bundesrepublik in der Rüstungs-Kontrollpolitik. Washington und Bonn seien die „Regisseure" der Nato, und die Bundesrepublik sei nicht nur ein Objekt der amerikanischen Politik. Allerdings seien die Interessen beider Nationen unterschiedlich.

Die USA wollten das eben durch Salt 2 vereinbarte Gleichgewicht wieder aufheben durch politische Manöver in Europa und Japan, im Indischen Ozean und im Nahen Osten sowie im Zusammenhang mit China. Die Bundesrepublik strebe hingegen an, ihre Handlungsfreiheit zu erweitern und die ihr auferlegten militärpolitischen Begrenzungen weiter abzubauen.

Nicht als Drohung, sondern nur um Klarheit zu vermitteln, sei demgegenüber aus sowjetischer Sicht festzustellen, daß Beschlüsse des Westens, die die Lage in Europa qualitativ verändern würden, „sehr weit gehende Folgen" hätten. Ebenso würde die Bereitschaft der UdSSR zu Verhandlungen über die Grauzonenwaffen auch davon beeinflußt, wie nach einer etwaigen Ratifizierung von Salt 2 dies Abkommen von den USA praktiziert werde. Falin ließ dabei im unklaren, ob damit auch die Erhöhung des amerikanischen Militärhaushaltes und die geplante Stationierung der MX-Rakete gemeint sei.

Positive Reaktion

Das Eintreten der Westeuropäer für die Ratifizierung von Salt 2 sei von Moskau positiv vemerkt worden. Aber es sei unlogisch, wenn Westeuropa dann Maßnahmen unterstütze, die das strategische Gleichgewicht wieder erschütterten. Falin bezog sich damit auf die diskutierte Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa. „Für die Sowjetunion ist es gleichgültig, wo die amerikanischen Waffen stehen, die uns bedrohen. Wir verfügen über keine Waffen, die amerikanischen Boden erreichen können und nicht unter der Kontrolle von Salt 2 stehen. Amerika hat solche Waffen", betonte Falin. Diese Ungleichheit besteht auch jetzt noch. Deshalb sei ein Salt-2-Abkommen für die Sowjetunion und für Europa vielleicht noch wichtiger als Salt 2.

Die Möglichkeit einer „Partnerschaft der Sicherheit" auch in Europa, wie sie mit dem Salt-Prozeß für das Verhältnis zwischen Sowjetunion und USA angestrebt werde, lehnte Falin nicht ab. Jedoch sei es noch schwieriger herzustellen – allein schon wegen der größeren Zahl der Partner und ihrer Interessen.

Salt behandele außerdem nur strategische Waffen. In Europa stünden sich die Streitkräfte beider Seiten aber unmittelbar gegenüber. Deshalb müsse hier über alle Waffen gesprochen werden. Ein gutes Fundament für ein solches Sicherheitssystem sei daher nur zu errichten, wenn „flankierende Maßnahmen" ergriffen würden.

Vorschlag der UdSSR

Dazu rechne er einen Nichtangriffsvertrag zwischen Nato und Warschauer Pakt, der beide Seiten verpflichte, weder atomare noch konventionelle Waffen als erster anzuwenden. Dies habe die Sowjetunion vorgeschlagen und er verstehe nicht, was die Westeuropäer an einem solchen Vorschlag störe. Weiter könne man die vertrauensbildenden Maßnahmen erweitern, wie sie auf der Konferenz von Helsinki 1975 vereinbart worden seien.

Falin hob hervor, heute sei es noch möglich, die ungute „Tradition" immer weiterer Rüstung zu unterbrechen. Es hänge aber nicht von einer Seite allein ab, ob diese Chance genutzt oder verpaßt werde. Wenn die Rüstungsspirale sich wieder zu drehen beginne, dann entwickle sich eine eigene Dynamit, „die uns alle für die nächsten zehn oder fünfzehn Jahre automatisch festlegt".

Die Sowjetunion werde alles ihr mögliche tun, damit im Westen erkannt werde, was geschehen könne. Doch oft seien für Politiker bereits programmierte Entscheidungen wichtiger als Chancen, die die andere Seite ihnen anbiete.

Aufruf des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) zur Großdemonstration am 14. Oktober 1979 in Bonn

(Wortlaut)

In den vergangenen Monaten ist deutlich geworden, daß die Bundesregierung trotz aller Proteste in der Bevölkerung und trotz der Katastrophe von Harrisburg weiter am Atomenergieprogramm festhält. Die Politiker in Bonn von SPD, FDP ud CDU/CSU wollen neue Atomkraftwerke und die Atommüllfabrik in Gorleben einschließlich der Wiederaufbereitungsanlage auch gegen den erklärten Willen großer Teile der Bevölkerung durchsetzen.

Um ein öffentliches Klima für den weiteren Ausbau der Atomenergie zu schaffen, wird die Preistreiberei und Verknappungspolitik der Ölkonzerne zu Spekulationen über einen Krieg ums Öl mißbraucht. Gleichzeitig unternehmen Bundeskanzler Schmidt und Wirtschaftsminister Lambsdorff alle Anstrengungen, damit sinnvolle und wirksame Energiesparmaßnahmen nicht beschlossen werden: Die umweltfreundlichen Energiequellen Sonne, Wind, Wasser, Erd- und Umgebungswärme werden immer noch ins nächste Jahrtausend abgeschoben. Bürokratische Hindernisse blockieren heute vielfach den Einsatz dieser Energien. Der oft proklamierte Vorrang für die heimische Kohle steht bisher nur auf dem Papier!

In diesen Wochen wird ein weiterer Betrug perfekt gemacht: Durch ein Netz von Zwischen- und Kompaktlagerstätten soll verschleiert werden, daß es bisher kein annehmbares Konzept für die Beseitigung des Atommülls gibt. Die einzig verantwortbare Konsequenz dieses unhaltbaren Zustandes müßte sein, daß kein neuer Atommüll produziert wird.

Das Vorantreiben des Atomprogramms wird von der wachsenden Repression gegen Atomkraftgegner begleitet. Demonstranten erhalten Zahlungsbescheide für Polizeieinsätze, AKW-Gegner werden bespitzelt und verhaftet, Bürgerinitiativen wird die Gemeinnützigkeit aberkannt, Polizei und Bundesgrenzschutz werden paramilitärisch aufgerüstet.

Wir rufen alle Bürger auf, nach Bonn zu kommen, um den Politikern mit einer machtvollen Demonstration zu zeigen, daß die Verdummung und Einschüchterung nicht gelungen ist, und wir mehr denn je eine grundlegende Veränderung der Energiepolitik verlangen.

Wir fordern insbesondere:
- Stillegung aller Atomanlagen
- Verstärkten Einsatz umweltfreundlicher Energien
- Einstellung des Exports von atomaren Anlagen
- Vernichtung aller Atomwaffen
- Keine Kriminalisierung von Atomkraftgegnern

Bildet regionale und örtliche Vorbereitungskomitees, an denen alle interessierten Gruppen beteiligt werden. Organisiert Busse und Sonderzüge. Beteiligt euch an den „Trecks"!

Programm am 14. Oktober 1979 in Bonn:

Ab 10 Uhr: Sternmärsche aus 3 verschiedenen Richtungen in die Innenstadt
Ab 11 Uhr: Kundgebungen
Ab 14 Uhr: Großes Kulturprogramm, Straßenaktionen, Vorstellung der Standorte

Bielefelder Aufruf für die Wahrung der Freiheit von Forschung und Lehre gegen die Fortsetzung politischer Gesinnungsüberprüfung

Am 17. Januar hat der Senat der Universität Bielefeld eine Stellungnahme zur Freiheit der Wissenschaft aus Anlaß von erfolgten, versuchten und möglichen Einschränkungen der Freiheit von Forschung und Lehre verabschiedet.

In dieser Stellungnahme wird ausgeführt:

Die grundgesetzlich gewährleistete Autonomie wissenschaftlicher Arbeit schließt aus, daß der Beamtenstatus des Wissenschaftlers an Hochschulen dazu benutzt wird, ihn in seiner wissenschaftlichen Tätigkeit mit außerwissenschaftlichen Methoden zu kontrollieren oder aus dem öffentlichen Dienst- und Treueverhältnis der Beamten Auflagen für die wissenschaftliche Tätigkeit abzuleiten.

Die Praxis der politischen Überprüfung von Anwärtern für den öffentlichen Dienst und Beamten im Gefolge des Radikalenerlasses hat zur Gesinnungsüberprüfung und Gesinnungsstrafe geführt, die der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unserer Verfassung widersprechen. Die heutige Überprüfungspraxis einschließlich der sie begründenden Verwaltungserlasse und die in ihrer Folge eingetretenen Fehlentwicklungen des Verfassungsschutzes müssen daher aufgehoben und korrigiert werden.

Die Treuepflicht darf nicht zur Abwendung von Kritik benutzt werden.

Diese Erklärung hat überregional Aufsehen erregt (vgl. FR vom 10. März 1979) und die Erwartung begründet, daß sie zusammen mit anderen in- und ausländischen Stellungnahmen die Landesregierung zu einer grundlegend anderen Praxis bei den Einstellungen zum öffentlichen Dienst bewegen könnte.

Statt dessen mußte sich am 14. März 1979 Jan Priewe, ein Bewerber für eine H-1-Stelle an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld, der von der Fakultät und der Universität zur Einstellung als wissenschaftlicher Assistent vorgeschlagen wurde, einem sogenannten „Anhörungsverfahren" unterziehen, weil er wegen seines politischen Engagements mangelnder Verfassungstreue verdächtigt wird.

Obwohl die Bundesregierung beschlossen hat, nur noch Erkenntnisse zu berücksichtigen, die nicht länger als 2 Jahre zurückliegen, wird ihm u. a. politische Tätigkeit als Student vor mehr als 5 Jahren im MSB Spartakus und DKP vorgeworfen.

Ankündigungen der Landesregierung, nach denen die bisherige Praxis der politischen Überprüfung abgeschafft werden soll, und der Fall des Kollegen Jan Priewe befinden sich im Widerspruch zueinander.

Die Unterzeichner sind gemeinsam der Ansicht, daß ein Berufsverbot an der Bielefelder Universität einen schweren Verstoß gegen die Wissenschaftsfreiheit darstellen und zu einer großen Belastung des Verhältnisses zwischen Universität und Ministerium führen würde.

Die Unterzeichner fordern das Ministerium auf, endlich die Beschlüsse der Gremien der Universität Bielefeld ernst zu nehmen, die bisherige Praxis endgültig aufzugeben und mit den Wissenschaftlern in einen offenen Dialog über die Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit durch politische Überprüfungen einzutreten.

Die Unterzeichner erklären ihre Entschlossenheit, ihrer Verpflichtung nachzukommen, jederzeit für die Wahrung der im Grundgesetz niedergelegten demokratischen Grundrechte einzutreten, und nehmen es deshalb nicht mehr hin, daß unter dem Mantel beschwichtigender Erklärungen die bisherige verfassungswidrige Einstellungspraxis fortgesetzt wird:

Sie werden auf der Grundlage der Erklärung des Senats alles in ihren Kräften Stehende tun, damit diese Politik beendet wird.

Sie erwarten vom Rektorat, daß es die vom Senat erhobenen Forderungen in seine Verantwortung nimmt und gegenüber dem Ministerium aktiv vertritt.

Sie rufen alle Bielefelder Wissenschaftler und darüber hinaus auch Wissenschaftler anderer Hochschulen auf, sich diesem Aufruf anzuschließen.

Wir fordern

– die sofortige Einstellung von Herrn Jan Priewe

– eine öffentliche Veranstaltung der Universität Bielefeld zum Problem der politischen Überprüfung und Berufsverbote im Wissenschaftsbereich unter Teilnahme des Ministers für Wissenschaft und Forschung.

Bisher haben unterzeichnet:

Fakultät für Soziologie: Dr. Paul Wolters – Dr. Gernot Graeßner – Prof. Dr. Johannes Berger – Dr. Klaus-Dieter Bock – Susanne Karstedt-Henke, Diplom-Soziologe – Dr. Norbert Kostede – Dr. Klaus P. Japp – Werner Rammert, Diplom-Soziologie – Dr. Christof Wehrsig – Karl Griep, Diplom-Soziologie – Wolfgang Wirth – Wolfgang Laumann – K. P. Strohmeier, Diplom-Soziologe – Dr. Dieter Holtmann – Dr. G. Elwert – Dr. Georg Stauth – Dr. Manfred Glagow – Dr. V. Bennholdt-Thomsen – Dr. Irmtraud Schlosser – Dr. P. E. Schnabel – Prof. Dr. Peter Schöber – Michael Vesper, Diplom-Soziologe – Prof. Dr. H. D. Mummendey – Prof. Dr. P. Weingart – Prof. Dr. O. Rammstedt – Prof. Dr. Richard Grathoff – Prof. Dr. Karl Krahn – Dr. E. Lange – Prof. Dr. Claus Offe – Dr. Czeslaw Sawicki – Prof. Dr. Günther Albrecht – Dr. Klima – Klaus Humml, Wissenschaftlicher Assistent – Herbert Gissel, Wissenschaftlicher Assistent – Dr. Gerhard Weiß – Dr. Erich Ott – Rainer Brötz, Diplom-Soziologe – *Fakultät für Mathematik:* Prof. Dr. C. M. Ringel – Prof. Dr. D. Voigt – Prof. Dr. A. Dress – Dr. P. Müller-Römer – Dr. C. Siebeneicher, Akad. Rat – W. Vogell, Diplom-Mathematiker – *Fakultät für Linguistik und Literaturwissenschaft:* Prof. Dr. Klaus Ramm – Prof. Dr. R. Grimminger – Prof. Dr. G. Rickheit – Prof. Dr. F. J. Schmidt – Prof. Dr. Jürgen Drews – Prof. Dr. M. Smuda – Dr. W. Kindt – Dr. W. Kallmeyer – Dr. R. Meyer-Herrmann – Dr. H. Opalka – Dr. D. Metzing – Dr. Hannes Rieser, Dozent – Dr. Elisabeth Gülich, Dozent – *Fakultät für Wirtschaftswissenschaften:* Prof. Dr. S. Katterle – Dr. Wolfram Elsner – Helmut Lütkepohl, Diplom-Mathematiker – J. Eisbach, Wissenschaftlicher Assistent – *Fakultät für Physik:* Dr. H. Zacharias – Dr. R. Böttner – Dr. F. Engelke – Dr. R. Hippler, Akademischer Rat – Dr. G. Sinapius – *Fakultät für Geschichte:* Dr. Falk Pingel – Prof. Dr. Christoph Kleßmann – Dr. G. Dohrn v. Rossum – *Fakultät für Pädagogik, Philosophie, Psychologie:* Prof. Dr. F. Fulda – Prof. Dr. L. Krüger – Dr. Michael Wolff, Dozent – K. Juhl, Wissenschaftlicher Asssistent – K. H. Grimm, Wissenschaftlicher Assistent – Dr. A. Abele – Prof. Dr. Hartmut v. Hentig – Dr. R.-P. Horstmann – *Pädagogische Hochschule:* Prof. Dr. G. Graumann – Prof. Dr. G. Lisken – Anke

Lisken, Diplom-Pädagoge – Dr. Bärbel Meurer – Dr. A. Elsässer – Dr. H. Wille – Andreas Renner – *Oberstufen-Kolleg:* Dr. H. Schuler-Jung – Dr. A. Bintig – G. Frink, Oberstudienrat – Andreas Wenzel, Diplom-Geologe – Ernst Delle – *Institut für Didaktik der Mathematik:* R. Scholz, Diplom-Mathematiker, Dr. G. Schubring – Eckart Homberg, Diplom-Psychologe – C. Hermsen, Diplom-Pädagoge – H. N. Jahnke, Akademischer Rat – V. Friederich, Diplom-Mathematiker – Th. May, Diplom-Mathematiker – R. Biehler, Diplom-Mathematiker – Dr. F. Seeger, Akademischer Rat – Heinz Steinbring, Wissenschaftlicher Assistent – Helmut Luschberger, Diplom-Mathematiker – Prof. Dr. M. Otte – Dr. H.-W. Heymann, Akademischer Rat – Dr. H. Raddatz, Akademischer Oberrat – J. H. Lorenz, Wissenschaftlicher Assistent – Ulrik Schmidt, Wissenschaftlicher Angestellter – Dr. B. Winkelmann, Akademischer Oberrat – W. Lange, Diplom-Mathematiker – I. Lohmann, Diplom-Pädagoge – V. Reiß, Diplom-Mathematiker – Prof. Dr. H.-G. Steiner – *Interdisziplinäres Zentrum für Hochschuldidaktik:* J. Wildt, Diplom-Psychologe.

Weitere Unterschriften an:
Paul Wolters, Postfach 8640, Universität Bielefeld, 4800 Bielefeld 1

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51. Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50,), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 54,50; öS 440,–; hfl 66,–; bfrs 965,–; FF 140,–; £ 16,50; Lit 28 000,–; dkr 170,–; nkr 168,–; skr 144,–; Yen 6 480; $ 33,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W.-Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. ISSN 0006-4416

Autoren dieses Heftes

Dr. Brigitta BENZING, geb. 1941 in Berlin, Ethnologin, Universitätsdozentin in Mainz, Zürich und Marburg. • • • *Dietrich KITTNER*, geb. 1935 in Oels/Schlesien, studierte Jura und Geschichte in Göttingen, lebt als Kabarettist in Hannover. • • • *Helmut Wolfgang KAHN*, geb. 1922 in Mannheim, früher Tätigkeit beim „stern", danach freier Autor; veröffentlichte 1969 „Die Russen kommen nicht. Fehlleistungen unserer Sicherheitspolitik", bisher unveröffentlicht ist eine umfangreiche „Geschichte des Kalten Krieges". • • • *Dr. Hans APEL*, emeritierter Professor der Universität Bridgeport, USA, Department of Economics. • • • *Rainer FALK*, geb. 1952 in Edenkoben/Pfalz, Studium der Soziologie, Politologie, Geschichte und Pädagogik an den Universitäten Heidelberg und Marburg; Mitglied der Redaktion des „Antiimperialistischen Informationsbulletins" (AIB); Zeitschriftenveröffentlichungen. • • • *Dr. Hans Heinz HOLZ*, geb. 1927 in Frankfurt/M., Professor für Philosophie an der Universität Groningen; zahlreiche Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. • • •

Bemerkung

Die in dieser Ausgabe angebotenen „Treue-Bücher" sind bis zum 31. Dezember 1979 bei Angabe der Kundennummer und der Laufzeit des Abonnements zu den gleichen Bedingungen auch in den nachstehend genannten „collectiv"-Buchhandlungen (Depot-Buchhandlungen des Pahl-Rugenstein Verlages) erhältlich:

AACHEN, Löhergraben 4 · BAMBERG, Karolinenstr. 22 · BERGISCH GLADBACH, Bensberger Str. 128 · BIELEFELD, Feilenstr. 10 · BONN, Oxfordstr. 17 · BRAUNSCHWEIG, Rudolfstr. 14/15 · BREMEN, Richtweg 4 · DARMSTADT, Lauteschlägerstr. 3 · DORTMUND, Königswall 22 · DÜSSELDORF, Ackerstr. 3 · ERLANGEN, Bismarckstr. 9 · ESSEN, Viehofer Platz 15 · FRANKFURT/M., Goethestr. 31–33; Schumannstr. 56 · FREIBURG, An der Mehlwaage 2 · GIESSEN, Schiffenberger Weg 1 · GÖTTINGEN, Burgstr. 24 · HAMBURG, Johnsallee 67 · HANNOVER, Hamburger Allee 37 · HEIDELBERG, Plöck 64a · KASSEL, Werner-Hilpert-Str. 5 · KIEL, Falckstr. 16 · KÖLN, Fleischmengergasse 31 · KREFELD, St. Anton-Str. 86 · MAINZ, Bilhildisstr. 15 · MANNHEIM, U 2, 3 · MARBURG, Am Grün 56 · MÜNCHEN, Türkenstr. 66 · MÜNSTER, Steinfurter Str. 15 · NÜRNBERG, Weinmarkt 12a · OLDENBURG, Donnerschweer Str. 12 · REGENSBURG, Glockengasse 7 · SAARBRÜCKEN, Nauwieser Str. 13 · SIEGEN-WEIDENAU, Auf den Hütten 20 · STUTTGART, Wilhelmsplatz 1 · WUPPERTAL, Gathe 55–57.

Dieser Ausgabe liegt ein Gesamtverzeichnis des Pahl-Rugenstein Verlages bei, das wir der Aufmerksamkeit unserer Leser empfehlen. D. Red.

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (10/79)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

NICOLL
ROBERT
0893
28427
GOEBENSTR. 28
5300 BONN 1

Preisliste Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	87,–	106,–	124,–	154,–	169,–	220,–	264,–	306,–
8 Seiten	138,–	166,–	201,–	234,–	255,–	340,–	405,–	468,–
12 Seiten	214,–	244,–	288,–	320,–	358,–	442,–	513,–	590,–
16 Seiten	290,–	320,–	368,–	405,–	451,–	542,–	636,–	732,–
20 Seiten	365,–	396,–	442,–	490,–	520,–	654,–	765,–	906,–
24 Seiten	405,–	448,–	504,–	556,–	598,–	756,–	889,–	1110,–
28 Seiten	460,–	504,–	564,–	632,–	682,–	816,–	1004,–	1232,–
32 Seiten	512,–	555,–	619,–	684,–	735,–	878,–	1120,–	1372,–
36 Seiten	541,–	592,–	652,–	706,–	748,–	985,–	1232,–	1455,–
40 Seiten	564,–	612,–	676,–	740,–	785,–	1039,–	1310,–	1508,–